Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



für die Mitglieder
des Hauptausschusses

120-fach

27. Juni 2012

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
64.13.05 - 48438 - 92994/12

Telefon 0211 871-2970
Telefax 0211 871-

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen
Jahresbericht 2011

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zur Information der Mitglieder des Hauptausschusses des Landtags übersende ich 120 Broschüren des Berichtes des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 704, 709, 719
Haltestelle: Poststraße

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Verfassungsschutzbericht

des Landes Nordrhein-Westfalen

über das Jahr 2011

Pressefassung – Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

1 Entwicklungstendenzen ... 6

1.1 Rechtsextremismus ... 6

1.2 Linksextremismus ... 7

1.2.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus ... 7

1.2.2 Strömungen und Zusammenschlüsse der Partei 'DIE LINKE'* ... 8

1.2.3 Autonome Szene ... 8

1.3 Ausländerextremismus ... 9

1.4 Islamismus ... 10

1.5 Extremismus in Zahlen ... 11

2 Rechtsextremismus ... 12

2.1 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 13

2.2 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus ... 15

2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 15

2.2.2 Bürgerbewegung pro Köln e.V. und Bürgerbewegung pro NRW ... 27

2.3 Aktionsorientierter Rechtsextremismus ... 38

2.3.1 Aktionsorientierter Rechtsextremismus – Neonazis ... 38

2.3.2 Rechtsextremistische Skinheads ... 47

2.4 Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel ... 52

2.5 Rechtsextremismus im Internet ... 53

2.6 Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus ... 55

2.7 Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ... 57

3 Linksextremismus ... 58

3.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus ... 59

3.1.1 Strömungen und Zusammenschlüsse der Partei 'DIE LINKE*' ... 59

3.1.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ... 70

3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ... 72

3.2 Aktionsorientierter Linksextremismus ... 77

4 Ausländerextremismus ... 88

4.1 Türkische Organisationen ... 88
4.1.1 Ülkücü-Bewegung* ... 88
4.1.2 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.* ... 89
4.1.3 Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke ... 91
4.1.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK); Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen ... 93

4.2 Tamilische Befreiungstiger ... 101

5 Islamismus ... 106

5.1 Islamistisch motivierter transnationaler Terrorismus mit antiwestlicher Stoßrichtung ... 106
5.1.1 Jihadisten/al-Qaida und ihr Umfeld ... 106
5.1.2 Jihadismus im Internet ... 111
5.1.3 Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM) ... 119
5.1.4 Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) ... 119
5.1.5 Islamische Jihad Union (IJU) ... 119

5.2 Islamistisch motivierter Terrorismus mit regionaler Ausrichtung ... 120
5.2.1 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam) ... 120
5.2.2 Nordkaukasische Separatisten-Bewegung – NKSB (vormals: Tschetschenische Republik Ichkeriya /Tschetschenische Separatistenbewegung) ... 121
5.2.3 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung) ... 121
5.2.4 Hizb Allah (Partei Gottes) ... 123

5.3 Gewalt befürwortende, aber nicht anwendende islamistische Organisationen ... 124
5.3.1 Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT) ... 124
5.3.2 Kalifatsstaat (Hilafet Devleti) ... 125
5.3.3 Türkische Hizbullah ... 126

5.4 Salafistische Bestrebungen* ... 127

5.5 Legalistische, nicht gewaltorientierte islamistische Organisationen ... 130
5.5.1 Tablighi Jama'at* (Gemeinschaft zur Verkündigung – TJ) ... 130
5.5.2 Muslimbruderschaft (MB) ... 131
5.5.3 Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) ... 132

6 Extremismus in Zahlen ... 137

6.1 Bericht des Landeskriminalamtes ... 137
6.1.1 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität ... 137
6.1.2 Politisch motivierte Kriminalität-Rechts ... 141

6.1.3 Politisch motivierte Kriminalität-Links ... 143
6.1.4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ... 144
6.1.5 Hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus ... 145
6.2 Mitgliederpotenzial ... 146

7 Scientology Organisation ... 148

8 Spionageabwehr ... 150

8.1 Überblick ... 150
8.1.1 Spionageaktivitäten des Iran ... 151
8.1.2 Proliferation ... 151
8.2 Ferner Osten ... 152
8.2.1 Volksrepublik China ... 152
8.2.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) ... 155
8.3 Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ... 156
8.3.1 Nachrichtendienste der Russischen Föderation ... 156
8.3.2 Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS ... 157
8.4 Abwehr von Wirtschaftsspionage ... 158

9 Über den Verfassungsschutz ... 162

9.1 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal ... 162
9.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit ... 162

Vorbemerkung

Dieser Verfassungsschutzbericht umfasst das Jahr 2011; danach liegende Vorfälle und Entwicklungen sind punktuell aufgenommen worden, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind. Wenn einzelne extremistische Organisationen in diesem Bericht nicht erwähnt werden, bedeutet das nicht, dass sie der Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht unterliegen. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes bei der Extremismusbekämpfung

Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) ist es, im staatlichen Auftrag politisch bedeutsame Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder auch, soweit gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten gegeben sind[1]. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind also notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Daher ist es auch nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich" verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Eine „Bestrebung" ist – so sagt es der § 3 Abs. 3 des VSG NRW – ein „Personenzusammenschluss", setzt also mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelne Personen stehen damit nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also der nicht zur Disposition stehende Kern des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
- die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- die Unabhängigkeit der Gerichte;

---

[1] *Diesen Fall kennzeichnen wir im Bericht mit einem * hinter dem Organisationsnamen.*

- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Außer dem Schutz der Grundordnung des Grundgesetzes hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden". Hier geht es vorwiegend um gewaltbereite extremistische Ausländergruppen, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern herbei zu führen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). In der Sache handelt es sich bei dieser gesetzlichen Regelung um die Klarstellung, dass der Verfassungsschutz diejenigen international operierenden Gruppierungen beobachtet, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. Anders als beim typischen Fall des Ausländerextremismus sind die Angriffe hier nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks)gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind etwa Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden aber häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden Vertrauensleute (V-Leute) eingesetzt, Zielpersonen observiert, Funkverkehr wird überwacht, und in besonders gravierenden Fällen kann auch die Post- und Telefonüberwachung angeordnet werden. Wenn es Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, konspirativ arbeitende Organisationen zu bekämpfen und deren Struktur aufzuklären, ist zur Aufklärung auch der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel notwendig. Diese Beschaffung unterliegt indes einer strengen rechtlichen Kontrolle, zum Beispiel durch das Parlamentarische Kontrollgremium des Landtags NRW. Ein Satz zu den Beschaffungen im Allgemeinen: "90% der Informationsbeschaffung erfolgt aus allgemein zugänglichen Quellen, wie beispielsweise Internetveröffentlichungen und Zeitungen". Bei der Spionageabwehr und der Extremismusbeobachtung kann auf nachrichtendienstliche Mittel nicht verzichtet werden. Typischerweise geben sich extremistische Parteien und Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Parteien und Organisationen verschaffen und die Öffentlichkeit aufklären will.

1 Entwicklungstendenzen

1.1 Rechtsextremismus[2]

'Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU)

Die aus Thüringen stammende rechtsterroristische Vereinigung, die sich als ‚Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU) bezeichnete, hat in einer bundesweiten Mordserie in den Jahren 2000 bis 2007 zehn Menschen umgebracht. Bis zu ihrer Aufdeckung im Jahr 2011 hatte sich die Gruppe nicht zu ihren Taten bekannt, sie ermordete acht türkischstämmige Gewerbetreibende und einen griechischstämmigen Handwerker sowie eine Polizistin. Der Gruppierung werden weitere rechtsextremistische Anschläge und zahlreiche Banküberfälle zugerechnet. Mindestens drei dieser Verbrechen fanden in Nordrhein-Westfalen statt: Am 19. Januar 2001 wurde bei einem Anschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in Köln eine Frau schwer verletzt. Am 9. Juni 2004 explodierte eine Nagelbombe in Köln und verletzte 22 Personen. Am 4. April 2006 wurde in Dortmund ein Kioskbesitzer erschossen.

Als Konsequenz aus dem Bekanntwerden der Verbrechen der Gruppierung NSU haben Bund und Länder weitreichende Maßnahmen getroffen, um den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden zu intensivieren. So wurden das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus (GAR) geschaffen und eine neue Verbunddatei, die Informationen über gewaltbezogene Rechtsextremisten zusammenführt. Darüber hinaus hat das Land Nordrhein-Westfalen das Acht-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus beschlossen. Es sieht vor, den Kontrolldruck auf rechtsextremistische Kreise zu verstärken und die Präventionsarbeit zu intensivieren.

'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' (NPD)

Die NPD ist unverändert eine von einer antidemokratischen, verfassungsfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Weltanschauung geprägte Partei, die das politische System der Bundesrepublik Deutschland beseitigen will. In letzter Zeit kommt zu den altbekannten geschichtsrevisionistischen und NS-verherrlichenden Phrasen noch eine aggressiv islamfeindliche Propaganda hinzu, mit der die Partei anscheinend versucht, an gesellschaftliche Debatten anzuknüpfen und durch das Schüren von „Überfremdungsängsten" neue Anhänger zu gewinnen.

Trotz der Fusion mit der 'Deutschen Volksunion[3]' (DVU) und dem Versuch Themen wie „Islamisierung", Globalisierung oder die soziale Frage propagandistisch auszuschlachten, verliert die NPD in Nordrhein-Westfalen weiter an Bedeutung: Sinkende Mitgliederzahlen, ernüchternde Wahlergebnisse und interne Streitigkeiten prägen das Bild der Partei. Die von dem neuen Bundesvorsitzenden Holger Apfel ausgerufene "seriöse Radikalität" bleibt ein sinnentleertes Schlagwort, da gerade die NPD in NRW aufgrund ihrer eklatanten Schwäche auf die Hilfe der gewalt- und aktionsorientierten Neonazi-Szene angewiesen ist, die alles andere als parlaments- und wahlkampftaugliche Seriosität verkörpert.

---

2 *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich" verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

3 *Wegen der formalen Auflösung der 'Deutschen Volksunion' (DVU) im Dezember 2010 ist die DVU nicht mehr Gegenstand des Verfassungsschutzberichtes 2011.*

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW'

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' missachten nach wie vor mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Durch das gezielte Schüren von Ängsten, vor allem vor einer „Islamisierung" Deutschlands, werden Millionen von Menschen ausgegrenzt, pauschal kriminalisiert und als nicht integrierbar dargestellt – ungeachtet ob sie deutsche Staatsbürger sind oder nicht. Schwerpunktthema bei Kampagnen von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' bleibt die Ablehnung von Moscheebauten. Dabei wird eine intensive Zusammen- und Bündnisarbeit mit zum Teil rechtsextremistischen Gruppen aus dem Ausland gepflegt.

Trotzdem gelingt es beiden 'pro'-Gruppen regelmäßig nur Teilnehmer im zwei-, selten auch einmal im niedrigen dreistelligen Bereich zu mobilisieren. Mitglieder- und Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen werden regelmäßig übertrieben dargestellt, um die Bedeutung der „Bewegung" künstlich zu steigern. Aggressive Polemik ersetzt hier bei den 'pro'-Formationen nicht selten qualitative und quantitative Substanz.

Neonazis

Unter den parteiungebundenen Neonazis sind die Autonomen Nationalisten weiterhin die dynamischste Aktionsform mit einem großen Anteil von Personen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren mit hoher Fluktuation. Während ihr Bild in Stil und Auftreten modern anmutet, unterscheidet sich die Ideologie der Autonomen Nationalisten kaum vom restlichen Neonazi-Spektrum: Sie richten sich aggressiv gegen die bestehende Demokratie und vertreten die Vorstellung einer Volksgemeinschaft, die an den Nationalsozialismus anknüpft und auf rassistischen Grundlagen beruht. Der überwiegende Teil des Personenpotenzials ist nach wie vor nur in losen Strukturen organisiert. Traditionell geprägte Kameradschaften und lose Strukturen arbeiten weiterhin anlass- und ereignisbezogen zusammen. Zu nennen sind hier insbesondere die Szenen in Aachen/Düren, Köln, Dortmund, Hamm, im Rhein-Sieg-Kreis sowie im Raum Wuppertal.

Wie im Vorjahr fanden eine Reihe von Aktionen aus dem Neonazi-Spektrum in ganz Nordrhein-Westfalen statt, darunter auch wieder in Stolberg („Trauermarsch") und Dortmund („Antikriegstag"). Eine neuere Entwicklung stellen hier die Fackelzüge der „Unsterblichen" dar, die 2011 auch erstmals in NRW auftraten.

1.2 Linksextremismus[4]

1.2.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus

Im Spektrum der Parteien, die als linksextremistisch zu qualifizieren sind bzw. bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht einer solchen Bestrebung vorliegen, spielen die 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) und die 'Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands' (MLPD) eine untergeordnete Rolle. Erfolge bei Landtagswahlen im Bund bleiben aus; allerdings gelingt es beiden Parteien, einige Sitze in den Räten der nordrhein-westfälischen Kommunen zu besetzen. Eine orthodox-kommunistische Zielsetzung – Revolution der Arbeiterklasse – kennzeichnet beide Parteien, ebenso wie eine weitgehend erfolglose Teilnahme an Wahlen. Lediglich in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen haben sie – zum Teil in Verbindung mit anderen Parteien und kommunalen Wahlbündnissen – Sitze erlangt.

---

[4] *Siehe hierzu Fußnote 2*

1.2.2 Strömungen und Zusammenschlüsse der Partei 'DIE LINKE'[5]*

Der überwiegende Teil der Mitglieder und nicht unwesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. 'DIE LINKE*' lässt aber innerhalb der Partei Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Diese extremistischen bzw. extremismusverdächtigen Zusammenschlüsse und Strömungen sieht 'DIE LINKE*' als wichtigen Bestandteil der Partei an. Sie erhalten durch die Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung. Es handelt sich dabei insbesondere um die Strömung 'Antikapitalistische Linke*' (AKL), und die Zusammenschlüsse 'Sozialistische Linke*' (SL), 'linksjugend ['solid]' und 'Kommunistische Plattform' (KPF).

Wahlen

Bei den Wahlen im Jahr 2011 konnte die Partei an ihre vorangegangene Erfolgsserie nicht mehr anknüpfen, wenn auch in Hamburg (6,4%), in Sachsen-Anhalt (23,7%) und Mecklenburg-Vorpommern (18,4%) die Wahlergebnisse stabilisiert werden konnten. Die Partei verfehlte aber in Baden-Württemberg (2,8%) und Rheinland-Pfalz (3%) den angestrebten Einzug in die jeweiligen Landtage und erreichte bei den Kommunalwahlen in Hessen nur 2,7%. In Bremen gelang ihr – bei deutlichen Stimmenverlusten – der Wiedereinzug in den Landtag (5,6%).

Innerparteiliche Querelen

'DIE LINKE*' hatte auf Bundesebene – auch vor dem Hintergrund des Dualismus zwischen Reformorientierten und Dogmatikern – mit innerparteilichen Auseinandersetzungen zu kämpfen, wobei insbesondere die Debatte über die beiden Parteivorsitzenden hervorstach. Der zum Jahresbeginn 2011 in der 'jungen Welt' veröffentlichte Artikel der Parteivorsitzenden über „Wege zum Kommunismus", die Kontroversen hinsichtlich des Verhältnisses zum Staat Israel und den von Teilen der Partei gerechtfertigten Mauerbau sowie das Glückwunschschreiben an das ehemalige kubanische Staatsoberhaupt Fidel Castro bestimmten die Wahrnehmung der Partei.

Programmdebatte

Nach einem ersten Entwurf vom Herbst 2010 hat der Parteivorstand am 11. Juli 2011 den zweiten Entwurf für ein Parteiprogramm vorgestellt. Dieser wurde auf dem Parteitag am 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt beschlossen und soll Ende des Jahres in einem abschließenden Mitgliederentscheid verabschiedet werden. Der Entwurf stellt zwar einen innerparteilichen Kompromiss zwischen Traditionalisten und Reformern in der Partei dar, wobei jedoch der traditionalistische Teil sich mit größeren, dogmatisch geprägten Passagen einbringen konnte und weiterhin deutlich marxistische Grundlinien fortgeführt werden. Nicht nur das „kapitalistische System" in der Bundesrepublik soll überwunden werden, angestrebt wird weiterhin vielmehr eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, also eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und diesen in einem transformatorischen Prozess überwindet. Die bestehende Demokratie wird als mangelhaft und nicht funktionierend dargestellt. Angestrebt wird ein Demokratischer Sozialismus als eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft. Dies deutet darauf hin, dass der demokratische Sozialismus – zumindest von Teilen der Partei – als Vorstufe zum Kommunismus verstanden wird.

1.2.3 Autonome Szene

Gemeinsame ideologische Basis der autonomen Szene sind fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente. Ein „selbstbestimmtes Leben" frei von äußere Normen" und Hierarchien ist ihr Ideal. Nicht ideologiefixiertes, sondern aktionsorientiertes Handeln – unter Einschluss von Gewalt – gegen den politischen Gegner und den „repressiven" Staat sind ihre Maximen. Dies zeigt sich daran, dass der „antifaschistische Kampf" weiterhin für die linksautonome Szene das zentrale The-

[5] *Siehe hierzu Fußnote 2*

menfeld ist, wenn es darum geht, Demonstrationen des politischen Gegners zu stören oder zu behindern, aber auch den Kampf gegen die Polizei zu führen, die als „Beschützer der Rechten" gesehen wird.

Auch die beiden mehrtägigen Großveranstaltungen in diesem Jahr in Bonn, den Tag der Deutschen Einheit und den NRW-Tag im Oktober sowie die Afghanistankonferenz im Dezember, nahm die autonom-anarchistische Szene zum Anlass, um gegen angeblichen Nationalismus und Militarismus zu demonstrieren. Zu erwarten ist, dass Veranstaltungen bzw. Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO weiterhin Zielscheibe Linksautonomer bleiben werden.

Im überwiegend bürgerlich geprägten Themenfeld Antikernkraft engagieren sich weiterhin Teile der linksautonomen Szene. Wie bereits 2010 war sie an den zum Teil wiederum gewalttätig verlaufenden Protesten gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben im November beteiligt, indem versucht wurde, Gleise zu blockieren und zu beschädigen.

Interessant wird werden, ob es der Szene wegen einer Reihe von „Autonomen Vollversammlungen" im Jahr 2011 gelingen wird, sich dauerhaft oder gar institutionalisiert zu vernetzen, obwohl dies dem autonomen Selbstverständnis eher wesensfremd ist.

1.3 Ausländerextremismus[6]

Entwicklungstendenz kurdischer und türkischer Extremismus

Nach wie vor prägen zwei zentrale Forderungen das Vorgehen der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) in Europa:

Dies sind die Forderung nach erweiterter kultureller und politischer Eigenständigkeit für die kurdischen Minderheit in der Türkei sowie die Forderung nach Freilassung bzw. die Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan. Das aktuelle Geschehen in der Türkei und in den kurdischen Siedlungsgebieten ist dabei Auslöser für Aktionen und Aktivitäten in Deutschland. Hierzu gehörten beispielsweise die Kundgebungen, die im Oktober 2011 als Reaktion auf bewaffnete Auseinandersetzungen des türkischen Militärs mit bewaffneten Kräften der PKK im türkisch-irakischen Grenzgebiet bundesweit durchgeführt wurden.

Zwischen Anhängern der PKK und der Ülkücü-Bewegung*, sogenannte 'Graue Wölfe*', kam es in der Vergangenheit vorwiegend zu verbalen Anfeindungen, wie beispielsweise durch die Verbreitung von kurdenfeindlichen Rap-Songs im Internet. Im Jahr 2011 waren aber in NRW und auch im Bundesgebiet gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen pro-türkischen – teilweise der Ülkücü-Bewegung* zuzuordnenden Demonstranten – und PKK-Anhängern zu verzeichnen. Auslöser waren Kampfhandlungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet. Ereignisse, die auf die Anhänger beider Seiten emotionalisierend wirkten und Anlass für Gewalt gegen Sachen und Personen boten. Es besteht die Gefahr, dass diese Form der Auseinandersetzung zwischen den Gruppen an „Normalität" gewinnt und ein Eskalationsprozess in Gang gesetzt wird.

'Tamilische Befreiungstiger' ('Liberation Tigers of Tamil Eelam' – LTTE)

Bereits seit dem Jahr 2009 ist eine Flügelbildung innerhalb der LTTE erkennbar. Dabei handelt es sich zum einen um das sogenannte LTTE Headquarter, das über die Bildung einer „Transnationalen Regierung" (TGTE) in einem demokratischen Entwicklungsprozess auf gewaltfreiem Wege das Ziel eines unabhängigen Tamilenstaates anstrebt.

---

[6] *Siehe hierzu Fußnote 2*

Zum anderen besteht ein sogenannter Hardliner-Flügel der LTTE, der sich auf die bisherigen internationalen Strukturen des 'Tamil Coordination Committees' (TCC) bezieht und die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes zur Erreichung des Ziels eines unabhängigen tamilischen Staates propagiert.

Ob die erkennbaren Ansätze eines Spaltungsprozesses im Rahmen dieser Flügelbildung letztlich zu einer Neustrukturierung der LTTE führen oder die moderaten Kräfte zumindest einen nachhaltigen Einfluss auf die Gesamtorganisation zu nehmen vermögen, ist weiterhin offen.

1.4 Islamismus[7]

Politische Ideologie „Salafismus"

Der Salafismus ist eine politische Ideologie, die sich am Vorbild der muslimischen „Gründerväter" orientiert und eine ideale islamische Gesellschaft erschaffen will. Wesentliche Teile der salafistischen Ideologie sind mit den Grundsätzen einer demokratischen Rechtsordnung unvereinbar. Besonders erfolgreich ist die salafistische Propaganda bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund aus islamischen Ländern und Konvertiten; auch junge Frauen sind in der Szene aktiv. Salafistische Milieus schaffen den Nährboden für eine islamistische Radikalisierung, die von Straßengewalt bis hin zur Teilnahme am „Jihad" reichen kann.

Islamismus im Internet

Bei der Verbreitung islamistischer Propaganda spielt das Internet weiterhin eine herausragende Rolle. Wie in den Vorjahren diente es ausländischen Gruppierungen auch 2011 wieder dazu, direkte und indirekte Terrordrohungen gegen Deutschland bzw. gegen deutsche Interessen im Ausland auszusprechen.

Neben den afghanischen Taliban und 'al-Qaida' war es vor allem die 'Islamische Bewegung Usbekistan' (IBU), die mit Hilfe ihrer deutschsprachigen Akteure in zahlreichen Internetvideos den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kritisierte und ihre Anhänger zu Anschlägen gegen Deutsche im In- und Ausland aufforderte.

Neu hierbei war der ausdrückliche Aufruf der IBU zu Anschlägen im Westen. Hatte die Terrorgruppe bisher öffentlich ausschließlich für die Teilnahme am Jihad in den Kampfgebieten geworben, so forderte sie in ihren Internetverlautbarungen des Jahres 2011 ausdrücklich auch zum gewaltsamen Kampf in Deutschland auf. Auch mit dem Internetappell an Muslime in Deutschland, dem Land wirtschaftlichen Schaden zuzufügen und Deutsche nach dem „Pyramiden-System" zu töten, schwenkte die IBU auf die Linie hochrangiger Autoritäten des globalen Jihads ein. In Internetvideos und Online-Magazinen rief allein die 'al-Qaida' mehrfach dazu auf, bestimmte Personengruppen – von einflussreichen Personen bis hin zu Soldaten und Zivilisten – ins Visier zu nehmen und „vor Ort" Anschläge gegen sie durchzuführen.

Für einen großen Widerhall auf jihadistischen Websites sorgte der Tod von Usama bin Ladin. Die Reaktionen der Internetnutzer reichten von Leugnung der Ereignisse und Verbreitung von Verschwörungstheorien bis hin zu Racheschwüren. Gruppierungen und Einzelpersonen riefen im Internet zu Vergeltungsschlägen gegen den Westen auf, beschworen das Märtyrertum Usama bin Ladins und kündigten eine Fortführung des Kampfes in seinem Sinne an. Ähnlich fielen die im Internet geäußerten Reaktionen von Jihadisten auf die Tötung des führenden Jihad-Ideologen Anwar al-Awlaki im Jemen aus.

Die kommunikativen Möglichkeiten des Internets werden weiterhin intensiv zur Netzwerkbildung, zum Ideologietransfer und zur Radikalisierung von Einzelpersonen genutzt. Ein Beispiel für die Radikalisierung eines jungen Mannes durch das Internet ist der Fall des sogenannten „Attentäters von Frankfurt".

---

[7] *Siehe hierzu Fußnote 2.*

Dieser erschoss am 2. März 2011 auf dem Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten und verletzte zwei weitere lebensgefährlich. Nach eigenen Angaben soll er sich vor der Tat mit islamistischen Internetinhalten beschäftigt haben. In der Aufarbeitung des Falls wurde die Betrachtung eines anti-amerikanischen Propagandafilms im Internet als Tatauslöser ausgemacht.

Die Zahl deutschsprachiger Webseiten salafistischer Prägung ist erneut angewachsen. Im Fokus des Verfassungsschutzes sind eine Reihe neuerer Internetpräsenzen, die eine deutlich jihadistische Ausrichtung haben. In den Videos eines der maßgeblichen Akteure, die auch in Videobörsen wie Youtube verbreitet werden, werden Muslime unter anderem zum „offensiven Jihad" aufgefordert.

'Muslimbruderschaft' und der „arabische Frühling"

2011 war in verschiedenen arabischen Ländern das Jahr des sogenannten „arabischen Frühlings". In Tunesien und Ägypten wurden bis zum Ende des Jahres demokratische Wahlen abgehalten oder begonnen. Aller Voraussicht nach werden bei diesen Wahlen auch Parteien, die den als islamistisch bewerteten Bewegungen der 'Muslimbruderschaft' (MB) oder des Salafismus nahestehen, in die Parlamente einziehen und möglicherweise Regierungsverantwortung übernehmen. Vor allem bei den Parteien, die der 'Muslimbruderschaft' nahe stehen, stellt sich die Frage, ob ihr Selbstverständnis und ihr Handeln eher islamisch demokratisch oder islamistisch autoritär sein werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dies maßgeblich auf die Entwicklung der 'Muslimbruderschaft' nahen Organisationen in Nordrhein-Westfalen auswirken wird.

'Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş' (IGMG) Führungswechsel

Die Entwicklung innerhalb der IGMG 2011 vom 'Führungswechsel an der Spitze der Organisation gekennzeichnet. Dieser Wechsel zieht eine Neustrukturierung sowie eine umfassende Neu- und Umbesetzung in der Generalzentrale und auf der Regionalebene nach sich. Ein Bruch mit der islamistischen Ideologie des 'Millî-Görüş'-Gründers Necmettin Erbakan ging 2011 mit dem Wechsel nicht einher. Offene ideologische Äußerungen und Kontakte zur 'Millî-Görüş'-Bewegung in der Türkei wurden jedoch weiter vermindert.

1.5 Extremismus in Zahlen

In Nordrhein-Westfalen wurden für das Jahr 2011 insgesamt 4.888 (2010: 4.650) politisch motivierte Straftaten bekannt, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,1% (238 Straftaten) entspricht. Propagandadelikte machen mit 2.134 Fällen (2010: 2.122) 43,7% der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) aus. Nach Phänomenbereichen lag ein Anstieg der PMK-Rechts um 125 Straftaten und der PMK-Links um 238 Straftaten vor; die PMK-Ausländer ging um zwei Straftaten und der PMK-Sonstige um 123 Straftaten zurück.

Es wurden insgesamt 502 (2010: 400) politisch motivierte Gewaltdelikte (PMK-Gewalt) bekannt, was einen Anstieg um 25,5% (102 Straftaten) bedeutet. Dies ist vor allem einem Zuwachs bei den Widerstandshandlungen (von 38 auf 54), Landfriedensbrüchen (von 22 auf 71 Straftaten) und Körperverletzungen (von 300 auf 338 Straftaten) in allen Phänomenbereichen geschuldet. Eine detaillierte Darstellung der PMK finden Sie in Kapitel 6.

2 Rechtsextremismus[8]

Rechtsextremisten lehnen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Sie betonen die ethnische Zugehörigkeit als bestimmendes Merkmal der Nation und als Grundlage der Politik. Rechtsextremisten sind von der Vorstellung geprägt, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse entscheidende Bedeutung für das Individuum besitzt, der alle anderen Interessen und Werte, auch Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet seien. Vor diesem ideologischen Hintergrund gibt es für Rechtsextremisten kein friedliches, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einem Staat. Daraus folgen zwangsläufig Freund-Feind-Haltungen und Intoleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens, anderer Religion.

Dieses propagierte politische Ordnungssystem einer rassisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft, eines antipluralistischen Systems, lässt für demokratische Entscheidungsprozesse ebenso wenig Raum wie für die freie Selbstentfaltung jedes Einzelnen. Alles und jeder hat sich dem völkischen Staat bedingungslos unterzuordnen. Rechtsextremismus ist ideologisch nicht homogen. Eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit und ein ausgrenzender Nationalismus kommen aber in allen Varianten des Rechtsextremismus vor.

Allgemein lassen sich drei grundlegende Formen und damit einhergehende unterschiedliche Gefahrenpotenziale des Rechtsextremismus erkennen:

Aktionsorientierter Rechtsextremismus:

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus artikuliert sich als Machtausübung im sichtbaren öffentlichen Raum. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße". Insbesondere neonazistische Gruppierungen sehen daher ihren Aktionsschwerpunkt in der Organisation und Durchführung von Demonstrationen. Gezielte und quantitativ zunehmende Demonstrationspolitik hat einen besonderen identitätsstiftenden Stellenwert nach innen: Stärkung der politischen Gesinnungsgemeinschaft. Sie hat auch demonstrativen Stellenwert für die Durchsetzung konkreter politischer Ziele nach außen: Propaganda und Machtpolitik.

Daneben gibt es die sogenannte subkulturell geprägte, zum Teil gewaltbereite jugendorientierte Skinhead-Szene, die ihren Schwerpunkt in der Organisation und Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen hat.

Parlamentsorientierter Rechtsextremismus:

Bei dem parlamentsorientierten Rechtsextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Das Ziel ist die Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg). Parlamentsorientiert sind zum Beispiel NPD und DVU, die auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen versuchen, politischen Einfluss zu gewinnen, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Bei der NPD ist allerdings durch die Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppierungen eine Schnittstelle zum aktionsorientierten Rechtsextremismus vorhanden.

---

[8] *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich" verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

Diskursorientierter Rechtsextremismus:

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Sie greifen aktuelle politische oder gesellschaftliche Themen auf und deuten diese so um, dass sie rechtsextremistische Theorien scheinbar bestätigen. Langfristig soll die intellektuelle Meinungshoheit gewonnen werden. Mit ihren Veröffentlichungen haben die diskursorientierten Rechtsextremisten zwar keinen nennenswerten öffentlichen Einfluss, bestätigen aber das rechtsextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei.

Eine besondere Variante des diskursorientierten Rechtsextremismus ist der Revisionismus, der sich bemüht, seine Thesen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Revisionisten leugnen die Verbrechen des Dritten Reiches und wollen die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen. Mit ihren Thesen bilden auch sie eine ideologische Klammer für den gesamten Rechtsextremismus.

2.1 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)

Die aus Thüringen stammende rechtsterroristische Vereinigung, die sich als 'Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU) bezeichnete, hat in einer bundesweiten Mordserie in den Jahren 2000 bis 2007 zehn Menschen umgebracht. Bis zu ihrer Aufdeckung im Jahr 2011 hatte sich die Gruppe nicht zu ihren Taten bekannt, sie ermordete zuvor aus fremdenfeindlichen Motiven acht türkischstämmige Gewerbetreibende und einen griechisch stämmigen Handwerker sowie eine Polizistin. Der Gruppierung werden weitere rechtsextremistische Anschläge und zahlreiche Banküberfälle zugerechnet.

Jahrelang war es trotz intensiver Ermittlungen der Behörden mehrerer Länder und des Bundes nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Die Verbindung zwischen der Gruppierung NSU und den Verbrechen wurde seit dem 4. November 2011 erkennbar – an diesem Tag hatten die Rechtsextremisten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt eine Bank in Eisenach (Thüringen) überfallen. Offenbar war die anschließende Fahndung der Grund für den Suizid der beiden Rechtsextremisten, die erschossen in einem von der Polizei umstellten Wohnmobil aufgefunden wurden. Am selben Tag wurde ein Wohnhaus in Zwickau (Sachsen) gesprengt, in dem beide und die Rechtsextremistin Beate Zschäpe in einer Wohngemeinschaft gelebt hatten. Im Wohnmobil und in den Trümmern der Wohnung fand die Polizei mehrere Waffen, darunter die Tatwaffe der Morde an den neun Gewerbetreibenden und die Dienstwaffe der Polizistin, die im April 2007 in Heilbronn (Baden-Württemberg) getötet worden war. Darüber hinaus wurden mehrere DVDs gefunden: Sie enthalten einen Propagandafilm, in dem sich die bis dahin unbekannte Gruppierung NSU zu den Morden bekennt. Das Video enthält auch Hinweise, anhand derer Verbrechen dieser Gruppierung zugeordnet werden können. Beate Zschäpe stellte sich am 8. November, nachdem sie mehrere Tage auf der Flucht gewesen war, der Polizei und befindet sich seither in Untersuchungshaft. Der Generalbundesanwalt hat gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Der Verdacht, dass Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe die Gruppierung NSU 1998 gegründet hatten, erhärtete sich im Laufe der Ermittlungen. Die Gruppierung hatte Verbindungen zu weiteren Personen der rechtsextremistischen Szene, die im Verdacht stehen, die drei in der Zeit unterstützt zu haben, in der sie untergetaucht waren. Daher erweiterte der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren und erließ Haftbefehl gegen mehrere der Verdächtigten. Der Bundesgerichtshof hat die meisten Haftbefehle inzwischen aufgehoben, da keine hinreichenden Haftgründe – wie Flucht- oder Verdunkelungsgefahr – bestänen.

Verbindungen des NSU nach Nordrhein-Westfalen

Mindestens drei Verbrechen, die von der Gruppierung begangen wurden oder ihr zugerechnet werden, fanden in Nordrhein-Westfalen statt: Am 19. Januar 2001 wurde bei einem Anschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in Köln eine Frau schwer verletzt. Am 9. Juni 2004 explodierte eine Nagelbombe in Köln und verletzte 22 Personen. Am 4. April 2006 wurde in Dortmund ein Kioskbesitzer erschossen. Alle Opfer hatten einen Migrationshintergrund, die in Köln 2001 verletzte Frau einen iranischen, die weiteren einen türkischen. Erkenntnisse, dass Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen an den

Taten beteiligt waren oder zum Unterstützerkreis der Gruppierung zählten, gibt es bislang nicht. Ein mutmaßlicher Unterstützer der Gruppierung NSU ist 2003 von Thüringen nach Nordrhein-Westfalen verzogen. Er befand sich bis Ende Mai 2012 in Untersuchungshaft und hat gestanden, die Gruppierung von Herbst 1998 bis Sommer 2000 unterstützt und die Waffe beschafft zu haben, die als Tatwaffe bei den neun Morden eingesetzt wurde. Nach eigenen Angaben ist der Betreffende im Jahr 2000 vollständig aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen.

Die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen hat überwiegend öffentlich nicht oder zurückhaltend auf die Mordserie der Gruppierung NSU reagiert. Dies dürfte weniger damit zusammenhängen, dass deren Taten in rechtsextremistischen Kreisen kein Thema waren, als mit der Sorge, selbst in den Fokus von Ermittlungen zu geraten. Vermutlich ging es entsprechenden Organisationen auch darum, keine weitere Angriffsfläche für mögliche Verbotsverfahren zu bieten und das Bild der rechtsextremistischen Szene nicht weiter zu beschädigen. Zynisch griff allerdings die neonazistische 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL) die Ereignisse auf und verhöhnte die Opfer auf ihrer Internetseite. Diese zeigte, kurz nachdem die Gruppierung NSU bekannt geworden war, eine Abbildung mit der Trickfilmfigur „Rosaroter Panther" und dem Schriftzug „Zwickau rulez" (Zwickau herrscht). Der „Rosarote Panter" taucht als durchgängiges Motiv auch in den DVDs auf, in denen sich NSU zu Morden und weiteren Verbrechen bekennt. Auf der Internetseite war die Abbildung mit dem Lied „Döner-Killer" der aus Niedersachsen stammenden rechtsextremistischen Band 'Gigi & die braunen Stadtmusikanten' verbunden. Das Lied ist vor Bekanntwerden des NSU entstanden, greift die Serie entsprechender Morde auf – mit einem Unterton von Respekt gegenüber den Tätern und Häme gegenüber den Opfern stellt es die Verbrechen als geheimnisvolles, unerkanntes Handeln dar. Einzelne andere rechtsextremistische Internetseiten aus Nordrhein-Westfalen distanzieren sich von den Taten, bezweifeln aber, dass eine rechtsterroristische Vereinigung für sie verantwortlich ist. Mitunter wird suggeriert, die Taten seien von Staat und Medien gelenkt oder inszeniert.

Maßnahmen zur Optimierung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Als Konsequenz aus dem Bekanntwerden der Verbrechen der Gruppierung NSU haben Bund und Länder weitreichende Maßnahmen getroffen, um den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden zu intensivieren. So wurde das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus (GAR) geschaffen, das am 16. Dezember 2011 seine Arbeit aufnahm. Es stellt die ständige Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz auf diesem Gebiet sicher. Eine neue Verbunddatei der Sicherheitsbehörden führt Informationen über gewaltbezogene Rechtsextremisten zusammen. Das neu geschaffene Gemeinsame Internetkompetenzzentrum (KIAR) beobachtet systematisch rechtsextremistische Seiten im Netz. Eine Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene soll es Rechtsextremisten unmöglich machen, legal Waffen zu erhalten.

Acht-Punkte-Programm des Landes Nordrhein-Westfalen

Über die gemeinsamen Aktivitäten von Bund und Ländern hinaus hat das Land Nordrhein-Westfalen im Dezember 2011 das Acht-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus beschlossen. Es sieht vor, den Kontrolldruck auf rechtsextremistische Kreise zu verstärken und die Präventionsarbeit zu intensivieren. Zu den Maßnahmen zählt die personelle und organisatorische Stärkung der Polizei. Die Abwehr des Rechtsextremismus wurde im Landeskriminalamt, den weiteren Polizeibehörden und im Verfassungsschutz des Landes noch deutlicher zu einem Schwerpunkt gemacht. Sonderkommissionen wurden in Polizeibehörden eingerichtet, in deren Bezirken Brennpunkte rechtsmotivierter Kriminalität bestehen (in Dortmund, Aachen, Köln und Wuppertal). Die Maßnahmen zielen auch darauf, Rechtsextremisten aus der Anonymität herausholen: Hierzu trägt die Intensivierung der personenbezogenen Informationsgewinnung und Auswertung über gewaltbezogene Rechtsextremisten und die Aufklärung ihres Umfelds bei. Verbessert werden soll die Erkenntnislage über regionale Strukturen und Netzwerke, zum Beispiel durch die verstärkte Überwachung rechtsextremistischer Szenetreffpunkte. Das Acht-Punkte-Programm sieht darüber hinaus vor, alle Straftaten von Rechtsextremisten statistisch zu erfassen: Dies gilt für eine Volksverhetzung gleichermaßen wie für einen Diebstahl. Außerdem soll das Angebot zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene im

Aussteigerprogramm nochmals intensiviert und ausgeweitet werden. Szeneangehörige werden zukünftig direkt angesprochen, Ausstiegswillige durch mehr Betreuer begleitet.

2.2 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

	Bund	NRW
Gründung	1964	1964
Sitz	Berlin	Bochum
Vorsitzender	Holger Apfel	Claus Cremer
Mitglieder		
2011	6.300	700
2010	6.600	750
Publikationen	'Deutsche Stimme', monatlich; 'Landesstimme NRW' quartalsweise; unregelmäßig diverse lokale Publikationen	
Internet	Die Partei ist auf allen organisatorischen Ebenen (Bundesverband, Landes- und Kreisverbände) nahezu flächendeckend im Internet vertreten. Ebenso in sozialen Netzwerken, wie zum Beispiel Facebook und Twitter.	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' (NPD) wurde auf Bundesebene im Jahre 1964 gegründet. Im selben Jahr erfolgte die Gründung der meisten Landesverbände, darunter auch in Nordrhein-Westfalen. In der NPD fanden sich unter anderem Politiker der 'Deutschen Partei' (DP) und der 'Deutschen Reichspartei' (DRP) wieder. In den Folgejahren war die NPD bis zum Jahre 1972 in insgesamt sieben Landesparlamenten vertreten. Mit dem Scheitern bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahre 1969 mit 4,3% begann ihr Niedergang zu einer politischen Splitterpartei. Erst unter ihrem damaligen Vorsitzenden Udo Voigt zog sie im Jahre 2004 in Sachsen in ein Landesparlament ein. Dies konnte sie 2009 – wenn auch mit deutlichen Verlusten – wiederholen. Aktuell ist die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Fraktion im Landtag vertreten, dort ebenfalls in der zweiten Legislaturperiode in Folge.

Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei, die das politische System der Bundesrepublik Deutschland beseitigen will und sich dabei einer rassistischen, antisemitischen/revisionistischen und fremdenfeindlichen Ideologie und entsprechender Parolen bedient. Diese Einschätzung ergibt sich sowohl aus den im NPD-Parteiprogramm formulierten Zielen als auch aus Äußerungen ihrer Funktionäre sowie aus Beiträgen in der Parteizeitung 'Deutsche Stimme' (DS) und der NPD-Homepage. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der ebenfalls rechtsextremistischen Neonazi-Szene. Die Gesamtheit dieser Anhaltspunkte macht die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz erforderlich (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW).

Die NPD will das bestehende System „überwinden" = beseitigen

Die NPD lehnt die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ab und will diese abwickeln bzw. überwinden, das heißt im Klartext nichts anderes als beseitigen. Aus Sicht der NPD ist dieses politische System grundsätzlich nicht reformierbar:

> *„Eine Systemalternative muß her, welche im Sinne des Wortursprungs von 'radikal' (an der Wurzel packen) eine neue und soziale Perspektive schafft!"* (DS 2/2009, Seite 2)

Wie allerdings diese Systemüberwindung von statten gehen soll, lässt die NPD bewusst offen. Die mögliche Richtung weist beispielsweise die 'Deutsche Stimme', wenn sie aus der These „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau" ableitet:

> *„Der Fehler steckt im System* [...] *hier hilft kein bloßer Politikerwechsel,* [...] *sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. So wie das System von unten nach oben fault, muß die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen* [...]." (DS 03/2010, Seiten 9/10)

Auch in der April-Ausgabe 2011 der 'Deutschen Stimme' wird die Forderung der NPD nach Abwicklung bzw. Überwindung des politischen Systems wiederholt: *„Sie vertritt die Position, daß das politische und das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland nichts taugen; es gehöre abgewickelt."* (DS 04/2011, Seite 8)

Die NPD behauptet von sich selbst: „Ja, wir sind anders!" Wenig originell sei die Forderung nach einem NPD-Verbot. Weder die angeblich „leicht zu widerlegende Verknüpfung von NPD und Gewalt" noch die „angebliche[n] „Ausländerfeindlichkeit" der NPD" könne diese Forderung tragen. „Anders", heißt es weiter, *„ist es schon mit der Behauptung, die NPD wolle das System verändern und die repräsentative Demokratie abschaffen. In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden* [...]". (DS 04/2011, Seite 16)

Dennoch schlägt der NPD – vornehmlich aus Teilen der Neonazi-Szene – der Vorwurf entgegen, selbst „Systempartei" zu sein. Begründet wird diese Ansicht mit der Teilnahme der NPD an den Wahlen und dem Einzug in Parlamente, die ihrerseits Bestandteile des abgelehnten parlamentarischen Systems sind.

„Das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg"

Die von der NPD verfolgten Ziele laufen auf einen anderen Staat hinaus. Welche Vorstellungen von diesem Staat die NPD hat, wird unter anderem in einem am 31. Mai 2011 auf der Homepage des NPD-Landesverbands NRW veröffentlichten Positionspapier des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer deutlich. Dieser verwahrt sich ausdrücklich gegen eine Kursänderung der NPD und eine Anpassung an andere europäische rechtspopulistische Parteien. Die NPD müsse nach Cremers Ansicht eine „Weltanschauungspartei" bleiben. Über Jahrzehnte habe die NPD als solche eine bestimmte Ideologie und ein „lebensrichtiges Menschenbild" entwickelt und dieses auch konsequent vertreten. Zu den Elementen dieser sogenannten „Weltanschauungspartei" gehören – unter anderem – der „Reichsgedanke" (die Wiederherstellung des Deutschen Reiches), die „Rassetheorie" (in Anlehnung an die Rasselehre des 3. Reiches), die von der NPD propagierte „Volksgemeinschaft" (ebenfalls ein Begriff aus der Zeit des Nationalsozialismus) und ein anderes Verständnis von Staat und Demokratie. Dabei hat die NPD keine Zweifel an ihrer Verfassungsfeindlichkeit gelassen. Letztendlich will sie das bestehende System beseitigen, auch wenn sie selbst meist „nur" von „Überwindung" spricht. Der NRW-Landesvorsitzende Claus Cremer sieht die *NPD „eben nicht [als] ein Teil des zurecht kritisierten Politsystems* [...], *sondern diesem System diametral gegenüberstehen[d]."* (Quelle: Homepage NPD-LV NRW)

Das Positionspapier endet mit einem durch den NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer veröffentlichten Zitat des ehemaligen NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt: „Das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg". Damit ist in den Augen der NPD das Dritte Reich gemeint.

Das neue Parteiprogramm der NPD

Auf dem NPD-Bundesparteitag am 4. und 5. Juni 2010 in Bamberg beschlossen die NPD-Delegierten ein neues Parteiprogramm. Es löst das bisherige aus dem Jahre 1996 ab. Unter der Bezeichnung

„Arbeit – Familie – Vaterland" betont die NPD die nationale Ausrichtung ihrer Politik. Es unterscheidet sich durch seine stärkere Ausrichtung auf Wirtschaftsfragen deutlich vom alten Parteiprogramm. Inhaltlich hält die NPD jedoch an alten Begriffen wie „Volksgemeinschaft" fest. In dem neuen Parteiprogramm sind die wichtigsten politischen Ziele der NPD formuliert:

1. Ablehnung der Globalisierung, Austritt aus EU und NATO
7. Ausgliederung von Ausländern aus den sozialen Sicherungssystemen,
10. Wiedereinführung des alten Staatsbürgerschaftsrechtes: („Blutsdeutsche"), Ausländerrückführung, ersatzlose Streichung des Asylrechts
12. Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen. Dazu heißt es: „Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzanerkennungsverträge."
13. Schuldkult beenden; dazu heißt es „Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage"
16. Trennung von Deutschen und Ausländern. Dazu heißt es: „Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab."
17. Wiedereinführung der Todesstrafe
19. Besitz und Fähigkeit zur Anwendung von Atomwaffen

In ihrem sogenannten „5-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung" fordert die NPD ergänzend die Ausländerrückführung und Ausweisung krimineller Ausländer. In den entsprechenden Plakaten wird der Zusatz „Kriminell" jedoch ausgesprochen klein geschrieben, so dass auf den ersten Blick die „alte" NPD-Parole „Ausländer raus!" erscheint. In zahlreichen weiteren Publikationen neben dem „5-Punkte-Plan", zum Beispiel der Broschüre „Das passiert, wenn die NPD regiert", stellt die NPD klar, was Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten zu erwarten haben.

Die NPD ist fremdenfeindlich

Um ihre Ziele zu verdeutlichen, greift die NPD auf bestimmte Schwerpunktthemen zurück. Neben sozialen Fragestellungen ist die Ausländerpolitik ein zentrales Thema für die NPD. Der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen hatte eigens hierzu im August 2008 eine Initiative „Ausländerstopp-NRW" ins Leben gerufen. Dabei werden Ausländer pauschal als kriminell und gewaltbereit diskriminiert und für die hohe Arbeitslosigkeit und Probleme in den Sozialsystemen verantwortlich gemacht.

Die Parteizeitung 'Deutsche Stimme' ist durchsetzt mit Belegen für die Fremdenfeindlichkeit der NPD. Vor allem die angeblichen Belastungen für die deutschen Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt werden thematisiert. Unter Überschrift „Ein milliardenschweres Minus" wird gehetzt:

> *„77,62 Milliarden Euro ist die Summe, welche die Migration die bundesdeutschen Steuerzahler jährlich kostet.* [...] *Dafür erhält der Steuerzahler im Gegenzug überproportional viele Kriminelle und integrationsunwillige Menschen* [...] *die sich zudem rapide vermehren."* (DS 2/2009, Seite 18)

Im Zuge der Debatte um die Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab" legte die NPD mit einer eigenen Kampagne nach: Unter der Überschrift „Millionen Fremde kosten uns Milliarden!" erklärt die NPD: „Sarrazins Thesen vertritt die NPD schon lange – und konsequenter", denn

> *„nur die NPD denkt konsequent zu Ende, wo Sarrazin offenbar Schluckbeschwerden bekommt. Mit noch so vielen Zahlen und richtigen Analysen ist es nämlich nicht getan. Um das Ausländerproblem in Deutschland wirklich in den Griff zu bekommen, werden wir früher oder später nicht darum herum kommen, die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer nicht nur auf dem Papier, sondern auch faktisch herunterzufahren – mit einem breit angelegten staatlichen Rückführungsprogramm. Es geht eben nichts über das Original."* (DS 10/2010, Titelseite/Leitartikel)

In dieselbe Kerbe schlägt der Autor des Artikels „Multikulti implodiert", wenn er die Frage stellt: „Überfremdungsfolgen: Wann brennen bei uns die Städte?" Weiter heißt es:

> *„Auch bei uns schaut der Staat meist tatenlos zu, wie Einwanderer einen Straßenzug nach dem anderen erobern und 'Parallelgesellschaften' um sich greifen, in der Deutsche nicht mehr geduldet werden."* (DS 09/2011, Seite 2)

Die NPD ist rassistisch

Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die NPD „biologisch", das heißt, sie lehnt die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Artikel 3 des Grundgesetzes ab und teilt diese demgegenüber in „Rassen" ein. Was darunter zu verstehen ist, wird unter dem entsprechenden Schlagwort auf der Homepage der NPD unter „A-Z" erläutert. Zum Stichwort „Rasse" erklärt die NPD dort:

> *„Die Menschheit wird in drei Groß-Rassen eingeteilt* [...] *Die europäische Großrasse wird im Allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert* [...] *Rassen entstehen durch Mutation, Isolation und Auslese."*

Hier zeigt sich einmal mehr die ideologische Nähe der NPD zum Nationalsozialismus. Der als „bedeutender Anthropologe" zitierte Autor Hans F. K. Günther war nicht irgendein Wissenschaftler, sondern der „Rasse"-Ideologe des NS-Regimes – Spitzname „Rassepapst". Auf diesen beruft sich auch ein ehemaliges NPD-Bundesvorstandsmitglied in einem Artikel in der DS 01/2011, Seite 20 mit der Überschrift „Angst und Rasse". Als Beispiel für den dort zitierten „nordischen Menschen" wird ein Bild aus der Publikation von Hans F. K. Günther abgedruckt. Aus dessen rassistischen Überlegungen, die bereits den Nationalsozialisten als ideologische Grundlage für ihre menschenverachtende Politik dienten, zieht die NPD den Schluss, dass es auch keine Gleichheit (im Sinne des Grundgesetzes) geben könne.

Der Islam als Feindbild und „Türöffner"-Thema

Indem die NPD Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die NPD ein verzerrtes Bild der hier lebenden Muslime, insbesondere aus der Türkei. Eine derartige islamfeindliche Zuspitzung ist für rechtsextremistische Parteien. Die NPD hatte bereits im Jahre 2009 nach der Schweizer Volksabstimmung zu dieser Frage eine „Anti-Minarett-Initiative" mit dem Ziel einer Online-Petition gestartet. In einer Presseerklärung vom 8. Dezember 2009 heißt es:

> *„Natürlich war es richtig, die Steilvorlage aus der Schweiz aufzunehmen." Die Petition sei „Auftakt eines europaweiten Aufstandes gegen die fortschreitende Überfremdung unserer Länder und gegen die schleichende Machtübernahme durch den Islam"* (Quelle: NPD-Homepage)

Ein sächsischer Landtagsabgeordneter der NPD bringt es auf den Punkt: *„Im Westen müssen wir das Thema „Islamisierung" noch viel stärker aufgreifen.* [...] *In strategischer Hinsicht ist 'pro-Köln' in dieser Hinsicht schon ein positives Beispiel".* (DS 10/2010, S. 3+4)

Die NPD sieht Deutschland als Ziel und Opfer einer großangelegten Übernahmeaktion islamischer Länder, allen voran die Türkei:

> *„Die Facette der psychologischen Kriegsführung basiert auf der Tatsache, daß türkische Regierungskreise im Territorium der Bundesrepublik die zukünftige Westprovinz eines großtürkischen Imperiums sehen; die einzelnen Stadien der Übernahme werden von Ankara aus steuernd begleitet.* […] *Deren Vorgehen zeigt, daß die Bundesrepublik von der türkischen Regierung als eine Kolonie angesehen wird, deren fortschreitende Eroberung höchste Priorität hat."*
> (DS 07/2009, Seite 19)

In der DS macht die NPD ihre Position deutlich: „Niemals deutsches Land in Moslem-Hand!" heißt es da. Der Kampf gegen die Islamisierung sei der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen. Dabei könne man sich die „feinsinnige Unterscheidung in Islam und Islamismus" sparen (DS 02/2010, Seite 11). Der Sprachgebrauch der NPD ist in dieser Hinsicht drastisch, teilweise menschenverachtend:

> *„Islamisten-Sumpf trockenlegen!*
>
> *Nach dem Mordanschlag am Frankfurter Flughafen: Jetzt handeln!*
>
> *Der islamistische Terror ist nun auch in Frankfurt angekommen.*[…] *Der Terror-Sumpf muß ausgetrocknet, islamistische Zellen müssen mit der ganzen Härte des Gesetzes ausgeräuchert werden, und kriminelle und terroristische Ausländer gehören nicht nach Deutschland, sondern in ihre Heimatländer zurückgeführt – unverzüglich."* (DS 04/2011, Seite 2)

Der NPD geht es auch darum, dass sich muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland gar nicht erst zu Hause fühlen:

> *„Je fremder, desto besser* […] *Je weniger 'Integration' und Durchmischung, je mehr (beiderseitige) Distanz und getrennte Entwicklung, desto besser die Voraussetzungen den Multikultiwahn einst zu beenden."* (DS 04/2010, Seite 5)

„NEIN Ihr gehört nicht dazu!" ist der Leitartikel der DS aus 04/2011 überschrieben. Und weiter heißt es:

> *„Auch die Feststellung, daß der Islam nicht zu Deutschland gehört, ist eine Binsenweisheit erster Güte. Nur Verblendete oder Bösartige können das Jahr 1683, als türkische Kulturbereicherer zum letzten Mal vor Wien standen und die Messer wetzten, für den Beginn einer wunderbaren Freundschaft halten.* […] *Belassen wir es also dabei, wie es immer war: zwei Völker. zwei Wege, zwei Welten. So fällt das Abschiednehmen leichter, wenn es demnächst so weit ist."* (DS 04/2011, Seite 1/Leitartikel)

Die NPD ist antisemitisch und revisionistisch

Obwohl die NPD soziale Themen und den „Islam" in den Vordergrund rückt, weicht sie nicht von ihren „traditionellen" antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. In diversen Beiträgen und Interviews verschafft die 'Deutsche Stimme' bekannten Revisionisten eine Plattform zur Verbreitung ihrer Thesen. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust bezweifelt (im Grundsatz auch die Zahl der jüdischen Opfer des Völkermordes) und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkrieges geleugnet. Daneben finden sich zudem Ansätze einer Verschwörungstheorie, nach der „jüdische Interessenvertreter" zusammen mit dem „Großkapital der amerikanischen Ostküste" nach Weltherrschaft streben. Beispielhaft für eine Vielzahl einschlägiger Artikel stehen folgende Auszüge:

> *„2004 hatte der Historiker Werner Maser den Mut, festzustellen, dass die bislang vorgelegten 'Beweise' fragwürdig seien. Er erklärte, dass die 'Zeugenberichte über die Anzahl der Öfen, das Fassungsvermögen der Gaskammern und Krematorien, die Anzahl der jeweiligen Vergasungsopfer, die Gassubstanzen, die Dauer der Vergasungen, die Herausnahme der vergasten Opfer und die Verbrennungsvorgänge usw.' sich einfach voneinander* [unterscheiden, Anm. des Verf.] *und erheblich widersprechen. Diese Widersprüche ziehen sich durch die gesamte Historiographie."*

Unter der Überschrift „Die Ersatzreligion" heißt es in der DS 07/2009 auf Seite 22:

> *„Seit 1945 steht das Christentum in Deutschland im Begriff* [...] *nach und nach durch die Religion der deutschen 'Alleinkriegsschuld' und des 'Holocaust' abgelöst zu werden.* [...] *ein kritisches Hinterfragen der Dogmen [wird] nicht geduldet".*

Einem einschlägig vorbestraften Revisionisten wird in der 'Deutschen Stimme' (09/2009, Seite 3) Raum gegeben, um unter der Überschrift „Die Wahrheit wird sich durchsetzen" zu behaupten:

> *„Alle diese Sachverhalte habe ich in meinem Buch 'Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges.'* [...] *einwandfrei quellenbelegt nachgewiesen* [...]. *Erstens die Kriegserklärung 'Judea against Germany' am 24. März 1933, für die Adolf Hitler nicht den geringsten Anlaß geliefert hatte* [...]."

Und in der Oktoberausgabe der 'Deutschen Stimme' wird zum Beginn des Zweiten Weltkrieges behauptet, dass es bei dem Überfall auf Polen um „Rettung vor Stalins Genickschussbrigaden" gegangen sei und dass der 2. Weltkrieg im Grunde genommen ein „Freiheitskrieg" war.

> *„Auf den Tag vor 70 Jahren beendete der 'Führer' des Großdeutschen Reiches den staatlich inszenierten Terror gegen die deutsche Minderheit in Polen durch die Verkündung, daß ab '5 Uhr 45 zurückgeschossen' werde."*

Aber nicht nur der Blick der NPD auf Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch ihre Zukunftsvisionen sind geprägt von Zynismus und rassistischen Vorurteilen. Ein Beitrag in der DS 02/2011, Seiten 8/9, malt sich das künftige Fernsehprogramm so aus:

> *„Der Blick in die Glotze*
> *.... wird immer schlimmer: Wie das Fernsehprogramm des letzten öffentlich-rechtlichen Kanals der BRD am 20.1.2031 aussehen könnte*
>
> *14.00 Uhr Direktübertragung aus der Gedenkstätte Erlenwald* [...] *spricht Bundespräsident Ngoro Hurabura. Umrahmt wird das Treffen vom Chor der Selbsterfahrungsgemeinschaft Erbschuld.*
>
> *16.00 Uhr Fatimas Kochshow*
>
> *16.45 Uhr Jiddisch für Anfänger*
> *Folge 9: Der Gang zur Börse*
> [...]
>
> *21.45 Uhr Schächten für den Hausgebrauch*
> *Praktische Tips und Anleitungen von Rabbi Schlomo, Pflaumbaum und Mullah Hussein"*

Glorifizierung des Nationalsozialismus

Die NPD glorifiziert in Beiträgen der 'Deutschen Stimme' den Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes.

> *„Die Alliierten haben sich keinen Gefallen getan. Im Mai 1941 flog Rudolf Heß nach England* [...] *Die Empörung über die Behandlung und die Sympathie, ja man kann fast sagen die Verehrung, die Heß entgegengebracht wird, ist europäisch* [...] *kann ich mir wahrlich schlechtere Vorbilder und Idole vorstellen. Kraft tankt man an Beispielen. Heß scheint so eines zu sein."*
> (DS 05/2011, Seite 23)

In der 'Deutschen Stimme' 08/2009 posiert der ehemalige NPD-Vorsitzende Udo Voigt vor einem Plakat, auf dem „Freiheit für Erich Priebke!" verlangt wird. Ihren Gipfel findet die Unterstützung des einschlägig verurteilten Kriegsverbrechers Priebke in einem Parteitagsbeschluss, der das Bedauern ausdrückt, dass diese „vorbildliche Persönlichkeit" „aus formalen Gründen" nicht als Kandidat der NPD für das Amt des Bundespräsidenten bestimmt werden könne.

Der 'Ring Nationaler Frauen' (RNF) bemühte das bekannte Motiv des Autobahnbaus durch das nationalsozialistische Regime: *„Als der deutsche Sozialstaat noch funktionierte: Autobahn in den Dreißigern* [...]." (RNF Berlin, DS 04/2009, Seite 19).

An anderer Stelle wurden die sozialen „Errungenschaften" des 3. Reiches gepriesen, ohne dieses Regime allerdings explizit zu benennen:

> *„Ja zu Deutschland – ja zum Reich!*
> *Zur Reichsgründung vor 140 Jahre / Immerwährende Aktualität der Reichsidee*
>
> *Um den Fortbestand des Volkskörpers*
> *Es blieb dem 20. Jahrhundert und der „Volksgemeinschaft" der dreißiger und vierziger Jahre vorbehalten, sozialpolitisch zu vollenden, wofür Bismarck den Weg gebahnt hatte."*
> (DS 02/2011, Seite 22)

NPD sieht sich als Teil einer gemeinsamen Bewegung

In ihrem politischen Kampf für ein anderes System sieht sich die NPD selbst als „parlamentarischen Arm" des „Nationalen Widerstandes" (DS, 02/2009, Seite 16), als Teil einer gemeinsamen Bewegung von Neonazis und NPD. Deutlich wird dies auch an Zitaten aus Interviews mit zwei führenden Aktivisten der Neonazi-Szene, die in der 'Deutschen Stimme' abgedruckt wurden:

> *„Der nationale Widerstand hat einen parlamentarischen und einen außerparlamentarischen Arm. Die Partei verfügt über wirkungsvolle Sprachrohre in den Parlamenten und kann vom Staat erhebliche finanzielle Ressourcen durch Mandate und Wahlkampfkostenrückerstattung schöpfen. Die „Freien" hingegen verfügen über eine außerordentlich aktivistische Szene, deren idealistische Arbeitskraft unbezahlbar ist."* (DS 06/2010, Seite 3)

> *„Zur 'Reconquista' der Heimat müssen alle beitragen!*
>
> *Die DS im Gespräch mit dem bayerischen Schulungs- und Organisationsleiter [...] über 'Radio FSN', die freie Szene und die Partei*
>
> *Frage: Themenwechsel – Sie arbeiten zurzeit einen Leitfaden für die künftige Zusammenarbeit zwischen Partei und sogenannten 'Freien Kräften' aus. Was wird drinstehen, und woran hapert es Ihrer Meinung nach?*
>
> *Antwort: [...] Der parlamentarische und der außerparlamentarische Arm haben beide Vor- und Nachteile, nur in der idealen Kombination kann hier der größtmögliche Erfolg erzielt werden. [...] Im Jugendbereich haben hier die Freien Kräfte natürlich mehr Möglichkeiten, während der Durchschnittswähler natürlich von der NPD angesprochen werden muß."* (DS 06/2011, Seite 3)

Dabei begreift sich die NPD als „Speerspitze des Nationalen Widerstandes" (DS 08/2009, Seite 18). Dieser Begriff findet sich in der von Neonazis auf Demonstrationen skandierten Parole „Hier marschiert der Nationale Widerstand!" wieder.

Die NPD und ihre Beziehung zum 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU)

Die Versuche der NPD-Führung, sich vom NSU zu distanzieren, wirken vor dem Hintergrund eines drohenden NPD-Verbotes eher taktisch motiviert. Zumindest gehören ehemalige NPD-Funktionäre zu den Beschuldigten im NSU-Ermittlungsverfahren. Offenbar befürchtet die NPD zu Recht, dass ein Verbot deutlich wahrscheinlicher wird, wenn sich Kontakte bzw. eine Unterstützung des NSU durch Parteifunktionäre nachweisen lassen.

Die Strategie der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele hat die NPD das sogenannte „4-Säulen-Konzept" entwickelt. Sie versteht darunter den Kampf um die Straße, den Kampf um die Parlamente, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um den organisierten Willen. Nachdem Ende der 1990er Jahre der Kampf um die Straße (Demonstrationen) im Vordergrund gestanden hatte, gewann in den letzten Jahren der Kampf um die Parlamente für die NPD an Bedeutung. Der wiederholte Einzug in zwei Landesparlamente ist für die Partei in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen nutzt die NPD die Fraktionen als Sprachrohr, zum anderen ist sie existenziell auf die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung angewiesen. Dass das erweiterte ursprüngliche „3-Säulen-Konzept" nicht bloße Theorie, sondern Grundlage für die Strategie der NPD ist, zeigen diverse Hinweise in der 'Deutschen Stimme', unter anderem ein Interview mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt über die künftige Strategie der NPD:

> *„Die vierte Säule in unserem strategischen Vier-Säulen-Konzept hat durch den Wähler Bestätigung erhalten. Der Kampf um den organisierten Willen konnte im Superwahljahr 2009 bei allen Wahlen für uns entschieden werden."* (DS 02/2010, Seiten 3/4)

Anhaltspunkte dafür, dass unter dem neuen Parteivorsitzenden Holger Apfel dieses Konzept aufgegeben werden soll, gibt es nicht.

Bestimmte Themen als „Türöffner" für extremistische Ideologie der NPD

Bereits 2010 hat es in Vorbereitung auf den außerordentlichen Bundesparteitag der NPD in Bamberg eine umfangreiche Strategiediskussion gegeben, deren Inhalte in der DS veröffentlicht wurden. In einer Serie von Artikeln ging die Partei der Frage nach, wie sie ihre Position im politischen Wettkampf gestalten müsse, um die angestrebten Erfolge auch tatsächlich erringen zu können. Sie kommt dabei zu dem Schluss, drei Themenfelder seien prädestiniert, als gesellschaftliche „Türöffner" der nationalen Opposition zu fungieren. Dabei fällt auf, dass die NPD mit den genannten Themen vor allem auf die Ängste der Menschen setzt:

> *„1. Globalisierung (Angst vor Verlust des bisherigen Lebensstandards),*
> *2. Islamisierung (Angst vor Verlust des bisherigen Lebensstils),*
> *3. Gesellschaftlicher Verfall (Angst vor Isolation).“* (DS 02/2010, Seite 17)

Frontalangriff gegen das System

Bei der Wahl der Mittel wird eine gewisse „Kreativität“ gefordert, man schließt aber auch einen „Frontalangriff“ gegen das System nicht aus. In einem Gespräch mit dem scheidenden Geschäftsführer des 'Deutsche Stimme-Verlages' heißt es:

> *„Frage: Die Wortergreifungsstrategie im nationalen Lager sind sehr unterschiedlich – vom Frontalangriff gegen das System bis zur Veränderung durch Mitarbeit* […] *Welche Strategie ist die Richtige?*
>
> *O.: Alle Strategien, die zum Erfolg führen, sind richtig. Das 'Allheilmittel' ist mir leider nicht bekannt und deshalb soll und muß das nationale Lager viele verschiedene Wege gehen und ausprobieren. Wir müssen hier beweglich und kreativ sein und notfalls auch mit dem Teufel zusammenarbeiten, solange er nicht aus Jerusalem kommt.“* (DS 01/2010, Seite 3)

Die NPD führt sich als „Anwalt“ der sozial Benachteiligten auf

Inhaltlich versucht sich die NPD als Anwalt der tatsächlich oder subjektiv sozial Benachteiligten zu gerieren. Hierbei greift sie teilweise auch auf örtliche Konflikte (zum Beispiel um Sexualstraftäter in Essen und Heinsberg) zurück, um sich in Diskussionen und die öffentliche Wahrnehmung zu drängen. In Sachsen sieht sich die NPD als „soziale Heimatpartei“, wie in einem Positionspapier der Sachsen-NPD („Der sächsische Weg“) erläutert wurde. In einem Interview mit dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag erklärt dieser:

> *„Der Schwerpunkt liegt auch künftig auf der Sozialpolitik. Wir werden weiter als Anwalt all jener auftreten, die fernab von Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überfremdung eine lebenswerte Zukunft einfordern.“* (DS 10/2009, Seite 3)

In einem Interview mit einem Mitglied des NPD-Parteipräsidiums heißt es weiter:

> *„Die NPD ist die Schutzmacht aller Deutschen, die* […] *vom sozialen Abstieg bedroht sind.* […]“ *Die Volksgemeinschaft sei eine Schutzgemeinschaft.*
>
> *„Weil das Gros unserer sozial abgehängten Landsleute für eine aktive Opposition gegen das System (noch) nicht zu mobilisieren ist, muß die NPD das Augenmerk zuerst auf diejenigen richten, die wirtschaftlich noch etwas zu verlieren haben.* […] *Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der 'kleinen Leute'* […]. *Das ist der Weg zum Ziel“.*
> (DS 04/2010, Seite 8)

Es zeigt sich allerdings ein Unterschied, je nachdem, ob die NPD als Fraktion in einem Landtag vertreten ist oder nicht. Der zunächst als „sächsischer Weg“ bezeichnete Versuch, in der Außendarstellung der NPD einen moderateren Ton anzuschlagen, hat zum Teil zu scharfer Ablehnung in anderen Teilen der NPD und der Neonazi-Szene geführt. Diese Diskussion mündete in einen grundsätzlichen Richtungsstreit in der NPD, der zum Teil auch öffentlich ausgetragen wurde und letztendlich den langjährigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt sein Amt kostete.

Richtungsstreit in der NPD im Jahr 2011

In dem innerparteilichen Richtungsstreit haben sich drei Strömungen innerhalb der NPD positioniert.

Die „Traditionalisten"

Diese Gruppe hat ein ungebrochenes Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus und will die NPD entsprechend klar nach außen positionieren. Dabei wird in Kauf genommen, dass die NPD deutlich als rechtsextremistische Partei zu erkennen ist. Vertreter dieser Strömung sind zum Beispiel die NPD-Landesvorsitzenden aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, bedingt auch der ehemalige Parteivorsitzende Udo Voigt.

Die „Opportunisten"

Auch diese Gruppe hat ein weitgehend ungebrochenes Verhältnis zum Nationalsozialismus, vermeidet es aber aus taktischen Gründen, dies nach außen zu tragen. Stattdessen werden soziale Themen oder das Thema „Islam" in den Vordergrund gestellt, um die extremistischen politischen Botschaften zu transportieren. Vertreter dieses „sächsischen Weges", der sich stärker an gegenwartsbezogenen Themen orientiert sind zum Beispiel der ehemalige sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende und jetzige Bundesvorsitzende Holger Apfel, der hessische Landesvorsitzende und der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende. Diese Richtung, die wohl auch die Mehrheit in der Partei repräsentiert, hat sich auf dem außerordentlichen Parteitag am 12./13. November 2011 in Neuruppin letztendlich durchgesetzt.

Die „Modernisierer"

Erst in jüngerer Zeit hat der saarländische NPD-Vorsitzende, der der prominenteste Vertreter dieses kleinsten Flügels ist, auch die politischen Inhalte der Partei in Frage gestellt. Vordergründig geht es um das Verhältnis zum Nationalsozialismus, tatsächlich möchten sich Vertreter dieses Flügels am Beispiel anderer europäischer Parteien orientieren. Kritiker werfen dieser Strömung „Beliebigkeit" und „Anpassung" vor. Vermutlich vor diesem Hintergrund wurde der saarländische Parteivorsitzende auf dem NPD-Bundesparteitag – trotz Vorschlag Apfels – nicht zu einem der drei stellvertretenden NPD-Vorsitzenden gewählt.

„Seriöse Radikalität" als reine Verkaufsstrategie

In einem am 5. Juni 2011 im Internet veröffentlichten Positionspapier von einem der drei stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden fordert dieser unter dem Titel „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten!", das Erscheinungsbild der NPD konsequent zu „entnostalgisieren". Die NPD müsse als Partei der Gegenwart wahrgenommen werden. Gleichzeitig macht er deutlich, dass dies keine inhaltliche Neuorientierung darstellt, sondern allein einer positiveren Außendarstellung dient: *„Im Zweifelsfall gilt: daran denken, nie zeigen.* [...] *Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen verstehen sich deshalb ausschließlich als zeitgemäße Verkaufsstrategie".* Wie wenig – bei aller Kritik – auch der Verfasser selbst bereit ist, sich inhaltlich vom historischen Nationalsozialismus zu trennen, zeigt die Berufung ausgerechnet auf die Nationalsozialistische Partei Deutschlands (NSDAP) als Kronzeugen: *„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP* [...] *eine ultramoderne Massenpartei"* (Quelle: Deutschlandecho).

Die Bündnispartner der NPD

Die NPD allein ist zu schwach, um ihre Strategie zielgerichtet und mit Erfolg zu betreiben. Der ehemalige Parteivorsitzende Voigt war von Beginn seiner Amtszeit an bemüht, Bündnispartner für die NPD zu finden. Zunächst richtete sich sein Blick auf die Neonazi-Szene. Das Angebot zur Zusammenarbeit haben zwar Teile der Neonazi-Szene angenommen, andere – vornehmlich die Autonomen Nationalisten – stehen einer Zusammenarbeit eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Unter dem neuen Parteivorsitzenden Holger Apfel, der das Schlagwort von der „seriösen Radikalität" geprägt hat, scheint die Zahl der Kritiker deutlich zuzunehmen. Sowohl durch Apfels Äußerungen, wie auch durch die formale Distanzierung vom historischen Nationalsozialismus fühlt sich die Neonazi-Szene insgesamt düpiert. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen hat dies zu einem handfesten Streit und der Abspaltung des kompletten NPD-Kreisverbandes Düren geführt. Trotzdem dürfte dies auch in Zukunft nicht

die Zusammenarbeit von NPD und Neonazis im Einzelfall verhindern. Allerdings ist das Verhältnis aktuell deutlich abgekühlt.

Fusion mit DVU gemessen an den Zielen eher gescheitert

Die bereits im Jahre 2010 beschlossene Fusion von DVU und NPD scheint – gemessen an den verfolgten Zielen – gescheitert. Vor allem die DVU-Landesverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich lange und vehement – auch mit juristischen Schritten – gegen die Fusion gewehrt. Auch der erhoffte Mitgliederzuwachs hält sich in Grenzen, dies gilt auch für den Landesverband Nordrhein-Westfalen. Hier ist die Mitgliederzahl der NPD trotz vereinzelter Übertritte von DVU-Mitgliedern leicht gesunken. Am Ende sind wohl auch hier deutlich weniger ehemalige Mitglieder der DVU übergetreten, als von der NPD erhofft. Die zum Jahresbeginn gestartete Kampagne „1.000 Mitglieder im Landesverband NRW" blieb erfolglos; am Ende des Jahres sind rund 700 Mitglieder festzustellen, somit knapp 50 weniger als im Vorjahr.

NPD Landesverband NRW in strategischer Zwickmühle

Die NPD in NRW ist personell und organisatorisch derart schlecht aufgestellt, dass sie zum Beispiel bei Demonstrationen und Wahlkämpfen auf die Unterstützung aus der Neonazi-Szene angewiesen ist. Insoweit ist die Auflösung des ehemals sehr aktiven Kreisverbandes Düren für den Landesverband ein harter Schlag. Dem könnten möglicherweise weitere Kreisverbände folgen. Einer NPD, die sich mehr oder weniger deutlich vom historischen Nationalsozialismus distanziert, dürfte sich die Neonazi-Szene eher verweigern.

'pro NRW' hat die NPD bei der Landtagswahl und den Kommunalwahlen als die stärkste Kraft im rechtsextremistischen Spektrum abgelöst. Deshalb versucht sich die NPD konsequent in NRW weiterhin als rechtsextremistische Partei, die das bestehende System beseitigen will, zu positionieren.

Kritik an „rechtspopulistischen Parteien" wegen deren Kontakte zu Israel

Aber auch die Bundespartei grenzt sich von den sogenannten oder sich selbst so bezeichnenden „rechtspopulistischen Parteien" ab. Neben anderen inhaltlichen Positionen spielt hier das Verhältnis zu Israel eine entscheidende Rolle. In einem Bericht über einen Israelbesuch heißt es:

> *„Die Vertreter einiger 'rechtspopulistischer' Parteien, darunter FPÖ, des Vlaams Belang und der Schwedendemokraten besuchten in einer viertägigen Reise den israelisch verwalteten Teil Palästinas. Verabschiedet wurde eine 'Jerusalemer Erklärung', die in einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Existenzrecht Israels* […] *gipfelte.* […] *Was aber dem Faß den Boden ausschlug, ist die Tatsache, dass auch das jüdisch besetzte Westjordanland heimgesucht wurde.* […] *Stattdessen wurden die jüdischen Landräuber (sogenannte 'Siedler') von FPÖ-Chef Strache hofiert.* […] *Den USA und ihrer Außenstelle im Orient ist zu wünschen, dass sie ebenso friedlich abtreten könnten, wie vor nicht allzu langer Zeit die Sowjetunion. Israel wäre gut beraten, beizeiten auf das Angebot des libyschen Revolutionsführers Gaddafi einzugehen und das kostspielige Projekt Judenstaat* […] *aufzugeben."*

Dazu der Kommentar des seinerzeitigen „NPD-Amtsleiters Politik" Uwe M.:

„Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Bedingungslos stellen sich Strache, Dewinter und Co. hinter die israelischen Ultras [...] Mit solchen Leuten kann es keine Zusammenarbeit geben" (DS 01/2010, Seiten 1 und 2).

Ergebnisse der NPD bei Wahlen im Berichtsjahr 2011 bleiben hinter den Erwartungen zurück

Das Jahr 2011 sollte nach dem Willen der NPD-Spitze – wie schon das Jahr 2009 – ein „Superwahljahr" werden. Der seit der „Kemna-Affäre" (Unterschlagung von Parteigeldern und Abgabe falscher Rechenschaftsberichte durch den ehemaligen NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna) deutlich angeschlagene ehemalige Parteivorsitzende Udo Voigt war auf Erfolge der NPD bei Wahlen angewiesen, um seine Autorität in der Partei wiederherzustellen. Die Erwartungen für 2011 waren in der gesamten Partei allgemein hoch. So äußerte der 2010 zum stellvertretenden NPD-Vorsitzenden gewählte ehemalige DVU-Vorsitzende Matthias Faust in einem Interview mit der 'Deutschen Stimme', er gehe davon aus, dass die NPD ab 2011 in zwei weiteren deutschen Landtagen vertreten sein werde.

Dabei rechnete die NPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt schon fast sicher mit einem Einzug in Fraktionsstärke und in Bremen glaubte sie, durch eine Besonderheit im Bremer Wahlrecht (separate 5%-Hürde für Bremerhaven), mit einem einzelnen Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft einziehen zu können. Bei den übrigen Landtagswahlen hoffte sie wenigstens auf das Überspringen der für die Wahlkampfkostenerstattung wichtigen 1%-Hürde. Damit wäre sie – neben Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – in insgesamt vier Landtagen vertreten gewesen. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 verfehlte die NPD dann aber mit 4,6% der Stimmen den schon sicher geglaubten Einzug in den Magdeburger Landtag. Das Ergebnis war für die gesamte Partei ein Schock. In ersten Reaktionen wurde eine Medienkampagne kurz vor der Wahl gegen den Landesvorsitzenden für das Scheitern verantwortlich gemacht.

In Bremen bzw. Bremerhaven wurde der Einzug in die Bremer Bürgerschaft dagegen deutlich verfehlt. Aber auch bei den Wahlen in Hamburg und Baden-Württemberg erreichte die NPD mit 0,9% vielmehr 0,97% ihr Wahlziel (Wahlkampfkostenerstattung) nicht. Lediglich in Rheinland-Pfalz gelang ihr mit 1,1% knapp der Sprung über die 1%-Hürde. Damit blieben die Ergebnisse durchweg deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Bei der für die NPD wichtigen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gelang der NPD mit 6,0% (-1,3%) allerdings der Wiedereinzug in den Schweriner Landtag. Das ist auch für den innerparteilichen Diskurs in der NPD ein wichtiges Signal. So sind mit den Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zwei unterschiedliche Strömungen innerhalb der Partei erfolgreich. Das dürfte auch in Zukunft den Streit über den „richtigen Weg" weiter anfachen.

November 2011 – Holger Apfel löst Udo Voigt als NPD-Parteivorsitzender ab

Die anhaltende Diskussion um den „richtigen Kurs" der Partei bzw. die zahlreichen unerwarteten Wahlniederlagen führten innerhalb der NPD zu einer Führungskrise. Am 12. und 13. November fand in Neuruppin ein außerordentlicher NPD-Bundesparteitag statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des (neuen) Parteivorsitzenden. Bei der Abstimmung erhielt Udo Voigt 85 (40,28%) Delegiertenstimmen und sein Herausforderer Holger Apfel 126 (59,72%). Damit hatte sich der langjährige „Kronprinz" gegen seinen politischen Ziehvater durchgesetzt.

Bei den Stellvertreterwahlen fiel der saarländische Landesvorsitzende Frank Franz unerwartet durch, obwohl er den Delegierten durch den neuen Vorsitzenden zur Wahl empfohlen wurde. Sein Reformbestreben ging vielen Delegierten dann wohl doch zu weit.

Vertreter aus NRW gehören dem Parteipräsidium der NPD nicht mehr an. Claus Cremer verfehlte bei der Wahl zu den Beisitzern die nötigen Stimmen. Er gehört lediglich dem NPD-Parteivorstand kraft Amtes (als NPD-Landesvorsitzender) – ohne gesonderten Aufgabenbereich – an. Ihm fehlt es sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene an politischem Durchsetzungsvermögen, obwohl der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen einer der mitgliederstärksten Verbände der NPD ist.

NPD-Verbotsverfahren

Die bekannt gewordenen Verbindungen eines ehemaligen Jenaer NPD-Funktionärs zur Zwickauer Terror-Zelle haben die Diskussion um ein NPD-Verbotsverfahren erneut entfacht. Politiker aller großen Parteien sprechen sich für ein Verbot der NPD aus, um ein starkes Signal im Kampf gegen Rechtsextremismus zu setzen. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer forderten auf ihrer Konferenz am 15. Dezember 2011 in Berlin einstimmig die Einleitung eines Verbotsverfahrens. Bereits zuvor sprachen sich die Innenminister auf der Innenministerkonferenz vom 8./9. Dezember 2011 in Wiesbaden für eine Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen eines Verbotes aus. Nur wenn diese durch eine eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe geprüft vorliegen, soll über einen erneuten Verbotsantrag befunden werden. Auch Nordrhein-Westfalen unterstützt diese Absicht.

Ausblick/Zukunft der NPD in Nordrhein-Westfalen und im Bund

Der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer ist politisch angeschlagen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen und das glücklose Agieren des Landesvorsitzenden im Zusammenhang mit der gescheiterten Aufnahme eines bekannten Kölner Neonazis in die NPD und die damit in Zusammenhang stehende Auflösung des NPD Kreisverbandes Düren und der Rücktritt eines weiteren Kreisvorsitzenden in Siegen haben die Autorität Cremers ausgehöhlt. In verschiedenen Zirkeln wird bereits über potenzielle Nachfolger Cremers diskutiert. In der zweiten Jahreshälfte 2012 steht der reguläre nächste Landesparteitag mit der Wahl des gesamten Landesvorstands an. Die Wiederwahl Cremers steht bereits jetzt in Frage.

Auf Bundesebene sind mit der Wahl von Holger Apfel die Debatten um den weiteren Kurs der Partei nur vorläufig beendet. Zwar stehen in der nächsten Zeit keine Wahlen an, bei denen es zu krisenhaften Nachwirkungen kommen dürfte, aber die anhaltende Debatte um das NPD-Verbot und die Kontakte der NPD zum NSU zwingen den neuen Vorsitzenden, sich zu positionieren. Apfel bestreitet jedwede Unterstützung der NPD für Terroristen. Gleichzeitig muss er aber befürchten, dass neben einem ehemaligen NPD-Funktionär aus Jena noch weitere NPD-Funktionäre Kontakte zu Mitgliedern oder zum Umfeld dieser Gruppe hatten.

Das Ausmaß dieser Kontakte könnte auch ein mögliches NPD-Verbotsverfahren maßgeblich beeinflussen. Sofern der NPD eine aktive Unterstützung der Zwickauer Terror-Zelle nachgewiesen werden könnte, wäre dies ein Beleg für aggressiv-kämpferische Bestrebungen, die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen.

2.2.2 Bürgerbewegung pro Köln e.V. und Bürgerbewegung pro NRW

	'pro Köln e.V.'	'pro NRW'
Gründung	1996	2007
Sitz	Köln	Düsseldorf
Mitglieder	2011	2011
	insgesamt bei 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' weniger als 1.000; davon rund 350 Aktivisten	
Vorstand	Markus Beisicht, Vorsitzender; Judith Wolter, stellvertretende Vorsitzende; Markus Wiener, stellvertretender Vorsitzender; Karel Schiele, Schatzmeister	Markus Beisicht, Vorsitzender; Markus Wiener, Generalsekretär; Judith Wolter, Schatzmeisterin
Publikation	'PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln'	'PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW'
Internet	Homepage, verantwortlich Markus Beisicht	Homepage, verantwortlich Markus Beisicht
Rechtsform	Verein mit Mandaten im Rat der Stadt Köln	Partei, überwiegend personenidentisch mit 'pro Köln e.V.', Mandate in Kreistagen und Stadträten

Anhaltspunkte für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorliegen. Diese tatsächlichen Anhaltspunkte ergeben sich aus einer Vielzahl von Äußerungen in den Infoblättern von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' sowie durch Artikel, die zum Teil noch im Archiv ihrer Internetseiten abgelegt sind, durch Redebeiträge auf Kundgebungen, DVD-Veröffentlichungen, aber auch durch Kontakte zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland.

Diese Faktenlage geht auch nach der Rechtsprechung über die Einschätzung eines bloßen Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit hinaus. Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG NRW) zitiert insoweit zustimmend aus einer Entscheidung der Vorinstanz:

> *„Insbesondere Parteiprogramm und Öffentlichkeitsarbeit ließen erkennen, das pro NRW Minderheiten namentlich Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetze und ausgrenze, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet werde."*

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' missachten Menschenrechte

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Ausländer werden durch 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' wegen ihrer Nationalität, Abstammung oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Entsprechende Aussagen werden ständig wiederholt; im Fokus stehen fast ausschließlich die Themen „Ausländer/Migranten", verbunden mit einer drastischen Wortwahl. So wird den Bürgern ein negatives Menschenbild über diese Personengruppen vermittelt, das ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder Volkszugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, wird fast vollständig ausgeblendet. Bestimmte Volks- und Religionsgruppen, insbesondere Muslime, werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Mit dieser Art der Darstellung schüren 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' Ablehnung und Angst in der Bevölkerung.

Diese Einschätzung hat das Oberverwaltungsgericht NRW 2011 in einem Beschluss[9] noch einmal ausdrücklich bestätigt: Aus den Verlautbarungen von 'pro NRW' ergebe sich,

> *„dass der Kläger* [hier 'pro NRW' Anm. der Red.] *bzw. seine Funktionäre* [...] *fortgesetzt mit pauschalierenden, plakativen Äußerungen Ausländer wegen ihrer Abstammung und/oder Religionszugehörigkeit ausgrenzend und als kriminell sowie nicht integrierbar dargestellt haben."*

Wenn sich 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' immer wieder geradezu demonstrativ zum Grundgesetz bekennen und sich gegen jede Form von Extremismus verwahren, wirkt dies taktisch motiviert. Agitation und Propaganda stehen zumindest in Teilen in offenem Widerspruch zur vordergründig wirkenden Bejahung der Verfassungsgrundsätze des Grundgesetzes. Diesen Widerspruch haben 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' auch in 2011 nicht aufgelöst.

Ausländerfeindlichkeit

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' schüren latente Ängste vor Überfremdung und verbreiten fremdenfeindliche Ressentiments. Auf der Homepage von 'pro NRW' wird ein düsteres Bild über heraufziehende Gesundheitsgefahren für die einheimische Bevölkerung durch die Masseneinwanderung gezeichnet:

---

[9] *OVG Münster, Beschluss vom 9. Februar 2011 (5A 2766/09).*

> *„Längst ausgestorbene Seuchen kommen durch die Masseneinwanderung nach Köln zurück und stellen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Allgemeinheit dar."*

Außerdem unterstellt 'pro NRW' Einwanderern, bei denen beispielsweise eine Lungentuberkulose diagnostiziert worden sei, eine Verweigerung der „amtlich vorgeschriebenen Behandlung". Als Lösung sieht 'pro NRW' nicht etwa eine gezielte gesundheitliche Aufklärung, sondern fordert: „Renitente Therapieverweigerer gehören in ihre Herkunftsländer abgeschoben."

In einer Postkartenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei hetzt 'pro NRW':

> *„eine perspektivlose Jugend will nach Deutschland und nach Europa. Täglich kommen tausende nicht integrierbare Menschen zu uns."*

Das Thema „Einbürgerung" veranlasste einen Ratsvertreter von 'pro Köln e.V.' zu folgender Äußerung:

> *„Wer sich als Türke fühlt, der soll und darf auch Türke bleiben. Der bundesdeutsche Pass ist mehr als ein Bezugsschein für Hartz IV."*

Pauschal und undifferenziert wird der angebliche Missbrauch der Sozialsysteme durch Ausländer beklagt:

> *„Massenzuwanderung, zumeist in unsere sozialen Sicherungssysteme"* [10]

Auf einer Linie mit der NPD liegt die Forderung der Jugendabteilung von 'pro NRW', 'Jugend pro NRW', „Ausbildungsplätze zuerst für Deutsche!" (aus dem Flyer der 'Jugend pro NRW' „Eine starke Rechte für NRW"). Von der NPD ist die Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" seit Jahren bekannt.

Ausländer werden ausgrenzend als kriminell und nicht integrierbar dargestellt.

Die Interessensverbände der Sinti und Roma bezeichnet der Vorsitzende von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.', Markus Beisicht am Rande eines Artikels auf der 'pro NRW'-Homepage als „Interessensverbände für organisierte Kriminalität".[11]

Islam als Feindbild

Ein Schwerpunkt der Kampagnen von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' ist darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. 'pro NRW' ist teilnehmende Organisation bei der Initiative „Städte gegen Islamisierung". Auf der Homepage beschreibt diese Initiative ihre Ziele wie folgt:

> *„'Städte gegen Islamisierung' widersetzt sich der multikulturellen Ideologie, die dazu führt, dass die hier ansässigen Muslime in zunehmenden Maße ihre eigenen Werte auch in der Öffentlichkeit befolgen können, was de facto zu einer Institutionalisierung dieser Religion."* [fehlendes Satzende im Original].

Im Rahmen einer 2010 von 'pro NRW' veranstalteten „Anti-Minarett-Konferenz" war der Fraktionsvorsitzende des 'Vlaams Belang' wie bei zahlreichen anderen Veranstaltungen dieser Art einer der Hauptredner. Er bezeichnete den Islam als „Eroberungsreligion" und als „Raubtier", welches bereit sei, „sich auf das schwächste Opfer zu stürzen". Seine Ausführungen gipfelten in der These:

---

[10] *'pro NRW'-Homepage, Zugriff am 23.09.2009.*

[11] *'pro NRW'-Homepage, Zugriff am 26.07.2011.*

> *„Wie Aids der physischen Wehrhaftigkeit eines Menschen schadet, so untergräbt die Multikultur die demografische Wehrhaftigkeit eines ganzen Volkes und einer Zivilisation."*

Hier klingt die ansonsten nur im orthodoxen Rechtsextremismus übliche Analogie eines homogenen Volkskörpers an, der von einer zerstörerischen Kraft von außen – hier „Multikultur" (gemeint sind Menschen außereuropäischer Herkunft, Anm. der Red.) – zersetzt wird. Menschen anderer Kulturkreise oder Religionszugehörigkeiten werden in diesem Sinne offensichtlich als tödliche Krankheit gesehen, die das Immunsystem des „Volkskörpers" unwiderruflich schädigen. Als Gegenmittel bleibe die „Überlegenheit unserer eigenen Zivilisation zu verteidigen" und die „dritte islamische Invasion" gegen den „Erbfeind Europa" zu stoppen. Weitere Beispiele islamfeindlicher Agitation des 'Vlaams Belang'-Funktionärs:

> *„Es kommt jetzt drauf an, [...] den Islam zurückzudrängen zum Ort, an den er hingehört: der anderen Seite des Mittelmeeres."*

und

> *„Wir müssen es wagen Europa für die Europäer einzufordern und warum nicht auch danach streben Istanbul wieder zu Konstantinopel zu machen."*

Diese Äußerungen sprechen Muslimen nicht nur ihr Grundrecht auf freie Religionsausübung ab, sondern negieren ein Existenzrecht und Bleiberecht dieser Bevölkerungsgruppe in ganz Europa. Beides steht in krassem Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Auch der Vorsitzende von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.' polemisiert gegen den Islam und Muslime:

> *„Überall wird vor der islamistischen Herausforderung zurückgewichen: Eine Extrawurst beim Kantinenspeiseplan, Frauenschwimmen und Mädchensport, eine abgesagte Theateraufführung oder Weihnachtsfeier, Augen zu bei kulturellen Besonderheiten, wie 'Zwangsehe' oder 'Ehrenmord', gern mal ein schariakonformes Urteil und schon ist NRW wieder ein bisschen muslimischer."*

Vor dem Hintergrund der andauernden Integrationsdebatte und der in ihr zum Ausdruck kommenden Überfremdungsängste werden diese Themen dazu missbraucht, Islamfeindschaft zu schüren. Dahinter steht der Versuch von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.', diese in der Gesellschaft diskutierten Themen zu nutzen, um so die eigenen weitergehenden nationalistischen Sichtweisen und Forderungen über den rechtsextremistischen Rand hinaus bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Der „Kampf" gegen „den Islam" dient dabei als Türöffner. Dies hatte der Vorsitzende von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' in einem Interview freimütig eingeräumt:

> *„Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht.* [...]. *Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten."*

Deshalb wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung unterschieden. Vielmehr erfolgt eine diskreditierende Gleichsetzung des Islams, der als „Politreligion" bezeichnet wird, mit Kriminalität und Terrorismus.

In einem 'pro NRW'-Flyer „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf! Islamistische Terrorgefahr bekämpfen!" wird diese Gleichsetzung von Islam und Terrorismus wie folgt suggeriert:

> *„Die kulturelle und ethnische Überfremdung unserer Städte steht in einem direkten Zusammenhang mit den Kölner Kofferbomber-Attentäter, der Sauerländer Terrorzelle oder den Duisburger Fanatikern!"*

Der gleiche Ansatz findet sich in einem Flyer der 'pro NRW'-Fraktion Dormagen:

> *„Durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung aus dem außereuropäischen, oftmals islamischen Kulturkreis haben wir jetzt – im wahrsten Sinne des Wortes – eine tickende Zeitbombe mitten in Hackenbroich wie in ganz Dormagen. Direkt unter uns haben sich islamistische Terrorzellen gebildet."*

Auf den Punkt bringt es eine vom Vorsitzenden von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' im Zuge der Diskussion um eine von Salafisten betriebene Einrichtung in Mönchengladbach getroffene Feststellung:

> *„Die Unterscheidung zwischen bösen Salafisten und guten Muslimen ist im Großen und Ganzen Volksverdummung. Auch, wenn das von den Hütern der Political Correctness anders gewünscht ist. Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen Islam und Islamismus. Der Islam an sich ist freiheitsfeindlich und achtet die Menschenrechte nicht. Salafisten wie normale Muslime stellen die Scharia über das Grundgesetz."*

Für einen als Förderer und Unterstützer der pro-Bewegung vor allem im letzten NRW-Landtagswahlkampf in Erscheinung getretenen deutsch-schwedischen Unternehmer, vorher als NPD-Sponsor und Mitglied der DVU bekannt und zwischenzeitlich zum „Internationalen Sekretär" der pro-Bewegung bestimmt, gipfelte diese Sichtweise in der Forderung:

> *„Wir brauchen* [...] *in Deutschland eine Rechte, die nicht Israel zum Feind erklärt, sondern den Islam."*

Der Islam insgesamt wird als Feindbild von 'pro Köln e.V.'/'pro NRW' propagiert, um die Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und pauschale Schuldzuweisungen an diese zu rechtfertigen. Das Fundament dieses Feindbildes sind Verallgemeinerungen und die Reduzierung auf eine ganze Glaubensgemeinschaft wird so unter Generalverdacht gestellt und verantwortlich gemacht für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Bedrohungen. Phänomene wie Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Jugendgewalt und Terrorismus werden ausschließlich und undifferenziert mit dem Islam in Verbindung gebracht. Besonders deutlich wurde dies schon während einer Wahlkampf-Kundgebung im August 2009 in Köln in der Rede eines damaligen Stadtratskandidaten von 'pro Köln e.V.':

> *„Wer für die Islamierung dieses Landes ist, der ist ganz klar für die Zwangsheirat egal in welchem Alter, für Ehrenmorde, für die Entrechtung der Frau, für die Beschneidung von Frauen, der ist auch dafür, dass Frauen schlechter behandelt werden als Tiere, der ist dafür, dass Frauen bestraft werden, wenn sie vergewaltigt werden, der ist für Auspeitschung, der ist für Steinigung, für Folterung und Hängen und der ist für die Auslöschung unserer Kultur."*
>
> *„*[...] *und ich garantiere Ihnen, die Reichskristallnacht wird wiederkommen. Allerdings werden diesmal in Köln Christen und Juden durch die Straßen getrieben, von den Islamisten verfolgt und getötet. Wollt Ihr das wirklich? Wenn Sie die Islamisierung und den Antisemitismus fördern wollen, dürfen Sie nicht 'pro Köln e.V.' wählen, wenn sie Demokratie und die Menschlichkeit wollen, müssen Sie 'pro Köln e.V.' wählen. Sie können am 30. August die Kandidaten in den Orient schicken. Die Fahrkarten dazu kaufen wir, allerdings ist das nur eine Einfachfahrkarte."* [Anm: wörtliche Mitschrift].

Der gleiche 'pro Köln e.V.'-Aktivist veröffentlicht 2011 einen „Offenen Brief an die Bundeskanzlerin". Darin erläutert er, warum er Türke werden wolle. Der auf den ersten Blick persiflierend anmutende Brief beinhaltet bei genauer Betrachtung ähnliche islamfeindliche Ressentiments:

> *„Ich möchte Ausländer werden!* [...] *ich meine einen klassischen Ausländer* [...]. *Ich möchte Türke werden. Es gibt in diesem Land so viele Türken,*[...]. *Das tägliche Leben wird einem erheblich erleichtert, wenn man Ausländer ist. Es gibt unermeßliche Vorteile* [...] *Und wenn ich Türke geworden bin, konvertiere ich zum Islam. Das mache ich deshalb, weil da so viele tolle Dinge drinstehen, z. B. daß man seine Frau züchtigen darf."* [Anm.: Fehler im Original].

Ferner veröffentlichte und verbreitete 'pro Köln e.V.' in 2009 eine DVD mit dem Titel „Hat pro Köln doch recht?". In dem Film wird ein Diagramm eingeblendet, das angeblich auf einer Erhebung des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin beruhen und Aufschluss über Gewaltdelikte in Berlin im Jahr 2003 geben soll. Von insgesamt 15.500 Gewalttaten sollen danach 12.200 von Muslimen, 2.950 von sonstigen Ausländern und lediglich 350 Delikte von Deutschen begangen worden sein. Tatsächlich gibt es eine solche Statistik des LKA Berlin nicht, auch die verwendeten Zahlen stammen nicht von dort. Die Statistik ist darüber hinaus hochgradig unseriös und in sich unschlüssig, weil nicht zwischen ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten unterschieden wird, sondern diese in unzulässiger, verfälschender Weise vermengt werden. In der Statistik sind zum Beispiel die deutschen Muslime mit und ohne Migrationshintergrund nicht klar eingeordnet.

In gleicher Weise werden angebliche Umfrageergebnisse zu öffentlichen Verkehrsmitteln instrumentalisiert:

> *„Nicht nur in Köln, auch in anderen Städten, explodiert die Gewalt. In Berlin wagen laut Umfragen etwa 30% der Befragten nicht mehr öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Weitere 30% haben in U-Bahnen und Bussen Angst. Angst vor jungen Männern, die mehrheitlich dem Islam zuzuordnen sind." (Auszug aus 'pro Köln'-DVD „Den Niedergang unserer Stadt aufhalten")*

'pro Köln e.V.'/'pro NRW' nennen keine Quellen für derartige Umfrageergebnisse. Insofern wird auch hier eine vermeintliche Bedrohungslage in öffentlichen Verkehrsmitteln undifferenziert und pauschal auf den Islam als Ursache zurückgeführt.

Die Botschaft, die 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' oder deren Aktivisten zu vermitteln versuchen, ist einfach: Der Islam ist eine Bedrohung für unsere Demokratie und Kultur, diese Religion und ihre Anhänger gehören nicht hierher.

Damit wird die Grenze zwischen legitimer Auseinandersetzung mit dem Islam und instrumentalisierender Islamfeindlichkeit mit extremistischen Zügen überschritten, weil eine ganze Bevölkerungsgruppe, nämlich diejenige, die den Islam als Religion ausübt, pauschal und undifferenziert von der Wahrnehmung elementarer Grundrechte – darunter der Religionsfreiheit – ausgeschlossen wird.

Was dies in letzter Konsequenz bedeutet, formuliert wiederum der zuvor schon genannte deutsch-schwedische Sponsor und „Internationale Sekretär" der pro-Bewegung so:

> *„Wenn ein Türke hier von diesem barbarischen Glauben abschwört und zum Christentum konvertiert, dann ist er kein Problem. Das werden nicht viele sein, so dass Integration unproblematisch wäre. Heutige Integration ist ein Fass ohne Boden, sie ist unbezahlbar und sinnlos."*

Aktionen in der Öffentlichkeit und Kampagnen gegen Moscheen

Das Schlüssel- und Schwerpunktthema von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' ist – vor dem Hintergrund ihrer islamfeindlichen Agitation – nach wie vor die Ablehnung von Moscheebauten. Regelmäßig werden Demonstrationen dort angemeldet und durchgeführt, wo der Bau einer Moschee geplant ist. Eine solche Demonstration fand 2011 beispielsweise in Herten-Langenbochum statt. In Bottrop, wo sich ebenfalls eine Moschee in Planung befindet, wurden Flyer mit der Forderung „NEIN zum Bau einer Großmoschee in Bottrop" verteilt. Die standardmäßig hergestellte Verbindung von einer Gebetsstätte zu islamistischen Terrorzellen und Attentätern war auch wieder im Text des Flyers enthalten.

Strategisches Ziel dieser Aktionen ist es, verängstigte oder einem Moscheebauvorhaben kritisch gegenüberstehende Bevölkerungsteile für 'pro NRW' zu gewinnen. Gegebenenfalls vorhandene Anwohnerinitiativen werden unterwandert und für die eigenen Ziele instrumentalisiert, um so – mit Blick auf künftige Wahlen – möglichst neue örtliche 'pro NRW'-Untergliederungen aufzubauen.

Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen

Neben den abwertenden Äußerungen zu Ausländern oder Personen mit Migrationsgeschichte agitiert 'pro Köln e.V.' auch gegen sexuelle Minderheiten. Homosexuelle werden subtil verächtlich gemacht und durch diffamierende Formulierungen herabgesetzt. So werden Fördermaßnahmen für Homosexuellen-Projekte abgelehnt und durch eine entsprechende Wortwahl der Lächerlichkeit preisgegeben. Folgende beispielhafte Aussagen in einem Artikel auf der Homepage von 'pro Köln e.V.' sind geeignet, Aversionen und Vorurteile zu schüren:

> *„Homo-Lobbyisten"*
> *„ein besonderer Nutzen für das Fortbestehen des Gemeinwesens (Kindernachwuchs!) ist beim besten Willen nicht zu erkennen"*
> *„'Wunschlosglücklichmachung' für homosexuelle Senioren"*
> *„zusätzliche 40.000 Euro müssen her, um nur ja viele Jugendliche auf den richtigen sexuellen Weg zu bringen".*[12]

Ein Funktionär der Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) aus Österreich war im Frühjahr 2010 Teilnehmer der „Anti-Minarett-Konferenz" von 'pro NRW' und bediente in seinem Redebeitrag mit einer Anspielung auf homosexuelle deutsche Politiker genau diese Aversionen und Vorurteile:

> *„Wenn ich mir die Reden heute hier angehört habe, dann ist es mir anders gegangen als den deutschen Politikern, denen es warm in der Hose wird. Mir ist es warm im Herzen geworden* [...]."

Diffamierung als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Im politischen Diskurs bedienen sich 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' häufig einer massiven Polemik. Im Vordergrund steht dabei nicht eine legitime Kritik, sondern die herabsetzende, verächtlich machende Schmähung des politisch Andersdenkenden. Politische Gegner werden als „verbrauchte Altparteien" oder „Blockwarte der Political Correctness" verunglimpft, Polizisten als „uniformierte 'Gralshüter der Political Correctness'" verhöhnt.

Das Stilmittel der Polemik begleitet nicht, wie sonst im politischen Diskurs üblich, die Argumentation in der Sache, sondern es ersetzt sie. So wird beispielsweise unter der Überschrift „Migrantengezeter zur konstituierenden Sitzung des Kölner Integrationsrates" dessen Vorsitzender als „Berufstürke" diffamiert, der dieses Gremium zur Lösung der eigenen sozialen Frage missbrauche.

Die durch das Bundesministerium des Innern (BMI) ins Leben gerufene Islamkonferenz wird als „politische Selbstbefriedigung von Funktionären" beschrieben. Dieses Zusammentreffen sei das geistige Ergebnis der 68er-Gutmenschen-Utopie, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft auf Rappelkisten-Niveau regeln wolle. Weiter heißt es: *„Der Einzige, der von dieser opulenten Zusammenkunft etwas haben wird, das ist irgendein privilegierter Catering-Service."*

In einer Rede anlässlich einer Demonstration im November 2011 in Köln bezeichnete der Vorsitzende von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.', den Kölner Oberbürgermeister als „Salon-Bolschewisten". Bei der gleichen Veranstaltung beschimpfte ein Ratsmitglied von 'pro Köln e.V.', der gleichzeitig Präsident der 'Kommunalpolitischen Vereinigung der PRO-Bewegung*' ist, einen an der Gegendemonstration teilnehmenden Bundestagsabgeordneten der Partei „Bündnis 90/Die Grünen" als „Gauleiter", „grüne SA"

---

[12] *www.pro-koeln-online.de/artikel4/homo-lobby.htm.*

und „Müsli-Nazi".Einen anderen Bundestagsabgeordneten nannte wiederum der Vorsitzende von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.' auf der 'pro NRW'-Homepage[13] „CDU-Hassprediger aus Bergisch Gladbach".

Kooperation mit Bündnispartnern aus dem Ausland

Die von 'pro Köln e.V.'/'pro NRW' immer wieder betonte Abgrenzung von jeder Form des Extremismus erscheint wenig glaubwürdig. Dies zeigen die Verflechtungen und Bündnisse, die 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' mit Parteien und Organisationen in den europäischen Nachbarländern pflegen. Einige dieser Parteien zählen zum rechtsextremistischen Spektrum. Wie das OVG NRW jüngst in einem Beschluss festgestellt hat, erlauben diese Kontakte Rückschlüsse auf die Einstellung und das Verhalten der Aktivisten von 'pro Köln e.V.'/'pro NRW' im Inland.

Neben der engen Zusammenarbeit und regelmäßigen Unterstützung durch die rechtsgerichtete belgische Regionalpartei 'Vlaams Belang' – die als Nachfolgeorganisation des rechtsextremistischen 'Vlaams Blok' angesehen werden kann, dessen Programm vom belgischen obersten Gerichtshof als diskriminierend und rassistisch eingestuft wurde – sowie der volksnationalistischen belgischen Gruppierung 'Voorpost', die eine kameradschaftsähnliche Struktur aufweist und bei der personelle Überschneidungen zum 'Vlaams Belang' vorhanden sind, bestehen Kontakte zu separatistischen und fremdenfeindlichen Organisationen in Spanien und Frankreich.

So gab der Vorsitzende von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' im Mai 2011 auf der 'pro NRW'-Homepage seine Absicht bekannt, gemeinsam mit Vertretern des Vlaams Belang und einer Delegation von 'pro NRW' an einer Demonstration gegen eine geplante Großmoschee in der Nähe von Antwerpen teilzunehmen:

> *„Erneut demonstrieren wir dann Seit an Seit mit unseren flämischen Freunden gegen die Islamisierung und Überfremdung unserer Heimatländer."*

Die Teilnahme von „Unterstützern erfolgreicher europäischer Rechtsdemokraten aus Österreich, der Schweiz, Flandern, Schweden, Spanien, Frankeich, Dänemark, Tschechien und Ungarn" an einem als Großveranstaltung angekündigten „Marsch für die Freiheit" im Mai 2011 in Köln blieb allerdings weit hinter den Erwartungen von 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.' zurück. Tatsächlich kam nur ein Bruchteil der eingeplanten Gäste. Teilnehmer waren unter anderem der Fraktionsvorsitzende des 'Vlaams Belang', ein Vertreter einer separatistischen Kleinstpartei aus Frankreich sowie ein Student aus den USA, der einer kleinen Studentenorganisation einer Provinz-Universität angehört, aber von 'pro NRW' spektakulär als Repräsentant der amerikanischen „Tea Party" angekündigt worden war. Unter den ausländischen „Gästen" befand sich auch eine österreichische Nationalratsabgeordnete der FPÖ, die in der Vergangenheit wiederholt durch rassistische und vor allem islamfeindliche Äußerungen aufgefallen ist. Zu dieser Politikerin bestehen seitens 'pro NRW' und ihres Vorsitzenden Beisicht schon seit einigen Jahren enge Beziehungen. Wie der Presse[14] zu entnehmen war, wurde sie 2009 in Graz wegen der „Verletzung und Herabwürdigung religiöser Lehren" zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt. Das Gericht kam zu diesem Urteil, weil sie bei FPÖ-Wahlkampfveranstaltungen den Propheten Mohammed verunglimpft habe. Außerdem habe sie in Zusammenhang mit Muslime bzw. dem Islam die Begriffe „Einwanderungs-Tsunami" und „Feindreligion" verwendet. Der 'pro NRW'-Vorsitzende Beisicht hatte sich bereits 2008 für sie eingesetzt und die „Stigmatisierungskampagne" gegen die FPÖ-Politikerin verurteilt.

Der Generalsekretär von 'pro NRW' hatte in 2010 an einer von internationalen Rechtsextremisten besuchten Tagung in Paris teilgenommen. In seinem Grußwort appellierte er an die Teilnehmer: *„Nur gemeinsam können wir die Überfremdung stoppen und die etablierten Volksverräter abwählen."*

Den Wechsel in der Führung der rechtsextremistischen Partei 'Front National' (FN) aus Frankreich nahm der Vorsitzende von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' zum Anlass, der Tochter des FN-Gründers

---

13 *'pro NRW'-Homepage, Zugriff am 27.07.2011.*

14 *Unter anderem: fr-online 23.01.2009; der standard 17.06.2009.*

und vormaligen Vorsitzenden Jean Marie Le Pen zur Nachfolge im Vorsitz zu gratulieren und ihrem Vater „für seine erfolgreiche Arbeit" Respekt auszudrücken. Beisicht sei es wichtig, *„dass man in Frankreich wisse, die hämische und hasserfüllte Berichterstattung über die Arbeit des Front National repräsentiere nicht die gesamte politische Szene in Deutschland"*, ließ 'pro NRW' auf ihrer Homepage vermelden.

Funktionäre, Aktivisten und Unterstützer von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW'

Die Funktionärsebene und weite Teile der Mitglieder beider Gruppierungen sind nahezu identisch. Der Vorsitzende, mehrere seiner Vorstandskollegen und große Teile der Mitglieder kommen aus rechtsextremistischen Parteien oder aus Organisationen, bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vorliegen bzw. vorlagen. Einige Personen gehörten beispielsweise zur Gruppierung 'Deutsche Liga für Volk und Heimat*' (DLVH)[15]. Die DLVH* gehörte vor Anfang der 1990er Jahre dem Kölner Stadtrat an und ist vor allem durch die Verbreitung eines „Steckbriefs" aufgefallen, mit dem eine Belohnung für die Ergreifung einer Roma-Frau ausgesetzt worden war, die abgeschoben werden sollte. Das Oberlandesgericht Köln[16] hat der Betroffenen ein Schmerzensgeld zugesprochen, weil es in dieser Aktion eine erheblich ins Gewicht fallende Persönlichkeitsverletzung, einen schweren Angriff auf die Ehre und Menschenwürde und eine Gefährdung der persönlichen Unversehrtheit sah. Andere gehörten der Partei 'Die Republikaner' (REP) an, die bis 2007 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Manfred Rouhs, langjähriger Stadtverordneter von 'pro Köln e.V.', der gleichzeitig Vorsitzender der Partei 'pro Deutschland*'[17] ist, war in früheren Jahren bei den 'Jungen Nationaldemokraten', der Jugendorganisation der NPD, zwei Jahre als deren Landesvorsitzender, 1986 Bundestagskandidat für die NPD und, wie er selbst in einem Interview bestätigt, noch bis Januar 1987 Mitglied der NPD. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt ein weiteres Beispiel eines Stadtverordneten aus Ennepetal, der bis September 2010 Mitglied der NPD war und dann zu 'pro NRW' wechselte. Auf der Homepage von 'pro NRW' wurde er als „parteiloser Stadtrat" angekündigt, seine parteipolitische Vergangenheit aber verschwiegen. Inzwischen wurde er zum Geschäftsführer der Mitte 2011 gegründeten, allerdings bisher noch nicht in Erscheinung getretenen 'Kommunalpolitischen Vereinigung der PRO-Bewegung*' (KPV PRO) gekürt. Auch ein 'pro NRW'-Ratsmitglied aus Bonn sowie ein Kandidat für die Landtagswahl 2010 aus Solingen waren vorher in der NPD aktiv.

Ein ehemaliger 'pro NRW'-Jugendfunktionär („Bezirksjugendbeauftragter Rheinland") und 'pro Köln e.V.'-Kandidat bei der Kommunalwahl 2009, der nach eigener Darstellung „nie einen Hehl" aus seiner Gesinnung gemacht habe, hat sich nach seinem Austritt aus 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' der neonazistischen Kameradschafts-Szene zugewandt, wie er selbst im Internet in einem Infoportal[18] mitteilte. Ein 'pro NRW'-Aktivist, der als Kandidat für die Landtagswahl nominiert war, hat sich nach eigenen Angaben gegenüber einer Solinger Tageszeitung noch 2009 an einem Aufmarsch der 'Freien Nationalisten' beteiligt.

Der jüngere Bruder eines 'pro NRW'-Ratsmitglieds, der als Aktivist auf einem Gruppenfoto der Jugend der „pro-Bewegung" zu sehen war, hatte laut einem Fernsehbericht in 2009 Kontakte zu den rechtsextremistischen Autonomen Nationalisten und nahm an einem von ihnen mitgetragenen Aufmarsch teil. Bei ihm fand 2010 eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts auf Besitz von pyrotechnischen Materialien statt.

Im Mai 2010 wurde auf der 'pro NRW'-Homepage Andreas Molau als „patriotischer Publizist" und neues Mitglied der pro-Bewegung vorgestellt. Er werde in Zukunft die Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und sich insbesondere im Bereich der neuen Medien einbringen. Molau war bis vor seinem Eintritt hauptamtlicher Mitarbeiter der DVU und vorher einige Jahre Mitglied der NPD. 2008 war Molau NPD-

---

[15] *Die DLVH* wurde bis 2000 im Verfassungsschutzbericht NRW erwähnt, ist aber inzwischen – zumindest in Nordrhein-Westfalen – bedeutungslos.*

[16] *OLG Köln, Beschluss vom 9. September 1996; Az.: 15 W 72/96.*

[17] *Bei 'pro Deutschland' bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen.*

[18] *logr.org/fnkoeln/2009/08/18/neues-von-den-kolner-problemkindern-richtigstellung-von-rene-emmerich/.*

Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Niedersachsen und zeitweilig konkurrierte er mit Udo Voigt um den Bundesvorsitz der Partei.

Von Molau, der seit März 2011 als Beisitzer zum Vorstand von 'pro NRW' gehört, wurde eine Rede bekannt, die er noch 2008 auf dem Sommerfest des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Wattenscheid gehalten hat. Die Rede ist gefüllt mit rechtsextremistischem Gedankengut und offenem Fremdenhass. Anknüpfend an Äußerungen des damaligen nordrhein-westfälischen Integrationsministers meinte Molau:

> *„Da heult der Herr Laschet vor kurzem rum, es gäbe auch hier in NRW – vielleicht ist es ja dem einen oder anderen schon mal aufgefallen – No-Go-Areas für Schwarze. No-Go-Areas, also Gebiete, in die Schwarze, also Maximalpigmentierte, Neger darf man ja nicht mehr sagen, in die sie sich nicht mehr hereintrauen würden. Ja, liebe Freunde, wir würden uns ja freuen, wenn es so wäre. Wir wären ja froh, wenn es Räume in NRW oder Deutschland geben würde, wo mal keine Schwarzen da wären.* […] *Liebe Freunde, es wäre ja ein Segen, wenn wir heute einen Modekatalog aufschlagen würden und wir würden nicht unbedingt auf jeder dritten Seite einen Mulatten oder einen Schwarzen sehen. Ja, es wäre schön, wenn es Modekataloge geben würde, wo es No-Go-Areas geben würde für Schwarze* […]. *Ich wäre froh, wenn ich in irgendeine deutsche Stadt käme und würde einmal keine Döner-Bude sehen. Das wäre herrlich, No-Go-Areas für Döner-Buden und ihre Besitzer – das wäre eine politische Forderung!* […] *Wir brauchen weder Herrn Laschet, noch brauchen wir hier in Deutschland einen Integrationsminister. Das Einzige was wir brauchen ist ein Abschiebungsminister. Und den ziemlich schnell, liebe Freunde."*

Den Besuch des türkischen Staatspräsidenten im September 2011 bezeichnet Molau in einem Artikel auf der Internet-Seite „freiheitlich.me" als „Koloniebesuch". Weiter stellt er fest: *„Heute leben muslimische Einwanderer hauptsächlich von staatlichen Leistungen, ordnen sich nicht der (noch) Mehrheitsgesellschaft unter und errichten allerorten protzige Machtsymbole eines aggressiven Islams.* […] *Einwanderung und Ablösung der Mehrheitsgesellschaft zieht einen Machtanspruch nach sich"*, Die vorgenannten Beispiele machen deutlich, dass in der Vergangenheit und aktuell 'pro NRW' und 'pro Köln e.V.' eine nicht unerhebliche Zahl von ehemaligen Rechtsextremisten als Funktionäre, Aktivisten oder Unterstützer in ihre Strukturen eingebunden haben.

'Jugend pro Köln e.V.' und 'Jugend pro NRW'

Sowohl bei 'pro Köln e.V.' als auch bei 'pro NRW' ist eine Jugendabteilung angegliedert. 'Jugend pro NRW' und 'Jugend pro Köln e.V.' sind vornehmlich darauf ausgerichtet, Schüler und Jugendliche anzusprechen und zur Mitarbeit zu bewegen. Dabei gehen sie sehr geschickt auf junge Menschen ein, knüpfen an mögliche negative Erfahrungen, beispielsweise das „Abziehen von Handys" (umgangssprachlich für Handyraub) und an kulturelle Konflikte mit ausländischen Jugendlichen an und holen Jugendliche mit Sprache („Hast Du auch den Eindruck, dass in unserem Land einiges schief läuft?") und Themen („Massenarbeitslosigkeit", „Bildungsmisere", „steigende Überfremdung") dort ab, wo sie die Jugendlichen mit ihren Ängsten und Sorgen vermuten:

> *„Oder willst Du weiter einfach zuschauen, wenn Wehrlose in der Schule oder auf der Straße 'abgezogen' werden und irgendwelchen fiesen Typen ihre Handys und das Pausengeld abliefern müssen? Oder ist es Dir egal, dass viele Mädchen als 'deutsche Schlampen' beschimpft werden, nur weil sie sich schicke Sachen anziehen?"* (Auszug aus dem Werbeblatt „'pro Köln' wählen? Ja, natürlich!!!" zur Kommunalwahl 2009).

Tatsächlich sind auch diese Kampagnen darauf angelegt, zwischen jungen Deutschen und Ausländern zu polarisieren. Beide Jugendorganisationen betreiben eigene Internet-Homepages, auf denen jeweils ein Jugendbeauftragter vorgestellt wird.

Neben der Publikation 'Objektiv' (Herausgeber ist der ehemalige Jugendbeauftragte von 'pro Köln e.V.', der jetzt Jugendbeauftragter des 'pro NRW'-Bezirksverbands Mittelrhein ist), die sich an Schüler

und Jugendliche wendet und von der bisher vier Ausgaben erschienen sind, sowie einem Flyer mit dem Titel „Mach mich nicht an, Mehmet", hat 'Jugend pro NRW' ein weiteres Flugblatt („Lass Dich nicht linken. Komm auf den rechten Weg") veröffentlicht. Darin ist unter anderem die Forderung enthalten: „Maximal 30% Kinder ausländischer Herkunft in den Schulklassen". Andere Themen (zum Beispiel die Ablehnung von Großmoscheen, Ausländerkriminalität) sind weitgehend deckungsgleich mit denen von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW'.

2010 setzte 'Jugend pro NRW' einen Schwerpunkt auf Berufsschulen. In einem speziell auf junge Auszubildende ausgerichteten Flyer werden mangelnde Zukunftsperspektiven und die Ausstattung der Berufsschulen beklagt. Nebenbei – und darauf scheint es den Verfassern anzukommen – werden jedoch die bei 'pro NRW' üblichen Ressentiments („Hast du es satt, in der Schule gemobbt zu werden, nur weil du Deutscher bist?" und „Maximal 30% Ausländer pro Klasse") vermittelt.

Darüber hinaus nutzen die pro-Gruppierungen intensiv das Internet. Neben den Homepages von 'pro Köln e.V.', 'pro NRW' sowie Präsentationen einzelner Bezirksverbände gibt es Seiten von 'Jugend pro Köln e.V.', 'Jugend pro NRW' und 'Christen pro Köln e.V.'. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Nutzung von sozialen Netzwerken, etwa YouTube, Facebook und Twitter.

Strategie von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW'

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' stilisieren sich selbst zur „Bürgerbewegung". Der Begriff soll Bodenständigkeit sowie eine politische Kraft suggerieren, die sich aus der Gesellschaft heraus entwickelt und eine stetig steigende Zahl von Mitstreitern anzieht. Die Mitglieder gerieren sich als seriöse Bürger, die aus der „Mitte der Gesellschaft" kommen. Ihre ideologischen Ansätze werden als „rechtspopulistisch", „nonkonform", „gegen die Political Correctness gewandt" oder „freiheitlich" kaschiert.

Mitgliederzahlen und Teilnehmer bei Veranstaltungen werden regelmäßig übertrieben dargestellt, um die Bedeutung der „Bewegung" künstlich zu steigern. So haben beispielsweise an der Demonstration gegen die Merkez Moschee in Duisburg im März 2010 nur 150 Personen teilgenommen – entgegen der Ankündigungen von über 2.000. Von den tatsächlichen Teilnehmern gehörte zudem gut ein Drittel zum Anhang der Partei 'Vlaams Belang', die aus Belgien angereist waren. Auch beim „Marsch für die Freiheit" 2011 in Köln nahmen anstatt der angemeldeten 1.000 Teilnehmer (zunächst war sogar von 2.500 die Rede) lediglich um die 300 Personen teil.

Anknüpfungspunkt von 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' bei ihrer islamfeindlichen Agitation sind Überfremdungsängste und fremdenfeindliche Ressentiments. Neuerdings ist man verstärkt bemüht, sich zusätzliche weitere aktuelle Themenfelder als Kampagnenschwerpunkte zu erschließen. So wurde Mitte 2011 von 'pro NRW' ein „Aktionstag" ausgerufen, an dem in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens unter dem Motto „Raus aus dem Euro" demonstriert wurde. Auch auf Flyern wurde mit diesem Slogan geworben. Ein weiteres Beispiel dafür ist die aktuelle Kampagne gegen das 'Autonome Zentrum' in Köln.

Damit versuchen 'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' von ihrem Image als fremdenfeindliche Bestrebung, mit der thematischen Verengung auf die Themen „Ausländer", „Islam" oder „Muslime" weg zu kommen und als „Kümmererpartei" mit dem gleichen strategischen Ansatz wie auch die NPD Interesse bei Bürgern zu wecken, die zwar Rechtsextremismus grundsätzlich ablehnen, aber der sogenannten „Eurorettung" oder „Autonomen Zentren" linker Gruppen kritisch gegenüberstehen.

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW' zielen – wie im parlamentsorientierten Rechtsextremismus zum Beispiel auch bei der NPD üblich – auf politischen Einfluss und eine Art Meinungsführerschaft (kulturelle Hegemonie) in der Gesellschaft. Es geht zunächst darum, über die kommunale Ebene (Stadt- und Kreisparlamente) Mandate und damit politischen Einfluss zu gewinnen, um in einem nächsten Schritt in den Landtag einzuziehen und später möglicherweise sogar die Bundespolitik zu erreichen.

Bündnisbestrebungen – Plattform von Rechts

Der Vorsitzende Beisicht hatte bereits 2009 in einem Appell ('pro NRW'-Homepage 23. November 2009; Interview mit Beisicht) dazu aufgerufen, mit „anderen rechtsdemokratischen Parteien, islamkritischen Wählerinitiativen und Gruppen eine politische Plattform von Rechts" zu schaffen.

Ein Ziel war dabei offensichtlich, wie mehrfach auf der Homepage von 'pro NRW' angekündigt, das Herbeiführen einer Zusammenarbeit mit einem ehemaligen Berliner CDU-Abgeordneten, der jedoch inzwischen eine eigene Partei gegründet und eine Kooperation mit der pro-Bewegung abgelehnt hat. Wie der Politiker, der auch über Kontakte zu dem niederländischen Politiker Geert Wilders verfügt, in einem Interview betonte, wolle er nicht mit Parteien kooperieren, die von einer breiten Wählerschaft nicht angenommen würden. Seine Partei sei kein Sammelbecken für Rückwärtsgewandte, und die pro-Parteien hätten durch verschiedene Aktionen der sachlichen Islamkritik geschadet. Weiter stellte der Berliner Abgeordnete fest:

> *„Wer ausgerechnet Le Pen zu einem 'Anti-Islamisierungskongress' einlädt, bestätigt eher das unsägliche Vorurteil, Islamkritiker gehören ins rechtsextreme Eck. Wenn pro-Parteien meinen, für ihre Politik ehemalige NPD-Funktionäre zu ihren Funktionären machen zu müssen, sind sie insgesamt nicht sehr glaubwürdig."*

Als Forum für überparteiliche Zusammenarbeit „freiheitlicher" Parteien in Deutschland (so die Selbstdarstellung) wurde 2011 die 'Kommunalpolitische Vereinigung der PRO-Bewegung*' (KPV PRO) mit Sitz in Leverkusen gegründet. Diese Einrichtung soll dazu dienen, die eigenen Mitglieder durch Schulungen für die Übernahme und die Wahrnehmung kommunalpolitscher Mandate „fit zu machen" sowie Mandatsträger anderer Parteien anzuwerben. Der KPV PRO*-Vorstand sowie ein zusätzlich installierter Beirat bestehen aus 'pro NRW' bzw. 'pro Köln e.V.'-Aktivisten. Präsident der Vereinigung ist ein 'pro Köln e.V.'-Ratsmitglied. Eine der ersten Aktionen der KPV PRO* war der Beitritt zum „Städtebündnis gegen Islamisierung", zu dem unter anderem 'pro NRW' und der 'Vlaams Belang' gehören.

Neue alte Kontakte und nächste Ziele

Seit 2010 fanden mehrere Spitzentreffen zwischen Funktionären von 'pro NRW' und der Partei 'Die Republikaner' (REP)[19] verbunden mit gemeinsamen Erklärungen, die sowohl auf der Homepage von 'pro NRW' als auch von der REP-Bundespartei veröffentlicht worden sind, statt. Ziel ist es, spätestens bei der Europawahl 2014 „gemeinsam in neuer Formation" bundesweit anzutreten.

Diese Bemühungen scheinen jedoch bisher keinen entscheidenden Schritt vorangekommen zu sein, jedenfalls sind konkrete Ergebnisse der Gespräche zwischen 'pro NRW' und der Partei 'Die Republikaner' (REP) von keiner der beiden Seiten veröffentlicht worden.

2.3 Aktionsorientierter Rechtsextremismus

2.3.1 Aktionsorientierter Rechtsextremismus – Neonazis

Ziele und Ideologie der Neonazis

Der Neonazismus stellt sich in die Tradition des historischen Nationalismus mit seinem staatlichen Elite- und Führerprinzip und knüpft teilweise an die NSDAP Adolf Hitlers an. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches", basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild, aus dem kollektivistische Vorstellungen für einen autoritären Staatsaufbau hergeleitet werden.

---

[19] *Die Partei 'Die Republikaner' (REP) wird seit Ende 2007 nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet.*

Eine der ideologischen Grundaussagen der NSDAP, die von Neonazis geteilt wird, lautet: *„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein"* (25-Punkte Programm der NSDAP).

Entsprechend wird der Einzelne vorrangig als Teil einer homogenen Volksgemeinschaft gesehen. Dies schließt auch die Vorstellung von der Höherwertigkeit der eigenen „Rasse", der Minderwertigkeit und dem Ausschluss anderer „Rassen", mithin die politische Bekämpfung jeglicher „Überfremdung" und „artfremder Einflüsse" ein. Verstärkend kommen Vorstellungen von einem antidemokratischen, autoritären Führerstaat mit einer Einheitspartei sowie elitäre und zentralistische Elemente der Machtausübung hinzu.

Neonazismus umfasst dementsprechend alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Ausübung der parlamentarischen Opposition und gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte richten. Zielrichtung ist eindeutig die Beseitigung der bestehenden Rechtsordnung bzw. der vorgenannten Verfassungsgrundsätze.

Die unmittelbare Bezugnahme von Neonazis auf die NS-Ideologie lässt sich durch Beispiele belegen. Sowohl im Jahre 2009, als auch im Jahre 2010 beendete ein führender Neonazi aus Dortmund seine Rede anlässlich der Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene zum sogenannten nationalen Antikriegstag mit einem Zitat aus Adolf Hitler's „Mein Kampf" (11. Kapitel, „Volk und Rasse"):

> *„Meine Rede möchte ich mit einem Zitat eines Deutschen Politikers beenden: 'Alles auf der Erde ist zu bessern. Jede Niederlage kann zum Vater eines späteren Sieges werden. Jeder verlorene Krieg zur Ursache einer späteren Erhebung, jede Not zur Befruchtung menschlicher Energie, und aus jeder Unterdrückung vermögen die Kräfte zu einer neuen seelischen Wiedergeburt zu kommen, solange das Blut rein erhalten bleibt.'"* (Internet, infoportal. dortmund, logr.org/dortmund/)

Auch anlässlich der Demonstration zum sogenannten Antikriegstag im Jahr 2011 in Dortmund wurden durch einen der Organisatoren der Veranstaltung Aussagen mit positivem Bezug auf den Nationalsozialismus getroffen: *„Jeder Dortmunder Bürger weiß mittlerweile, dass am ersten Septemberwochenende der nationale Widerstand auf die Straße geht, jeder Mensch in Dortmund weiß, dass der Nationalsozialismus garantiert nicht mit dem militärischen Ende des Deutschen Reiches 1945 untergegangen ist, sondern dass eine Idee nicht zerstörbar ist, eine Idee, die so untrennbar mit dem Deutschen Volk verbunden ist."*

Die völkisch-rassistisch geprägte Weltanschauung von Neonazis wird im nachfolgenden Zitat deutlich:

> *„Der nationale Sozialismus ist zugleich Weltanschauung und Lebenshaltung* [...]. *Er geht vom Menschen in seiner biologischen Eigenart aus und bemüht sich vorurteilslos um die Erkenntnis der Wirklichkeit mit Hilfe eines biologischen, art- und naturgemäßen Denkens* [...]. *Er hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Art aufzubauen, deren Grundlage nicht menschliche Dogmen und ideologische Wahnvorstellungen sind, sondern die Gesetze des Lebens und der Natur. Als biologische Weltanschauung ist der nationale Sozialismus die Übertragung der Naturgesetze in die Welt, die Politik und Geschichte."* (Freies Netz Köln – Infoportal Nationaler Sozialisten, Internet)

Auch zur Holocaust-Leugnung gibt es Beispiele:

> *„Er ist einer von unzähligen Revisionisten, die die systematische Säuberung von Juden in der Zeit des II. WK* [Weltkriegs, Anm. der Redaktion] *bestreiten. Horst Mahler, einst antifaschistisches RAF-Mitglied, ist heute ein politischer Soldat für die Erkämpfung der Wahrheit über den Holodingsbums."* (k-a-l.org, Beitrag aus März 2009 über den Holocaust-Leugner und NPD-Anwalt Horst Mahler, Internet)

Freie Kameradschaften und Führerprinzip

Aufgrund der vereinsrechtlichen Verbote von neonazistischen Gruppierungen in den 1990er Jahren organisiert sich die bundesweit etwa 5.000 Personen umfassende Neonazi-Szene ohne vereinsrechtlich oder anderweitig klar auszumachende Strukturen in sogenannten Freien Kameradschaften. Diese werden in der Regel von einer Führungsperson nach dem „Führerprinzip" geleitet. Es findet eine langfristig angelegte Aktivität mit beispielsweise regelmäßigen Treffen statt, und die so aufgestellte Gruppe ist auch in gewissem Maße innerhalb der rechtsextremistischen Szene bekannt. Hierbei ist der Stellenwert einer Kameradschaft in hohem Maße abhängig davon, welches Ansehen die Führungsperson genießt und über welche Kontakte diese verfügt.

Unterhalb der Ebene der Freien Kameradschaften finden sich mehr oder weniger strukturlose Gruppen oder Zusammenschlüsse, die jedoch keine regelmäßigen Aktivitäten entfalten, keinen festen Mitgliederstamm umfassen oder nur sporadisch auf sich aufmerksam machen.

Aktionsformen der Neonazis – Autonome Nationalisten

Seit etwa 2005 ist innerhalb der neonazistischen Szene eine noch deutlichere Abkehr von den eher traditionell geprägten Strukturen festzustellen. Mit dem Phänomen der Autonomen Nationalisten trat eine Aktionsform der Neonazis in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, die in ihrem Auftritt und Habitus sowie ihrer Kleidung stark an linksextremistischen Autonomen orientiert ist und sich der Stilelemente des politischen Gegners bedient. Letztlich wird versucht, klassische Themenfelder des Linksextremismus wie beispielsweise Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für eigene Zwecke und die eigene Propaganda zu vereinnahmen. Dabei werden potentielle Interessenten möglichst in ideologisch und-ogmatischer Weise angesprochen, indem beispielsweise das Internet verstärkt genutzt wird. Dort werden Angebote unter Verwendung von Graffiti- und Manga-Stil und sogar englischsprachiger Slogans eingestellt, die den Umgangston der Jugendlichen repräsentieren und somit einen direkteren Zugang ermöglichen. Auffallend in diesem Phänomenbereich sind der hohe Anteil von Personen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren sowie eine hohe Fluktuation innerhalb des Personenpotentials.

Während sich in der rechtsextremistischen Szene etablierte Gruppierungen wie die NPD oder die traditionelle Neonazi-Szene mit ihren Kameradschaften mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, rückwärtsgewandt und nicht am Zeitgeist orientiert zu sein, setzen Neonazis, die sich im Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten bewegen, dem ein provokantes und selbstbewusstes Auftreten entgegen. Dies schließt auch ein gewaltbejahendes Auftreten dort ein, wo ein vermeintliches Recht auf „Selbstverteidigung" gegen angebliche staatliche Repression oder den politischen Gegner gesehen wird. Das bislang vorherrschende legalistische Verhalten, welches insbesondere in der Öffentlichkeit um ein gesetzeskonformes Auftreten bemüht war, wird verstärkt durch eine kampfbereite Haltung ersetzt. Innerhalb von Demonstrationszügen waren anfangs sogenannte „Schwarze Blöcke" als deutlich von den übrigen Teilnehmern abgrenzbarer Teil feststellbar. Zwischenzeitlich wird jedoch das neue Erscheinungsbild, bestehend aus schwarzen Kapuzenjacken, Sonnenbrillen und schwarzen Kappen, von fast allen Teilnehmern bei Demonstrationen übernommen. Eine Blockbildung – und damit eine Abgrenzung evtl. Autonomer Nationalisten gegenüber anderen Teilnehmern – ist daher nicht mehr möglich.

Eine eigene neue ideologische Ausrichtung dieser Neonazis ist bislang nicht feststellbar. Vielmehr sprechen eigene Veröffentlichungen aus diesem Bereich von Autonomem Nationalismus als Agitationsform.

> *„Der Autonome Nationalismus bezeichnet eine Agitationsform, welche sich die letzten Jahre innerhalb der nationalen Bewegung entwickelt hat. Eine eigene Weltanschauung o.Ä. ist mit AN nicht gemeint. Der Grundgedanke ist eine Art 'do it yourself'-Aktivist, also jemand, welcher aktiv und vor allem kreativ politische Arbeit betreibt, ohne sich an feste Organisationen binden zu müssen. Dies hat zum einen den Vorteil, dass Strukturen, die offiziell überhaupt nicht existieren, nicht verfolgt oder gar verboten werden können, und zum anderen gibt es dem Aktivisten mehr Freiheit und darauf aufbauend die Möglichkeit, seine eigene Kreativität in seine Aktivitäten einfließen zu lassen."* (bayerischeruntermain.wordpress.com/ueber-uns/der-autonome-nationalismus-eine-agitationsform/, 20. Dezember 2010)

Entsprechend dieser selbst gegebenen Charakterisierung ist festzustellen, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl von örtlich bekannten Autonomen Nationalisten zum Beispiel über das Internet oder durch Einzelaktionen auf sich aufmerksam machen. In den wenigsten Fällen verbirgt sich allerdings dahinter eine real existierende Gruppierung – häufig handelt es sich tatsächlich um die Initiative von Einzelnen, die kaum eine längerfristige Aktivität beinhaltet und wenig Personen im Umfeld anspricht.

Insofern kann in diesem Phänomenbereich weiterhin von einem leichten Anstieg des Interessenten-Potenzials ausgegangen werden, wenn auch die Nachhaltigkeit des Verbleibs in der rechtsextremistischen Szene bezweifelt werden muss.

Neonazis in NRW

Die Zahl der erkannten Neonazis in Nordrhein-Westfalen liegt für das Jahr 2011 mit ca. 640 Personen gleich hoch wie im Jahr 2010. Diese Zahl bildet die Entwicklungen im Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten ab und beinhaltet das spontan mobilisierbare Personenpotential, welches sich durch die struktur-ungebundene Aktionsform besonders angesprochen fühlt.

Der überwiegende Teil dieses Personenpotenzials ist nach wie vor nicht in festen Strukturen organisiert. Der allgemeine Trend, immer weniger an den traditionell geprägten Kameradschaften festzuhalten, ist auch im Jahr 2011 grundsätzlich erkennbar. Aufgrund von regionalen Entwicklungen ist jedoch die Herausbildung von Kameradschafts-Strukturen in Einzelfällen entgegen dem allgemeinen Trend nicht auszuschließen. In Nordrhein-Westfalen sind sogenannte Freie Kameradschaften in Aachen/Düren, Köln, Dortmund, Hamm und im Rhein-Sieg-Kreis aktiv. Im Raum Wuppertal ist derzeit eine sich verfestigende, stark durch die Aktionsform der Autonomen Nationalisten geprägte Szene zu beobachten. Weiterhin ist auffallend, dass z.B. in Dortmund führende Aktivisten gleichzeitig auch als Autonome Nationalisten agieren.

Die Kameradschaften arbeiten weiterhin anlass- und ereignisbezogen zusammen. Dabei geht es vor allem darum, bestehende persönliche Kontakte untereinander dafür zu nutzen, das zur Verfügung stehende Personenpotential zu mobilisieren und zu bündeln.

AG Rheinland

Dies trifft zum Beispiel auf die Kameradschafts- und unstrukturierten Szenen in den Bereichen Aachen, Köln, Wuppertal und dem Rhein-Sieg-Kreis mit Bezügen bis in das benachbarte Rheinland-Pfalz zu. In 2011 agierten Angehörige dieser Szenen anlässlich von Versammlungen gemeinsam und feststellbar koordiniert unter den wechselnden Eigenbezeichnungen „AG Rheinland", „Rheinland" oder „das Rheinland".

Zweck des jeweils anlassbezogenen Zusammenschlusses ist es, die aktionsorientierten Personen der regionalen Kameradschafts- und unstrukturierten Szenen zu mobilisieren, zu bündeln und zu koordinieren, um innerhalb der Szene wie auch in der Außendarstellung die größtmögliche Wirkung im Kampf gegen das von ihnen abgelehnte Staatssystem zu erzielen. Auf dem „Informationsportal der Aktionsgruppe Rheinland" heißt es dazu, unter der Überschrift „Aktiv werden: mitmachen – anpacken – handeln!": *„Seit Mitte 2007 haben sich verschiedene nationale Gruppen aus dem Rheinland zusammengeschlossen und leisten vereint Widerstand."* (ag-rheinland.info).

Der Bereich dessen, was als „das Rheinland" angesehen wird, scheint sich an dem Gebiet der alten preußischen Rheinprovinz zu orientieren. Jedenfalls wurde im vergangenen Jahr zunehmend durch das Mitführen der Flagge der preußischen Rheinprovinz bei demonstrativen Aktionen oder das einheitliche Tragen von T-Shirts mit dem Aufdruck des Wappens der Rheinprovinz, Geschlossenheit gezeigt.

Die Mitglieder glorifizierten den verbrecherischen Nationalsozialismus, lehnten die demokratische Rechtsordnung ab und forderten ein viertes großdeutsches Reich. Die ideologischen Grundlagen der Kameradschaft waren Hitlers „Mein Kampf", das Parteiprogramm der NSDAP von 1925 und die Sturmabteilung (SA), die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP während der Weimarer Republik. Im Internet hetzten sie mit fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Parolen.

Ausweislich des Internetauftritts der AG Rheinland werden mit einem eingestellten elektronischen Kontaktformular insbesondere Interessenten aus den Räumen Aachen, Bergisch Gladbach, Burscheid, Düren, Düsseldorf, Erftstadt, Köln, Leverkusen/Leichlingen, Mettmann, Pulheim, Solingen und Wuppertal umworben.

Zusammenarbeit mit der NPD

Auch mit örtlichen NPD-Kreisverbänden findet weiterhin eine Zusammenarbeit der Kameradschaften statt - so beispielsweise in Dortmund/Unna. Jedoch wird dabei darauf geachtet, die Eigenständigkeit in der politischen Arbeit zu betonen. Oftmals rücken ideologische – oder nicht selten auch persönliche – Differenzen in Anbetracht der „gemeinsamen nationalen Sache" dann in den Hintergrund.

Szene Aachen/Düren

In der Region Aachen/Düren prägt die 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL) die dortige Neonazi-Szene. Die KAL ist 2002 aus dem Umfeld des NPD-Kreisverbandes Aachen entstanden. Der Kameradschaftsführer war bis zu seinem Parteiausschluss im November 2011 zugleich stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düren. Zu den politischen Aktivitäten der Kameradschaft gehören die Teilnahme an Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene, Kameradschafts- und Liederabenden und bislang auch die Unterstützung der NPD bei Wahlkämpfen.

Die KAL sieht sich als Teil des „Nationalen Widerstandes" gegen das zu überwindende System in Deutschland. Dies zeigt ihre Selbstdarstellung im Internet:

> *Wir über uns.*
>
> *Seit unserer offiziellen Gründung im Jahre 2002 verfolgen wir politische Ziele mit völkischen Perspektiven. Seit diesem Zeitpunkt bilden wir strukturlos, von Aachen bis nach Düren in undefinierten Grenzen, den regionalen, und europaweit einen Teil des Nationalen Widerstandes.*
> *Gegen das global-kapitalistische System mit seinen Symptomen und scheindemokratischen Kulissen!*
> *Zu unseren offiziellen Agitationsformen gehören unter anderem traditionsfeste Veranstaltungen, Aufklärungsarbeiten, politisch angelehnte Aktionen und Demonstrationen.*
> *Wir versuchen jedem Aktivisten eine vielseitige Plattform der Möglichkeiten im Widerstand anzubieten.*
> *In einem Zeitalter von politischer Inquisition hat dieser Staat nichts mehr mit einem 'Deutschland' gemein und weltweit gibt es immer weniger souveräne Nationen.*
> *Es gibt viele Optionen das Blatt zu wenden.*
>
> *Widerstand beginnt in deiner Region. Werde aktiv!*

Nachdem es im Jahr 2010 in Aachen zu vermehrten Rechts-Links-Auseinandersetzungen unter Beteiligung von Angehörigen der KAL gekommen war, ist dieser Trend im Jahr 2011 wieder etwas rückläufig. Konfliktpotential ergibt sich jedoch angesichts einer örtlich ebenfalls aktiven Antifa-Szene weiterhin

im Rahmen von Rechts-Links-Auseinandersetzungen, die ihren Ausgangspunkt häufig in so genannten Outing-Aktionen, mit denen die Betroffenen eingeschüchtert und bedroht oder in ihrem sozialen Umfeld diskreditiert werden sollen.

Bei einer überregional besuchten Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Berlin am 1. Mai 2010 wurden an einer Polizei-Kontrollstelle selbstgefertigte Sprengsätze aufgefunden, deren Verwendung zu schweren, unter Umständen tödlichen Verletzungen hätte führen können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Sprengmittel gegen den politischen Gegner oder gegen die Polizei eingesetzt werden sollten. Im Zuge der polizeilichen Untersuchungen ermittelte die Polizei zwei Tatverdächtige aus dem Umfeld der KAL, die die Sprengmittel vor der Polizei-Kontrollstelle abgelegt haben. Die Hauptverhandlung gegen die beiden Angeklagten vor der Jugendkammer des Aachener Landgerichtes endete im Februar 2011 mit der Verurteilung zu einer zweijährigen Haftstrafe, mit Bewährungsvorbehalt.

Szene Dortmund

Im Großraum Dortmund/Hamm ist die 'Kameradschaft Nationaler Widerstand Ruhrgebiet' seit langen Jahren aktiv. Sie verfügt über ein relativ großes, erweitertes Umfeld in der Region und ist insbesondere regional regelmäßig mit eigenen Aktionen (Flugblatt-Aktionen, Standkundgebungen, kleinere Demonstrationen) präsent. Darüber hinaus ist sie für die Organisation einer der größeren Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen verantwortlich: seit mehreren Jahren findet jeweils am ersten Wochenende im September der sogenannte nationale Antikriegstag mit überregionaler und internationaler Beteiligung aus der Neonazi-Szene in Dortmund statt. Im Vorfeld dieser Veranstaltung erfolgen seit einigen Jahren verstärkt Mobilisierungs-Aktionen in Dortmund.

Die führenden Aktivisten der Kameradschaft verfügen über vielfältige Kontakte innerhalb der regionalen und überregionalen Neonazi-Szene und werden als dem Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten zugehörig eingeordnet.

Szene Hamm

Nach einer längeren Zeit der Inaktivität ist die ursprünglich 2003 gegründete Kameradschaft Hamm wieder als selbstständig auftretende Gruppierung wahrnehmbar. Führungsperson ist ein langjährig in der Szene aktiver Neonazi, der regional und überregional in Nordrhein-Westfalen über gute Verbindungen zu anderen Gruppierungen der Neonazi-Szene verfügt, insbesondere auch nach Dortmund. Die Kameradschaft ist schwerpunktmäßig in Hamm mit verschiedenen Flugblatt-Aktionen und Informationsständen aktiv, führt dort auch Demonstrationen durch und hat Verbindungen zur NPD. Aufgrund der örtlichen Nähe werden Aktionen gemeinsam mit der Kameradschaft Dortmund durchgeführt, wodurch ein erheblich höheres Personenpotential angesprochen werden kann.

Szene Köln

Die 'Kameradschaft Walter Spangenberg' ist eine zwar zahlenmäßig kleinere, gleichwohl bedeutende Kameradschaft und tritt unter anderem auch als 'Freie Kräfte Köln' auf. Sie sieht sich vor allem in der Tradition der Sturmabteilung (SA). Dies wird deutlich, wenn der Todestag des Namenspatrons der Kameradschaft, des damaligen SA-Mannes Walter Spangenberg, wiederkehrend mit einer Kranzniederlegung auf dem Kölner Melaten-Friedhof begangen wird. So wurde auch im Jahr 2011 diese Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf der Internetseite der Kameradschaft dokumentiert. Hier werden in verschiedenen Beiträgen auch Personen der NS-Geschichte und damalige SA-Männer gewürdigt. Zum Beispiel wird in einem „Einer im Jahrtausend" betitelten Gedicht, welches sich auf Adolf Hitler bezieht und ihn glorifiziert, an dessen Geburtstag auf der Internetseite veröffentlicht oder es wird wiederkehrend zum 9. November der „Blutzeugen der Bewegung" – ein propagandistischer Begriff der NS-Ideologie – gedacht.

Zwar verfügt die Kameradschaft über ein eigenes Mobilisierungspotential und ist verhältnismäßig stark auf ihren führenden Aktivisten fokussiert. Dieser ist allerdings um eine Vernetzung der neonazistischen Szenen im Rheinland bemüht und tritt häufig – auch überregional – als Redner bei verschiedenen Veranstaltungen auf. Insofern besetzt die Kameradschaft innerhalb der rechtsextremistischen Szene Nordrhein-Westfalen neben anderen Akteuren eine ideologische Schlüsselposition.

Die 'Kameradschaft Walter Spangenberg' wurde am 10. Mai 2012 vom Minister für Inneres und Kommunales NRW verboten und aufgelöst[20].

Szene Rhein-Sieg-Kreis

In Bad Honnef ist die 'Freie Kameradschaft Sturm-Rhein-Sieg' ansässig, die seit Jahren von einem bundesweit bekannten Neonazi geführt wird. Dieser trat 2004 im Zusammenhang mit der sogenannten Volksfrontstrategie demonstrativ in die NPD ein. Als Volksfront wurde die Kooperation des parteilich organisierten Spektrums in der NPD und DVU mit den freien Kräften der neonazistischen Kameradschaften verstanden – aus Sicht der NPD natürlich unter ihrer Führung.

Die Kameradschaft verfügt über einen kleinen Aktivistenstamm und lebt vor allem von der Reputation ihres führenden Aktivisten in der bundesdeutschen Szene. Auch hier ist die Umsetzung von Strategien der Autonomen Nationalisten nicht feststellbar.

Szene Wuppertal

Unter der Eigenbezeichnung 'Nationale Sozialisten Wuppertal' (NaSoWpt) hat sich in Wuppertal in den letzten Jahren eine aktionsorientierte rechtsextremistische Szene etabliert. Diese verfügt über gute Kontakte zu führenden nordrhein-westfälischen Szeneaktivisten und hat sich der AG Rheinland mit anderen regionalen Gruppierungen angeschlossen.

Mehrere Angehörige der von Autonomen Nationalisten dominierten NaSoWpt sind durch erhebliche aktive und reaktive Gewaltbereitschaft in Erscheinung getreten. Bei diversen Auseinandersetzungen – insbesondere mit Personen aus dem linksautonomen Milieu – kam es wiederholt zu Körperverletzungsdelikten. Die Szene Wuppertal greift auf ein erweitertes Umfeld aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zurück, welches auch für spontane Aktionen kurzfristig mobilisierbar ist. Auffällig ist hierbei der hohe Anteil sehr junger – vorwiegend männlicher – Akteure.

Neben den genannten Kameradschaften gibt es in Nordrhein-Westfalen die verschiedensten lokalen Aktionsformen von Neonazis. Einerseits existieren cliquenartige Personenzusammenschlüsse, die teilweise auch in die Skinhead-Szene Verbindungen haben können, andererseits sind – vor allem im Internet – eine Vielzahl von angeblichen Zusammenschlüssen sogenannter Autonomer Nationalisten mit örtlichem Bezug zu finden. Insbesondere diese vermeintlichen Zusammenschlüsse im Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten sind jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da häufig im Internet der Eindruck einer intakten Gruppierung erweckt wird, der sich in der Realität nicht selten lediglich über Flugblatt- oder Aufkleber-Aktionen Einzelner manifestiert. Die dazu verwendeten Flugblätter oder Aufkleber können über das Internet bei Szene-Vertrieben bestellt werden und sind insofern kein Indiz für die Existenz einer aktiven Organisation vor Ort.

Dabei ist zu beobachten, dass in Abhängigkeit zum thematischen Kontext oder zum angesprochenen Personenkreis eine Auswahl der „passenden" Aktionsform stattfindet, ohne dass notwendigerweise unterschiedliche Personen als Verantwortliche oder Initiatoren auftreten.

---

[20] *Siehe hierzu die Pressemitteilung des MIK NRW vom 10.05.2012 unter: www.mik.nrw.de/presse-mediathek/aktuelle-meldungen/aktuelles-im-detail/news/naechster-schlag-gegen-neonazis-innenminister-jaeger-verbietet-koelner-kameradschaft.html*

Aktionen von Neonazis in Nordrhein-Westfalen

Die folgende Auflistung gibt einen exemplarischen Überblick über Verhaltensweisen und Aktionsformen von Neonazis in NRW im Jahr 2011 wieder.

Rechtsextremistische Demonstration am 29. Januar 2011 in Wuppertal

Unter dem Motto „Gegen Antifaschismus und linke Gewalt – Weg mit dem Autonomen Zentrum!" meldete ein bekannter nordrhein-westfälischer Neonazi unter Beteiligung eines Wuppertaler Szenemitglieds für den 29. Januar 2011 eine Demonstration im Stadtgebiet von Wuppertal an. Zur Mobilisierung von Teilnehmern wurde im Vorfeld der Demonstration auch überregional für die Veranstaltung geworben.

Nachdem es am Morgen des Veranstaltungstages zu Blockaden der Anfahrtswege durch Gegendemonstranten gekommen war, setzten etwa 50 bis 70 Angehörige der rechtsextremistischen Szene ihren Weg zum Sammelort der Demonstration zu Fuß fort. Hierbei kam es aus der Gruppe heraus zu massiven Übergriffen auf Gegendemonstranten und Passanten. Die im Rahmen der Auseinandersetzungen von der Polizei in Gewahrsam genommenen Personen wurden vom Demonstrationsgeschehen ausgeschlossen. Der Aufzug wurde schließlich mit 198 Teilnehmern durchgeführt.

Demonstration anlässlich eines Tötungsdeliktes in Soest am 12. Februar 2011

Mit einer Demonstration unter dem Motto „Tim K. – Opfer eurer Ignoranz" griff die rechtsextremistische Szene die Tötung eines 20-jährigen Soesters durch einen 17-jährigen mit Migrationshintergrund im Rahmen einer Abitur-Vor-Feier auf und führte spontan nach Bekanntwerden der Tat eine Demonstration mit 180 Teilnehmern durch. Beteiligt waren Neonazis aus Nordrhein-Westfalen, die kurzfristig mobilisiert worden waren.

Hiermit versucht die Szene das Opfer, welches keine bekannten Kontakte zur rechtsextremistischen Szene unterhielt, für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Das Thema „Gewalt gegen Deutsche" wird somit nicht nur seit 2008 in Stolberg aufgegriffen, sondern findet einen weiteren Ansatzpunkt mit den auch zukünftig zu erwartenden Demonstrationen in Soest.

Stolberg – Trauermarsch der rechtsextremistischen Szene am 9. April 2011

Wie schon in den Jahren zuvor, fand am 9. April 2011 in Stolberg ein Trauermarsch für einen am 4. April 2008 nach einer Auseinandersetzung durch einen Messerstich ums Leben gekommenen 19-jährigen statt. Der Täter, der staatenloser Heranwachsender libanesischer Abstammung ist, wurde im Oktober 2008 wegen Totschlags zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Obwohl nach dem abschließenden Ermittlungsergebnis kein Hinweis auf eine politisch motivierte Straftat vorliegt, wurde das Opfer unmittelbar nach der Tat von der rechtsextremistischen Szene als „Märtyrer der Bewegung" vereinnahmt. Die Szene versucht weiterhin, am Tatort in Stolberg eine „Gedenk- und Pilgerstätte" zu etablieren. An der unter dem Motto „Gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit – Mord! Trauer! Widerstand!" durchgeführten Veranstaltung nahmen ca. 430 Personen teil. Damit konnte wiederum die um etwa 200 Personen höher liegende Teilnehmerzahl aus dem ersten Veranstaltungsjahr nicht erreicht werden. Am Vorabend der Demonstration fand – ebenfalls in Stolberg – ein Fackelzug zum Gedenken an das Opfer der Straftat mit ca. 150 Teilnehmern statt.

Dortmund – Aktionen im Vorfeld des 7. nationalen Antikriegstags am 3. September 2011

Bereits in den zwei Wochen vor der Demonstration zum 7. nationalen Antikriegstag in Dortmund wurden nahezu täglich Flugblatt-Aktionen und kleinere Standkundgebungen von der örtlichen Neonazi-Szene durchgeführt. Hierzu zählten auch Aktionen an Schulen im Dortmunder Stadtgebiet, die durch eine ausführliche Berichterstattung im Internet begleitet wurden. Am Vortag der eigentlichen Hauptdemonstration fand außerdem in Dortmund eine Kundgebung mit Live-Musik statt.

Dortmund – Demonstration zum 7. nationalen Antikriegstag

Für den 3. September 2011 hatte ein bekannter Aktivist aus Dortmund zum siebten Mal eine Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Dortmund anlässlich des sogenannten nationalen Antikriegstags unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – für freie Völker in einer freien Welt" angemeldet. Obwohl die Veranstaltung nicht von vornherein untersagt wurde – die Verbote sind in den vergangenen Jahren durch die Gerichte aufgehoben worden – fand die Demonstration mit ca. 800 Teilnehmern aus der regionalen und überregionalen Neonazi-Szene trotz der erheblichen Mobilisierungsversuche keine ähnlich hohe Resonanz wie noch vor 3 Jahren. Insofern ist der 7. Nationale Antikriegstag für die örtlichen Veranstalter nach 2009 und 2010 mit deutlich unter 1.000 Teilnehmern ein weiteres Mal nicht als Erfolg zu werten. Auch in diesem Jahr wurde eine Vielzahl von Gegenveranstaltungen aus dem bürgerlichen/linken Spektrum angemeldet und durchgeführt. Etwa 1.000 Gegendemonstranten beteiligten sich an Blockaden. Die Protestaktivitäten verliefen nur teilweise friedlich; mehrfach kam es zur Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten und zu gefährlichen Körperverletzungen.

Hamm – Demonstration der rechtsextremistischen Szene unter dem Motto „Volkstod stoppen" am 1. Oktober 2011

Nachdem 2010 bereits zu diesem Thema eine Demonstration mit 260 Teilnehmern durchgeführt worden war, fand im Oktober 2011 erneut eine Demonstration unter dem Motto „Volkstod stoppen" in Hamm statt. Die Veranstaltung wurde von örtlich aktiven Neonazis angemeldet und unter überregionaler Beteiligung hauptsächlich aus Nordrhein-Westfalen mit ca. 300 Teilnehmern durchgeführt.

Bielefeld – Demonstration der rechtsextremistischen Szene unter dem Motto „Der Repression entgegentreten" am 24. Dezember 2011

Die von einem bekannten Düsseldorfer Aktivisten für den 24. Dezember 2011 angemeldete Versammlung mit dem Thema „Der Repression entgegentreten – AJZ dicht machen" war als Ersatzveranstaltung für eine nach Auffassung der Verantwortlichen von der örtlichen Polizei nicht in dem erhofften Maße ermöglichte Demonstration im Anschluss an den Trauermarsch in Bad Nenndorf am 6. August 2011 angemeldet worden. Die Wahl des als Druckmittel auf die Behörden gedachten Heiligabend-Termins wurde von der Neonazi-Szene in den einschlägigen Internetforen heftig diskutiert. So wurde vorgebracht, dass die Teilnahme an Heiligabend-Demos grundsätzlich gering ausfallen werde und diese keine propagandistische Wirkung hätten, sondern auf den „Normalmenschen" nur abschreckend wirkten.

Trotz der geringen Aussichten auf eine zahlenmäßig bedeutsame Mobilisierung wurde die Demonstration durchgeführt. So sahen sich letztlich ca. 70 Demonstranten der rechten Szene ca. 6.500 Gegendemonstranten gegenüber.

Aktion „Die Unsterblichen" in Hamm und Düsseldorf-Kaiserswerth

Erstmals am 30. April 2011 wurde durch Angehörige der rechtsextremistischen Szene eine Aktion unter dem Namen „Werde Unsterblich" in Bautzen durchgeführt. Dokumentiert wurde der Fackelzug, dessen Teilnehmer weiße Gesichtsmasken und zum größten Teil auch Kapuzen oder Baseball-Kappen tragen, anschließend im Internet auf YouTube. Auf der Seite www.werde-unsterblich.info wird unter dem Motto „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass Du Deutscher gewesen bist" dazu aufgerufen, sich in ähnlicher Form zu Aktionen zusammen zu finden und diese anschließend zu dokumentieren.

Einem breiten Publikum werden im Internet unter der völlig unverfänglichen Überschrift „Die Unsterblichen" Botschaften wie „Du bist nichts, Dein Volk ist alles" oder „Volkstod stoppen" präsentiert. An der Aktion können sich nach Bekanntwerden beliebige Personengruppen aus der rechtsextremistischen Szene beteiligen.

Im Anschluss an die erstmalige Veröffentlichung des Videos aus Bautzen hat es bis heute weitere Aktionen in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, in Bayern und auch in Nordrhein-Westfalen gegeben. In Nordrhein-Westfalen führten am 27. September 2011 ca. 20 Personen einen Fackelmarsch in Hamm durch. Das hierzu veröffentlichte Video ist jedoch in keiner Weise mit dem Video aus Bautzen zu vergleichen und vermittelt eher einen laienhaften Eindruck. Eine weitere Aktion fand am 8. November 2011 in Düsseldorf-Kaiserswerth unter Beteiligung von ca. 70 Personen statt. Die Dokumentation erfolgte bislang nicht mit einem Video – es wurden aber auf den Seiten der 'Freien Kameradschaft Köln', der AG-Rheinland, des 'AB-Mittelrhein' und 'Frontal.National.Bonn' (weitgehend identische) Fotos der Aktion eingestellt.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Eine Ausnahme in der strukturarmen Neonazi-Szene bildete die am 21. September 2011 durch den Bundesminister des Innern verbotene bundesweit agierende 'Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.' (HNG) mit Sitz in Frankfurt/Main.

Ihre einzige Aufgabe sah die HNG in der materiellen und ideellen Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen mit dem Ziel, den Kontakt der Inhaftierten zur rechtsextremen Szene aufrecht zu erhalten. Dies geschah im Wesentlichen durch ihre monatlich erscheinende Publikation 'Nachrichten der HNG', die sie kostenlos den Inhaftierten zukommen ließ und in der die Leser regelmäßig aufgefordert wurden,

> *„die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren.* [...] *Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit dem jeweiligen Vorgängen zu tun haben."*

Zuletzt befanden sich mit der Vorsitzenden und einem Stellvertreter zwei Personen aus Nordrhein-Westfalen, die in der hiesigen Neonazi-Szene gut vernetzt sind, in herausragenden Positionen des Vereins.

2.3.2 Rechtsextremistische Skinheads

Entstehung und Entwicklung der Skinhead-Szene

Die Skinhead-Szene entstand Ende der 1960er Jahre in Großbritannien. Jugendliche aus der Arbeiterschicht begehrten gegen vermeintliche soziale Missstände und steigende Arbeitslosigkeit infolge der zunehmenden Rationalisierung in der Industrie auf. Ihre Zugehörigkeit zur Subkultur dokumentierten Skinheads durch ihr Äußeres: kahlgeschorene Schädel, Bomberjacken, schwere Arbeitsstiefel und Hosenträger. Die Aktivitäten der Skinheads der ersten Generation waren weitgehend unpolitisch und beschränkten sich im Wesentlichen auf Alkoholkonsum, den Besuch von Konzerten oder Fußballspielen und Gewalt. Die Skinhead-Szene vor allem in Großbritannien machte zunehmend mit immer härteren Gewaltexzessen von sich Reden, und damit nahm auch der gesellschaftliche und staatliche Druck auf die Subkultur zu. Dies hatte zur Folge, dass die erste Skinhead-Welle zu Beginn der 1970er Jahre verebbte.

Erst gegen Ende der 70er Jahre lebte die Skinhead-Kultur als Reaktion auf den kommerziellen Ausverkauf des in der Zwischenzeit entstandenen Punk auf. Kleidung, Musik und Verhalten der ersten Skinhead-Generation wurden aufgegriffen. Jedoch fanden nun viele Jugendliche Zugang zu der Subkultur, die vor allem durch die Gewalt angezogen wurden.

Die schlechte wirtschaftliche Situation Großbritanniens und die Verbindung der Themen Einwanderung und fehlende Arbeitsplätze für Jugendliche lösten eine zunehmende Politisierung dieser sogenannten Oi!-Bewegung aus, die durch die rechtsextremistische 'National Front' (NF) genutzt wurde.

Ende der 1970er Jahre breitete sich die Skinhead-Subkultur in Europa und in alle Welt aus. Seit der Wiedervereinigung ist diese Szene auch in Deutschland eine bedeutende Größe.

Gewalt und Dresscode

Nach wie vor nimmt die Öffentlichkeit von der vielschichtigen Skinhead-Szene hauptsächlich den starken rechtsextremistischen Flügel wahr, der sich nicht nur über sein provozierendes Äußeres und eine aggressive Musik definiert, sondern auch über neonazistische Ideologieelemente. Anders als bei den Neonazis zeigen sich diese nicht in erster Linie in einer primär ideologischen Argumentation, sondern auch in spontanen gewalttätigen Aktionen.

Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute allerdings keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur Skinhead-Szene mehr zu. Einerseits gibt es viele unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Diese Jugendlichen fühlen sich dem unpolitischen Teil der Skinhead-Bewegung – den sogenannten Oi!-Skins zugehörig – dem größeren Teil der Szene. Andererseits verlieren die altbekannten Dresscodes seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung möglich zu machen.

Rechtsextremistische Skinhead-Musikszene

Die Skinhead-Szene – wie auch jede andere Jugendsubkultur – wird von den szeneinternen Medien geprägt. Hierzu gehört insbesondere die Skinhead-Musik als ein wichtiges und identitätsstiftendes Element, sie wirkt als Integrations- und Aggressionsfaktor. Die mögliche Wirkung der Musik als Mittel der Indoktrination darf dabei nicht verkannt werden.

Dass Musik als Medium für die ideologische Beeinflussung von Jugendlichen verwandt werden soll, wird bereits in einem Zitat des Briten Ian Stuart Donaldson (auch als Ian Stuart bekannt) deutlich:

> *„[Musik] berührt die jungen Leute, die von den Politikern nicht erreicht werden. Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig, was teilweise stimmt. Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Versammlung zu gehen."*

Donaldson, Frontmann der britischen Band 'Skrewdriwer', gründete 1987 die seit Juni 2001 in Deutschland rechtskräftig verbotene 'Blood & Honour'-Organisation zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts durch Musik und zur Festigung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. Im September 1993 kam Donaldson mit zwei weiteren Bandmitgliedern bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Seitdem wird der schon zu Lebzeiten gefeierte „Skinhead-Führer" in der Szene als Kultfigur verehrt.

Skinhead-Konzerte und sonstige Musikveranstaltungen (Lieder- oder Balladenabende) dienen der ansonsten weitgehend unorganisierten rechtsextremistischen Skinhead-Szene als Treffpunkt, um Pogo zu tanzen und Alkohol zu konsumieren sowie als Orte, an denen Kontakte geknüpft und ausgebaut werden und rechtsextremistische Propaganda verbreitet wird. Dabei üben die konspirative Vorbereitung der Konzerte und das Auftreten von Skinhead-Bands, die zum Teil strafrechtlich relevante Liedtexte darbieten, einen besonderen Reiz gerade auf jugendliche Teilnehmer aus. Auf den Konzerten werden auch Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten sowie Merchandising-Artikel (T-Shirts, Sweat-Shirts mit Bandaufdrucken etc.) verkauft. Die dargebotenen Lieder werden teilweise mit einer besonderen Art der Darstellung (zum Beispiel Zeigen des Hitlergrußes, Sieg-Heil-Rufe, Schwenken der Reichskriegsflagge) zur ideologisch-propagandistischen Interaktion mit der Zuhörerschaft vorgetragen. Darüber hinaus spielen die Bands neben aktuellen, oftmals durch „verschärfte" Passagen angereicherten Stücken auch indizierte Lieder, die innerhalb der Szene bestens bekannt sind. Für eine strafrechtliche Verfolgung der beschriebenen Handlungen fehlt es aber regelmäßig an einer dafür erforderlichen Außenwirkung.

Aufgrund von Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden, der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) sowie einer allgemeinen sozialen Ächtung ist inzwischen vermehrt zu beobachten, dass politische Botschaften verhaltener formuliert und strafrechtlich relevante Textpassagen seltener werden.

Skinhead-Konzerte können verboten werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen von Straftaten bestehen. Das bloße „Skinhead-Sein" mit dem damit verbundenen provokativen Outfit und Verhalten – auch wenn der überwiegende Teil der Gesellschaft dieses ablehnt – begründet noch keine Maßnahmen von Polizei oder Verfassungsschutz. Aber auch eindeutig rechtsextremistische Skinhead-Konzerte können nur unter besonderen Voraussetzungen verboten oder aufgelöst werden.

So hat zum Beispiel der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg entschieden, dass rechtsextreme Skinhead-Konzerte in der Regel unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fallen, so dass ihr Verbot oder ihre Auflösung dann nur unter den engen Voraussetzungen des Versammlungsgesetzes in Betracht kommt (vgl. hierzu Urteil vom 12. Juni 2010, Az: 1 S 349/10).

In seiner Begründung führt der VGH Baden-Württemberg aus, dass Skinhead-Konzerte grundsätzlich nicht wie allgemeine Musikkonzerte bewertet werden könnten, da sie dadurch geprägt sind, dass mit der rechtsextremistischen Musik gleichzeitig eine politische Botschaft vermittelt werde, die über den bloßen Unterhaltungscharakter von Musik hinausgehe. Die Teilnahme Gleichgesinnter an einem solchen Konzert ist dann im Zweifel eine Versammlung. Der Artikel 8 des Grundgesetzes unterscheide nicht nach dem Inhalt der geäußerten Meinung, weshalb die rechtsextremistische Ausrichtung der in Rede stehenden Veranstaltung für sich gesehen rechtlich irrelevant sei und ein Verbot oder eine Auflösung eines rechten Konzertes nur nach den allgemeinen Bestimmungen erfolgen darf.

Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2011 wurden in Nordrhein-Westfalen elf Skinhead-Konzerte, zwei Lieder-/Balladenabende und drei sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Musik festgestellt. Mit einer Gesamtzahl von 16 haben sich die festgestellten Musikveranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr etwas mehr als verdoppelt (2010: 7).

Ob der Anstieg der ermittelten Zahlen nur einen vorübergehenden Trend darstellt oder ob hieraus gefolgert werden muss, dass sich die (rechtsextremistische) Skinhead-Szene zunehmender Beliebtheit erfreut, bedarf in der nächsten Zeit einer weitergehenden, besonderen Beobachtung. Eine regionale Konzentration auf bestimmte Veranstaltungsorte war zumindest nicht erkennbar.

Die genannten Veranstaltungen verlaufen in der Regel ohne Außenwirkung. Ihre Vorbereitung erfolgt in den meisten Fällen konspirativ mit SMS oder E-Mail, mit denen kurz vor dem Konzerttermin ein Vorab-Treffpunkt bekanntgegeben wird. Von diesem werden die Besucher dann sukzessive an den eigentlichen Ort der Veranstaltung herangeführt. Dieses Verhalten der Organisatoren soll sicherstellen, dass geplante Veranstaltungen möglichst ungestört durchgeführt werden können und insbesondere polizeiliche Maßnahmen im Vorfeld unterbunden werden. Immerhin trägt der Veranstalter ein finanzielles Risiko – die Verhinderung eines Konzertes durch die Ordnungsbehörden hätte also direkte wirtschaftliche Auswirkungen.

Auch im zurückliegenden Jahr erfolgte die Organisation der Veranstaltungen nicht mehr ausschließlich durch Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene. Auch Personen aus dem erweiterten Neonazi-Spektrum versuchten sich an der Konzert-Organisation mit dem Ziel, durch die erwarteten Einnahmen eigene Aktionen zu finanzieren. Die bekannt gewordenen Veranstaltungen verliefen jedoch ebenfalls weitgehend im kleinen Rahmen und zumeist ohne überregionale Mobilisierung. Grundsätzlich stellt die Ausrichtung von Skinhead-Konzerten keine lukrative Finanzierungsquelle für die rechtsextremistische Szene dar. Vielmehr sind diese Veranstaltungen in erster Linie dazu da, den Zusammenhalt der örtlichen Szene zu fördern. Das schließt nicht aus, dass bestimmte Veranstaltungen oder der Auftritt einzelner Szenebands auch Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands anziehen, die für die Teilnahme an dem Ereignis mitunter weite Anfahrten auf sich nehmen.

Umgekehrt beteiligen sich aber auch Skinheads aus Nordrhein-Westfalen regelmäßig an rechtsextremistischen Musikveranstaltungen bundesweit. Im Jahr 2011 wurde bei ca. 50 der bundesweit etwa 160 durchgeführten Konzerte und Lieder/Balladenabende eine Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen bekannt – sei es durch den Auftritt einer nordrhein-westfälischen Band, sei es durch Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen. 2010 lag die Beteiligung bei 33 der etwa 170 bundesweit durchgeführten Veranstaltungen (einschließlich der in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Konzerte).

Neben der festgestellten Steigerung der Events in NRW ist also auch eine nicht unbeachtliche Steigerung der Teilnahmen nordrhein-westfälischer Bands und Szeneangehöriger an rechtsextremistischen Konzerten im übrigen Bundesgebiet zu verzeichnen. Darüber hinaus werden nach wie vor auch Konzertangebote im benachbarten Ausland wahrgenommen, auch weil die dortige Rechtslage die Durchführung derartiger Veranstaltungen erleichtert.

Zu nennen sind hier insbesondere Belgien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Slowakei und Slowenien. Im Einzelnen verteilten sich die Veranstaltungen mit Beteiligung von Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen folgendermaßen:

Baden-Württemberg	6
Bayern	2
Hessen	1
Mecklenburg-Vorpommern	3
Niedersachsen	1
Rheinland-Pfalz	2
Saarland	1
Sachsen	10
Sachsen-Anhalt	4
Schleswig-Holstein	1
Thüringen	4
Benachbartes Ausland	10

Skinhead-Bands in NRW

Auch im Jahr 2011 waren ca. 20 namentlich bekannte nordrhein-westfälische Skinhead-Bands aktiv. Dabei sind Bands, die mit Auftritten und CD-Veröffentlichungen aktiv in der Szene tätig sind – hier sind Bandmitglieder in Einzelfällen in organisierte Zusammenhänge eingebunden –, von den Bands zu unterscheiden, die sich als reine Studio-Projekte verstehen und keine Auftritte absolvieren. Außerdem ist in der recht unsteten und schnelllebigen Musikszene die Auflösung und Neugründung von Bands und das Betreiben von Nebenprojekten an der Tagesordnung, so dass hier eine ständige Bewegung herrscht.

Eine kontinuierliche und langjährige Aktivität in Nordrhein-Westfalen kann nur bei wenigen Bands festgestellt werden. Andere zeigen sporadische Aktivitäten mit längeren Phasen der Untätigkeit. Die Band 'Weisse Wölfe*' zog vor allem Anfang der 2000er Jahre durch ihre CD „Weisse Wut" und durch personelle Überschneidungen mit der Band 'Oidoxie*' Aufmerksamkeit auf sich. Das wegen dieser CD anhängige Strafverfahren gegen Mitglieder der Band 'Weisse Wölfe*' endete im November 2007 mit einem Freispruch für die Angeklagten. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass weder die Absicht, die im Ausland produzierte CD „Weisse Wut" in Deutschland zu verbreiten, noch die Mitgliedschaft der Angeklagten in der Band zum Zeitpunkt der Produktion für eine Verurteilung ausreichend belegt werden konnte.

Als in 2011 vergleichsweise aktiv können die Bands 'Angry Bootboys', 'Sleipnir' und 'Flak' genannt werden.

Indizierungsentscheidungen der BPjM

Im Jahr 2011 wurden fünf CD´s nordrhein-westfälischer Skinhead-Bands sowie eine CD, die unter Beteiligung einer nordrhein-westfälischen Skinhead-Band entstanden ist, von der BPjM indiziert und in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen.

Die in Liste A der BPjM aufgeführten Tonträger dürfen Kindern und Jugendlichen nicht angeboten, überlassen oder zugänglich gemacht werden. In Teil B der Liste werden alle Trägermedien aufgeführt, die nach Auffassung der BPjM über ihren jugendgefährdenden Inhalt hinaus auch strafrechtlich relevante Inhalte haben. Trägermedien der Liste B unterliegen damit einem für alle, nicht nur für Kinder und Jugendliche geltendem Verbreitungsverbot.

Die BPjM gibt die Indizierung von Trägermedien regelmäßig im Bundesanzeiger bekannt und veröffentlicht sie darüber hinaus in ihrem amtlichen Mitteilungsblatt („BPjM-Aktuell"). Über Behörden, öffentliche Bibliotheken, Schulen oder Jugendhilfeeinrichtungen, die das „BPjM-Aktuell" kostenfrei beziehen können, ist gewährleistet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, der wissen möchte, ob ein bestimmtes einzelnes Medium indiziert ist, die Möglichkeit hat, ohne Kostenaufwand in einer öffentlichen Bibliothek Einsicht in die Indizierungslisten zu nehmen. Darüber hinaus kann auch eine Anfrage an liste@bundespruefstelle.de gerichtet werden.

Skinhead-Zusammenschlüsse in NRW

Insgesamt ist der Skinhead-Szene eine straffe Organisationsstruktur fremd. Auch die Bemühungen von 'Blood & Honour', 'Combat 18' oder der 'Hammerskins' haben bislang nicht zu festen Strukturen geführt. Zusammenschlüsse innerhalb der Skinhead-Szene – soweit es sie gibt – haben in erster Linie einen engen regionalen Bezug und bestehen aus einer losen Verbindung der örtlich ansässigen Skinheads. Es finden keine regelmäßigen und organisierten Veranstaltungen statt, wie es im Bereich der Kameradschaften üblich ist. Vielmehr gibt es anlassbezogene Treffen, gemeinsame Besuche von Musikveranstaltungen und Partys zu unterschiedlichen Gelegenheiten. Die Einbindung in eine solche regionale Gruppe schließt Aktivitäten in anderen, organisierten Zusammenhängen nicht aus, ist aber nicht Voraussetzung, um einen Zugang zur rechtsextremistischen Szene zu erhalten.

Vereinzelt verfügen Skinhead-Bands über ein stabiles Fanpotenzial, welches sich regelmäßig trifft oder mit der Band zu deren Auftritten unterwegs ist und Saalschutz-Aufgaben übernimmt. Diese Fangruppe setzt sich üblicherweise aus Personen des Band-Umfeldes oder auch guten Bekannten mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene zusammen.

'Blood & Honour', 'Combat 18' und 'Hammerskins' in NRW

Blood & Honour ist eine weltweit aktive Skinhead-Bewegung, die von Ian Stuart Donaldson in England gegründet wurde. Die deutsche Sektion der Organisation, die versucht, die Skinhead-Szene durch neonazistische Musik politisch zu beeinflussen, wurde im September 2000 durch das Bundesministerium des Innern verboten, nachdem festgestellt wurde, dass sich ihre Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Die Verbotsverfügung ist seit dem 13. Juni 2001 rechtskräftig. Die immer noch existenten verschiedenen ausländischen Blood & Honour-Strukturen sind dadurch nicht beeinträchtigt, da weitere Verbote im benachbarten Ausland ausgeblieben sind.

Für NRW liegen derzeit keine gesicherten Erkenntnisse über die Fortführung der verbotenen Organisation vor. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass persönliche Kontakte/Freundschaften der damaligen 'Blood & Honour'-Mitglieder weiter fortbestehen und einzelne Blood & Honour-Anhänger nach wie vor aktiv sind. Feste, dauerhafte Organisationsstrukturen sind in Nordrhein-Westfalen aber nicht erkennbar.

Blood & Honour-Konzerte finden vorwiegend in den Niederlanden, Belgien und der Schweiz statt. Daneben wird in Großbritannien jährlich in zeitlicher Nähe zum Todestag ein Gedenkkonzert für den am 23. September 1993 verstorbenen Ian Stuart Donaldson organisiert (ISD Memorial).

Die Organisation 'Combat 18' gilt als „bewaffneter Arm" von Blood & Honour. Sie wurde Anfang der 1990er Jahre als Schutztruppe gegen Übergriffe linker Gewalttäter in England gegründet. „Combat" bedeutet Gefecht, die Zahl 18 im Namen der Gruppe steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets (A und H), die Initialen Adolf Hitlers. Einer der Slogans von Combat 18 lautet: „White revolution is the only solution" (Weisse Revolution ist die einzige Lösung).

Nach dem Unfalltod Ian Stuart Donaldsons kam es zu weitreichenden Zerwürfnissen unter seinen potentiellen Nachfolgern. Mitglieder von 'Combat 18' übernahmen zunehmend die Führung bei 'Blood & Honour'. Auch wenn die Bedeutung von 'Combat 18' aufgrund geringer Mitgliederzahlen inzwischen erheblich gesunken ist, zeigen einzelne Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen eine gewisse Faszination für 'Combat 18'. Die Verwendung des Begriffes 'Combat 18' ist offensichtlich mit einem hohen Ansehen in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene verbunden und erfolgt daher wahrscheinlich mit dem Ziel, sich selbst aufzuwerten. Erkennbare verfestigte Strukturen liegen in NRW aber nicht vor.

Ein weiteres internationales Skinhead-Netz, die 'Hammerskins', wurde Mitte der 1980er Jahre in den USA gegründet. 'Hammerskins' sind in vielen Ländern mit „Divisionen" vertreten (zum Beispiel 'Hammerskin Division Deutschland'). Durch ihre Unterteilung innerhalb der einzelnen Länder in sogenannte „Chapter" sind sie fester strukturiert als 'Blood & Honour'. Erklärtes Ziel der 'Hammerskins' ist es, weltweit alle weißen und rechtsextremistischen Skinheads in einer „Hammerskin-Nation" zu vereinigen. 'Hammerskins' vertreten rassistische Grundeinstellungen und betrachten sich selbst als Elite der Skinhead-Bewegung.

In Nordrhein-Westfalen sind zwar auch im vergangenen Jahr einzelne Aktivitäten im Zusammenhang mit 'Hammerskins' bekannt geworden, jedoch liegen derzeit keine gesicherten Erkenntnisse über die Existenz einer 'Hammerskin'-Organisation in Nordrhein-Westfalen vor.

Ausblick

Obwohl die bekannte Personenzahl der Skinhead-Szene im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen ist, bleibt sie ein wichtiges Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes. Die Teilnehmer der unterschiedlichen Musikveranstaltungen stammen hauptsächlich aus einer unstrukturierten Szene. Ob durch den Erstkontakt mit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ein Übergang in organisierte Neonazi-Strukturen stattfindet oder in welche Richtung sich ein vertieftes Engagement entwickelt, ist zumeist völlig offen. Findet ein Jugendlicher zunächst über die lose Struktur der örtlichen Skinhead-Szene einen Zugang zu Konzerten, so können sich hieraus eine Ideologisierung und die aktive Beteiligung an der rechtsextremistischen Szene ergeben. Es können erste Kontakte zu örtlichen Kameradschaften entstehen, verbunden mit regelmäßiger Teilnahme an den Kameradschaftsabenden oder an Demonstrationen und anderen Aktivitäten. Dies ist jedoch keine zwangsläufige Entwicklung. Ein herausragendes Engagement rechtsextremistischer Parteien oder der Kameradschaften im Rahmen der Organisation von Skinhead-Konzerten kann bislang nicht festgestellt werden.

2.4 Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel

Über die Musik versucht die rechtsextremistische Szene sowohl auf ideologisch Interessierte als auch erlebnisorientierte Mitglieder und Interessenten Einfluss zu nehmen. Die Texte dienen hierbei als Transportmittel für das rechtsextremistische Gedankengut. Rechtsextremistische Musik dient dem Zusammenhalt in der Szene und sorgt für eine Festigung der Ideologie. Gleichzeitig wird sie als Lockmittel zur Nachwuchswerbung eingesetzt. Insbesondere mit der kostenlosen Verteilung sogenannter „Schulhof-CDs" an Schüler und Jugendliche versucht die rechtsextremistische Szene immer wieder, diese häufig ideologisch noch nicht gefestigte Zielgruppe zum Einstieg in die rechtsextremistische Szene zu verleiten. Zusammen mit zusätzlichen über Computer lesbare Daten beinhalten einige

CDs weitere rechtsextremistisch geprägte Inhalte und Kontaktadressen lokaler und regionaler rechtsextremistischer Gruppierungen. Mit finanzieller und logistischer Unterstützung tragen rechtsextremistische Musikvertriebe regelmäßig zur Realisierung der Produktion der Tonträger bei.

Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine Hauptmotivation bei der Vermarktung von Musik mit rechtsextremistischen Texten sowie Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst zu ihrem anderweitig erzielten Einkommen. Einige Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Damit versuchen sie sich als integraler Bestandteil der Szene darzustellen und den Käufern das Gefühl zu vermitteln, dass sie mit ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung unterstützen. Neben der Hoffnung auf einen guten Ruf als Förderer der Szene dürfte auch die Hoffnung auf eine Erweiterung des Kundenkreises und somit kommerziellen Erfolg eine Rolle spielen.

Die Anzahl rechtsextremistischer Skinhead-Musikvertriebe ist bundesweit von 87 im Vorjahr auf 91 im Jahr 2011 angestiegen. In Nordrhein-Westfalen waren im Jahr 2011 zehn Vertriebe aus der rechtsextremistischen Musikszene und dem Neonazi-Spektrum aktiv. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr liegt in einer geänderten Zählweise begründet, welche nunmehr auch rechtsextremistische Musik-Vertriebe außerhalb der Skinhead-Musikszene berücksichtigt.

Ein Großteil der Händler nutzt weiterhin das Internet als Handelsplattform. Die virtuelle Verkaufsform hat sich bei rechtsextremistischen Vertrieben aus mehreren Gründen durchgesetzt. Neben wirtschaftlich und logistisch bedingten Vorteilen dürfte auch die Tatsache maßgeblich sein, dass sowohl Verkäufer als auch Käufer beim Onlinehandel keine persönlichen Konfrontationen mit dem politischen Gegner befürchten müssen. Durch die anonyme Abwicklung des Kaufvorgangs wird der Handel auch für Interessenten attraktiv, die aufgrund persönlicher Hemmschwellen vor einem Einkauf bislang zurückgeschreckt waren. Ladengeschäfte mit mutmaßlich rechtsextremistischer Produktpalette sind hingegen regelmäßig Ziele linksextremistisch motivierter Aktionen. Hierbei kommt es häufig zu Sachbeschädigungen zum Nachteil der Ladenbesitzer und Gebäudeeigentümer. Ferner sind Läden mit mutmaßlich rechtsextremistischem Warenangebot regelmäßig Ziel von Demonstrationsaufrufen des politischen Gegners.

Warenangebot

Neben Tonträgern einschlägiger rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher bieten rechtsextremistische Vertriebe auch Kleidungsstücke, Aufnäher, Buttons und andere Devotionalien an. Ein Großteil des Umsatzes wird neben dem Handel mit Tonträgern mit dem Verkauf szenetypischer Textilien erzielt. Insbesondere das umfangreiche Angebot an Kleidungsstücken mit politischen Parolen findet innerhalb der Szene großen Anklang. Auch Kinderbekleidung mit meist nordischen Motiven und Schriftzügen sowie Unterwäsche mit Szeneparolen sind erhältlich.

Der Anteil der Tonträger am Gesamtumsatz ist im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Vervielfältigung auf privater Ebene (Brennen von CDs sowie Tausch von Musiktiteln über Internet-Tauschbörsen). Die Besitzer rechtsextremistischer Internet-Vertriebe haben auf diese Entwicklung reagiert und ihre Produktpalette entsprechend erweitert. So gehören inzwischen auch Deko-Waffen, Elektroschocker, Zwillen und Stahlkugeln, Pfefferspray, Artikel mit Bezügen zu nordischer Mythologie, Heidentum und Runenkunde, Tarnbekleidung und Sturmhauben sowie übliche Outdoor-Ausrüstung (Zelte, Decken, Schlafsäcke), Rucksäcke, Taschen und Trinkhörner zum Angebot. Bei mehreren Vertrieben können die Kunden zudem ihre Textilien mit individuellen Motiven und Schriftzügen bedrucken oder besticken lassen.

2.5 Rechtsextremismus im Internet

Rechtsextremisten verfolgen mit ihrer Präsenz im Internet insbesondere folgende Ziele:

- Selbstdarstellung und Propaganda

- Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung
- szeneinterne Kommunikation, informationelle Vernetzung und Mobilisierung
- kommerzielle Zwecke.

Das Internet wird dabei von Rechtsextremisten auf vielfältige Art genutzt. Internetveröffentlichungen können mit entsprechenden, häufig kostenlosen Programmen inzwischen auch ohne besonderes technisches Vorwissen optisch ansprechend vorgenommen werden. Auf diese Weise kann mit wenig Aufwand ein großer Adressatenkreis erreicht werden. Auch Mobiltelefone mit Internetzugang werden von Rechtsextremisten für die Verbreitung von Informationen sowie zur Koordination von Aktionen genutzt. Mittels Web-basierter Dienste wie dem weltweit verbreiteten Microblogging-Dienst „Twitter" können auch von unterwegs viele Empfänger nahezu in Echtzeit erreicht werden.

Alle wesentlichen rechtsextremistischen Parteien einschließlich ihrer Landes-, Kreis- und Ortsverbände sowie Publikationen und sonstige rechtsextremistische Organisationen sind im Internet vertreten. Vielfach sind rechtsextremistische Webseiten untereinander verlinkt und erhöhen so ihren Bekanntheitsgrad innerhalb der Szene.

Speziell Weblogs – auf Webseiten geführte und öffentlich einsehbare Tagebücher – sind innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums weit verbreitet. Sie ermöglichen eine besonders schnelle und einfache Publikation von Informationen und können dank spezieller Software und Internetdienste schnell und einfach aktualisiert werden. Insbesondere der Weblogging-Dienst 'Logr.org*' wird von vielen – auch internationalen – neonazistischen Gruppierungen zur Publikation genutzt. Mutmaßlicher Betreiber von 'Logr.org*' ist eine in der Szene bundesweit anerkannte Führungspersönlichkeit der AN, welche gleichzeitig einen Neonazi-/AN-Propaganda-Vertrieb betreibt.

Mit etwa 1.000 deutschsprachigen Homepages ist die Zahl der Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten in den letzten Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau geblieben. Gleichwohl ist eine regelmäßige Fluktuation des Angebots feststellbar. Insbesondere Webseiten von Einzelpersonen sind häufig nur kurzzeitig im Netz verfügbar. Dies liegt insbesondere daran, dass diese ihre Webseiten häufig über Anbieter von kostenlosem Speicherplatz ins Internet einstellen. Viele dieser Anbieter schließen in ihren Geschäftsbedingungen extremistische Inhalte aus und sperren solche Seiten, nachdem sie hierüber Kenntnis erhalten haben. Ferner werden Mobilisierungsseiten zu Demonstrationen häufig nur zeitnah vor dem anstehenden Ereignis geschaltet und nach der Durchführung der beworbenen Veranstaltungen wieder aus dem Netz entfernt.

Die inhaltliche Bandbreite rechtsextremistisch motivierter Internetpräsenzen ist umfangreich. Sie reicht von Seiten, die offen strafrechtlich relevante Inhalte zeigen, bis zu Seiten, deren rechtsextremistischer Hintergrund nur schwer erkennbar ist. Insbesondere auf revisionistischen Seiten wird versucht, über ein pseudowissenschaftliches Erscheinungsbild die wahren Absichten – Verharmlosung beziehungsweise Leugnung des Holocaust – zu verschleiern. Ferner machen sich Rechtsextremisten auch Themenfelder zu eigen, die bislang überwiegend von der politischen Linken besetzt waren. Neben globalisierungskritischen Inhalten werden zum Beispiel Umwelt- und Tierschutzthemen aufgegriffen.

Nutzung moderner Web-Techniken durch Rechtsextremisten

Rechtsextremistische Internetangebote folgen der allgemeinen multimedialen Entwicklung des World Wide Web (www), indem sie vielfältige szenetypische Musik- und Videoinhalte auf ihren Seiten einbinden. Insbesondere auf Webseiten aktionsorientierter rechtsextremistischer Gruppierungen werden häufig Videos von Demonstrationen und anderen Aktionen eingebunden. Diese multimedialen Elemente sollen einerseits die Attraktivität der Seiten steigern, andererseits dienen sie als essentielles Mittel der Nachwuchswerbung in einer jungen Zielgruppe.

Auch innerhalb unpolitischer Videoportale und sozialer Netzwerke versuchen Rechtsextremisten, ihre Propaganda zu verbreiten. Das Ziel ist hierbei, über die rechtsextremistische Szene hinaus einen möglichst großen Adressatenkreis anzusprechen.

Szeneinterne Kommunikation findet ferner in einschlägigen Internet-Foren statt. Viele rechtsextremistische Webseitenbetreiber bieten den Besuchern ihrer Homepage eine solche Diskussionsplattform, über die Szeneanhänger online miteinander kommunizieren können. Zu den bedeutendsten und meist frequentierten deutschsprachigen Foren zählt seit längerem das 'Thiazi'-Forum, in welchem regelmäßig strafrechtlich relevante Nutzerbeiträge festzustellen sind.

Die Internet-Kommunikation von Rechtsextremisten ist durch zwei gegensätzliche Zielrichtungen geprägt: während Propaganda und Selbstdarstellung auf einen möglichst großen Empfängerkreis abzielen, wird die interne Kommunikation zunehmend durch konspiratives Verhalten von der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit abgeschottet. Neben Zugangsbeschränkungen innerhalb einiger rechtsextremistischer Foren hat auch die verschlüsselte Kommunikation der Szenemitglieder untereinander zugenommen. So wird innerhalb der Szene gezielt darauf hingewiesen, Nachrichten über E-Mail- und Chat-Programme nur noch mittels Kryptierungswerkzeugen zu versenden und die Festplatten heimischer PC nach Möglichkeit zu verschlüsseln, um den Strafverfolgungsbehörden auch im Falle einer Beschlagnahme des Rechners keine Angriffsfläche zu bieten.

Hacker-Angriffe auf rechtsextremistische Internetpräsenzen

Im Jahr 2011 wurden rechtextremistische Webseiten wiederholt das Ziel von Hacker-Angriffen. Hierbei variierten die Vorgehensweisen der Hacker. Im April 2011 wurden die Server von Internetseiten einiger neonazistischer Gruppierungen durch sogenannte DDoS-Attacken („Distributed Denial of Service") kurzzeitig lahmgelegt. Im Mai wurden mehr als 20 Internetpräsenzen, darunter einige Webseiten der NPD, attackiert. Bei dem Hackerangriff wurden auch Listen mit Namen von Spendern sowie weitere Datenbanken heruntergeladen und veröffentlicht.

Bereits in der Vergangenheit wurden Internetseiten und Foren mit rechtsextremistischen Inhalten von Hackern angegriffen. Hierbei wurden zum Teil umfangreiche Daten (unter anderem Kundendaten aus Bestellungen bei rechtsextremistischen Vertrieben oder private Kommunikationsinhalte) entwendet und später veröffentlicht.

2.6 Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus

Schwerpunktthemen des Revisionismus

Zu den weiteren rechtsextremistischen Agitationsschwerpunkten zählt auch das Themenfeld Revisionismus. Zentrales Anliegen von Revisionisten ist die politisch motivierte Umdeutung der Zeit des Nationalsozialismus durch leugnende, relativierende oder verharmlosende Darstellungen mit pseudowissenschaftlichem Ansatz. Zielsetzung ist dabei vor allem die Rehabilitierung der nationalsozialistischen Ideologie und die Verharmlosung deren Folgen.

Im Mittelpunkt der Versuche revisionistischer Geschichtsumschreibungen stehen eine Verleugnung der deutschen Kriegsschuld und des Holocausts, des Völkermordes an den europäischen Juden. Immer wiederkehrend wird der Versuch unternommen, die Strafverfolgung von Revisionisten als Grundrechtseinschränkung bzw. als Kriminalisierung darzustellen. Insofern sehen sie sich in der Märtyrerrolle und prangern die Bundesrepublik Deutschland als „Unrechtsstaat" an bzw. bezeichnen sie als „System der alliierten Fremdherrschaft", in dem es unter anderem keine Meinungsfreiheit gibt.

Derartige Agitationsansätze finden sich seit Jahren auch auf der in den USA gespeicherten Domain 'National Journal', einer gleichnamigen deutsch-/englischsprachigen Homepage, die von einer Redaktionsgemeinschaft 'Die Freunde im Ausland' (DFiA) geleitet wird. Diese Internetseite umfasst neben den genannten Themenfeldern Artikel mit revisionistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aussagen. So lauten beispielsweise im März, April und Juli 2010 veröffentlichte Artikelüberschriften:

> *„An der Verfolgungs-Hysterie erkennt man das angeschlagene System"*[21]
> *„Wir können von Hitlers Management-Stil und seinen Führungsqualitäten lernen"*[22]
> *„Die Vertreter der Judenorganisationen hassen alle Menschen und kontrollieren die USA"*[23]

Beispielhaft für die Aufrechterhaltung der Kriegsschuldleugnung steht ein Vorwort des Herausgebers der zweimonatlich erscheinenden Publikation 'Deutsche Geschichte – Europa und die Welt' (Dr. Gert Sudholt), Ausgabe Nr. 1/2010, Tenor: „Wir sind auf steinigem, aber ehrlichem Weg". Darin wird auf den 20. Jahrgang dieser Zeitschrift eingegangen und in diesem Zusammenhang erklärt:

> *„Auf der Suche nach historischen Wahrheiten prallt der faustisch forschende Publizist immer öfter an Schranken bundesdeutscher Meinungszensur. Schranke bedeutet in diesem Fall die so genannte politische Korrektheit. Sie besteht in jener rechtskräftigen Geschichtsfestschreibung, die einst von den Alliierten gegen Deutschland zum Gesetz erhoben worden war und dann vom verkniffenen deutschen Spießertum untertänig übernommen wurde."*

Zum Angriff Hitlers auf Russland heißt es in einem Artikel „Von der Zusammenarbeit zur Konfrontation" im Sonderheft von 'Deutsche Geschichte' (Ausgabe 1/2011): *„Es ist aber andererseits offenkundig, dass ohne solche sowjetischen Vertragsverstöße, ohne Angriffsdrohung seitens der UdSSR und ohne die seit dem August 1939 anhaltend konsequente Verweigerung von Verhandlungen seitens der Westmächte jene Situation nicht eingetreten wäre, die dieses Unternehmen im Jahr 1941* [Anm.: gemeint ist das „Unternehmen Barbarossa"] *als einen durch die Umstände erzwungenen Angriff erscheinen ließ."*

Das Verlagsprogramm der von Sudholt geleiteten Verlagsgesellschaft Berg mbH (Sitz: Bayern) umfasst Schriften mit revisionistischen Inhalten wie die genannte Publikation sowie umfangreiche Werbung von Buchveröffentlichungen – darunter auch bekannte Autoren aus dem Bereich des Revisionismus –, die über den Verlag der Ehefrau vertrieben werden.

Ein weiteres Beispiel für revisionistische Agitationsmuster, und zwar betreffend die Kriegsschuld- und Holocaustleugnung, findet sich in der Ausgabe Nr. 4, Juli/August 2010 der in Verden (Niedersachsen) im Eigendruck herausgegebenen Zeitschrift 'Stimme des Reiches':

> *„Geplante Unbildung*
> *Unsere Kriegsgegner hegten nicht den Wunsch, deutsche Anliegen zu fördern, im Gegenteil. Sie hatten den Krieg zur Vernichtung des Deutschen Reiches und Verknechtung des deutschen Volkes durch Verblödung vom Zaun gebrochen.*
>
> *Alliierte Greuelpropaganda anstatt wahrer Geschichte*
> *Als Erstes litt die Charakterbildung durch allmähliche Übernahme der alliierten Kriegsgreuelpropaganda anstelle der geschichtlichen Wahrheit im Wege eines gezielten Trommelfeuers aller Medien und Bildungseinrichtungen* [...]"

In dem gleichen Blatt ('Stimme des Reiches', Nr. 1, Januar-Februar 2011) wird die Freilassung des ehemaligen Mitglieds der 'Roten Armee Fraktion' (RAF) und heutigen Rechtsextremisten, Horst Mahler, gefordert, der unter anderem wegen Holocaust-Leugnung und Volksverhetzung zu langer Haftstrafe verurteilt ist. Wörtlich heißt es: *„Horst Mahler hat von dem grundgesetzlich garantierten Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht.* [...] *Es geht also um mehr, als um die Freilassung eines 'Kriegsgefangenen'.* [...] *Wer die Freiheitsgrundrechte erhalten will, wer keine Diktatur haben möchte, der kann gar nicht anders, als die Petition für Horst Mahler zu unterzeichnen."* Der entsprechende Vordruck für diese Petition lag dem Heft bei.

Zu den regelmäßig vertretenen Autoren dieser Publikation zählen neben bekannten Revisionisten auch Aktivisten aus dem 2008 verbotenen Vlothoer Verein 'Collegium Humanum' (CH).

---

21 *Homepage des 'National Journal', Zugriff am 3. Oktober 2010.*

22 *Homepage des 'National Journal', Zugriff am 20. April 2010.*

23 *Homepage des 'National Journal', Zugriff am 10. April 2010.*

Bedeutung des Themenfeldes Revisionismus

Das Themenfeld Revisionismus, welches jahrelang zu den rechtsextremistischen Agitationsschwerpunkten zählte, hat vor dem Hintergrund der weltweit erfolgten konsequenten und verschärften Strafverfolgung von Volksverhetzungsdelikten, die schwerpunktmäßig via Internet verbreitet werden, deutlich an Bedeutung verloren. Gründe hierfür sind unter anderem die in Kraft getretenen strafgesetzlichen Änderungen zum § 130 StGB, durch die die sogenannte „einfache Auschwitz-Lüge" als Volksverhetzung bzw. ein den öffentlichen Frieden störendes Billigen, Verherrlichen oder Rechtfertigen der national-sozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft für strafbar erklärt wurde. Dazu kommen die intensivierte Beschlagnahme von einschlägigen Publikationen, die den Holocaust leugnen, sowie zahlreiche Verurteilungen von Protagonisten der Revisionisten-Szene und die Einziehung der finanziellen Ressourcen. So haben in Nordrhein-Westfalen auch die im Jahre 2008 erfolgten Maßnahmen (wie Beschlagnahme von Gebäude und Vermögenswerten) im Zusammenhang mit den Vereinsverboten des Vlothoer 'Collegium Humanum' (CH) und des 'Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten' (VRBHV) nachhaltig zu einem Rückgang revisionistischer Agitation und Aktivitäten geführt. Kampagnen sowie die Herstellung und der Vertrieb revisionistischer Schriften gingen erheblich zurück.

2.7 Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten

Das Land Nordrhein-Westfalen beschränkt die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur darauf, das rechtsextremistische Potenzial zu beobachten. Es hat im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus Ende Juli 2001 ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten gestartet. Damit soll Mitläufern, Aktivisten oder auch Führungspersonen die Möglichkeit eröffnet werden, sich von ihrer Perspektivlosigkeit zu verabschieden und von alten „Freunden" zu lösen.

Für Interessenten hat die Landesregierung im Bürger- und Service Center „nrw.direkt" bei der Staatskanzlei eine Kontaktmöglichkeit geschaffen. Diese ist unter der Telefonnummer 0180 3 100 110 oder per E-Mail unter kontakt@aussteiger.nrw.de (www.aussteiger.nrw.de) erreichbar. Hierbei wird eine Verbindung zu einer eigens ausgewählten Vertrauensperson – dem Aussteigerbetreuer – des Ministeriums für Inneres und Kommunales hergestellt, der für jeden Einzelnen ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegkonzept entwickelt und bei dessen Umsetzung hilft. Die Ausstiegshilfen umfassen die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise bei der Erlangung des Führerscheins oder eines Ausbildungsabschlusses), psychologische Hilfe, Eingliederung in Entziehungsmaßnahmen, die Hilfe bei Familienzusammenführung, Umzugshilfen und Haftbetreuung.

Neben den betreuten Personen, die aufgrund persönlicher Initiative im Rahmen des Aussteigerprogramms sind, werden aktive Rechtsextremisten und Führungspersonen der Szene angesprochen, um sie zum Umdenken und Aussteigen zu bewegen.

Bis Ende 2011 ist es durch die gemeinsamen Anstrengungen von Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und Kommunen gelungen, über 220 Personen in das Programm aufzunehmen. Die Ausstiegswilligen sind zumeist arbeitslos und stammen aus belasteten Familiensituationen. Die Mehrheit der Aufgenommenen war bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Der Großteil der betreuten Personen hat mit Hilfe des Programms die rechtsextremistische Szene endgültig verlassen.

Durch Arbeitstagungen, regelmäßigen Informationsaustausch und Netzwerkpflege zwischen Verfassungsschutz, Staatschutzstellen der Polizei, Kommunen der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V. (AJS) und anderen Einrichtungen wird sichergestellt, dass das Aussteigerprogramm ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus bleibt.

3 Linksextremismus[24]

Linksextremismus bezeichnet das aktive Wirken für eine politische Überzeugung, die eine umfassende und tiefgreifende Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorsieht. Am Ende dieser Veränderung soll ein klassenloses sozialistisches/kommunistisches Gesellschaftssystem stehen, in dem jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht oder der Zugehörigkeit zu einer Religion oder einem Staat – frei von Herrschaft durch andere Menschen sein soll.

Verfassungsfeindlichkeit

Zum Erreichen ihrer Ziele wollen Linksextremisten den Kernbereich der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik abschaffen oder zumindest in Teilen aufheben. Sie verfolgen Ziele, die gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen und sind deshalb verfassungsfeindlich.

Einig sind sich Linksextremisten aller Schattierungen darin, dass es die bürgerlich-kapitalistische Demokratie zu überwinden gilt. Die Verwirklichung linksextremistischer Utopien hätte die Aufhebung im Grundgesetz verankerter Werte und Inhalte zur Folge. Unsere garantierten Grundrechte und die parlamentarische Demokratie wären genauso beeinträchtigt wie Pluralismus, Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip – je nach ideologischer Ausrichtung in unterschiedlicher Intensität.

Allgemein lassen sich im Linksextremismus ebenso wie im Rechtsextremismus drei grundlegende Formen des Extremismus erkennen:

- der parlamentsorientierte Linksextremismus,
- der aktionsorientierte Linksextremismus und
- der diskursorientierte Linksextremismus.

Dem parlamentsorientierten Linksextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Im Extremfall soll der demokratische Verfassungsstaat unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg)umgestaltet bzw. abgeschafft werden. Man versucht so, auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen politischen Einfluss zu gewinnen, um die ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Allerdings hindert sie diese Vorgehensweise nicht daran, teilweise sehr intensiv mit aktionsorientierten Gruppen zusammenzuarbeiten oder dies sogar als „zweites Standbein" zu betrachten.

Die derzeit bestehenden linksextremistischen Parteien verfolgen verschiedene ideologische Richtungen. Ihre unterschiedlichen Ansätze verhinderten bisher in der Regel ein gemeinschaftliches Auftreten.

Nicht alle linksextremistischen Parteien legen ihren Schwerpunkt auf parlamentarische Repräsentanz. Obwohl sie bei Wahlen kandidieren, sind sie sich ihrer geringen Erfolgsaussichten bewusst und wollen daher ihre politischen Ziele vor allem über den außerparlamentarischen Kampf erreichen. Durch Bündnisarbeit und Einflussnahme auf soziale Bewegungen wollen sie auf Veränderungen hinwirken.

Einer der umstrittensten Punkte dabei ist die Anwendung von Gewalt als Mittel zum gesellschaftlichen Umsturz. Häufig wird die politisch motivierte Gewalt als legitimes und geeignetes Mittel angesehen,

---

[24] *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich" verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

um linksextremistische Vorstellungen zu verwirklichen. Aus taktischen Erwägungen sieht man in der derzeitigen gesellschaftlichen Lage aber davon ab. Falls aber eine sogenannte „revolutionäre Situation" soweit fortgeschritten sein sollte, dass Gewalt als dienlich erachtet wird, um den angestrebten Umsturz zu verwirklichen, würde sie von denjenigen, die Gewalt grundsätzlich bejahen, – zumindest den programmatischen Aussagen zufolge – auch angewandt.

Überwiegend keine Probleme mit der Ausübung von Gewalt hat der aktionsorientierte Linksextremismus, der im sichtbaren öffentlichen Raum Machtansprüche ausdrücken möchte. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße". Insbesondere Autonome legen daher ihren Aktionsschwerpunkt auf die Organisation und Durchführung von Demonstrationen und vergleichbaren öffentlichen Veranstaltungen.

Maßgeblich für Autonome ist dabei eine grundsätzliche Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber dem politischen und gesellschaftlichen System. Wahlen werden grundsätzlich abgelehnt. Dasselbe gilt für verbindliche Strukturen. Autonome mischen sich überall dort in aktuelle Konflikte ein, wo es ihren persönlichen Bedürfnissen und Grundüberzeugungen entspricht. Die aktionistischen Schwerpunkte liegen vor allem in den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus, Antiglobalisierung, Antiimperialismus und Anti-Kernkraft. Obwohl Institutionalisierungen und organisiertes Vorgehen mit Verbindlichkeitsgrad autonomen Vorstellungen grundsätzlich zuwider laufen, ist insbesondere im Vorfeld von Großereignissen eine aktionsorientierte Vernetzung der Szene zu beobachten.

Mit militanten Aktionen wollen Autonome chaotische Zustände verursachen, um die Unregierbarkeit des Staates herbeizuführen. Insbesondere Gewalt gegen tatsächlich oder vermeintlich rechtsextremistische Personen und Strukturen sowie gegen die Polizei und andere staatliche Institutionen gilt als legitimes Mittel im Einsatz für autonome Zielsetzungen. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung gesellschaftlicher Utopien steht konträr zu dem von der Mehrheit der Gesellschaft als gültig angesehenen Konsens, dass Entwicklung durch demokratische Abstimmung erreicht wird. Gewaltsames Vorgehen missachtet die durch demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Gesellschaft.

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von linksextremistischen Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Mit ihren Veröffentlichungen bestätigen derartige Publikationen und Gruppen das linksextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei.

3.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus

3.1.1 Strömungen und Zusammenschlüsse der Partei 'DIE LINKE*'[25]

Gründung	Oktober 1990
Sitz	Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)
Sprecherin/Sprecher	Katharina Schwabedissen, Hubertus Zdebel
Publikationen	'LANDESINFO Nordrhein-Westfalen' Zeitschriften der Parteigliederungen/Zeitschriften für regionale Bereiche)
Internet	eigene Homepage/eigene Seiten der regionalen Gliederungen (Kreisverbände)

Beobachtung

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen beobachtet die linksextremistischen bzw. die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Einschlüsse (Strömungen und Zusammenschlüsse) in der Partei 'DIE LINKE*'. Dies sind die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL*), die 'Sozialisti-

[25] *Siehe hierzu Fußnote 24*

sche Linke*' (SL*) mit dem trotzkistischen Netzwerk 'marx21', die 'linksjugend ['solid]' und die 'Kommunistische Plattform' (KPF). Der Landesverband NRW wird insbesondere durch die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL*) und 'Sozialistische Linke*' (SL*) beeinflusst. Die Bedeutung der Einschlüsse für die Beurteilung der Partei hat auch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 21. Juli 2010 (6 C 22/09) hervorgehoben. Das Gericht hatte über die Beobachtung eines führenden Funktionärs der Partei zu entscheiden. Das BVerwG war aus revisionsrechtlichen Gründen an die tatsächlichen Feststellungen durch das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG NW) als Vorinstanz gebunden. Dabei hat das BVerwG die Würdigung des OVG NW, dass bei einzelnen Gruppierungen innerhalb der Partei 'DIE LINKE*' verfassungsfeindliche Bestrebungen festzustellen sind, nicht beanstandet.

Das OVG NW hatte im Urteil vom 13. Februar 2009 festgestellt:

> *„Die Auswertung der dem Senat vorliegenden Unterlagen ergibt Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl dafür, dass es noch immer die Richtung der Partei maßgeblich bestimmende verfassungsfeindliche Strömungen gibt. Sie sprechen bei einer Gesamtschau dafür, dass durchaus namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland verfolgen, die mit den entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist."*[26]

Sozialistische Linke (SL*)

Die 'Sozialistische Linke*' (SL*) versteht sich selbst als „Zentrum" zwischen den innerparteilichen Flügeln, das sowohl an links-sozialdemokratische wie auch reformkommunistische Traditionen auf der Grundlage marxistischer Gesellschaftsanalyse anknüpft. Die Partei rechnet der SL* auf Bundesebene rund 760 Mitglieder zu.

Verhältnis zum demokratisch-institutionellen System

Unklar bleibt in den programmatischen Aussagen der SL* weiterhin, inwieweit mit der Überwindung des „Kapitalismus" eine Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Ordnung angestrebt wird, die den vom Grundgesetz – trotz dessen grundsätzlicher Neutralität in der Frage der Wirtschaftsordnung – gesetzten Rahmen überschreitet. Insbesondere geht es darum, ob auch demokratische Strukturprinzipien zur Disposition stehen. Die im Gründungsaufruf der SL* enthaltene Forderung nach einer politischen Linken, die „einen neuen Anlauf unternimmt, die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden" und „zugleich realistisch und radikal, an die Wurzel gehend" agiert,[27] lässt offen, ob (nur) ein konkretes Wirtschaftssystem abgelehnt oder zugleich elementare Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates in Frage gestellt werden, also die Überwindung des Wirtschaftssystems mit der Überwindung des ihm zugrundeliegenden demokratisch-institutionellen Systems verbunden wird.

Verhältnis zu Grundrechten

Die Grundrechte des demokratischen Verfassungsstaates werden von der SL* zwar verteidigt, im Vergleich zu den sozialen Fragen aber als nachrangig bewertet.[28] Hierzu passt die Haltung der SL*, sich in Bezug auf die Länder des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts", namentlich Bolivien, Venezuela (sowie eingeschränkt Kuba) „nicht durch instrumentelle Menschenrechtskampagnen irre machen [zu] lassen".[29] Die Begrifflichkeit der „instrumentellen Menschenrechtskampagnen" legt nahe, dass die Akzeptanz der Universalität von Menschenrechten und die Forderung nach ihrer weltweiten Verwirklichung nicht konsequent nachvollzogen werden.

---

[26] *Urteil des OVG Münster vom 13.02.2009, Az.: 16 A 845/08.*

[27] *Gründungsaufruf der Sozialistischen Linken: realistisch und radikal.*

[28] *Koordinierungskreis der Sozialistischen Linken, 15.06.2007, In die Offensive kommen – für eine starke LINKE!*

[29] *Eine Revolution für das Grundgesetz, 8.12.2007.*

Zwischen legitimer Kapitalismuskritik und Propagierung des Klassenkampfes

Im Vergleich zu den Vorjahren ist bei der Kapitalismuskritik der SL* eine dogmatische Verschärfung zu erkennen: So legt die SL* Wert darauf, *„dass die noch zu ergänzende Analyse Deutschlands als kapitalistische Klassengesellschaft, die zugleich von patriarchalen Geschlechterverhältnissen und Arbeitsteilung geprägt ist, in angemessener und differenzierter Weise Niederschlag findet."*[30] Des Weiteren weist die Vorstellung von einer „kapitalistischen Klassengesellschaft" und das Denken in Klassengegensätzen immer noch auf ein Freund-Feind Muster im Sinne der marxistischen Gesellschaftsanalyse hin. Auch die Prognose, dass der Aufschwung des Rassismus in Europa nur durch „wachsende[n] Widerstand der Lohnabhängigen durch Klassenkämpfe"[31] aufgehalten werden könne, deutet auf ein eher orthodoxes Sozialismusverständnis und stellt Rassismus/Faschismus im Sinne der Dimitroff-Formel[32] in einen klassenkämpferischen Zusammenhang.

'marx21'

Einen weitaus deutlicheren Verbalradikalismus als die Äußerungen der SL* weisen die Beiträge des innerhalb der SL* agierenden Netzwerkes 'marx21' auf. Dogmatisch beruft man sich hier auf sozialistische Klassiker wie Marx und Luxemburg und propagiert Freiheit durch Sozialismus: *„Unser Leitfaden sind die Sätze von Karl Marx und Rosa Luxemburg: 'Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein' und 'Kein Sozialismus ohne Demokratie – keine Demokratie ohne Sozialismus.'"*[33]

Eine Reformierbarkeit des Kapitalismus wird von 'marx21' generell bestritten, stattdessen wirkt man auf seine Überwindung hin: *„Angesichts dieser verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus ist eine auf die Regulierung des Kapitals beschränkte staatliche Intervention keine ausreichende Antwort. Deshalb vertrauen wir nicht auf die 'Zähmbarkeit' des Kapitalismus, sondern wirken auf seine Überwindung hin."*[34]

Diese Überwindung könne allerdings nicht im vorgegebenen institutionellen Rahmen stattfinden, sondern müsse von einer starken außerparlamentarischen Bewegung unter Führung der LINKEN* erfolgen: *„Die Linke kann das Kapital schlagen, wenn Massenbewegungen bereit und in der Lage sind, die herrschende Klasse zu enteignen und den bestehenden, undemokratischen Staatsapparat durch Organe der direkten Demokratie zu ersetzen."*[35]

Hier wird deutlich der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem und politischem System hergestellt, woraus für 'marx 21' zwingend folgt, dass die Überwindung des einen immer auch mit der Überwindung des anderen einhergeht. Aus diesem Grund weist 'marx21' der parlamentarischen Arbeit auch einen deutlich geringeren Stellenwert zu als der außerparlamentarischen:

---

30 *Erklärung der BundessprecherInnen der Sozialistischen Linken zum neuen Programmentwurf vom 30.05.2011; www.sozialistische-linke.de/politik/beschluesse/324-der-neue-programmentwurf-kompromisse-fuer-eine-starke-linke, Zugriff am 8.11.2011.*

31 *Beschluss der Bundesmitgliederversammlung in Frankfurt/Main am 18.12.2010; www.sozialistischelinke.de/veranstaltungen/mitgliederversammlung/mitgliederversammlung-2010/217-erklaerung-der-mitgliederversammlung-die-linke-staerken-damit-sie-wirkt, Zugriff am 8.11.2011.*

32 *Der Kapitalismus wird nach der sogenannten „Dimitroff-Formel", die auf den bulgarischen Kommunistenführer Georgi Dimitroff zurückgeht, als bloße Ausprägung des Faschismus verstanden, genau wie es die bürgerliche Demokratie sein soll. Mit der Überwindung erfolgt mithin gleichzeitig die Überwindung des Faschismus und eben auch der bürgerlichen Demokratie.*

33 *Politische Leitsätze, in: marx21.de/content/view/194/93/, Zugriff am 15.11.2011.*

34 *Siehe hierzu Fußnote 33*

35 *Siehe hierzu Fußnote 33*

> *„Wir denken, dass wirkliche Veränderung nur von unten kommen kann. Deshalb wirken wir darauf hin, dass die Partei DIE LINKE aktiver Teil und Motor außerparlamentarischer Bewegungen ist und Demonstrationen, Streiks und Proteste gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg solidarisch unterstützt. Das gilt auch für die parlamentarische Arbeit der LINKEN*."*[36]

Besonders der letzte Satz des Zitats legt ein instrumentelles Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie nahe, die offenbar nur zur Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen dienen soll. Dies korrespondiert auch mit der marxistisch geprägten Aussage, dass der Kapitalismus nicht durch die Arbeit in den Parlamenten überwunden werden könne, da die „Kapitalistenklasse" ohnehin abseits jeglicher demokratischer Kontrolle agieren würde und das System zudem vom Kapitalismus abhängig sei:

> *„Der Kapitalismus kann nicht durch Parlamentsabstimmungen überwunden werden. Das Parlament täuscht über die realen Machtverhältnisse hinweg. Die Kapitalistenklasse und der Staatsapparat (Ministerien, Polizei, Armee, Gefängnisse, Justiz) agieren weitgehend unabhängig von demokratischer Kontrolle. Die Institutionen des Staates schützen die Interessen des Kapitals gegenüber der Masse der Bevölkerung, weil auch der Staat von einer gelingenden Kapitalakkumulation abhängt und zudem eng mit den ökonomischen Eliten verflochten ist."*[37]

Diese Aussagen von 'marx21' muss sich die SL* zurechnen lassen, da das Netzwerk Teil dieser Strömung ist.

Antikapitalistische Linke* (AKL)

Die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL) will verhindern, dass die Partei auf ein explizit sozialistisches Ziel verzichtet und einen „regierungsorientierten Pragmatismus", entwickelt.[38] Auch hier bleiben das Verhältnis zur Verfassung und die inhaltliche Tragweite der *Forderung „Wir wollen einen Sozialismus für Alle [...] Freiheit durch Sozialismus! – Für eine sozialistische Demokratie"*[39] vage.

Im Gründungsaufruf der AKL* heißt es, „grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsordnung" seien „unter den gegebenen Kräfteverhältnissen schwer erreichbar".[40] Dies legt nahe, dass die angestrebten „grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung" sowie die Etablierung anderer Kräfteverhältnisse umfassendere Auswirkungen auf die Verfasstheit des demokratischen Staates haben könnten. Den Gründungsaufruf des 2006 im Zuge des Fusionsprozesses von WASG und 'Linkspartei*' entstandenen Netzwerkes 'Antikapitalistische Linke*' unterzeichneten mittlerweile 1.717 Personen.[41]

Nähe zu orthodox-kommunistischen Positionen – die AKL* beteiligte sich intensiv an der Debatte um das Parteiprogramm

Ähnlich wie bei der SL* ist bei der AKL* in der Programmdebatte eine deutliche Nähe zu orthodox-kommunistischen Positionen festzustellen. Die Gesellschaft wird als *„eine prinzipiell in Klassen geteilte Gesellschaft, deren Scheidegrenze das Eigentum an Produktionsmitteln ist"*[42] angesehen. Die auf-

---

36 *marx21.de/content/view/194/93/, Zugriff am 15.11.2011.*

37 *Siehe hierzu Fußnote 3636*

38 *Hier und im Folgenden: Für eine antikapitalistische Linke, (Gründungsaufruf der AKL), veröffentlicht im März 2006 auf www.antikapitalistische-linke.de.*

39 *„Es ist Zeit für Widerstand!, Stellungnahme der Antikapitalistischen Linken zur Finanzmarktkrise", veröffentlicht am 7.11.2008 auf www.antikapitalistische-linke.de.*

40 *Gründungsaufruf der AKL.*

41 *Aufruf unter www.antikapitalistische-linke.de/topic/10.unterschriften.html, Zugriff am 9.11.2011.*

42 *"... die zuständige Firma steht nicht mehr zur Verfügung", Anmerkungen zum Erfurter Parteitag der LINKEN, Thies Gleiss, in: www.antikapitalistische-linke.de/article/425.8222-die-zustaendige-firma-steht-nicht-mehr-zur-verfuegung-8220.html, Zugriff am 15.11.2011.*

tretenden Krisenherde weltweit seien „Ergebnisse der herrschenden Wirtschaftsordnung"[43] und könnten nur durch eine Überwindung dieser ökonomischen Ordnung befriedet werden. Wenn man sich zur politischen Interessenvertretung der Arbeiterklasse machen wolle, müsse man *„eine bewusste Kontinuität zur realen Geschichte des Kampfes der ArbeiterInnenbewegung und anderer sozialer Bewegungen gegen den Kapitalismus herstellen und praktisch deren Erfahrungen und Lehren im hegelschen Dreifachsinn aufheben".*[44] Hier wird durch den Verweis auf Hegel ein deutlicher Bezug zum „Dialektischen Materialismus" und dem darauf aufbauenden „Historischen Materialismus (Histomat)" von Marx hergestellt. Besonders aus dem Histomat ergibt sich nach Marx ein deterministischer Verlauf der Geschichte: *„Der Verlauf der Geschichte dürfte jedoch hinlänglich bewiesen haben, dass kapitalistische Eigentumsverhältnisse nicht durch einen Dialog mit den Kapitalfraktionen überwunden werden, sondern dafür eine Massenmobilisierung notwendig ist".*[45]

Verhältnis zum demokratisch-institutionellen System

Die Forderung nach einer anderen Wirtschaftsordnung wird deutlicher als in der Vergangenheit auch mit einem Wechsel des politischen Systems verknüpft: *„Die Eigentumsfrage stellt man nur dann nicht, wenn man die Macht- bzw. Hegemoniefrage für unwichtig hält oder umgehen möchte (Elmar Altvater). Es geht aber bei jeder gesellschaftsverändernden Perspektive zentral um die Besitz- und Machtverhältnisse* [...]".[46] Durch das Verknüpfen der Eigentums- mit der Machtfrage wird deutlich, dass die AKL* die marxistische Linie verfolgt, dass das „System" immer abhängig ist von den Eigentumsverhältnissen: *„Wir stehen deshalb nach wie vor zu der bereits im 'Kommunistischen Manifest' enthaltenen Erkenntnis, dass 'das moderne bürgerliche Privateigentum* [...] *der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte* [ist], *die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht.'"*[47] Strategisch werden dabei Ansätze diskutiert, welche auf eine Radikalisierung von Bevölkerungsschichten hinauslaufen: *„Strategische Orientierung bedeutet, die eigenen Kräfte zu organisieren, zu schulen und in dem steten Optimismus und der Wut zu bestärken, sich nicht mit ein paar Krümeln mehr zufrieden zu geben, sondern um die ganze Bäckerei zu kämpfen."*[48] Dass der Systemwechsel als revolutionäres Ereignis mit dem Ziel einer Einheit von Staat und Gesellschaft verstanden wird, verdeutlicht folgende Aussage: *„Die Erfahrung aus dem gescheiterten 'Realsozialismus' kann aber nicht der Verzicht auf diese 'Grundkonstante' jeglicher sozialistischen bzw. revolutionären Bewegung sein, sondern die Erkenntnis, dass neben der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zwingend auch die 'Vergesellschaftung des Staates' erfolgen muss* [...]."[49]

Aus diesem Verständnis heraus wird die Reformierbarkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems generell bestritten und die Lösung der Eigentumsfrage im sozialistischen Sinne als die *„alles entscheidende Angelegenheit und die Quelle politischer antagonistischer Interessen und Kämpfe"*[50] angesehen. Eigentumsfrage bedeutet somit auch Systemfrage, da nach Marx die politische Ordnung immer von der Eigentumsordnung abhängig ist. Weiter plädiert die AKL* dafür, *„keine sozialpartnerschaftlichen Illusionen zu schüren, sondern die Bedeutung des Klassenkampfes als entscheidende Form gesellschaftlicher Veränderung zu betonen".*[51] Lässt das letzte Zitat noch auf ein totaloppositionelles Selbstverständnis schließen, so wird an anderer Stelle interessanterweise gefordert, gesellschaftlichen Widerstand und Protest zu stärken, „die auch von SPD und Grünen beschlossen und

---

43 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

44 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

45 *Eine andere Eigentums- und Gesellschaftsordnung ist längst überfällig! Abschlusserklärung der AKL-Konferenz (NRW) zur Programm-Debatte am 13.2.2011 in Düsseldorf, in: www.antikapitalistische-linke.de/article/342.eine-andere-eigentums-und-gesellschaftsordnung-ist-laengst-ueberfaellig.html, Zugriff am 16.11.2011.*

46 *Siehe hierzu Fußnote 45.*

47 *Siehe hierzu Fußnote 45*

48 *Politik des Widerstands statt Schlafmützigkeit, Kritik am Strategiepapier von Gesine Lötzsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi, Thies Gleiss, in: www.antikapitalistische-linke.de/article/307.politik-des-widerstands-statt-schlafmuetzigkeit.html, Zugriff am 16.11.2011.*

49 *Wider linke Beliebigkeit, Zu einigen zentralen Konfliktlinien in der Programm-Debatte, Jürgen Aust, in: www.antikapitalistische-linke.de/article/306.wider-linke-beliebigkeit.html, Zugriff am 16.11.2011.*

50 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

51 *Siehe hierzu Fußnote 45.*

unterstützt werden"[52]. Dieser Widerspruch erklärt sich womöglich daher, dass die 1.717 Unterzeichner[53] des Gründungsaufrufs aus unterschiedlichen Strömungen der Partei 'DIE LINKE*' kommen und Rücksicht auf unterschiedliche Sichtweisen genommen werden muss.

Wie Politik und Gesellschaft nach dem geforderten Systemwechsel aussehen sollen, bleibt unklar. Allerdings lassen Äußerungen der AKL* darauf schließen, dass ein Systemwechsel innerhalb des institutionellen Rahmens des demokratischen Verfassungsstaates für unmöglich gehalten wird. So sei man im Kampf zwischen widerstreitenden politischen Interessen „nicht um deren Ausgleich, sondern um deren jeweilige Durchsetzung"[54] bemüht. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, dass die Partei 'DIE LINKE*' *„sich nur als deutlich unterscheidbare Alternative zu diesem Kartell der vier Kapitalparteien aufbauen kann und muss"*[55] Dies zeugt von einem Politikverständnis, das nicht auf Kompromissfindung und Interessenausgleich gerichtet ist, wie es für ein parlamentarisches System essentiell ist.

Eine Vorstellung von der angestrebten sozialistischen Gesellschaftsordnung lässt sich auch aus dem Verhältnis der AKL* zum parlamentarischen System der Bundesrepublik ableiten. Diesem wird von der AKL* die demokratische Legitimation abgesprochen. So sei die Klassengesellschaft das „Resultat einer Diktatur der großen Privateigentümer" und „bestenfalls formal-demokratisch legitimiert".[56] Die daraus gezogene Schlussfolgerung „Kapitalismus und wirkliche Demokratie gehen nicht zusammen"[57] zeugt dann auch von einer ablehnenden Haltung gegenüber dem politischen System. Besonders deutlich wird dies in einer Kritik am Parteivorstand, dem vorgeworfen wird, „sich voll und ganz den parlamentarischen Ritualen unterworfen"[58] zu haben, anstatt sich als Vertreter der Parteibasis und des öffentlichen Protestes präsentiert zu haben.

'Kommunistische Plattform' (KPF)

Es geht der 'Kommunistischen Plattform' laut ihrer Gründungserklärung darum, *„kommunistisches Gedankengut in die Programmatik und die praktische Politik der Partei ein*[zu]*bringen"*. Ihr Selbstverständnis formuliert die KPF NRW wie folgt:

> *„Die Kommunistische Plattform ist ein offen tätiger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei 'DIE LINKE*'. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der Kommunistischen Plattform. Die Plattform tritt für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen ein."*[59]

Grundlage bilden Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin sowie die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung: *„Die auf der Grundlage der Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erarbeiteten Wesenszüge und objektiven Gesetze des Imperialismus"* sind nach Auffassung der KPF auch im 21. Jahrhundert noch gültig, womit die von jenen erarbeiteten Theoriegebäude zur Grundlage allumfassender Erklärungsansätze ökonomischer und politischer Prozesse erklärt und verbindlich gemacht werden.[60]

---

52 *Nach den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Stellungnahme der Antikapitalistischen Linken NRW vom 9.04.2011; www.antikapitalistische-linke.de/article/355.html, Zugriff am 9.11.2011.*

53 *Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke"; www.antikapitalistische-linke.de/topic/10.unterschriften.html, Zugriff am 9.11.2011.*

54 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

55 *www.antikapitalistische-linke.de/article/355.html, Zugriff am 9.11.2011.*

56 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

57 *Siehe hierzu Fußnote 42.*

58 *Siehe hierzu Fußnote 48.*

59 *'Mitteilungen der Kommunistischen Plattform', Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten, Beschluss der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz der KPF, Berlin, 26. April 2008; auf: www.die-linke.de.*

60 *Juni 2007, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Ausbeutung und Krieg; auf: www.die-linke.de.*

Laut eigenen Angaben hat die KPF zum 31. März 2011 bundesweit 1.238 Mitglieder.[61] Im Vergleich mit den Zahlen der Vorjahre lässt sich somit ein langsamer, aber stetiger Anstieg feststellen. Wichtigstes Mitteilungsorgan der KPF sind nach wie vor die 'Mitteilungen der Kommunistischen Plattform in der Partei 'DIE LINKE*'" mit einer Auflage von 1.700 Exemplaren.[62]

Ziel ist die klassenlose und kommunistische Gesellschaft

Ihre Hauptaufgabe während der Programmdebatte sah die KPF vor allem darin, *„den antikapitalistischen Charakter des vorliegenden Parteiprogrammentwurfs zu verteidigen".*[63] Aus ihrer Sicht ist die Vorstellung eines reformierbaren Kapitalismus unvereinbar mit der Forderung der KPF den Kapitalismus zu überwinden und durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzten. Ihr Verhältnis zum Kommunismus beschreibt die KPF wie folgt:

> *„In der Welt des Kapitalismus allerdings gibt es nichts Abnormeres als eine von Klassen und daher Ausbeutung freie Gesellschaft.* [...] *Unter Kommunismus verstehen wir die klassenlose und daher ausbeutungsfreie Gesellschaft. Freiheit von Ausbeutung allerdings ist für das Kapital das Grundverbrechen schlechthin, beraubt es doch seiner Existenzweise die Grundlagen."*[64]

Überwindung des demokratisch-institutionellen Systems

Durch die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Wirtschaftssystem und politischem System offenbart sich das ökonomistisch geprägte Staatsverständnis der KPF. Dies ist insofern von Bedeutung, weil die KPF mit der Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus implizit auch die Überwindung des institutionellen Rahmens, in dem sich der Kapitalismus bewegt, anstrebt. So sei ein System, in welchem sich die Kräfte des Marktes frei entfalten können, *„für Kommunisten und Sozialisten [...] ein Horrorszenario, verbunden mit dem Willen, ein System, welches so funktioniert, letztendlich zu überwinden".*[65]

Instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus

Ein weiterer Anhaltspunkt für Extremismus ergibt sich aus dem nach wie vor eher instrumentellen Verhältnis der KPF zum Parlamentarismus. In der Programmdebatte wurde die Frage nach dem Nutzen von Parlamentsmandaten zwar eher nebensächlich behandelt, doch finden sich nach wie vor Äußerungen, die auf ein instrumentelles Verhältnis der KPF zum Parlamentarismus schließen lassen: *„Die BRD-Regierung muss durch außerparlamentarischen und parlamentarischen Druck gezwungen werden, ihre Politik nicht mehr ausschließlich nach den Bedürfnissen des Großkapitals auszurichten."*[66] Diese Aussage lässt zumindest die Vermutung zu, dass die KPF die Parlamente, in diesem Fall den Bundestag, nicht als den entscheidenden Ort politischer Entscheidungsfindung betrachtet. Die Forderung nach „außerparlamentarischem und parlamentarischem Druck" läuft de facto auf eine Abwertung des Parlamentes zugunsten einer größeren Einflussnahme demokratisch nicht legitimierter gesellschaftlicher Kräfte auf den politischen Entscheidungsprozess hinaus.

---

61 *2. April 2011; Bericht des Sprecherrates an die 3. Tagung der 15. Bundeskonferenz, Berichterstatter: Thomas Hecker, in: www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/detail/archiv/2011/mai/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-2/artikel/bericht-des-sprecherrates-an-die-3-tagung-der-15-bundeskonferenz/, Zugriff am 17.11.2011.*

62 *Siehe hierzu Fußnote 61.*

63 *Siehe hierzu Fußnote 61.*

64 *Siehe hierzu Fußnote 61.*

65 *20. November 2010, Bericht des Sprecherrates an die 2. Tagung der 15. Bundeskonferenz Berichterstatterin Ellen Brombacher, in: www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/berichtdessprecherratesandie2tagungder15bundeskonferenz/, Zugriff am 22.11.2011.*

66 *Arbeitsschwerpunkte der KPF bis zum Erfurter Programmparteitag, Beschluss der 3. Tagung der 15. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform, in: www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/detail/archiv/2011/mai/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-2/artikel/arbeitsschwerpunkte-der-kpf-bis-zum-erfurter-programmparteitag/, Zugriff am 17.11.2011.*

Dies ist vor allem insofern bedenklich, als die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik in eine Reihe mit der Diktatur der Nationalsozialisten gestellt wird: *„Und diese Diktatur* [Anm.: gemeint das NS-Regime] *ist eine der denkbaren, möglichen und verwirklichten Ausprägungen bürgerlicher Herrschaft. Das ist das Wesen der Sache und des Streits. Eine Ausprägung neben anderen: der konstitutionellen Monarchie, der parlamentarischen Republik oder auch dieser oder jener Form autokratischer Herrschaft."*[67] Gespeist wird eine solche Überzeugung aus einem orthodoxen Faschismusverständnis im Sinne der Dimitroff-Formel.[68] Aus diesem Verständnis heraus kritisiert die KPF dann auch, dass der Faschismus in der öffentlichen Meinung nicht als Auswuchs des Kapitalismus verstanden wird: *„Hinzu kommt, daß die veröffentlichte Meinung den Faschismus nicht als eine Bewegungsform des Kapitalismus behandelt, sondern als ein diktatorisches System, dessen ökonomische Grundlagen vertuscht werden".*[69] Auf diese Weise wird dem politischen System der Bundesrepublik unterstellt, aufgrund seines kapitalistischen Wesens bereits die Ansätze für eine faschistische Diktatur in sich zu tragen.

Verhältnis zur SED-Diktatur in der DDR

Ein weiterer Schwerpunkt in der Programmdebatte war die Frage nach dem Umgang mit der DDR. Nach wie vor verteidigt die KPF die DDR als den *„ersten großen Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung aufzubauen".*[70] Zumal sei es *„ahistorisch, Systemdefizite der DDR losgelöst von den harten Bedingungen zu benennen, unter denen vierzig Jahre darum gerungen wurde, auf deutschem Boden ohne die Kapitalherrschaft auszukommen, die Deutschland und Europa zweimal im vergangenen 20. Jahrhundert maßgeblich in verheerende Kriege gestürzt hatte".*[71] Darüber hinaus verweigert sie sich konsequent einer Absage an den Stalinismus, da durch diese Forderung *„der gesamte gewesene Sozialismus als stalinistisch denunziert werden"*[72] solle, und außerdem *„die Zeit von 1924 – 1953 auf begangene Verbrechen reduziert werden soll, so, als habe die Sowjetunion in dieser Zeit nicht unter ungeheuren Opfern den Hauptanteil daran getragen, die Menschheit vor der Verstetigung der faschistischen Barbarei zu bewahren".*[73]

Die DDR sei *„der legitime Versuch, [...] eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, [...] ohne kapitalistische Ausbeutung und soziale Not"*, wie es in einer Erklärung ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit in den „Mitteilungen" heißt.[74] Es wird wiederholt Interessenverbänden ehemaliger DDR-Eliten und Funktionären die Möglichkeit eingeräumt, in den 'Mitteilungen' zu publizieren oder sie erhalten in der Publikation solidarischen Zuspruch.

Verhältnis zu den Grundrechten

Zwar werden die vorhandenen Freiheits- und Bürgerrechte nicht offen abgelehnt, da diese „Fortschritt" erleichtern könnten; dennoch gelte es, ihr „unvermeidliches Illusionspotenzial" aufzudecken.[75] Die gewährten Bürger- und Freiheitsrechte müssten als „Ordnungsreglement einer herrschaftsförmig or-

---

67 *Die Rolle der Nazis heute, Prof. Dr. Kurt Pätzold, Berlin ,Vortrag auf der Bundeskonferenz der VVN – Bund der Antifaschisten, Berlin, 2. April 2011, Humboldt-Universität Berlin, in: www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/detail/archiv/2011/august/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-2/artikel/die-rolle-der-nazis-heute/, Zugriff am 16.11.2011.*

68 *Siehe hierzu Fußnote 32.*

69 *Ellen Brombacher: Wohin bitte führt der Antikommunismus?, in: www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/detail/archiv/2011/februar/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-2/artikel/wohin-bitte-fuehrt-der-antikommunismus/, Zugriff am 17.11.2011.*

70 *Auf dem Weg zum Erfurter Parteitag, Neun Änderungsanträge zum Leitantrag zum Parteiprogramm, in: www.dielinke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/kpf/mitteilungen_1110_01.pdf, Zugriff am 22.11.2011.*

71 *Siehe hierzu Fußnote 70.*

72 *Siehe hierzu Fußnote 61.*

73 *Siehe hierzu Fußnote 61.*

74 *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Oktober 2007, Geschichtsklitterung in der Gedenkstätte „Roter Ochse" in Halle; auf: www.die-linke.de*

75 *Januar 2008, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Terrorismusverdacht und Bürgerrechte; auf: www.die-linke.de.*

ganisierten Gesellschaft" angesehen werden und reflektierten „im Wesentlichen die ökonomische Basis, also die kapitalistischen Produktionsverhältnisse".[76]

Die Einschätzung, dass die KPF die Menschenrechte funktionell betrachtet, wird auch bei den Solidaritätsadressen an die sozialistischen Staaten Lateinamerikas deutlich. Ohne Hinweis auf teils massive Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern, wird die KPF nach wie vor nicht müde, eben jene Regime, wie etwa das in Kuba, ihrer Solidarität zu versichern: *„Mit Hoffnung blicken wir auf die revolutionären Bewegungen Lateinamerikas und das sozialistische Kuba."*[77]

Linksjugend ['solid]

Ziel grundsätzlicher Systemwechsel und instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus

Einen „grundsätzlichen Systemwechsel" will auch die 'Linksjugend ['solid]', die Jugendorganisation der Partei 'DIE LINKE*', wobei die parlamentarische Demokratie eher als „untaugliches Vehikel" für den Wechsel gesehen wird. Das parlamentarische System wird nur „als Mittel zum Zweck" betrachtet. In ihrem auf dem 1. Bundesparteitag am 5. April 2008 beschlossenen Programm heißt es:

> *„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat.* [...] *Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel.* [...] *Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei."*

Dem Parlament als Ort der politischen Entscheidungsfindung und Willensbildung billigt die 'Linksjugend ['solid]' weiterhin nur eine instrumentelle Funktion zu. So heißt es im Beschlussheft des 4. Bundeskongresses: *„Zentral ist die Förderung selbstorganisierter Prozesse und Strukturen, die über die parlamentarische Demokratie hinausgehen."*[78] Das Ziel der genannten Prozesse ist dann der Systemwechsel: *„Ziel für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann also nicht 'mehr Mitbestimmung und Kontrolle' bei der Kapitalverwertung, sondern muss die Überwindung eben dieser kapitalistischen Herrschafts- und Produktionsweise sein."*[79] Dieses Ziel sei unter den gegebenen Rahmenbedingungen allerdings nicht zu erreichen, da *„der Sozialismus* [...] *sich nicht durch eine Bundestagsmehrheit einführen"*[80] ließe. Stattdessen sei eine andere *Politik „nur durch eine antikapitalistische außerparlamentarische Bewegung, die gemeinsam von allen Strukturen getragen wird"*,[81] möglich.

Dogmatisch begründet wird die Ablehnung des parlamentarischen Systems durch die Gleichsetzung von „bürgerlicher Demokratie" und Faschismus im Sinne der Dimitroff-Formel: *„Die Vorstellung, Faschismus sei das komplette Gegenteil der bürgerlichen Demokratie, wird zwar viel verbreitet, kann aber angesichts der vielen Gemeinsamkeiten als grundfalsch betrachtet werden. Faschismus ist eine brutale, menschenverachtende und radikale Variante bürgerlicher Herrschaft."*[82] Auch hier werden Ansätze einer orthodox-kommunistischen Weltsicht deutlich.

---

76 *Siehe hierzu Fußnote 75.*

77 *Siehe hierzu Fußnote 70.*

78 *Die Beschissenheit der Dinge, Grundsätzliches zu Gesellschaft und Parteiprogramm, in: Vorläufiges Beschlussheft vom 4. Bundeskongress, S. 14, Download unter: www.linksjugend-solid.de/fileadmin/linksjugend/BuKo/4buko_beschlussheft.pdf, Zugriff am 22.11.2011.*

79 *Siehe hierzu Fußnote 78.*

80 *Siehe hierzu Fußnote 78.*

81 *ARBEIT für ALLE, sonst gibt´s KRAWALLE!, in: www.linksjugend-solid-nrw.de/1000/arbeit, Zugriff am 17.11.2011.*

82 *Marco Heinig: Ein teuflischer Spiegel. Bürgerliche Demokratie und Faschismus — verfeindet und verwandt, in: BLOCK FASCISM! GESCHICHTE, ANALYSEN UND STRATEGIEN FÜR EINE ANTIFASCHISTISCHE PRAXIS, S. 42, Download unter: www.linksjugend-solid.de/fileadmin/linksjugend/reader/Block_fascism.pdf, Zugriff am 22.11.2011.*

Außerparlamentarischer Protest und ambivalentes Verhältnis zur Gewalt

Neben einer aktiven Mitarbeit der Linksjugend in den Gremien von Landesverband und Bundespartei stellen außerparlamentarischer Protest und Aktionen einen weiteren Schwerpunkt der politischen Arbeit dar.

Bei den Aufrufen wird ziviler Ungehorsam ausdrücklich unterstützt und laut eigenen Angaben bereitet man entsprechende Aktionen auch mit vor: *„Dabei unterstützen wir die vielfältigen Aktionsformen von Kundgebungen und Mahnwachen bis zu Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie Sitzblockaden und „Castor? Schottern!". Als Bewegungsverband sehen wir unsere Aufgabe nicht nur in der Mobilisierung sondern auch in der Vorbereitung der verschiedenen Aktionen."*[83]

'Linksjugend ['solid]' fungiert dabei als Schnittstelle zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften. Dass diese Verbindungen bis in die autonome Szene reichen, verdeutlicht eine unter dem Titel „Block Fascism"[84] herausgegebene Broschüre der 'Linksjugend ['solid]', in welcher sich auch ein Angehöriger der 'Antifaschistischen Linken Berlin' (ALB) mit einem eigenen Beitrag zu Wort meldet. Die ALB ist wiederum Bestandteil des linksextremistischen Bündnisnetzwerkes 'Interventionistische Linke*' (IL).

Einflussnahme der Einschlüsse und Strömungen auf das verabschiedete Parteiprogramm

Am 20. März 2010 stellten die damaligen Vorsitzenden der Partei 'DIE LINKE*', Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, einen Entwurf für ein Parteiprogramm vor. Am 2./3. Juli 2011 verabschiedete der Vorstand der Partei „mit großer Mehrheit" einen zweiten Entwurf für das neue Grundsatzprogramm. Dieser Entwurf wurde als Leitantrag in den Parteitag am 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt eingebracht und von den Delegierten fast einhellig angenommen. Auch die folgende Mitgliederbefragung ergab eine Zustimmung zum Programmentwurf.

Sowohl im Vergleich mit den Programmatischen Eckpunkten von 2007 als auch zum ersten Entwurf ist das verabschiedete Programm im Hinblick auf seinen Extremismusgehalt dogmatisch verschärft worden.

Die zentrale Forderung des Programms nach einer Überwindung des Kapitalismus hin zum einem demokratischen Sozialismus allein ist noch nicht zwingend extremistisch. Das Grundgesetz (GG) sieht keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, soweit die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG), die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) gewährleistet sind. Allerdings drängt sich der Verdacht auf, dass die verfasste Gesellschaftsanalyse zu sehr in traditionellen Marxismuskategorien verhaftet bleibt, um eine Programmatik zu entwickeln, die einen „demokratischen Sozialismus" unter Beibehaltung der grundgesetzlich garantierten Freiheiten und des parlamentarisch-institutionellen Systems gewährleistet.

Unter Berufung auf kommunistische Traditionslinien nach Marx, Engels und Luxemburg wird weiterhin die „Systemfrage" gestellt, ohne ein alternatives System überzeugend im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben. Es wird eine Gesellschaft angestrebt, die von einer umfassenden staatlichen Kontrolle, Regulierung und Steuerung geprägt ist. Einzelne wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen und Absichten zielen in der Gesamtschau auf eine dem Grundgesetz widersprechende Überwindung des politischen Systems. Die Menge und Intensität der geforderten Eingriffsrechte in das Eigentum und in die persönliche Lebensgestaltung des Einzelnen sind mit dem Grundgesetz nur schwer, wenn überhaupt zu vereinbaren.

---

[83] *Mitmachen, selber machen, Atomlobby kaputt machen, in: Vorläufiges Beschlussheft zum 4. Bundeskongress, S. 13, Download unter: www.linksjugend-solid.de/fileadmin/linksjugend/BuKo/4buko_beschlussheft.pdf, Zugriff am 22.11.2011.*

[84] *Tim Laumeyer: Antifa als Kampf ums Ganze. Zur Geschichte der organisierten autonomen Antifa, in: BLOCK FASCISM! GESCHICHTE, ANALYSEN UND STRATEGIEN FÜR EINE ANTIFASCHISTISCHE PRAXIS, S. 54-63, Download unter: www.linksjugend-solid.de/fileadmin/linksjugend/reader/Block_fascism.pdf, Zugriff am 22.11.2011.*

Während sich 'DIE LINKE*' zwar formal zu Menschen- und Grundrechten bekennt, werden bei der Eigentumsfrage die Pflichten und Einschränkungen betont, und nicht deren Gewährleistung als Ausdruck der persönlichen Freiheit des Einzelnen. Über Entschädigung wird kein Wort verloren. Die Summe der geforderten Eingriffsrechte in das Eigentum macht es in ihrer unklaren Begrifflichkeit und der Weite des nicht eingegrenzten Handlungsspielraumes schwer vorstellbar, diese Vorstellungen im Rahmen des Grundgesetzes zu verwirklichen.

Das dem Programm zugrunde liegende Menschenbild ist eher kollektivistisch geprägt; individuell einklagbare Grundrechte, insbesondere als Abwehrrechte gegen den Staat, scheinen hier keinen besonderen Stellenwert zu haben.

Das Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie bleibt teilweise instrumentell und wird eher als „Mittel zum Zweck" betrachtet; außerparlamentarischen Politikformen wird im Zweifel der Vorrang eingeräumt.

: 'DIE LINKE*' kämpft *„für politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigen"* (Seite 7)

: *„Wir setzen uns dafür ein, neue Formen einer Politik von unten zu entwickeln. Dazu gehören auch der politische Streik und der Generalstreik."* (Seite 46)

Diese Forderungen mögen für sich zwar noch nicht als extremistisch zu werten sein. Allerdings beruft sich 'DIE LINKE*' im Programm (neben Marx und Engels) ausdrücklich auch auf Rosa Luxemburg. Für Luxemburg waren politischer Streik und Generalstreik geeignete Mittel, um die parlamentarische Demokratie auszuhebeln. Vor diesem Hintergrund entsteht der Eindruck, dass die 'DIE LINKE*' außerparlamentarischen Politikformen einen höheren Stellenwert einräumt, als der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.

Eine klare Distanzierung zur Diktatur in der DDR wird vermieden. Die DDR insgesamt wird weiterhin nicht als Unrechtsstaat bewertet. Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen des SED-Regimes werden lediglich auf stalinistische Verzerrungen zurückgeführt und reduziert. Daher ist die propagierte Abkehr vom „Stalinismus" keine Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Eine Distanzierung und Überwindung der im Namen des Marxismus-Leninismus in der DDR begangenen Menschenrechtsverletzungen erfolgt nicht.

Fazit

Die Strömungen bzw. Zusammenschlüsse AKL*, SL* (einschließlich 'marx21'), 'linksjugend ['solid]' und die KPF vertreten in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe nach wie vor Positionen, die auf eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik abzielen, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren ist. Derartige Aussagen sind in die Programmdiskussion der Partei und letztlich in das Programm eingeflossen. Da das Parteiprogramm sowohl im Vergleich zu den Programmatischen Eckpunkten als auch zum ersten Entwurf in Hinblick auf dessen extremistische Inhalte sogar noch verschärft worden ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die genannten Einschlüsse in der Programmdiskussion in großen Teilen durchgesetzt und weiterhin den maßgebenden Einfluss in der Partei haben.

Im Ergebnis bestehen daher bei den Einschlüssen der Partei 'DIE LINKE*' in Nordrhein-Westfalen weiterhin Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung oder zumindest Verdachtsmomente dafür.

Nach wie vor fehlt eine klare Distanzierung der Partei von gewalttätigen Aktionsformen als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Einzelne Mitglieder der Partei solidarisieren sich immer wieder mit gewaltbereiten Autonomen und gewähren diesen logistische Unterstützung.

3.1.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

	Bund	NRW
Gründung	1968	Bezirk Rheinland Westfalen und Ruhr Westfalen
Sitz	Essen	
Vorsitzende	Bettina Jürgensen	
Mitglieder		
2011	rd. 4.000	rd. 1.200
2010	rd. 4.000	rd. 1.500
Publikationen	'unsere Zeit' (uz); 'Marxistische Blätter'	
Internet	Eigene Homepage	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit der DKP

Die 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) ist neben der MLPD eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen 'Kommunistischen Partei Deutschlands' (KPD), bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.

> *„Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus. Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion kann in einem längeren historischen Prozess eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens entstehen, 'worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist'.* (K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848)
>
> *Für dieses Ziel die Arbeiterklasse und die Mehrheit der anderen Werktätigen zu gewinnen – darum geht es der DKP."* (Auszug aus dem Programm der DKP, beschlossen auf dem 17. Parteitag der DKP am 8. April 2006)

Ziele: Klassenkampf, Revolution, Systemüberwindung

Nach ihrer Vorstellung soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Gewaltanwendung wird dabei nicht ausgeschlossen. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen Antagonismen (Gegensätze), insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben hier keinen Platz.

Arbeits- und Aktionsschwerpunkte der DKP im Jahr 2011

„Theoretische Konferenz – Kapitalstrategien und Gegenwehr" am 30. Oktober 2011 in Hannover

Die DKP führte am 30. Oktober 2011 in Hannover ihre bereits auf dem 19. Parteitag am 9./10. Oktober 2010 in Frankfurt beschlossene „Theoretische Konferenz" unter dem Motto „Kapitalstrategien und Gegenwehr" durch. Zentrales Thema war der seit Langem schwelende Richtungsstreit um die vom Parteivorstand im Januar 2010 publizierten „Politischen Thesen des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP"[85] und deren Vereinbarkeit mit dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen. Der Parteivorstand verfolgt mit den Thesen offenbar das Ziel, die jahrlange dogmatische

[85] *www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=category&id=99&Itemid=235, Zugriff: 20.01.2012.*

Erstarrung der Partei aufzubrechen. Die Thesen beinhalten unter anderem die Forderung, die Partei unter Aufgabe ihrer Avantgardestellung im Kampf für den Sozialismus gegenüber gesellschaftlichen und sozialen Bewegungen zu öffnen. Im Ergebnis soll offenbar ein Weg zum Sozialismus aufzeigt werden, der sich an der eher reformorientierten Programmatik und Strategie der Partei „DIE LINKE*" orientiert, worüber in der Partei bis heute eine heftige Auseinandersetzung geführt wird. Unter dem Titel „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!"[86] veröffentlichten Parteimitglieder ein leidenschaftliches Plädoyer für die Rückkehr zur unverfälschten Lehre von Marx, Engels und Lenin, das als Gegenentwurf zu den Thesen des Parteivorstands zu verstehen ist (sogenanntes 84er Papier, unterzeichnet von 84 Personen, unter anderem von dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Patrik Köbele).

Vor diesem Hintergrund wurden im Vorfeld der Konferenz im Internet und in der Wochenzeitung der DKP 'unsere Zeit' intensive Diskussionen geführt; die Mitglieder wurden durch den Parteivorstand hierzu ausdrücklich aufgefordert.

Durch die Konferenz sollte versucht werden, den seit 2009 schwelenden innerparteilichen Streit zwischen den beiden Flügeln, der in einer für eine kommunistische Partei ungewöhnlich offenen Form geführt wird, zu schlichten. An ihr beteiligten sich über 200 Delegierte der Landes- und Bezirksvorstände. Drei Arbeitsgruppen befassten sich mit den Themen „Aktuelle politische, ökonomische und soziale Strategien des Kapitals", „Arbeiterklasse – neue Strukturen, neue Bedingungen des Kampfes: Wie lernt die Klasse wieder zu kämpfen?" und „Rolle der DKP in der heutigen Zeit".[87] Allerdings konnte wegen der ideologischen Verhärtung der beiden Flügel keine Annäherung der Positionen erzielt werden. In ihrem Schlusswort konnte die Parteivorsitzende Bettina Jürgensen daher lediglich den Status quo feststellen und appellieren, auch weiterhin Lösungen für aktuelle Fragen und Probleme auf der Grundlage von Aussagen von Marx, Engels und Lenin zu finden.[88]

Trotz der aktuellen Kontroversen haben die Beschlüsse des 19. Parteitages im Jahr 2010 („Politische Resolution"[89], „Aktionsorientiertes Forderungsprogramm: Politikwechsel erkämpfen"[90]) der Partei in Bezug auf Krisenanalyse und Umsetzung kommunistischer (Bündnis-)Politik einen gemeinsamen Rahmen gegeben. Nach wie vor bildet die angestrebte Umwälzung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse den gemeinsamen Nenner bei der DKP, der eine gewisse Parteidisziplin sichert. Die Partei sieht sich zudem als die wichtigste und bedeutendste Vertreterin der Arbeiterklasse und Werktätigen. Ebenso wird die DDR weiterhin als erfolgreiche Alternative zum Kapitalismus verteidigt. Hierzu gehört auch der Mauerbau vor 50 Jahren, der von der DKP als „Schutz- und Friedenswall gegen einen aggressiven Westen" gefeiert wird.

17. Pressefest der Wochenzeitung 'unsere Zeit' (uz) vom 24. bis 26. Juni 2011 im Revierpark Wischlingen in Dortmund

Das alle zwei Jahre stattfindende Pressefest nutzt die Partei sowohl zur Außenwirkung und Festigung des Zusammenhalts als auch zur solidarischen Vernetzung und Bündelung linker Kräfte, die sich alternativ zum Kapitalismus stellen. Nach eigenen Angaben haben auch diesmal Zehntausende das Pressefest besucht und 28 ausländische Parteien teilgenommen. In einem eigenen Zelt haben sich auch erstmals die Partei 'Die Linke*' und erneut die Zeitung 'junge Welt' vorgestellt.[91]

---

86 *www.secarts.org/journal/index.php?show=article&id=943, Zugriff: 20.01.2012*

87 *www.dkp-online.de/thkonf11/, Zugriff: 20.01.2012*

88 *Vgl. „Solidarisch streiten – Solidarisch in die Aktion – Schlusswort von Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP, auf der theoretischen Konferenz am 30.10.2011 in Hannover; in: http://www.dkp-online.de/uz/4344/s1201.htm, Zugriff: 20.01.2012.*

89 *www.dkp-online.de/Parteitage/19pt/uz/42421701.htm, Zugriff: 20.01.2012.*

90 *Siehe hierzu Fußnote 89.*

91 *www.dkp-online.de/pressefest, Zugriff: 20.01.2012.*

Weitere Arbeits- und Aktionsschwerpunkte der DKP

Traditionelle Themenfelder der Partei sind ihr Engagement in sogenannten „außerparlamentarischen Bewegungen" und in Gewerkschaften und Betrieben. Darüber hinaus versucht die DKP auch weiterhin aktuelle Themen für sich zu instrumentalisieren, um wahrgenommen zu werden. Sie beteiligte sich im Berichtszeitraum in linken Bündnissen oder als Initiator an den jährlichen Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Gedenkfeierlichkeiten in Berlin, dem 100. internationalen Frauentag im März, an Demonstrationen zum 1. Mai, an den Mahnwachen bzw. Protesten gegen die Atomkraft ab Frühjahr sowie „antifaschistischen" Gegendemonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche und anderes mehr.

Mit dem „SolidNet[92]„, einem Informations- und Nachrichtenportal zur Förderung des Austauschs kommunistischer Parteien, will die Partei ihrem internationalistischen Anspruch auch im Internet Rechnung tragen.

Fazit

Derzeit ist offen, wie der für eine orthodox-kommunistische Partei erstaunlich kontroverse Diskussionsprozess um die Pole „pragmatische Reformorientierung" versus „Festhalten an der reinen marxistischen Lehre" enden wird. Die „Theoretische Konferenz" brachte keine Annäherung der Parteiflügel. Deutlich wurde, dass der Richtungsstreit das kommunistische Selbstverständnis der Partei berührt, denn das grundlegende Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als Basis des politischen Handelns steht zur Disposition. Der Parteiführung blieb letztlich nichts anderes übrig, als den für eine kommunistische Partei an sich nicht akzeptablen Zustand von Fraktionsbildungen zu akzeptieren.

Dass die DKP sich trotz ihrer geringen Mitgliederzahl in der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, über Frieden, Frauen, Atomkraft, Kampf gegen Rechts und sogar international engagiert, stellt offenbar das Bemühen dar, als politische Alternative überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Gleichzeitig gilt es, den beständigen Kern der Partei zu halten und durch basisdemokratisches Auftreten auf einen Zuwachs an Sympathisanten und Neumitgliedern zu hoffen. Die Parteiarbeit in Betrieben, Gewerkschaften und auf lokaler Ebene, als Initiatoren bzw. in Bündnissen stellt die Partei allerdings vor erhebliche organisatorische Herausforderungen. Die Wochenzeitung 'unsere zeit' und das Pressefest in Dortmund sind für die Partei wichtige öffentlichkeitswirksame Fixpunkte, denn wahlpolitisch bleibt die Partei weiterhin bedeutungslos.

Dass die Beteiligung ausländischer Parteien auf dem Pressefest und das Informations- und Nachrichtenportal zur Förderung des Austauschs kommunistischer Parteien die angestrebte grenzübergreifende Vernetzung und den Stellenwert kommunistischer Parteien erhöht, erscheint er zweifelhaft.

3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung	1982	
Sitz	Gelsenkirchen	
Vorsitzender	Stefan Engel	
Nebenorganisationen	'Rebell*' und 'Rotfüchse*' (Jugend- bzw. Kinderorganisation der MLPD)	
Vorfeldorganisationen	Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter der 'Frauenverband Courage e.V.*' und die kommunalen Wahlbündnisse 'AUF*'.	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	ca. 2.000	ca. 650
2010	ca. 2.000	ca. 650
Publikationen	'Rote Fahne' (RF)	
Internet	Die Partei verfügt über eine umfangreiche Internetpräsenz; 'Rote Fahne News' als Online-Nachrichtenmagazin	

[92] *www.solidnet.org, Zugriff: 20.01.2012.*

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem 'Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands' (KABD) hervorgegangene MLPD bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse-tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution". Die Zielsetzung der MLPD ist durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt.

Ziel: Revolution, Diktatur des Proletariats, Kommunismus

Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies:

> *„Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft".*[93]

Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die *„Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei* [Anm.: gemeint ist die MLPD] *zum bewaffneten Aufstand erheben,* [...] *den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen,* [...] *die Diktatur des Proletariats errichten und* [...] *gegen die Konterrevolution verteidigen*" müsse.[94]

In einem „15 Punkte Programm" der Partei wird ausgeführt: Es *„muss die Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden. Nicht nur in Deutschland: Den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gehört die Zukunft."*[95]

Im Parteiprogramm der MLPD wird dies konkretisiert: *„Der Sozialismus stellt eine Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus dar." Erforderlich sei ein „systematischer ideologisch-politischer Kampf um das sozialistische Bewusstsein zur Überwindung der bürgerlichen Ideologie".*[96]

Aktionsschwerpunkte der MLPD

Das gesamte Aktionspotenzial der MLPD fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch unantastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.

Das Hauptaugenmerk der politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik, die sie mit vermeintlich eigenständigen organisatorischen Gruppen umzusetzen versucht, vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die MLPD in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung 'AUF*' (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich"), die jedoch zum Teil personell mit der MLPD verflochten sind.

---

93 *www.mlpd.de/partei/grundsatze/praambel, Zugriff: 20.01.2012.*

94 *www.mlpd.de/partei/parteiprogramm, Zugriff: 20.01.2012.*

95 *www.mlpd.de/search?SearchableText=15+Punkte+Programm, Zugriff: 20.01.2012.*

96 *Siehe hierzu Fußnote 94.*

Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 4. bis 8. März in Caracas/Venezuela und 100. Internationaler Frauentag

Der 'Frauenverband Courage e.V.*', eine Vorfeldorganisation der Partei, die durch die MLPD personell wie organisatorisch unterstützt wird, feierte in 2011 sein 20-jähriges Bestehen und konzentrierte seine Arbeit vor allem auf die Vorbereitung der 1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 4. bis 8. März in Caracas/Venezuela, in dessen Rahmen auch der 100. Internationale Frauentag am 8. März gefeiert wurde. An der Weltfrauenkonferenz sollen rund 2.000 Frauen, angeblich aus vier Kontinenten und 42 Ländern, teilgenommen haben, davon Delegierte weltweiter „kämpferisch orientierter Frauenorganisationen und -bewegungen". An der Organisation und Durchführung war die MLPD durch ihre stellvertretende Vorsitzende, Monika Gärtner-Engel, als deutsche Mitinitiatorin und Repräsentantin im Präsidium der Generalversammlung, maßgeblich beteiligt.

In der Generalversammlung, am 5. und 6. März 2011, diskutierten 120 Delegierte über die Lage und den „Kampf der Frauen in aller Welt". In Workshops und Foren kam man unter anderem zu dem Ergebnis, dass *„die Befreiung der Frau erst im Sozialismus möglich ist, aber die Vorstellungen, was dieser Sozialismus sein soll, und wie er erkämpft werden soll"* sehr unterschiedlich seien.[97] In einer einstimmig verabschiedeten Abschiedsresolution sei beschlossen worden, „Weltfrauenkonferenzen" alle fünf Jahre durchzuführen sowie eine „Massendiskussion" zu entfalten, wie ein „Sozialismus [...], der die Befreiung der Frau beinhaltet" aussehen soll. Außerdem sollen „drei gemeinsame Kampftage auf der Welt von der kämpferischen Frauenbewegung" begangen werden, nämlich

- der 8. März als „kämpferischer Frauentag",
- der 1. Mai als „Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung" und der
- 25. November als gemeinsam begangener Tag gegen die Gewalt an Frauen.[98]

Aus Sicht der MLPD verlief die Großveranstaltung „erfolgreich".[99] In Anlehnung an die „Weltfrauenkonferenz" der UNO, die zum letzten Mal 1995 in Peking stattfand, wurde zwar deren überparteilicher Charakter betont. Allerdings äußerte sich die linksextremistische Tageszeitung 'junge Welt'[100] kritisch zur „Weltfrauenkonferenz". Unter anderem wird kritisiert, dass deutsche Frauen das Geschehen dominierten, Angehörige von feministischen und anarchistischen Gruppen kaum zu Wort kamen, Frauen aus marxistisch-leninistischen und maoistischen Parteien – wie auch die MLPD – dagegen stark vertreten waren.

Anfang Januar 2012 fand in Gelsenkirchen – dem Sitz der MLPD – die erste Europakonferenz zur Auswertung und zur Realisierung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela statt, ferner das zweite von drei bundesweiten Vorbereitungstreffen für den 10. Frauenpolitischen Ratschlag mit rund 90 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland, Rumänien und den Niederlanden, der im September 2012 in Ludwigsburg stattfinden soll.[101]

Montagsdemonstrationen anlässlich des Atomunfalls in Fukushima/Japan

Nach dem Atomunfall in Fukushima/Japan engagierte sich die MLPD zunehmend auch im Themenfeld Antikernkraft. Sie ist in der „Bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung" in Koordinierungsgruppen tätig und beteiligte sich an den weit überwiegend bürgerlich geprägten Protesten ab Frühjahr 2011. Die Montagsdemonstrationsbewegung hat zwar ihren Aktionsschwerpunkt im Kampf gegen

---

97 *Einzelheiten siehe 'Rote Fahne' Nr. 10 vom 11. März 2011.*

98 *Interview mit der stellv. Parteivorsitzenden Gärtner-Engel; in: 'Rote Fahne' Nr. 10 vom 11. März 2011.*

99 *'Rote Fahne' Nr. 10 vom 11.März 2011.*

100 *'Junge Welt', Ausgabe vom 11. März 2011.*

101 *fvcourage.de/, Zugriff: 20.01.2011.*

Hartz IV und Sozialabbau, jedoch hat sie die Antikernkraft- und Umweltschutzthematik mit in ihren Protest gegen soziale Ungerechtigkeit aufgenommen.[102]

Kinder- und Jugendarbeit

Um dem Nachwuchs frühzeitig den „echten Sozialismus" und eine „proletarische Denkweise" nahe zu bringen, hat die Kinder- und Jugendarbeit für die MLPD perspektivisch einen herausgehobenen Stellenwert. Alle zwei Jahre wird durch den Jugendverband 'Rebell*' ein internationales Pfingstjugendtreffen organisiert, das in 2011 zum 15. Mal am 11./12. Juni in Gelsenkirchen ausgerichtet wurde. Nach einer „Zukunftsdemonstration" in Essen startete das Fest mit über 200 Veranstaltungen/Diskussionsforen; die MLPD spricht von 12.000-15.000 Besuchern aus dem ganzen Bundesgebiet und internationalen Gästen.[103]

2. Internationaler Umweltratschlag

Am 8./9. Oktober 2011 trafen sich Teilnehmer aus dem In- und Ausland in Gelsenkirchen zum 2. Internationalen Umweltratschlag. In Plenumsdiskussionen, Foren und Workshops wurden umweltpolitische Fragen diskutiert. Maßgebliche Trägerorganisationen waren unter anderem die MLPD, ihr Jugendverband 'Rebell*' und ihr 'Frauenverband Courage*'.

Neues Buch des Parteivorsitzenden „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution"

Im März 2011 veröffentlichte das „Redaktionskollektiv Revolutionärer Weg" unter Leitung des Parteivorsitzenden Stefan Engel in der gleichnamigen Reihe,[104] dem theoretischen Organ der MLPD, ein Buch mit dem Titel „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution". Vor dem Hintergrund diverser internationaler, dem Kapitalismus zuzuschreibender Krisenerscheinungen der vergangenen Jahre wird hierin die permanente und aktuelle Krise des Kapitalismus mit dem Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit als unvereinbar angesehen. Ausgehend von theoretischen Überlegungen von Marx, Engels und Lenin wird die These vertreten, dass der Aufbau des Sozialismus solange erfolgreich verlaufen sei, solange die Sowjetunion, die DDR, China den sozialistischen Grundsätzen gefolgt seien. Die Alternative sieht er in der unausweichlichen internationalen sozialistischen Revolution; hierfür werden Strategie und Taktik revolutionärer Parteien und Organisationen im internationalen Kontext erörtert. Die „Internationalisierung des Klassenkampfes" sieht Engel bereits weltweit angebrochen, etwa in Lateinamerika, Nordafrika, Arabien, aber auch in Europa. Von „linksreformistischen" und „neorevisionistischen" Parteien, namentlich der Partei 'DIE LINKE*' distanziert sich Engel weiterhin nachdrücklich, da diese unfähig sei, „das Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen und revolutionäre Schlussfolgerungen zu ziehen."[105]

Das Buch bedient sich bekannter marxistisch-leninistischer Argumentationslogik und ist für Parteimitglieder daher ein „Muss"; es wird parteiintern zur „Festigung der proletarischen Bildung und Denkweise" eingesetzt.

---

102 *Bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung, Pressemitteilung vom 3.04.2011 anlässlich der 9. Bundesdelegiertenkonferenz; in: www.bundesweite-montagsdemo.com/index.php?option=com_content&view=article&id= 1258%3A03042011-presse-kg&catid=138%3Apresse-2011&Itemid=1, Zugriff: 20.01.2011.*

103 *www.mlpd.de/2011/kw24/15.-internationales-pfingstjugendtreffen-vielfaeltig-2013-internationalistisch-2013-begeisternd, Zugriff: 20.01.2011.*

104 *Revolutionärer Weg, Nr. 32–34/2011*

105 *"Morgenröte der Internationalen sozialistischen Revolution" Seite 16.*

Spendensammelaktion zugunsten der „Internationale Koordination revolutionärer Parteien und Organisationen" (ICOR[106])

Die 2010 gegründete ICOR, deren Hauptkoordinator der Vorsitzende der MLPD Stefan Engel ist,[107] umfasst weltweit 41 Parteien und Organisationen aus 33 Ländern, deren Ziel es ist, durch ein politisches Netzwerk die internationale proletarische Revolution voran zu bringen und auf revolutionärem Weg national wie international das aus kommunistischer Sicht imperialistische, ausbeutende und unterdrückende (Welt-)Herrschaftssystem umzustürzen. Mit dem „Aufruf zur Stärkung der ICOR"[108] geht eine einjährige Kampagne als Spendensammelaktion von September 2011 bis September 2012 einher. Die Kampagne soll den Bekanntheitsgrad der ICOR fördern und ihr finanzielle Unabhängigkeit garantieren, um mit Hilfe „praktischer Initiativen den Aufbau der Parteien und Organisationen" zu stärken.[109] Die MLPD beteiligt sich an der internationalen Spendenkampagne der ICOR mit einer eigenen Spendenkampagne und verpflichtet sich, 10 Prozent des Spendenziels von 400.000 Euro an die ICOR abzuführen.[110]

Fazit

Eine ihrer zentralen Aufgaben sieht die MLPD weiterhin in der praktischen Arbeit vor Ort sowohl auf politischer Ebene in den 'AUF*'-Gruppierungen der Räte verschiedener Kommunen des Ruhrgebiets und in der Unterstützung von Arbeitnehmern in Betrieben. Hier will sie sowohl innerhalb als auch außerhalb von Gewerkschaften stärkeren Einfluss nehmen, beispielsweise auch durch die Unterstützung sogenannter „Solidaritätskreise" in arbeitsrechtlichen Verfahren[111]. Hinzu kommen die Kinder- und Jugendarbeit und das Engagement bei der ICOR-Kampagne, im Bereich des Umweltschutzes und in der (Welt-)Frauenarbeit. Dem angeblich in der Gesellschaft verwurzelten und medial geschürten „Antikommunismus" und die damit verbundene Sorge vor grundlegenden Veränderungen will sie offensiv durch Aufklärungsarbeit entgegentreten und sich als klassenkämpferische Alternative für die Mehrheit der Bevölkerung darstellen.

Trotz des breiten Betätigungsfeldes gelingt es der MLPD allerdings weiterhin nicht, die bereits im Rahmen des 8. Parteitags im Jahr 2008 selbst konstatierte „relative Isolierung der Partei zu durchbrechen".[112] Nennenswerte Mitgliederzuwächse hat sie auch nicht zu verzeichnen, obwohl sie sich darum bemühte.

Derzeit bereitet die MLPD ihren 9. Parteitag im Jahr 2012 vor, durch den die Partei sicherlich auch versuchen wird, ihre öffentliche Wahrnehmung zu steigern. Die Parteiarbeit an der Basis und in den Parteigliederungen wird bereits zunehmend darauf ausgerichtet.[113] Ob es der MLPD allerdings gelingen wird zukünftig mehr politische Aufmerksamkeit zu erzielen und weitere Kreise linksorientierter Aktivisten für sich zu gewinnen, muss angesichts ihres starren Festhaltens am Stalinismus und Maoismus bezweifelt werden, denn beide Ideologierichtungen sind für linke bzw. linksextremistische Spektren wenig attraktiv oder gar diskreditiert – von „bürgerlichen" Kreisen ganz zu schweigen. Wahlpolitisch ist und bleibt die Partei ohnehin bedeutungslos.

---

106 *Engl.: International coordination of Revolutionary Parties and Organizations.*

107 *Vgl. Verfassungsschutzbericht 2010, S. 136.*

108 *www.mlpd.de/2011/kw35/aufruf-zur-staerkung-der-icor-als-pdf/view, Zugriff: 20.01.2012.*

109 *Siehe hierzu Fußnote 108.*

110 *Spendenaufruf der MLPD unter http://www.mlpd.de/2011/kw46/spendenaufruf, Zugriff: 20.01.2012.*

111 *Zum Beispiel „Solidaritätskreis mutige Marie"; in: www.mlpd-gelsenkirchen.de/Volksbewegung/kampf-der-bergleute/3-0-fuer-marie-bauer-gegen-bp, Zugriff: 6.02.2012.*

112 *Interview der 'Roten Fahne' mit dem Parteivorsitzenden Stefan Engel; in: www.mlpd.de/partei/viii-parteitag/erfolgreicher-hamburger-parteitag-der-mlpd, Zugriff: 20.01.2012.*

113 *Interview der 'Roten Fahne' mit dem Parteivorsitzenden Stefan Engel vom 4.1.2012; in www.mlpd.de/2012/kw01/die-turbulenzen-des-imperialistischen-weltsystems-bereiten-den-boden-einer-revolutionaeren-weltkrise-pdf/view, Zugriff: 6.02.2012.*

3.2 Aktionsorientierter Linksextremismus

Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen und ideologische Orientierung

Die autonome Szene ist als eine heterogene, alternative Mischszene, deren gemeinsame ideologische Basis fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmenten bilden. Ihr Ideal sieht sie in einem „selbstbestimmten Leben" frei von Herrschaftsverhältnissen. Staatliche und gesellschaftliche Normen, Hierarchien und Verbindlichkeiten werden als Unterdrückungsmechanismen („Repression") betrachtet. Die Szene ist insgesamt eher wenig ideologiefixiert, sondern in erster Linie aktionsorientiert. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner, was mit dem staatlichen Gewaltmonopol als Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist.

Handlungsmuster und Aktionsformen

Die Handlungsmuster und Aktionsformen der autonomen Szene reichen von der offenen politischen Betätigung, zum Beispiel durch Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Internetauftritten und sonstigen Veröffentlichungen, Outing-Aktionen von tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene, gezieltem Lahmlegen von Internetseiten bis zu Sachbeschädigungen an staatlichem oder privatem Eigentum und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen politischen Gegner. Zeit- und ortsgebundene Auseinandersetzungen mit einer gewissen „Tradition" und politischen Motivation – wie in Berlin und Hamburg –, bei denen es regelmäßig zu schweren Gewalttaten in erheblicher Zahl kommt, gibt es in Nordrhein-Westfalen bisher nicht. Brandstiftungen an Fahrzeugen, die auch in Nordrhein-Westfalen in nicht unerheblicher Zahl vorgekommen sind, waren bis auf wenige Ausnahmen nicht politisch motiviert.

Vernetzungsstrukturen der autonomen Szene

Die linksautonome Szene besitzt keine Strukturen im herkömmlichen Sinne. Autonome praktizieren das radikal-basisdemokratische Konzept einer „Politik der ersten Person" und lehnen damit offene Hierarchien, Informationshoheiten und Stellvertreterrollen bei der Meinungsbildung ab. Obwohl auch szeneintern die mangelnde Bereitschaft zu klaren Absprachen kritisiert wird, gilt Unverbindlichkeit als taktisches Mittel bei der Mobilisierung für Kundgebungen und Vorbereitungen von Aktionen.

An die Stelle über- und untergeordneter Organisationsstrukturen tritt die Vernetzung von Personen und Gruppen auf der Basis des jeweiligen Engagements. Sowohl die Teilnahme an Treffen als auch die Möglichkeiten des Internets gewährleisten dabei den Informations- und Kommunikationsaustausch der autonomen Szene.

Strukturen werden auch wieder aufgegeben, wenn sie überholt scheinen. Nach über 15 Jahren löste sich zum Beispiel der 'Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss (Antifa-KOK)*' auf, dessen Bekanntheitsgrad über die autonome Szene in Nordrhein-Westfalen hinausreichte. Während der Schwerpunkt einiger ehemaliger Mitgliedsgruppen weiterhin in der regionalen „Antifa"-Agitation liegt, stellen andere Antifa-KOK*-Gruppen eher die Zusammenarbeit in überregionalen Zusammenhängen in den Mittelpunkt.

Vollversammlungen und Netzwerke

„Autonome Vollversammlungen" (AVV) sollen seit 2009 einer stärkeren Vernetzung der linksautonomen Szene auf lokaler und regionaler Ebene dienen. Mit Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen den antideutschen und antiimperialistischen Spektren innerhalb der linksautonomen Szene könnten auf diese Weise auch die unterschiedlichen ideologischen und aktionsbezogenen Ansätze der verschiedenen Gruppierungen zumindest auf örtlicher Basis überwunden werden.

Daneben haben sich viele linksautonome Gruppierungen im Rahmen des Netzwerks 'Interventionistische Linke*' (IL) bzw. des '...ums Ganze!*'-Bündnisses positioniert. Obwohl die beiden gruppenübergreifenden Zusammenhänge auch in der linksautonomen Szene nicht selten als gegenseitige Konkurrenz wahrgenommen werden, gibt es durchaus Gruppierungen, die sich in beiden Bündnissen engagieren:

> *„[...] wir beteiligen uns auch an Projekten der IL. Wir sehen uns nicht als Konkurrenzprojekt. Wenn es inhaltlich passt, dann machen wir auch gerne etwas mit denen zusammen, und sonst machen wir eben unsere eigenen Sachen."*[114]

„Autonome Vollversammlungen" im Jahr 2011

Autonome Vollversammlungen fanden im Jahr 2011 in Köln, Mülheim, Oberhausen, Bielefeld, Bochum und Wuppertal statt. Festzustellen ist, dass sich die Vernetzungsbemühungen der autonomen Szene weiter fortsetzen, weil die Vorteile regelmäßiger Treffen mit einem überschaubaren Teilnehmerfeld von den Beteiligten anerkannt werden. Inhaltliche Schwerpunkte dieser Treffen waren Diskussionen über Demonstrationsstrategien, die Analyse vergangener Veranstaltungen und Aktionen und der Ausblick auf geplante Aktivitäten.

Relevante Themenfelder im Jahr 2011

Themenfeld Antifaschismus

Zentrales Themenfeld der autonomen Szene war und ist der „Antifaschismus". Die Aktivitäten der Autonomen Antifa – als prägender Teil der aktionsorientierten Szene – gehen dabei weit über öffentliche Meinungsbekundungen hinaus. Die Autonome Antifa wendet sich in ihrem „antifaschistischen Kampf" vor allem gegen Veranstaltungen rechtsgerichteter Gruppierungen mit dem Ziel, diese – gegebenenfalls mit Gewalt – zu stören oder zu verhindern, gegen Organisationen, Institutionen und Szeneobjekte rechtsgerichteter Gruppierungen und gegen Einzelpersonen, die tatsächlich oder vermeintlich der rechtsgerichteten Szene angehören oder denen eine Unterstützung der Szene unterstellt wird.

Die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und politischen Organisationsfreiheit der Anhänger des rechtsgerichteten Spektrums werden verneint.

Gewalt sowohl gegen das rechtsextremistische beziehungsweise rechtspopulistische Spektrum, als auch gegen die Polizei bei Demonstrationen wird als legitimes Mittel zur Bekämpfung des bürgerlichen und kapitalistischen Systems verstanden. Bereits die Polizeipräsenz bei Demonstrationen wird als „strukturelle Gewalt" empfunden, die „Gegengewalt" als „legitimen revolutionären Akt" rechtfertigt. Dass es aus verfassungsrechtlichen Gründen Aufgabe der Polizei ist, auch Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene zu gewährleisten, wird als „Schutz der Rechten" uminterpretiert.

In diesem Kontext sind im Jahr 2011 folgende Ereignisse von besonderer Bedeutung:

Demonstration gegen den rechtsextremistischen Aufzug und gewalttätige Auseinandersetzungen in Wuppertal am 29. Januar 2011

Für den 29. Januar 2011 meldete der bekannte Rechtsextremist Axel Reitz eine Demonstration gegen das „Autonome Zentrum" in Wuppertal an. Im Vorfeld mobilisierte dagegen ein überregionales Bündnis linksextremistisch beeinflusster Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Gruppen, Parteien und Gewerkschaften. Die linksautonome Szene rief vom 27. bis 29. Januar die „Antifa Action Days" aus, um die Demonstration des rechtsextremistischen Spektrums zu verhindern.

---

[114] *Artikel „Wir werben für ein linksradikales Projekt" – JungleWorld Nr. 48 Seite 20*

An den Protestveranstaltungen vor allem am 29. Januar nahmen insgesamt etwa 2.500 Personen teil, die überwiegend dem bürgerlichen Spektrum zuzurechnen waren, sowie mehrere Hundert gewaltbereite autonome Linksextremisten. Etwa 1.000 Gegendemonstranten beteiligten sich an Blockaden. Die Protestaktivitäten verliefen nur teilweise friedlich; mehrfach kam es zur Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten und zu gefährlichen Körperverletzungen. Mehrere Polizeibeamte wurden durch Angriffe mit Reizgas, Steinen, Flaschen und anderen Gegenständen verletzt.

Beteiligung der linksextremistischen Szene am Protest gegen Demonstrationen des rechtsextremistischen Spektrums in Stolberg am 8. und 9. April 2011

An den Protestveranstaltungen in Stolberg gegen die dort jährlich wiederkehrenden rechtsextremistischen Aufmärsche nahmen wesentlich mehr Teilnehmer als im Vorjahr teil. Am 8. April demonstrierten ca. 600 Personen weitgehend störungsfrei. Beim Protest am 9. April mit über 1.000 Gegendemonstranten wurde der Bahnhof in Stolberg blockiert. Im weiteren Verlauf kam zu schweren Landfriedensbrüchen aus einer Gruppe von ca. 150 Personen sowie zu weiteren versammlungstypischen Straftaten. Aus Kleingruppen heraus wurden während der Anreise verschiedene Störungen verursacht. Gleisbesetzungen und Versuche, sich mit Schottersteinen zu bewaffnen oder die Blockade eines Bahnüberganges konnten durch die Polizei vereitelt werden. Darüber hinaus wurden Polizeibeamte mit Steinen beworfen und mit Knüppeln bedroht. Ein Streifenwagen wurde durch Steinwürfe und Schläge mit Baseballschlägern beschädigt.

Protest gegen eine Demonstration von 'pro NRW'/'pro Köln e.V.' am 7. Mai 2011

Etwa 1.800 Personen, darunter 200 bis 250 Linksextremisten, nahmen an den Protestaktionen gegen den sogenannten „Marsch für die Freiheit" von 'pro NRW'/'pro Köln e.V.' teil. Der Aufzug von 'pro NRW'/'pro Köln e.V.' startete wegen einer Gleisblockade durch Gegendemonstranten in Leverkusen-Opladen und anschließendem Bus- und Taxitransport von ca. 200 'pro'-Anhängern zur Auftaktkundgebung erst zwei Stunden später. Abgesehen von versuchten Sitzblockaden entlang des Aufzugwegs kam es zu keinen nennenswerten Gegenaktionen.

Damit blieb der Gegenprotest unter den Erwartungen der Organisatoren, insbesondere vor dem Hintergrund der weitaus höheren Teilnehmerzahlen beim Protest gegen die „Anti-Islamisierungskongresse" von 'pro NRW'/'pro Köln e.V.' in den Jahren 2008 und 2009 sowie den Protesten gegen Aktivitäten von 'pro NRW'/'pro Köln e.V.' in Duisburg und anderen Städten im Jahre 2010.

Protest gegen den „Trauermarsch" der rechtsextremistischen Szene in Bad Nenndorf (Niedersachsen) am 6. August 2011 und anschließende Blockaden in Bielefeld

Gegen den jährlich wiederkehrenden „Trauermarsch" der rechtsextremistischen Szene in Bad Nenndorf am 6. August 2011 protestierten etwa 1.000 Personen, davon bis zu 160 Linksextremisten. Abgesehen von Widerstandshandlungen gegen die Polizei verliefen die Gegenproteste friedlich.

Nach einer Mobilisierungskampagne autonomer Gruppierungen im ostwestfälischen Raum mit dem Ziel einer vollständigen Blockade des „Trauermarsches" plante die rechtsextremistische Szene eine Folgeveranstaltung in Bielefeld. Dort stellte sich ein zivildemokratisches Bündnis mit einer Beteiligung von ca. 200 Protestteilnehmern den aus Bad Nenndorf angereisten ca.150 Rechtsextremisten bereits am Sammelpunkt entgegen, woraufhin die Rechtsextremisten lediglich eine Standkundgebung am Bielefelder Bahnhof durchführten und frühzeitig abreisten.

Gewalttätige Ausschreitungen gegen den „Antikriegstag" in Dortmund am 3. und 4. September 2011

Der mittlerweile in der rechtextremistischen Szene etablierte „Antikriegstag" Anfang September in Dortmund stellt auch überregional für die linksextremistische Antifa-Szene einen jährlichen Bezugs-

punkt für ihre „Antifaschismusarbeit" dar. Das dominierende Bündnis war das in Teilen zivildemokratische, aber auch stark linksextremistisch beeinflusste Bündnis 'Dortmund stellt sich quer!*' (DSSQ), an dessen Aktionen im Gegensatz zu Vorjahren auch Aktivisten des antinational geprägten Bündnisses 'Alerta!*' teilnahmen.

Nach der umfangreichen Mobilisierung für Blockadeaktionen, mehreren Rechts-Links-Konfrontationen in den Wochen zuvor und den rechtsmotivierten Mordanschlägen in Oslo und auf der Ferieninsel Utoya durch Anders Behring Breivik war mit einem erhöhten Aktionspotenzial gewaltbereiter Linksextremisten zu rechnen.

An den Gegendemonstrationen im Verlaufe des „Antikriegstags" beteiligten sich neben zivildemokratischen Protestteilnehmern über 1.000 Linksautonome, anpolitisierte Jugendliche und junge Erwachsene. Gewaltbereite Kundgebungsgegner hatten im Vorfeld zwar die Zusammenarbeit mit zivildemokratischen Protestgruppen zum Aufbau einer Infrastruktur genutzt, danach aber weitgehend abgesetzt von deren Aktionen agiert.

Es kam zu zahlreichen gewalttätigen Aktionen durch Linksautonome, zu deren Bekämpfung nach Jahren erstmals wieder Wasserwerfer eingesetzt wurden. Auffällig war die gezielte Gewalt gegen Polizeibeamte, wobei auch die Gefahr schwerer Verletzungen in Kauf genommen wurde:

- Polizeibeamte und Einsatzfahrzeuge wurden mit Steinen, Feuerlöschern und Pyrotechnik angegriffen.

- Ein Polizeifahrzeug wurde durch Autonome mit einem Fernsehgerät beworfen, das in die Windschutzscheibe des Fahrzeugs einschlug; ein Polizeibeamter wurde dabei verletzt.

- Ein weiteres Polizeifahrzeug wurde durch eine Gruppe gewaltbereiter Autonomer angegriffen und beschädigt. Die Besatzung des Fahrzeuges wurde ebenfalls leicht verletzt, als durch die Angreifer Pfefferspray in das Fahrzeug gesprüht wurde.

- Ein Privat-Pkw eines Polizeibeamten wurde in Brand gesetzt.

Weitere Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten[115]

Mehrfach kam es – auch außerhalb von Versammlungen – zu tätlichen Angriffen von Antifa-Aktivisten auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene und umgekehrt. Schwerpunktregionen derartiger Auseinandersetzungen sind die Großräume Dortmund/östliches Ruhrgebiet, Wuppertal/Bergisches Land und Aachen/Düren.

Sozialräume mit besonderer Gewaltbelastung unterliegen einem zeitlichen und räumlichen Wandel, das heißt es gibt keine dauerhaft hohe Gewaltbelastung in immer der gleichen Region. Die regionale Belastung hängt einerseits von regionalen Einzelereignissen, andererseits vom Vorhandensein „gewachsener" rechtsextremistischer und/oder linksextremistischer Strukturen ab. „Tradierte" Szenen wie die linksextremistische Szene in Wuppertal im Kontext mit Orten von hoher Symbolkraft, wie dem dortigen 'Autonomen Zentrum' oder die rechtsextremistische Szene im Großraum Dortmund versuchen, durch massives Auftreten und zunehmend auch mit körperlicher Gewalt vermeintliches eigenes Terrain gegen den politischen Gegner zu verteidigen. Hinzu kommt bei Rechtsextremisten der Frust über „Niederlagen" durch „linke Blockaden" (Dresden, Stolberg, 'pro Köln e.V.'/'pro NRW'). Aus dieser vermeintlichen „Opferrolle" erwächst die Rechtfertigung für die zunehmende Bereitschaft, die unmittelbare körperliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auch außerhalb von Demonstrationen zu suchen.

---

[115] *Vgl. auch zur Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität 6.1.3.*

„Outings", Farbschmieraktionen und Sachbeschädigungen

„Outing"-Aktionen gehören mittlerweile zum festen Repertoire in der Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremisten. Antifa-Gruppierungen informieren dabei Nachbarn oder Arbeitgeber über die Aktivitäten tatsächlicher oder vermuteter Rechtsextremisten mit dem Ziel, diese sozial zu isolieren und unter Druck zu setzen. Auch im Internet finden immer häufiger „Outing"-Aktionen statt. „Outings" wurden im Jahr 2011 aus Aachen, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Paderborn, Velbert und Wuppertal bekannt. Dabei wurden auch Flugblätter zu Personen aus dem Umfeld des rechtsextremistischen Spektrums verteilt. Darüber hinaus wurden tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten durch Wandschmierereien in ihrem direkten Wohnumfeld diffamiert.

Themenfeld Antikernkraft – Proteste gegen Kernkraft als Folge der Reaktorkatastrophe in Fukushima (Japan)

Die Aktivitäten im Rahmen der Antikernkraft-Kampagne und der auch auf diesem Themenfeld agierenden linksextremistischen Szene standen zunächst unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima.

Unmittelbar nach dem Unglück brachten besorgte Bürgerinnen und Bürger bundesweit in wöchentlichen Montags-Mahnwachen ihre Solidarität mit der japanischen Bevölkerung zum Ausdruck und zweifelten an der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke. Auch Parteien wie die DKP und die MLPD sowie autonome Gruppierungen beschäftigten sich mit diesem Thema, ohne entscheidenden Einfluss zu gewinnen. Insgesamt nahm die Beteiligung an den Mahnwachen Ende April bereits stark ab.

In Nordrhein-Westfalen fanden darüber hinaus am 26. März in Köln, am 25. April in Gronau und am 28. Mai in Münster, Essen und Bonn mehrere Großdemonstrationen gegen die Erzeugung von Kernenergie mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern statt. Neben dem zivilbürgerlichen Spektrum rief auch die autonome Szene zur Teilnahme auf und beteiligte sich daran. Abgesehen von vereinzelten Farbbeutelwürfen in Köln verliefen die Demonstrationen friedlich.

Zum Ziel gewalttätiger Aktionen Linksautonomer im Land wurden Atomstromproduzenten wie RWE oder Firmen, die von der Szene beschuldigt werden, Technik für Kernkraftwerke zu liefern, wie beispielsweise Siemens. Exemplarisch zu nennen sind die Sachbeschädigung an der Fassade des Verwaltungsgebäudes von RWE am 8. August 2011 in Köln-Lindenthal mit einem geschätzten Schaden zwischen 50.000 und 100.000 Euro und die Brandstiftung an einem Transporter der Firma Siemens am 14. November 2011 in Wuppertal, bei der das neuwertige Fahrzeug teilweise ausbrannte.

Die Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Bundesrates im Juni und Juli, als Konsequenz aus den Ereignissen in Japan sämtliche deutschen Kernkraftwerke bis spätestens zum Jahr 2022 still zu legen, schließt Produktionsstätten der Kernenergie wie die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, die Brennelementefabrik in Lingen/Niedersachen sowie das Transportbehälter-Zwischenlager Ahaus (TBA) nicht ein. Protestaktionen in Nordrhein-Westfalen konzentrierten sich daher auf die Anlagen in Ahaus und Gronau. An der UAA Gronau kam es zu kurzzeitigen symbolischen Blockaden.

Protest gegen den Castor-Transport von La Hague (Frankreich) ins Zwischenlager Gorleben (Niedersachen)

Ähnlich wie im Vorjahr mobilisierte die linksextremistisch beeinflusste Kampagne „Castor? Schottern!" im Vorfeld des Transports zu Aktionen in Gorleben. In ihrer „Solidaritätserklärung" wird erneut dazu aufgerufen, die Transportstrecke unpassierbar zu machen:

> *„Wie im letzten Jahr wollen hunderte, tausende Menschen die Castor-Schiene im Wendland unbefahrbar machen, indem sie den Schotter aus dem Gleisbett entfernen. (...) Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen, die entschlossen sind, den Atommülltransport aufzuhalten."*[116]

Die Erklärung wurde von über 660 Parteien, Organisationen und von Einzelpersonen – auch aus der linksextremistischen Szene beziehungsweise deren Umfeld – unterzeichnet.

Um einer angeblich ungerechtfertigten Verfolgung durch die Justizbehörden vorzubeugen, wurden der Aufruf und die damit verbundene Zielsetzung gegenüber dem Vorjahr neu gefasst:

> *„Letztes Jahr hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg jede Menge Ermittlungsverfahren wegen „Castor? Schottern!" eingeleitet. Dieses Jahr soll es dafür keinen Anlass geben, der Text ist anders formuliert. Falls Du vom letzten Jahr noch Probleme mit der Justiz hast, wende Dich am besten per Email an die Schottern Rechtshilfe. Gemeinsam begegnen wir der Kriminalisierung."*[117]

Die Strategie der Kampagne zielte jetzt darauf ab, keine unmittelbare Gewalt gegen Polizeikräfte anzuwenden, sondern sich auf das Unbrauchbarmachen des Schienenstrangs zu beschränken:

> *„Wir bauen auf dem Aktionsbild des letzten Jahres auf – aber wir wollen einiges ändern: Das Konfrontationsniveau mit der Polizei an der Schiene wollen wir, wenn möglich, reduzieren und auf keinen Fall steigern. Wir werden die Aktion mehr in Raum und Zeit auffächern – wir wollen flexibler werden und stärker die Lücken in den Polizeiketten finden. Trotz allem werden wir ein Zusammentreffen mit der Polizei nicht vermeiden können, aber von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir werden durch körperschützende Materialien unser Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen."*[118]

Verlauf und Bewertung des diesjährigen Transports

Zur Vorbereitung auf die Aktionen im Wendland wurde wie im Vorjahr in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens das Aktionsverhalten eingeübt. Die Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen reisten mit mehreren Bussen und mit PKW-Fahrgemeinschaften an. Bereits im Vorfeld des Transports kam es zu mehreren gewalttätigen Aktionen gegen Einrichtungen und Fahrzeuge der Firmen Vattenfall, RWE und Siemens[119] in verschiedenen Städten Deutschlands, so auch in Köln, Wuppertal und Bochum.

Erstmalig kam es am Ausgangsort des Transportes in Frankreich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Zu weiteren kleineren Störungen kam es entlang der Schienenstrecke in Frankreich und Süddeutschland. An den Aktivitäten gegen den 13. Castor-Transport vom französischen La Hague ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben vom 23. bis 28. November 2011 beteiligten sich wie schon im Jahr 2010 vor allem zivildemokratische Protestgruppen, aber auch linksextremistische Kernkraftgegner.

An der Auftaktdemonstration am 26. November in Gorleben und Umgebung nahmen etwa 8.000 Personen teil – und damit deutlich weniger als im Vorjahr (25.000). An Schienen- und Straßenblockaden beteiligten sich am 26. November bis zu 3.500 Personen. Bei der Auflösung von Gleisbesetzungen durch die Polizei kam es vereinzelt zu Widerstandshandlungen und Ausschreitungen. An Schotterungsaktionen beteiligten sich in der Spitze bis zu 1.000 Personen. Durch versuchte Gleisbettbeschädigungen konnte der Transport zwar verzögert, nicht jedoch verhindert werden.

Insgesamt waren mindestens 450 Personen der gewaltbereiten linksautonomen Szene zuzurechnen; deren Anteil lag damit deutlich höher als in Vorjahren (2010: 300; 2008: 150). Ein nicht geringer Teil

---

[116] *www.castor-schottern.net/erklarung-solidaritat-mit-%c2%bbcastor-schottern%c2%ab/, Zugriff: 10.02.2012.*

[117] *Siehe hierzu Fußnote 116.*

[118] *Vgl. „Das Aktionsbild 2011" auf www.castor-schottern.net, Zugriff 27.09.2011.*

[119] *Wegen des antimilitaristischen Bezuges wird diese Aktion im Berichtsteil Themenfeld Antimilitarisierung thematisiert.*

davon kam aus Nordrhein-Westfalen. Die im Wendland eingesetzte Polizei sah sich – anders in Vorjahren – massiven Angriffen von Seiten der linksextremistischen Störer ausgesetzt. Es wurden nicht nur die polizeiliche Infrastruktur und Fahrzeuge attackiert, sondern auch die eingesetzten Beamten, beispielsweise durch den Bewurf mit Steinen oder mit Schrauben durchbohrten Golfbällen.

Der Castortransport dauerte in diesem Jahr vom Ausgangs- zum Bestimmungsort mehr als 126 Stunden. Zu seiner Sicherung wurden mehr als 20.000 Polizeikräfte von Bund und Ländern eingesetzt.

Stellungnahmen und Reaktionen

Die Proteste gegen den Transport werteten linksextremistische Atomkraftgegner als Erfolg. Die Kampagne „Castor?Schottern!" erklärte, der Verlauf der Proteste habe gezeigt, dass sich die Antikernkraft-Kampagne vom „Pseudo-Atomausstieg" nicht habe einwickeln lassen und ein atomares Endlager in Gorleben in Frage stelle. An drei Tagen in Folge hätten über 1.000 „Schotterer" den Schienentransport verhindert. Auch durch „massive Polizeigewalt" habe man sich nicht abhalten lassen.

Fazit und Ausblick für das Themenfeld Antikernkraft für 2012

Die Kampagne „Castor? Schottern!" erreichte nicht die Größenordnung des Vorjahres. In Relation zur Gesamtteilnehmerzahl von ungefähr 11.000 Atomkraftgegnern war die Beteiligung von gewaltbereiten Linksextremisten an den Castor-Protesten zwar gering; auffällig war jedoch das im Vergleich zum letzten Jahr hohe Aggressionspotenzial.

Im Jahr 2012 wird kein Castor-Transport nach Gorleben stattfinden. Diskutiert wird derzeit, im Jahr 2012 innerhalb von Nordrhein-Westfalen 152 Castor-Behälter aus dem Forschungszentrum Jülich (FZJ) per Straßentransport in das Transportbehälterlager nach Ahaus zu verlagern. Sollten diese Transporte stattfinden, ist mit Protesten der zivilbürgerlich geprägten Antikernkraftbewegung und der linksextremistischen Szene zu rechnen.

Themenfeld Antimilitarisierung

Die Bundeswehr wird von der antimilitaristisch orientierten linksautonomen Szene als ein Instrument zur Durchsetzung imperialer Politik und kapitalistischer Interessen im Ausland gesehen. Auslandseinsätze der Bundeswehr, insbesondere der Afghanistan-Einsatz, werden daher strikt abgelehnt, ebenso Rekrutierungsaktivitäten oder Veranstaltungen im Inland. Vor diesem Hintergrund sind seit Jahren nicht nur Einrichtungen und Veranstaltungen der Bundeswehr selbst, sondern auch öffentliche und private Dienstleistungsunternehmen, die für die Bundeswehr tätig sind, Ziel von Aktionen.

Kampagne „Bundeswehr Wegtreten"

Die seit mehreren Jahren bundesweit agierende linksextremistische Kampagne „Bundeswehr Wegtreten" richtet sich gegen die Beteiligung der Bundeswehr und der NATO an internationalen Militäreinsätzen. Durch spektakuläre Aktionen gegen Einrichtungen und Veranstaltungen der Bundeswehr soll eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung erzielt werden, zum Beispiel bei Gelöbnissen, Konzerten und Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung. Aber auch zivile Unternehmen, die Auftragnehmer der Bundeswehr sind, geraten in den Fokus. „Bundeswehr Wegtreten" schreibt auf seiner Homepage zu seiner Motivation und Zielrichtung:

> *„Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen und FriedensaktivistInnen Unruhe bei Reklame-Einsätzen der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr an Arbeitsämtern, Messen, Schulen und Universitäten, sowie die 'KarriereTreffs' der Bundeswehr in den Innenstädten. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!“* [120]

Im Jahr 2011 kam es in Nordrhein-Westfalen zu folgenden spektakulären Aktionen mit antimilitaristischem Hintergrund:

Proteste zum Tag der deutschen Einheit und zum NRW-Tag in Bonn vom 1. bis 3. Oktober 2011

Bereits Monate vor den Feierlichkeiten wurde vor allem im linksextremistisch-autonomen und anarchistischen Spektrum zu Protesten und Störaktionen aufgerufen. Das bundesweite antideutsch dominierte Bündnis „ums Ganze!“ mobilisierte gegen die Einheitsfeierlichkeiten unter dem Motto *„Friede, Freude, Eierkuchen? Gegen Einheitsfeier und NRW-Tag“*. Mit dem Aufruf *„Imagine there's no Deutschland“* mobilisierte ein weiteres Bündnis antinationaler Gruppierungen aus Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg gegen die Einheitsfeierlichkeiten.

Am Abend des 2. und am 3. Oktober kam es zu Gegendemonstrationen mit 500 bzw. 800 Teilnehmern. Zu nennenswerten Störaktionen sowohl im Rahmen der beiden Demonstrationen als auch im Verlaufe der dreitätigen Feierlichkeiten kam es nicht. Im besonderen Fokus der linksextremistischen Szene stand auch hier die Bundeswehr. Aktivisten versuchten, durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion deren Veranstaltungen zu stören. Der Versuch, in einem Schlauchboot mit selbstgestalteten Särgen aus Styropor im Schlepptau den Rhein hinab zu rudern, wurde durch die Wasserschutzpolizei unterbunden.

Brandanschlag auf Siemens-Transporter

In der Nacht zum 11. November 2011 wurde in Wuppertal ein Lieferwagen der Siemens AG in Brand gesetzt und brannte vollständig aus. In der durch die „AG Wärmeentwicklung“' unterzeichneten Taterklärung verknüpften die Verfasser die Forderungen der Kampagne „War starts here“ mit den gängigen Forderungen der Antikernkraft-Kampagne nach dem sofortigen Atomausstieg und warfen dem Siemens-Konzern seine Geschäftstätigkeit sowohl in der Rüstungswirtschaft als auch beim Bau von Kernkraftwerken vor. Dabei wiesen sie auch auf das Selbstbezichtigungsschreiben (SBS) des „Hekla-Empfangskomitees“ hin, das sich im Oktober 2011 zu mehreren Brandanschlägen auf Anlagen der Deutschen Bahn AG in Berlin bekannt hatte Am 23. Mai 2011 wurde in Berlin eine Kabelbrücke am Bahnhof Ostkreuz in Brand gesetzt. Die Tat wurde durch eine dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnende Gruppierung unter anderem in einen antimilitaristischen Zusammenhang gestellt, da die Deutsche Bahn ein Logistikdienstleister der Bundeswehr sei. Am 10. Oktober 2011 kam es im Raum Berlin zu zwei weiteren Anschlägen bzw. Anschlagsversuchen auf Einrichtungen der Deutschen Bahn. Die Tat wurde auch damit begründet, die Bundeswehr führe seit zehn Jahren „Krieg“ in Afghanistan. Ziel der Gruppierung sei es, die Hauptstadt Berlin in einen „Pausenmodus“ zu zwingen. Aufgrund der Anschläge kam es zu erheblichen Verkehrsproblemen in Berlin.[121]

Afghanistan-Konferenz in Bonn vom 1. bis 7. Dezember 2011

Anlässlich des im Oktober 2001 begonnenen mittlerweile zehnjährigen internationalen Afghanistan-Einsatzes wurde vom 1. bis 7. Dezember 2011 in Bonn auf hochrangiger internationaler administrativer und politischer Ebene über den weiteren Einsatz bzw. Rückzug von in Afghanistan stationierten Teilen der Internationalen Schutztruppe (ISAF) beraten.

---

[120] *www.bundeswehr-wegtreten.org/, Zugriff: 10.02.2012.*

[121] *linksunten.indymedia.org/de/node/50215, Zugriff: 10.02.2012.*

Die Proteste gegen die Konferenz waren der Schwerpunkt antimilitaristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011. Durch eine bundesweite Kampagne, in der sich neben bürgerlichen Gruppierungen und Institutionen auch linksextremistisch beeinflusste Organisationen in einem „Protestbündnis gegen Petersberg II[122]" engagierten, wurde bereits Monate vorher auf zahlreichen Mobilisierungs- und Informationsveranstaltungen zu Protestaktivitäten, vor allem zur Teilnahme an einer Demonstration am 3. Dezember 2011 in der Bonner Innenstadt, aufgerufen.

An der Demonstration nahmen etwa 1.900 Personen teil. Aus einem sogenannten „Internationalistischen Block", der aus etwa 350-400 Aktivisten der autonomen Antifa-Szene bestand, wurden Farbbeutel gegen eine Niederlassung der Hochtief AG geworfen.

Während der Abschlusskundgebung wurde MdB Hans Christian Ströbele zu Beginn seines Redebeitrags mit Farbbeuteln und Eiern beworfen. Am Vortag besetzten etwa 20 Aktivisten das Afghanistan-Büro der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im ehemaligen Regierungsviertel. Bei der Aktion wurde ein überdimensionales Transparent mit der Aufschrift „Krieg beginnt hier!" über dem Haupteingang des Gebäudes angebracht.

Themenfeld Antirepression

Kritik an sozialen Verhältnissen und gegen Verdrängungseffekte durch Luxussanierungen in Stadtteilen („Gentrifizierung")

Prägend für das ansteigende Aktionsniveau sind nach wie vor die Schaffung und Erhaltung „autonomer Freiräume" in einem von der Szene so empfundenen bürgerlich-kapitalistisch geprägten System sowie der Kampf gegen Verdrängungseffekte durch Luxussanierungen in Stadtteilen („Gentrifizierung"). Teile der autonomen Szene versuchen daher, das Thema über das eigene Spektrum hinaus weit in das linksalternative Milieu zu tragen, in dem sie auch das angebliche Missverhältnis zwischen der Bezuschussung städtischer Prestigeobjekte und den Leistungen für Soziales und Kulturförderung in der kommunalen Ausgabenpolitik thematisieren.

Aktionen im Themenfeld Antirepression im Jahr 2011 in Nordrhein-Westfalen

Am 20. August 2011 protestierten „Freiraum"-Aktivisten, die nur teilweise der autonomen Szene zuzurechnen sind, in den Düsseldorfer Stadtteilen Flingern, Oberbilk, Bilk und Friedrichstadt mit einer „Tanzdemo" unter dem Motto *„Reclaim the streets – Die Verhältnisse zum Tanzen bringen!"* gegen die Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums, gegen steigende Mietpreise, die Verdrängung von Einkommensschwachen aus dem Stadtzentrum, für lebenswerte Stadtviertel sowie die Einführung eines Sozialtickets. Bis zuletzt wurde auf eine Anmeldung der Kundgebung verzichtet; erst auf Drängen der Polizei ließ sich ein verantwortlicher Veranstalter finden. Bei dem Aufzug wurde von zwei Lastkraftwagen Musik im Stil einer „Loveparade" abgespielt. Im Verlauf kam es zu einer Auseinandersetzung, als beim Vorbeiziehen an einer Gastwirtschaft, in der eine Sportübertragung mit deutscher Beteiligung gezeigt wurde, der Ruf „Nie wieder Deutschland!" skandiert wurde und sich darauf die Gäste und Kundgebungsteilnehmer gegenseitig mit Flaschen bewarfen, bis die Polizei einschritt. Die unerwartet hohe Beteiligung von über 500 Teilnehmern, die auch aus Köln und angrenzenden Städten angereist waren, wurde szeneintern als großer Mobilisierungserfolg angesehen.

Dieses Geschehen ist jedoch nicht ohne weiteres auf andere Städte übertragbar. Eine über Flashmob angekündigte „Hausbesetzung" des mittlerweile geschlossenen Kulturzentrums „Hundertmeister" in Duisburg, das auch eine beliebte Anlaufstelle der dortigen autonomen Szene ist, vermochte lediglich 30 bis 40 Teilnehmer anzulocken, die sich schließlich mit einer kurzfristigen und störungsfreien Mahnwache zufrieden gaben. Auch bei einer Kundgebung zur Räumung eines nur kurzzeitig besetzten Hauses in der Moselstr. 8 in Köln am 26. Juli kamen nur 50 Teilnehmer. Die Besetzung selbst

---

[122] *www.afghanistanprotest.de/dokumentation-pii/ueber-uns.html, Zugriff: 10.02.2012.*

blieb in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, ebenso eine über das Internet initiierte ad hoc-Mobilisierung zur Jahreswende 2011/2012 in Aachen mit nur etwa 20 Teilnehmern.

Mit Bezug zum Thema Gentrifizierung wurde am 19. Mai 2011 eine unbesetzte Polizeidienststelle in Essen-Horst durch Pflastersteine und Farbschmierereien beschädigt.

Schaffung und Erhaltung „autonomer Freiräume" als Kapitalismuskritik

Mit dem Thema Antirepression und „autonome Freiräume" wird auch zunehmend das ansonsten eher von dogmatischen Strömungen besetzte Themenfeld Antikapitalismus verbunden. Ende März 2011 stand aufgrund eines Räumungstitels die polizeiliche Zwangsräumung des 'Autonomen Zentrums' (AZ) in Köln tagelang auf der Agenda, nachdem bereits im Jahr 2010 massiv zu Aktionen gegen eine befürchtete Räumung mobilisiert worden war. Letztlich verständigte sich die Sparkasse Köln als Eigentümerin des Geländes mit den Besetzern auf Überlassung des AZ bis Herbst 2011.

Aufgrund der Räumung der Liebigstraße 14, ein symbolträchtiges Haus für die autonome Szene in Berlin, kam es im Februar 2011 bundesweit zu Solidarisierungsaktionen (Kundgebungen, Sachbeschädigungen, Farbschmierereien), so z.B. in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Köln.

Themenfeld Antirassismus

Das Themenfeld Antirassismus spielte – im Gegensatz zu den anderen Themenfeldern – auch im Jahr 2011 eine eher untergeordnete Rolle; gleichwohl finden weiterhin regelmäßig Aktionen rund um das Thema statt.

Sammelrückführungen gegen Demonstration gegen Flughafen Düsseldorf

Am Flughafen Düsseldorf wurde in 2011 erneut mehrfach versucht, Sammelrückführungen insbesondere von Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu verzögern oder gar zu verhindern. In den Monaten April, Mai, September und Dezember demonstrierten jeweils ca. 30 bis 80 Aktivisten gegen Rückführungen von Serben und Kosovaren.

Am 30. August 2011 demonstrierten ca. 50 Abschiebegegner zum Gedenken an den Tod eines Asylbewerbers an der JVA Stöckerbusch in Büren.

Demonstration an der Frauenhaftanstalt Neuss am 3. Dezember 2011

Das „Aktionsbündnis für globale Bewegungsfreiheit" veranstaltete am 3. Dezember 2011 in Neuss mit ca. 60 Teilnehmern eine Demonstration „gegen die alltägliche Abschiebepraxis in Neuss und überall". Anschließend wurde vor der Abschiebehaftanstalt eine Kundgebung für inhaftierte Frauen durchgeführt.

Fazit: Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikernkraft bleiben im Fokus – zunehmende Gewaltanwendung gegen die Polizei!

Das Themenfeld Antifaschismus bildet für die linksautonome Szene weiterhin den Schwerpunkt für ihre Aktivitäten. Das Verhaltensmuster ist dabei zumeist gleich: „Rechts" meldet eine Demonstration an, „links" mobilisiert dagegen. Jährliche „Highlights" für die autonome Antifa sind die Demonstrationen gegen die rechtsextremistische Szene in Stolberg („Trauermarsch") und Dortmund („Antikriegstag").

Ist der Gegner „rechts" bei Demonstrationen für die autonome Szene nicht greifbar, richtet sich die Gewalt zunehmend gegen die Polizei als „Vertreter des Repressionsapparates". In diesem Jahr fiel

besonders die massive Gewaltanwendung gegen die Polizei beim „Antikriegstag" der rechtsextremistischen Szene in Dortmund auf. Auffällig sind ebenfalls die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen beider Spektren auf An- und Abfahrtswegen zu und von Demonstrationen, insbesondere auf Bahnhöfen und Raststätten.

Die Entwicklungen in den Themenfeldern Antimilitarismus und Antikernkraft werden wesentlich durch aktuelle Ereignisse, den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den Castor-Transporten bestimmt. Der Beschluss des Bundestages zum Atomausstieg mag zu einer gewissen Abschwächung des Protestes geführt haben.

Die massive Gewaltanwendung gegen die Polizei, die auch beim Castor-Transport zu beobachten war, lässt auf ein hohes Aggressionspotenzial des autonomen Spektrums mit einer zunehmend sinkenden Hemmschwelle schließen. Ob sich dies auch bei anderen, in der nächsten Zeit anstehenden Protesten von Linksextremisten niederschlagen wird – beispielsweise bei möglichen Castor-Transporten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012 – bleibt abzuwarten.

Die Bundeswehr und deren Logistikdienstleister bleiben Reizobjekt der antimilitaristisch orientierten linksautonomen Szene. Daher muss auch weiterhin bei Veranstaltungen der Bundeswehr mit Angriffen oder zumindest spektakulären Aktionen mit intendierter Öffentlichkeitswirkung gerechnet werden. Im Jahr 2011 kam beim Tag der deutschen Einheit und dem NRW-Tag Anfang Oktober in Bonn der antideutsche bzw. antinationalistische Impetus hinzu.

Die Vernetzungs- und Kooperationsbemühungen der autonomen Szene sind insbesondere bei der Mobilisierung zu Großveranstaltungen zumeist sehr professionell. Trotz einer Reihe von „Autonomen Vollversammlungen" im Jahr 2011 ist eine dauerhafte oder gar institutionalisierte Vernetzung noch nicht festzustellen. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass Vernetzung zwangsläufig eine gewisse Struktur und Organisation erfordert, was dem autonomen Selbstverständnis eher wesensfremd ist.

4 Ausländerextremismus[123]

Der Verfassungsschutz beobachtet im Ausländerextremismus Bestrebungen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes bzw. eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Schwerpunktmäßig liegen die Bestrebungen in den beiden letztgenannten Bereichen. Dabei ist die Tatbestandsvoraussetzung der Gewaltanwendung schon dann erfüllt, wenn ausländische Gruppierungen von hier aus gewaltsame Aktionen im Heimatstaat vorbereiten, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel.

Der Ausländerextremismus ist durch eine Vielzahl von Vereinigungen von unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe geprägt. Den Schwerpunkt bilden in Nordrhein-Westfalen die extremistischen Organisationen aus der Türkei. Die sehr unterschiedlichen Zielrichtungen ausländerextremistischer Organisationen lassen sich im Wesentlichen unterteilen in nationalistische Bestrebungen, linksextremistische Bestrebungen und ethnisch motivierte Autonomiebestrebungen. Dabei sind die Übergänge fließend: So sind einige Organisationen ursprünglich linksextremistischer Ausrichtung nach jahrelanger Entwicklung heute vorrangig von ethnisch begründetem Unabhängigkeitsstreben geprägt.

4.1 Türkische Organisationen

4.1.1 Ülkücü-Bewegung*

Hintergrund

Die Ülkücü-Bewegung* ist dem türkischen rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen. Da das Symbol der Bewegung der „Graue Wolf" (türkisch „Bozkurt") ist, sind ihre Anhänger auch als 'Graue Wölfe*' bekannt. Die Ülkücü-Bewegung* ist heterogen strukturiert und setzt sich insgesamt aus mehreren Dachverbänden, unter anderem der Föderation der 'Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' ('Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Ferderasyonu*' – ADÜTDF), einigen Abspaltungsvereinen sowie einer organisationsungebundenen Anzahl von Anhängern zusammen.

Die Ülkücü-Bewegung* bzw. die ihr zuzuordnenden Gruppierungen sind durch ein übersteigertes Nationalbewusstsein gekennzeichnet, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchsten Wert ansieht. Neben dem Türkentum, das an erster Stelle steht, kommt dem Islam als eine die türkische Identität ergänzenden Komponente besondere Bedeutung zu. Je nach Ausrichtung der Gruppierung dominieren islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte. Das gemeinsame und verbindende Element dieser Bestrebung ist ein auf Hegemonie und imperiale Machtentfaltung ausgerichteter türkischer Nationalismus. Solche Phasen in der Geschichte der Turkvölker werden dementsprechend zur Selbstvergewisserung herausgestellt und überhöht. Die

---

[123] *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich" verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

Zielrichtungen können dabei eher pan-islamisch oder stärker pan-türkisch ausgerichtet sein. Die Symbole und Begrifflichkeiten leitet die Ülkücü-Bewegung* aus der Geschichte der Turkvölker her. Zum Feindbild gehören all jene Menschengruppen und Institutionen, von denen man annimmt, dass sie dem Ziel der Machtentfaltung des türkischen Nationalismus entgegenstehen. Die sogenannte türkisch-islamische Synthese wird von den Anhängern in der Aussage zusammengefasst: „Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib", was das stark religiös gefärbte Nationalismusverständnis zum Ausdruck bringt. Ein weiteres tragendes Element der Ideologie ist der Panturkismus, dessen politisches Ziel zum einen am Osmanischen Reich mit seinem türkisch-islamischen Charakter, zum anderen auf eine Vereinigung aller Türken (turksprachigen Völker) unter der Führung einer großen und mächtigen Türkei ausgerichtet sind.

Die Ülkücü*-Ideologie lebt außerdem von der Pflege gemeinsamer Feindbilder, zu denen in unterschiedlichen Kombinationen variable Verschwörungstheorien entwickelt werden. Zu den ideologischen Feinden gehören vor allem Kurden, Amerikaner, Juden und Armenier, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, zum Beispiel Homosexuelle.

Für die Verbreitung der Ideologie der Ülkücü-Bewegung* wird insbesondere im Internet auf verschieden Plattformen wie sozialen Netzwerken und Videoportalen geworben. Die sozialen Netzwerke bieten die Möglichkeit, die nationalistische Ideologie zu propagieren, überregional für Veranstaltungen zu mobilisieren und Feindbilder zu verbreiten. Wenngleich sich die oben genannten Dachverbände nach außen hin überwiegend legalistisch geben, dulden sie doch zumindest die Verbreitung des extrem nationalistischen Gedankengutes in ihren Reihen.

Der sogenannte Ülkücü*-Eid, der auf zahlreichen einschlägigen Web-Seiten nachzulesen ist, macht die Kernaussage der Ideologie deutlich:

> *„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge*
> *Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein*
> *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen*
> *Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen*
> *Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut*
> *Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist*
> *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken,*
> *wir werden siegen, siegen, siegen*
> *Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen"*

4.1.2 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*

Leitung	Sentürk Dogruyol	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	ca. 7.000	ca. 2.000
2010	ca. 7.000	ca. 2.000
Publikation	'Türk Federasyon Bülteni' ('Bulletin der Türkischen Föderation')	
Internet	türkischsprachige Homepage	

Der unter der Bezeichnung 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' ('Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu*') bekannte Dachverband ADÜTDF* ist eine der anhängerstärksten Gruppierungen der Ülkücü-Bewegung* außerhalb der Türkei.

Durch ihr teilweise extrem nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF* Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG) bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1) richten und erfüllt damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Struktur

Die ADÜTDF*, die 1978 in Frankfurt/Main als 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.' gegründet wurde, hat sich 2007 in 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' umbenannt. Zudem wurde eine 'Türkische Konföderation in Europa*' (ATK) als europäische Dachorganisation gegründet. Ihr gehören die nationalen Vereinigungen aus Deutschland und aus weiteren europäischen Staaten an. Die ADÜTDF* gilt als deutsche Vertretung der in der Türkei ansässigen 'Partei der Nationalistischen Bewegung' ('Milliyetçi Hareket Partisi' – MHP). 1969 von Alparslan Türkeş gegründet, wird sie seit dessen Tod 1997 von Devlet Bahçeli geführt. Die MHP, die von 1999 bis 2002 an der türkischen Regierung beteiligt war, konnte bei den zuletzt am 12. Juni 2011 durchgeführten Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil von zuvor 14,3% nicht ganz halten und kam nun auf 13,0%. In Deutschland werden etwa 150 Vereine mit rund 7.000 Mitgliedern der ADÜTDF* zugerechnet. Rund 70 Vereine befinden sich in Nordrhein-Westfalen.

Finanzierung

Die ADÜTDF* finanziert sich im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Sponsoring.

Veranstaltungen

Im Zweijahresrhythmus führt die ADÜTDF* in Deutschland ihren Kongress durch. Im Jahre 2011 fand der 27. Kongress der ADÜTDF* am 19. November in der Essener Grugahalle statt. Neben mehr als 7000 Anhängern nahmen auch Vertreter der MHP und deren Vorsitzender, Devlet Bahçeli, an der Veranstaltung teil. Bahçeli betonte in einer von ihm gehaltenen Rede den Stolz auf das Türkentum. Man dürfe die eigene Herkunft nicht vergessen, die nationale Identität sei eine Quelle des Stolzes. Wörtlich führte er aus: *„Wenn es nötig ist, werden wir die Grenzen der Türkei wieder dick mit unserem Blut zeichnen, denn wir sind das große türkische Volk"* und weiter *„Ihr seid die Akincis (Sturmreiter) und Alperens (nationalistisch orientierte Helden) dieses Jahrhunderts. Ihr seid die Grauen Wölfe in Europa"*. Den Besuchern wurde darüber hinaus ein breites Musik- und Kulturprogramm geboten. Außerdem wurde auch der Vorstand der ADÜTDF* gewählt. Die Wahl bestätigte den Generalvorsitzenden der ADÜTDF*, Sentürk Dogruyol, in seinem Amt.

Im Jahre 2011 wurden von zahlreichen Mitgliedsvereinen der ADÜTDF* in der gesamten Bundesrepublik Saalveranstaltungen durchgeführt, die auch in Nordrhein-Westfalen teilweise von mehreren hundert Personen besucht wurden. Diese boten in der Regel ein kulturelles und politisches Programm.

Internetaktivitäten jugendlicher Ülkücü*-Anhänger

Das Internet ist für die Darstellung des türkisch-nationalistischen Gedankengutes insbesondere bei den jugendlichen Anhängern der Ülkücü-Bewegung* erkennbar von großer Bedeutung. In zahlreichen offen zugänglichen Videoportalen, aber auch in einem Netzwerk türkisch-nationalistischer Webseiten präsentieren Jugendliche ihre extremistischen Forderungen und Positionen. Die hier bekannten Videos sind überwiegend in türkischer Sprache aufgezeichnet. Sie enthalten extrem kurden-, homosexuellen-, juden-, armenier- und USA-feindliche Aussagen sowie obszöne und beschimpfende Darstellungen. Das folgende Beispiel eines Rap-Songs verdeutlicht dies: *„Dieser Rap geht an die ganzen Kurden, Hurensöhne, die Scheiß-PKK-Leute. Das ist ein Bozkurt-Rap, hast Du das denn nicht gescheckt? (...). Kurde verreck, du Stück Dreck, dies ist ein Türkisch-Gangsta-Rap"*. In den Videos wird gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen gehetzt und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland das Entstehen von Parallelgesellschaften mit dem entsprechenden Konfliktpotenzial gefördert.

Gewaltbereitschaft

Die ADÜTDF* stellt sich als gesetzestreu dar und ihre offiziellen Vertreter haben bereits vor einigen Jahren Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer ideologischen Überzeugungen abgelehnt.

Im Jahre 2011 kam es in Nordrhein-Westfalen – und auch im gesamten Bundesgebiet – jedoch zu bisher nicht gekannten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PKK-Anhängern und pro-türkisch ausgerichteten Demonstranten. Auslöser war eine sich seit Mitte August 2011 verschärfende Lage im türkisch-irakischen Grenzgebiet zwischen der türkischen Armee und kurdischen Rebellen. Dabei kamen am 18. Oktober 2011 bei einem Angriff kurdischer Rebellen auf türkische Militärposten mehr als 30 türkische Soldaten ums Leben.

Vor diesem Hintergrund fanden allein in Nordrhein-Westfalen vom 22. Oktober bis Ende November 2011 mehr als zehn pro-türkisch ausgerichtete Demonstrationen statt, die meisten unter dem Motto „Protestkundgebungen gegen den PKK-Terror". Mehrere Demonstrationen hatten bis zu 1500 Teilnehmer. Aufgrund von gezeigten Fahnen, Symbolen und gehaltenen Reden konnten oftmals deutliche Beteiligungen von Anhängern der Ülkücü-Bewegung* festgestellt werden.

Die Veranstaltungen verliefen nur selten friedlich. Oftmals kam es während des Demonstrationsverlaufs zu Provokationen von kurdischer Seite, die zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten. Zudem wurde im Anschluss an einige Demonstrationen von pro-türkischen Teilnehmern versucht, kurdische Einrichtungen anzugreifen. Nur starke Polizeikräfte konnten Ausschreitungen und Übergriffe verhindern.

Bewertung

Bei den aufgezeigten Auseinandersetzungen im Oktober und November 2011 konnte ein Aggressionspotential zwischen in der Bundesrepublik lebenden Kurden (PKK-Anhängern) und nationalistisch gesinnten Türken (Ülkücü*-Anhängern) festgestellt werden, das bisher so noch nicht bekannt war. Neu war in diesem Zusammenhang auch die Rolle der sozialen Netzwerke im Internet. Noch nie wurde dieses Medium so intensiv für den Aufruf zur Teilnahme und die Werbung für Demonstrationen in diesem Umfeld genutzt, was die weiter zunehmende Bedeutung des Internets für die Ülkücü*-Anhänger verdeutlicht.

Aufgrund der Vielfalt und auch der Vielzahl der hier bekannten Internetauftritte liegt die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung* mit ihren Positionen und Forderungen das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Deutschland fördert. Insbesondere unter den türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten und dritten Migrantengeneration gibt das Erstarken eines übersteigerten türkischen Nationalbewusstseins Anlass zur Sorge, da dies die Integration der Jugendlichen in die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland behindert.

4.1.3 Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke

Leitung	Nach dem Tod von Dursun Karataş wurde noch kein Nachfolger benannt	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	650	200
2010	650	200
Publikationen	'Kurtuluş' ('Befreiung'), 'Yürüyüş' ('Der Marsch')	
Internet	mehrsprachige Homepage	

Hintergrund

Die in der Türkei und Deutschland verbotene 'Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front' ('Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi' – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem

durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei auch terroristischer Methoden. So war die Organisation im Vorfeld des NATO-Gipfels im Juni 2004 in Istanbul für die Bombenexplosion in einem Linienbus mit vier Toten und zahlreichen Verletzten verantwortlich. Im Juli 2004 wurde nach Angaben der türkischen Sicherheitskräfte durch die Tötung des mutmaßlichen Attentäters ein Anschlag auf das Justizministerium in Ankara vereitelt; der Täter soll Mitglied der DHKP-C gewesen sein. In Deutschland wurden von der Organisation – allerdings letztmalig 1998 – Gewaltaktionen gegen Anhänger des Oppositionsflügels und Spendenerpressungen verübt.

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Mit ihrem Bestreben gefährdet die DHKP-C sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW). Wegen der gleichermaßen vorhandenen Gewaltbereitschaft unterliegt auch die weniger bedeutende Abspaltungsgruppe 'Türkische Volksbefreiungspartei/-Front' (THKP/-C) der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden.

Die DHKP-C und die THKP/-C sind Nachfolgeorganisationen der in der Bundesrepublik seit 1983 verbotenen 'Devrimci Sol'. Auch sie sind seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Ein Streit zwischen den seinerzeitigen Vorsitzenden begründete die bis heute andauernde Rivalität zwischen beiden Organisationen, ohne dass ernsthafte ideologische Differenzen zu erkennen wären. Unter der Bezeichnung DHK-C – 'Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi' agiert der militärische Arm der DHKP-C. Die politischen Aktivitäten werden seit dem Verbot 1983 konspirativ fortgesetzt. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die DHKP-C auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Struktur

Deutschland ist neben der Türkei das wichtigste Betätigungsgebiet der DHKP-C. Die Organisation verfügt über feste Strukturen. Dem Deutschlandverantwortlichen sind Gebietsverantwortliche nachgeordnet. Die eingesetzten Funktionäre treten zur Tarnung unter Decknamen auf. Als örtliche oder regionale Basis dienen der DHKP-C Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Organisation zulassen. In Nordrhein-Westfalen verfügt die DHKP-C über solche Stützpunkte unter anderem in Bielefeld, Dortmund, Duisburg und Köln.

Als der verbotenen DHKP-C nahe stehend wird der 'Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei' (TAYAD) angesehen, der in Deutschland auch unter dem Namen jeweiliger regionaler TAYAD-Komitees öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführt. Wegen personeller Verflechtungen wird auch bei der 'Anatolischen Föderation' (mit Sitz in NRW), die aus dem 'Verband anatolischer Volkskulturvereine e. V.' hervorgegangenen ist, eine Nähe zur DHKP-C angenommen.

Finanzierung

Die DHKP-C finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf von Publikationen.

Medieneinsatz

Neben den Publikationen 'Kurtuluş' ('Befreiung') und 'Yürüyüş' ('Der Marsch') nutzt die DHKP-C intensiver als die übrigen linksextremistischen türkischen Organisationen das Internet für Aufrufe und politische Erklärungen. Sie verfügt über eine mehrsprachige Homepage.

Ungeklärte Nachfolge des Generalsekretärs

Der Gründer und langjährige Generalsekretär der DHKP-C, Dursun Karataş, verstarb am 11. August 2008 in den Niederlanden im Alter von 55 Jahren. Karataş war die Leit- und Integrationsfigur der Organisation und stand für ihren Zusammenhalt. Bis heute ist weder ein offizieller noch ein inoffizieller Nachfolger von Dursun Karataş bekannt geworden.

Aktivitäten

Im Jahre 2011 organisierte die 'Anatolische Föderation', wie auch im Jahre 2010, einen sogenannten „Langen Marsch". In der Zeit vom 9. bis 18. Februar hielten Anhänger der DHKP-C im Rahmen dieses Marsches kleinere Kundgebungen mit Informationsständen in verschiedenen deutschen Städten ab (unter anderem in Berlin, Düsseldorf, Duisburg, Köln, Münster, Stuttgart und Hamburg). Unter dem Motto „Hunderttausend Stimmen gegen Isolation" kritisierte die 'Anatolische Föderation' die Haftbedingungen für ihre inhaftierten Funktionäre in Deutschland und stellte diese als Ausdruck staatlicher Repression und „Isolationsfolter" dar. Der „Lange Marsch", der friedlich verlief, begann in Düsseldorf und endete in Berlin.

Im Juli und August führten DHKP-C-Anhänger in der Bundesrepublik zum Teil von Informationsständen begleitete ein- bis dreitägige Hungerstreikaktionen durch. Sie wollten damit ihre Solidarität mit den Angehörigen eines in der Türkei verstorbenen Kämpfers der Organisation bekunden. Den Höhepunkt der Kampagne bildete Anfang August ein mehrtägiger Hungerstreik auf der Domplatte in Köln.

Strafverfolgungsmaßnahmen

Am 13. Juli 2011 wurde ein mutmaßlicher DHKP-C-Aktivist in Köln verhaftet. Dem Festgenommenen wird vorgeworfen, als Aktivist der DHKP-C in Europa Mitglied der innerhalb der DHKP-C bestehenden terroristischen Vereinigung in der Türkei zu sein (§ 129b StGB). Er soll Geldmittel für den gegen den türkischen Staat geführten Kampf beschafft und Propagandamaterial vertrieben haben.

Gegen drei Führungsfunktionäre der DHKP-C wurden im Januar und Mai 2011 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Prozesse eröffnet. Zwei von ihnen wurden im Jahre 2010 in Köln beziehungsweise Düsseldorf festgenommen. Der Dritte wurde im Mai 2010 in Frankreich festgenommen und nach Deutschland überstellt. Die Prozesse dauern an.

Am 27. September 2011 wurde in einem seit Januar 2009 laufenden Prozess gegen einen Führungsfunktionär der DHKP-C das Urteil vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gesprochen. Der Angeklagte wurde wegen Mordes aus Heimtücke und niederen Beweggründen in mittelbarer Täterschaft zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte als hochrangiger Kader 1993 von Deutschland aus den Auftrag für einen Mordanschlag in der Türkei gegeben hat.

Bewertung

Die Probleme in den zurückliegenden Jahren bei der Mitgliedermotivation und bei der Finanzierung der Organisation bestehen fort. Hinzu kommt nach wie vor die konsequente Verfolgung und Verhaftung von Führungsfunktionären durch die Sicherheitsbehörden, die die Organisation verunsichern und schwächen.

4.1.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK); Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen

Für die PKK ('Arbeiterpartei Kurdistans') sind die westeuropäischen Staaten – und damit auch Deutschland – ein Ruhe- und Rückzugsraum, in dem finanzielle und logistische Unterstützung für den bewaffneten Kampf in der Türkei organisiert wird. Der aus der PKK ('Partiya Karkerên Kurdistan') her-

vorgegangene KONGRA-GEL ('Volkskongress [Kurdistan]') setzt dementsprechend seine offizielle Linie des Gewaltverzichts in Westeuropa fort. Nach wie vor ist das zentrale Anliegen die Forderung nach erweiterter kultureller und politischer Eigenständigkeit der Kurden in der Türkei; gleichzeitig sind Themen wie beispielsweise die aktuellen Haftbedingungen Abdullah Öcalans oder Kampfhandlungen in den kurdischen Siedlungsgebieten im Nordirak Auslöser für Protestaktionen und Demonstrationen, die nicht nur in Deutschland, sondern teilweise auch europaweit durchgeführt wurden.

Seit dem 26. November 1993 ist die PKK in Deutschland vom Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt.

Sitz	Nord-Irak	
Europavertretung	wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten/CDK 'Koordînasyon Civata Ekolojîk – Demokratîk a Kurd Li Ewropa'	
Vorsitz	Remzi Kartal	
Höchstes Entscheidungsorgan	Generalversammlung	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	ca. 13.000	ca. 2.200
2010	ca. 11.500	ca. 2.000
Publikationen	'Serxwebun' (Unabhängigkeit), erscheint monatlich; 'Sterka Ciwan' (Stern der Jugend), erscheint monatlich; 'Newaya Jin' (Erlebnisse der Frauen), erscheint monatlich; 'Kurdistan-Report', Auflage bis 15.000; Tageszeitung 'Yeni Özgür Politika'	
Medien	'ROJ-Gruppe' mit Sitz in Brüssel mit den Fernsehsendern 'ROJ-TV' mit dänischer Sendelizenz und 'MMC TV', Sendelizenzgeber unbekannt, sowie dem Radiosender 'Denge Mezopotamya'; 'NEWROZ TV' mit Sitz in Stockholm (Schweden)	
Internet	Zahlreiche Internetauftritte über mehrere Server	

Aktuell

Von dem aus der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) hervorgegangenen 'Volkskongress Kurdistan' (KONGRA-GEL) gehen in Westeuropa weiterhin keine offen gewalttätigen Aktionen aus. Vielmehr bemüht er sich durch entsprechende Propaganda um die politische Anerkennung seiner Forderungen.

Thematische Bezugspunkte, die Auslöser für entsprechende Propagandaaktionen gewesen sind, waren im Jahr 2011 unter anderem folgende Ereignisse:

- Ende Juli 2011 wurde der Kontakt zwischen Abdullah Öcalan und seinen Rechtsanwälten durch die türkischen Behörden unterbunden. Dieses Kontaktverbot wurde vom Vorsitzenden des KCK-Exekutivrats unter anderem wie folgt kommentiert: *„Unser sensibelster Punkt ist unser Führer, der größte Angriff uns gegenüber kann nur die Isolation unseres Führers sein."*

- In der türkisch-irakischen Grenzregion kam es seit April 2011 zu wiederholten und intensivierten Kampfhandlungen. Nachdem am 18. Oktober 2011 bei Aktionen der PKK in der Türkei mehr als 30 Soldaten getötet worden waren, startete das türkische Militär eine Boden- und Luftoffensive. Neben der fortbestehenden Isolation Abdullah Öcalans wurde ab diesem Zeitpunkt bei Veranstaltungen auch diese erneute Eskalation thematisiert.

- Bei militärischen Maßnahmen türkischer Luftstreitkräfte im Grenzgebiet zwischen dem Irak und der Türkei wurden in der Nacht auf den 29. Dezember 2011 35 Zivilpersonen getötet.

Als Folge dieser Auseinandersetzungen kam es zur Anmeldung von – sowohl prokurdischen als auch protürkischen – Protestveranstaltungen, bei denen es teilweise gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den protestierenden Gruppen gab.

Die im Rahmen dieser Aktionen aufgestellten Forderungen sind nach wie vor primär auf die Einräumung von kulturellen und politischen Freiheitsrechten für die kurdische Minderheit in der Türkei sowie auf die Situation ihres in Haft befindlichen Führers Abdullah Öcalan ausgerichtet.

Hintergrund

Die 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK), die heute unter der Bezeichnung 'Volkskongress Kurdistans' (KONGRA-GEL) agiert, wurde im November 1978 in der Türkei gegründet. Sie strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. In diesem Gebiet sollen etwa 20 bis 25 Millionen Kurden, davon etwa 12 bis 15 Millionen in der Türkei, leben. Im Januar 2000 wurde dieses Ziel aufgegeben; stattdessen strebt die Partei die Stärkung demokratischer und kultureller Rechte der Kurden in den jeweiligen Siedlungsgebieten an. Die PKK unterhält in der Türkei militärische Kräfte, die seit Januar 2000 unter der Bezeichnung 'Volksverteidigungskräfte' (HPG) agieren.

Seit dem 26. November 1993 sind der PKK und ihrer Nebenorganisation 'Nationale Befreiungsfront Kurdistans' ('Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan' – ERNK) die Betätigung in Deutschland verboten. Das Bundesministerium des Innern hat am 30. Juli 2004 festgestellt, dass *sich „das gegen die PKK verhängte vereinsrechtliche Betätigungsverbot* [...] *auch auf den KONGRA-GEL erstreckt"*. Außerdem wird die PKK in der Liste der Europäischen Union über terroristische Organisationen geführt. Das Verbot umfasst auch weitere Organisationen des KONGRA-GEL, nämlich die ERNK-Nachfolgeorganisation CDK 'Koordînasyon Civata Ekolojîk-Demokratîk a Kurd Li Ewropa', zu Deutsch: 'Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa' und die 2005 gegründete KCK ('Koma Civaken Kurdistan') beziehungsweise deren Vorgängerin, die 'Koma Komalen Kurdistan' – KKK. Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ethnischen Kurden wird auf ca. 800.000 geschätzt, etwa 200.000 davon leben in Nordrhein-Westfalen.

Obwohl in Westeuropa seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu friedlichem Verhalten erkennbar ist, stellt die PKK wegen einer Reihe gewalttätiger öffentlicher Aktionen und wegen der fortlaufenden innerorganisatorischen Gewalttaten nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar, was ihre Beobachtung auch gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW begründet.

Ihre Ziele verfolgt die PKK in der Türkei auch heute noch mit Waffengewalt, wie die nach wie vor andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerilla-Einheiten sowie terroristische Anschläge in der Türkei zeigen. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Gründungsmitglied und Führer der PKK war Abdullah Öcalan, der trotz seiner Inhaftierung seit Februar 1999 formal bis November 2003 als Generalsekretär an der Spitze der Organisation stand. Erst als im Zuge innerorganisatorischer Veränderungen der KONGRA-GEL als Nachfolgeorganisation der PKK gegründet wurde, trennte man sich auch formal vom ehemaligen Vorsitzenden Abdullah Öcalan und von dem militärischen Flügel, der 'Volksbefreiungsarmee Kurdistans'. Abdullah Öcalan bleibt aber Identifikationsfigur der PKK-Anhänger. Nachrichten über seinen Gesundheitszustand oder die Bedingungen seiner Haft erregen die Gemüter. Nachdem Abdullah Öcalan Ende Juli 2011 erklärt hatte, nicht mehr als Vermittler zwischen der PKK und dem türkischen Staat zur Verfügung zu stehen und anschließend ein Kontaktverbot zwischen ihm und seinen Anwälten verhängt wurde, kam es zu zahlreichen Protestaktionen seitens der PKK-Anhängerschaft.

Der Finanzbedarf der PKK ist nach wie vor erheblich, um die Aktionsfähigkeit der Organisation im In- und Ausland zu erhalten. Insbesondere die militärischen Aktivitäten der Guerillakräfte in der Auseinandersetzung mit dem türkischen Militär kosten viel Geld. Wichtigste Geldquelle bleibt die jährliche Spendensammlung, die durch regelmäßige Zahlungen von Anhängern und durch Erlöse aus dem Zeitschriftenverkauf ergänzt wird.

Situation in der Türkei

Aufkündigung der Waffenruhe:

Die im August 2010 von der PKK einseitig ausgerufene Waffenruhe in der Türkei wurde durch die Organisation am 28. Februar 2011 für beendet erklärt.

Begründet wurde dies mit den seit Jahren erfolglosen Bemühungen Öcalans um eine friedliche Lösung der Kurdenfrage und der anhaltenden Repressionspolitik seitens der türkischen Regierung. Ohnehin hatte auch während der „einseitigen Waffenruhe" die Ankündigung bestanden, dass man keine Kräfte angreifen werde, die nicht ihrerseits Angriffe durchführen, man werde von „seinem Recht auf Vergeltung" aber Gebrauch machen.

Parlamentswahlen:

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 wurden 36 Abgeordnete, die sich unter Federführung der prokurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi – BDP) als unabhängige Kandidaten zur Wahl gestellt hatten, in das Parlament gewählt. Gegen einige dieser Abgeordneten wurden Strafverfahren wegen in der Vergangenheit liegende Aktivitäten für die verbotene PKK bzw. wegen politischer Betätigung für der PKK nahestehende verbotene Parteien eingeleitet. Von kurdischer Seite wurde dies als ungerechte Willkür bewertet, die darauf abziele, die kurdische Politik zu kontrollieren und ihres Willens zu berauben.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2011 verhärteten sich dann die politischen Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und den Kurden. Auch die militärischen Auseinandersetzungen eskalierten:

- Ende August 2011 führten die 'Freiheitsfalken Kudistans' (TAK) – eine aus den sogenannten 'Volksverteigungskräften' (HPG) hervorgegangene Terrororganisation – in Antalya und Kemer durch am Badestrand platzierte Sprengsätze Anschläge durch, bei denen zwölf Menschen verletzt wurden.

- Im September hat die TAK in Ankara einen weiteren Sprengstoffanschlag durchgeführt, bei dem drei Personen getötet und 34 verletzt wurden.

- Zudem kam es zu den bereits beschriebenen Kampfhandlungen in der türkisch-irakischen Grenzregion.

Vorschlag der PKK zur Demokratischen Autonomie:

Als Lösungsansatz für die Kurdenproblematik wurde Mitte Juli 2011 in der Türkei ein Kongress einberufen, in dem eine Deklaration zur „Demokratischen Autonomie" verabschiedet wurde. Mit dem Papier wird die Bildung einer Föderation selbstorganisierter kurdischer Kommunen in Kurdistan vorgeschlagen. Obwohl das Papier nicht die Spaltung der Türkei vorsieht, zielt es doch auf einen fundamentalen Umbau des türkischen Staates ab. Schon aus diesem Grund hat der Vorschlag kaum Chancen auf Beachtung oder Beruhigung des Konflikts.

Organisation in Europa

Zur politischen Vertretung auf europäischer Ebene und für Propagandazwecke hat der KONGRA-GEL eine Reihe von Organisationen gegründet. Dazu gehört als offizielle Europavertretung die 'Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa' ('Koordînasyon Civata Ekolojîk-Demokratîk a Kurd Li Ewropa' – CDK). Sie hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Propagandatätigkeit zu informieren und für den – im Sprachgebrauch der PKK – „Befreiungskampf" zu begeistern. Die wichtigsten Neben- bzw. Teilorganisationen, mit denen der KONGRA-GEL in Deutschland vertreten ist, sind die 'Kurdische Frauenbewegung in Europa' (AKKH), ehemals 'Union der freien Frauen' (YJA), und der 'Demokratische Jugendföderalismus Kurdistans' – ('Komalen Ciwan').

Die Partei ist eine straff geführte Kaderpartei. Um unentdeckt zu bleiben, leben ihre führenden Funktionäre – zumindest ab Gebietsleiter[124] aufwärts – konspirativ. Sie wechseln in der Regel täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen zu erreichen, die auf unverdächtige Personen angemeldet sind. Vornehmlich halten sie sich in Deutschland, Belgien, Frankreich und den Niederlanden auf. Sie widmen ihre Arbeitskraft ausschließlich der Partei. Dabei sind sie für die Verbreitung von Parteibeschlüssen und Reden von Parteifunktionären, den Start und die Steuerung von Kampagnen und für Demonstrationen zuständig. Zudem sind sie verantwortlich für die Spendensammlung und überwachen den Verkauf von Zeitungen und Eintrittskarten für Großveranstaltungen wie dem jährlichen internationalen kurdischen Kulturfestival. Im Zuge von innerorganisatorischen Demokratisierungsbemühungen wurde seitens der CDK die Einrichtung von Volksräten als vorrangige Aufgabe angesehen. In allen CDK-Gebieten fanden im Jahr 2011 Volksratskongresse statt.

Auch im Jahr 2011 kam es in Strafverfahren gegen PKK-Funktionäre zu Verurteilungen, bei denen Haftstrafen zwischen ein und drei Jahren verhängt wurden. Darüber hinaus kam es zu mehreren Festnahmen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129a/b StGB).

Anschläge der 'Freiheitsfalken Kurdistans'

In den Städten und touristischen Zentren in der Türkei ist seit 2004 eine Stadtguerilla aktiv, die sich 'Freiheitsfalken Kurdistans' (TAK) nennt. Deren mutmaßliche Mitglieder berufen sich bei ihren Aktionen auf Abdullah Öcalan und sind nach eigenen Angaben aus den HPG hervorgegangen, sie agieren aber – ebenfalls nach eigenen Angaben – unabhängig vom KONGRA-GEL.

Bereits im Jahr 2010 hatte die TAK sich zu zwei Sprengstoffanschlägen in Istanbul bekannt. Im Jahr 2011 fanden diese Anschläge durch zwei Sprengstoffanschläge an den Badestränden von Antalya und Kemer sowie durch den Sprengstoffanschlag in der Innenstadt Ankaras, bei dem drei Personen getötet und 34 verletzt wurden, ihre Fortsetzung. Seit 2006 ist die TAK von der Europäischen Union als Terrororganisation gelistet.

Medieneinsatz

Die PKK bedient sich eines verzweigten Mediennetzes, das der Information in der kurdischen Anhängerschaft der PKK dient. Es umfasst Fernseh- und Radiosender und mehrere Zeitungen. Veröffentlichungen dieser Medien werden oft durch die Nachrichtenagentur 'Firat' aufbereitet. Die Medien verbreiten im Wesentlichen Beiträge über die Ziele und Aktivitäten der PKK. In der Zeitung 'Yeni Özgür Politika' finden sich zudem Hinweise auf kleinere regionale Veranstaltungen und ganzseitige Aufrufe zur Teilnahme an Großveranstaltungen. Weitere Zeitungen und Zeitschriften, die Propaganda für die PKK betreiben, sind die 'Serxwebun' ('Unabhängigkeit'), der deutschsprachige 'Kurdistan-Report' und der 'Sterka Ciwan' ('Stern der Jugend'). Auf die weibliche kurdische Anhängerschaft ausgerichtet ist die Zeitschrift 'Newaya Jin' ('Erlebnisse der Frauen').

Zudem wird auf verschiedenen Internetseiten PKK-Propaganda betrieben. Außerdem bieten sie die Plattform für Selbstbezichtigungserklärungen nach Anschlägen an oder werben für Protestveranstaltungen. Daneben nehmen Kontakte und Nachrichten in sozialen Netzwerken immer stärkeren Raum für die Kommunikation zwischen den Anhängern ein.

Seit März 2004 ist der Fernsehsender 'ROJ-TV' in Betrieb. Er arbeitet mit einer dänischen Sendelizenz. Schwerpunkt der Programmgestaltung sind kulturelle Sendungen, Diskussionsrunden, Sendungen, an denen sich die Zuschauer telefonisch beteiligen können, und Nachrichtenbeiträge, in denen vorrangig Vertreter der PKK zu Wort kommen. Zum Sendeverbund gehören neben 'ROJ-TV' auch der Fernsehmusiksender 'MMC TV' mit Sitz in Dänemark und der Radiosender 'Denge Mezopotamya'

---

[124] *Deutschland ist in drei Regionen („Saha") – Nord, Mitte und Süd aufgeteilt. Der Bereich „Saha-Mitte", zu dem auch Nordrhein-Westfalen gehört, ist in 7 Gebiete („Bölge") unterteilt.*

('Stimme Mesopotamiens') mit Sitz in Belgien, der ein ähnliches politisches Programm wie 'ROJ-TV' sendet. Dieser Senderverbund wird als PKK-nah bewertet. Der Betrieb des Senders wurde mit Verfügung vom 19. Juni 2008 vom Bundesministerium des Innern in Deutschland verboten. Die Verbotsverfügung wurde damit begründet, dass der Betrieb des Senders gegen deutsche Strafgesetze verstoße und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte. Gegen die Verbotsverfügung wurde Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes den Sendebetrieb bis zur Entscheidung in der Hauptsache zugelassen. Eine abschließende Entscheidung konnte bislang nicht ergehen, da das Bundesverwaltungsgericht sich mit der Frage der Vereinbarkeit der Verbotsverfügung mit der europäischen Fernsehrichtlinie an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gewandt und das Verfahren zunächst ausgesetzt hat. Am 22. September 2011entschied der EuGH, dass der aus Dänemark über Satellit verbreitet kurdische Fernsehsender auch in Deutschland weiter empfangen werden darf. Die Fortführung des Verfahrens in der Hauptsache vor dem Bundesverwaltungsgericht bleibt abzuwarten.

Massenorganisationen

Neben der CDK hat die PKK in Europa die Bildung sogenannter Massenorganisationen initiiert. Sie sollen bestimmte Personen- und Berufsgruppen als weiteres Unterstützungspotential gewinnen, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar eine Verbindung zur PKK hergeleitet werden kann. Folgende Organisationen sind hier bekannt und aktiv:

- 'Demokratischer Jugendkonföderalismus Kurdistans' ('Komalen Ciwan')
- 'Föderation der Aleviten Kurdistans' (FEDA, früher: FEK),
- 'Föderation der Yezidischen Vereine Kurdistans' (FKE, früher: YEK),
- 'Islamische Bewegung Kurdistans' (HIK oder KIH),
- 'Kurdische Frauenbewegung in Europa' (AKKH)',
- 'Union der Student/Innen aus Kurdistan' (YXK).

'Föderation kurdischer Vereine in Deutschland' (YEK-KOM)

Zur Förderung der kulturellen Belange der kurdischen Bevölkerung in Deutschland wurde am 27. März 1994 die 'Föderation kurdischer Vereine in Deutschland' (YEK-KOM) gegründet. Der Sitz ist Düsseldorf. Gemäß der Vereinssatzung sieht die YEK-KOM ihre Aufgabe in der Pflege der kurdischen Kultur, Sprache und Tradition. Daneben will sie für Völkerverständigung und Freundschaft werben. Nach ihrem Selbstverständnis vertritt YEK-KOM jedoch auch die politischen Interessen der PKK in Deutschland. So forderte YEK-KOM am 15. Jahrestag des PKK-Verbots dessen Aufhebung. YEK-KOM ist nicht vom Betätigungsverbot gegen die PKK und deren Nachfolgeorganisationen erfasst. Die dem Dachverband angeschlossenen Vereine haben eine Nähe zur PKK als gemeinsame Grundlage.

Als Dachorganisation zahlreicher Mitgliedsvereine in der Bundesrepublik Deutschland ist YEK-KOM in die Strukturen der 'Konföderation kurdischer Vereine in Europa' (KON-KURD) eingebunden. YEK-KOM finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge von Vereinen und durch Spenden.

Auf dem 17. Jahreskongress der YEK-KOM am 26./27.Februar 2011 in Dortmund wurde unter Beteiligung von 145 Delegierten ein neuer Vorstand gewählt. Es wurde beschlossen, die Politik der BDP in der Türkei zu unterstützen, die demokratische Autonomie als Modell für die kurdischen Ziele einzusetzen und insbesondere die Freilassung des kurdischen Volksführers Öcalan zu erwirken. Dabei soll weiterhin auf die Mittel der Gewaltlosigkeit und des Demonstrationsrechts Wert gelegt werden. Es wurde vereinbart, eine Kampagne zur Anerkennung der kurdischen Identität zu starten. Dies korrespondiert mit der Strategie, in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland gewaltfrei für das politische Anliegen der Kurden zu werben.

Weiterhin arbeiten YEK-KOM-Funktionäre mit Nachdruck an Kontakten und Zugängen zur deutschen Politik, um die kurdischen Interessen dort vorzubringen. Dies geschieht sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene. Schließlich werden auch Kontakte zu Vertretern des Europaparlamentes gepflegt. Des Weiteren versucht die Organisation, Mitglieder in aussichtsreicher Position auf

den entsprechenden Parteilisten zu platzieren. Ziel ist es nicht nur Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern aufzubauen, sondern auch durch die Pflege dieser Kontakte den alleinigen Führungsanspruch innerhalb der Kurdischen Volksgruppe nach außen deutlich zu machen.

Die Situation der etwa 17 YEK-KOM-Mitgliedsvereine in Nordrhein Westfalen stellt sich ambivalent dar. Durch Neugründungen und Schließungen von Vereinen schwankt die Zahl der Mitgliedsvereine im Jahresverlauf. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die örtlichen YEK-KOM Vereine als maßgebliche Anlaufstelle von kurdischen Volkszugehörigen mit PKK-Affinität fungieren. Weiterhin sorgen die örtlichen Vereine für eine überregional breit gestreute Unterstützung von Protestaktionen. Oftmals werden in den örtlichen Vereinen Demonstranten mobilisiert und Busse organisiert, um die Proteste zu unterstützen.

Initiativen und Veranstaltungen

Mit zentral gesteuerten Propagandaaktionen, zu denen sowohl Demonstrationen als auch jährlich wiederkehrende Festivals, aber auch die Durchführung von Podiumsdiskussionen, Unterschriftenaktionen sowie Hungerstreiks und Mahnwachen gehören, versucht die PKK die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage der Kurden in den Siedlungsgebieten zu richten; andererseits dienen diese Aktionsformen dazu, unter den im Ausland lebenden Kurden die Zugehörigkeit zur kurdischen Kultur lebendig zu halten und zu festigen.

Zu internationalen oder bundesweiten Großdemonstrationen und Festivals können zum Teil mehrere zehntausend Anhänger mobilisiert werden. Öffentlichkeitswirksame Aktionen als Reaktion auf die Kampfhandlungen in der Türkei bzw. in den Siedlungsgebieten im Nordirak, oder auf die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, insbesondere auf das seit Ende Juli 2011 verhängte Kontaktverbot Abdullah Öcalans zu seinen Anwälten, bildeten neben den jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen im Jahr 2011 die Schwerpunkte.

Unter den Großveranstaltungen ragt das „19. Internationale Kurdische Kulturfestival", das am 3. September 2011 von der YEK-KOM im Rhein-Energie-Stadion in Köln veranstaltet wurde, heraus. An der Veranstaltung, die unter dem gleichen Motto wie im Vorjahr stand, – „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan" – nahmen etwa 40.000 Personen aus Deutschland und dem benachbarten Ausland teil. Eine Reihe weiterer Kultur- und Sportveranstaltungen zogen jeweils mehrere Tausend Teilnehmer an. Dazu gehörten die Feiern zum Newroz-Fest – dem kurdischen Neujahr –, das „Mazlum Dogan"- Sportfest sowie das Zilan Frauenfestival.

Mit diesen Großveranstaltungen, die zumindest äußerlich eher Festivalcharakter haben, versucht die Organisation ein breites Feld von Aktivisten aber auch Sympathisanten zu erreichen. Neben den sportlichen Wettkämpfen, dem kulturellen Rahmenprogramm oder ähnlichem werden die Veranstaltungen aber auch für die Verbreitung politischer Reden und Videobotschaften genutzt. Die jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen sind damit fester Bestandteil des Ideologietransfers und zugleich Mittel zur Erreichung eines „Wir-Gefühls" in der kurdischen Community. Zugleich bieten die Veranstaltungen der Organisation die Möglichkeit, Gelder zu akquirieren.

Finanzielle Aktivitäten

Die jährlich stattfindenden Spendenkampagnen stellen die wichtigste finanzielle Einnahmequelle der PKK dar. Weitere Einnahmen erzielt die PKK aus Mitgliedsbeiträgen, dem Vertrieb von Publikationen und aus Großveranstaltungen wie zum Beispiel dem Kurdistanfestival. Die Gelder werden hauptsächlich für die Organisation der Aktivitäten in Europa, die Kader und den Propagandaapparat sowie der Fernsehsender ROJ-TV benötigt. Ein Teil der Gelder auch für die Aktivitäten in der Türkei und im Nordirak eingesetzt, dienen also letztlich der Finanzierung der Guerillaaktivitäten.

Besetzungsaktionen

Im September/Oktober 2011 wurde in türkisch- bzw. kurdischsprachigen Medien eine schriftliche Erklärung des Exekutivrates der CDK verbreitet, in der „das gesamte kurdische Volk und dessen Freunde" dazu aufgerufen wurden, sich an speziellen Aktionen zu beteiligen. Es sei *die „unverzichtbare Pflicht jedes Einzelnen, im Geiste der Einheit und des Kampfes den Widerstand zu organisieren;* [...] *Protestaktionen und Demonstrationen wie in früheren Zeiten seien nicht mehr ausreichend. Es sei die Zeit für Aktionen gekommen,* [...]".

In der Nachfolge dieses Aufrufes kam es sowohl im europäischen Ausland als auch im Bundesgebiet zu Besetzungsaktionen. Ziele dieser durch jugendliche Kleingruppen in einer Personenstärke von etwa 25-35 Personen durchgeführten kurzzeitigen Besetzungen waren in NRW unter anderem das UN-Gebäude in Bonn, Räume des Fernsehsenders RTL in Köln, ein Hörsaal der Universität Aachen und eine CDU-Geschäftsstelle in Köln. Die Besetzer versuchten dabei in Regel, Erklärungen zu übergeben oder verlangten die Veröffentlichung der von ihnen verfassten Erklärungen.

Die Aktionen zeigen, dass es der PKK gelingt, ihre Anhängerschaft erfolgreich zu mobilisieren und dass sie es dabei auf eine möglichst ausgeprägte Medienwirksamkeit anlegt, um ihr Anliegen zu transportieren.

Protürkische Gegenveranstaltungen

Bei den ebenfalls als Reaktion auf die bewaffneten Auseinandersetzungen des türkischen Militär mit militanten Kräften der PKK im türkisch-irakischen Grenzgebiet durchgeführten prokurdischen Demonstrationen, kam es im Jahr 2011 vermehrt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Teilnehmern von protürkischen Gegenveranstaltungen. Ausgelöst durch eine starke Emotionalisierung überwiegend jugendlicher Organisationangehöriger kam es am 25. Oktober 2011 in Dortmund zu teils verbalen, aber auch erheblichen körperlichen Auseinandersetzungen zwischen PKK-Anhängern und türkisch-national gesinnten Personen.

Versuche, die Veranstaltung des „politischen Gegners" zu stören, an dessen Aufzugswege heranzukommen oder spontane Gegendemonstrationen konnten teilweise nur durch starke polizeiliche Begleitung der jeweiligen Aufzüge unterbunden werden.

Bewertung

Der militärische Konflikt zwischen türkischen und iranischen Militärkräften auf der einen und der kurdischen Guerilla auf der anderen Seite bestimmt neben dem immer wiederkehrenden Thema „Haftbedingungen von Abdullah Öcalan" die Stimmungslage der Anhängerschaft in Deutschland. Daneben wird das Aktionsverhalten auch durch die aktuellen Lageentwicklungen in der Türkei und den kurdischen Siedlungsgebieten beeinflusst.

Die PKK nutzt weiterhin die in Deutschland vorhandenen Strukturen, um die Fortführung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem militärischen Arm der PKK (HPG) und dem türkischen Militär unterstützen zu können sowie der PKK politischen Kadernachwuchs zuzuführen.

In Europa soll der Friedenskurs der Organisation nach den Vorgaben der verantwortlichen Kader unbedingt beibehalten werden. Gleichwohl gibt es weiterhin Hinweise, wonach eine Abkehr vom betont gewaltfreien Verhalten in Deutschland anlassbezogen möglich ist und von der Europaführung geduldet wird. Gewaltsame Aktionen insbesondere im Zusammenhang mit Demonstrationen durch kurdisch stämmige Jugendliche, die zeitweise hoch emotionalisiert sind, belegen dies.

Beim Aufeinandertreffen von PKK-Anhängern mit pro-türkischen oder auch türkisch-extremistisch eingestellten Jugendlichen ist daher auch eine Gewaltbereitschaft feststellbar.

4.2 Tamilische Befreiungstiger

Interessenvertretung	'Tamil Coordination Committee' (TCC)	
Sitz in Deutschland	Oberhausen	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	ca. 1.000	ca. 300
2010	ca. 1.000	ca. 300
Internet	englischsprachige Homepage	

Hintergrund

Erklärtes Ziel der 'Tamilischen Befreiungstiger' ('Liberation Tigers of Tamil Eelam' – LTTE) ist seit 1972 die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Staates „Tamil Eelam" auf dem überwiegend von Tamilen bewohnten Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka.

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Zur Durchsetzung ihrer Ziele führte die LTTE seit 1983 einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung und verübte unter Inkaufnahme des Todes von Zivilisten Terroranschläge gegen sri-lankische und indische Ziele. Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der LTTE Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden; sie erfüllen damit die Voraussetzungen für die Beobachtung nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW.

Die stetig eskalierende Gewalt in Sri Lanka war einer der Auslöser dafür, dass die EU die LTTE am 29. Mai 2006 auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte.

Eine Besonderheit ist hierbei, dass diese Listung mit einer politischen Erklärung verbunden wurde, die die Listung als nicht endgültig bezeichnete und ihre Rücknahme in Aussicht stellte, sollte die LTTE dauerhaft der Gewalt abschwören und sich erkennbar nachhaltig für den Friedensprozess einsetzen.

Situation nach der militärischen Niederlage der LTTE in Sri Lanka

Der jahrzehntelange blutige Bürgerkrieg auf Sri Lanka wurde von der Zentralregierung im Mai 2009 siegreich beendet. Die letzten von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten Sri Lankas wurden eingenommen, nachdem die sri-lankische Armee im Zuge einer Schlussoffensive den Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, getötet hatte.

Ob der bewaffnete Kampf der LTTE damit ein für alle Mal ein Ende gefunden hat, lässt sich allerdings bis heute noch nicht zuverlässig beurteilen. Hinweise auf eine Fortsetzung der Kämpfe im Untergrund sind seither nicht bekannt geworden, doch erst im August 2011 kündigte Staatschef Mahinda Rajapakse an, dass die Aufrechterhaltung des seit fast 30 Jahren bestehenden Ausnahmezustands und die 1983 zur Bekämpfung der Tamilen-Rebellen erlassenen Anti-Terror-Gesetze in Sri Lanka „nicht länger notwendig" seien. Aufgrund dieser Notstandsgesetze waren selbst 2010 immer noch mehrere tausend ehemalige Kämpfer der Tamil Tigers auf der Insel interniert. Die humanitäre Situation der bereits in der Vergangenheit wirtschaftlich und politisch benachteiligten tamilischen Minderheit vor Ort stellt sich auch weiterhin als prekär dar. Dies liegt nicht zuletzt an dem Umstand, dass die nahezu völlig zerstörte Infrastruktur und die durch Minen und Blindgänger belasteten ehemaligen Kriegsgebiete im Nordosten der Insel die Wiedereingliederung der zurückkehrenden Flüchtlinge und die wirtschaftliche Erholung der Region noch auf viele Jahre behindern. Vor diesem Hintergrund besteht die latente Gefahr, dass Rufe nach einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes zunehmend Gehör finden und die LTTE wieder erstarken lassen.

Flügelbildung innerhalb der LTTE im Ausland

Die LTTE durchlebte nach ihrer militärischen Niederlage in Sri Lanka zunächst weltweit eine Schwächeperiode, in der insbesondere ihre einfachen Anhänger an der Basis Zweifel am Fortbestand der Organisation hatten, vor allem aber daran, jemals noch ihr Hauptziel, die Errichtung des unabhängigen „Tamil Eelam", verwirklichen zu können. Diese Tiefphase hat die Organisation zwar seit gut anderthalb Jahren durchschritten. Allerdings wird die Restrukturierung und Rückbesinnung der LTTE-nahen tamilischen Community auf die Verfolgung der alten Ziele schon genauso lange von „Flügelkämpfen" begleitet. Hierbei haben sich zwei Hauptströmungen herauskristallisiert.

Befürworter eines moderaten Weges in die Zukunft finden sich insbesondere in einer als „LTTE Headoffice" (= LTTE Hauptstelle) bezeichneten Fraktion der LTTE. Diese zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe von LTTE-Anhängern veröffentlichte im Februar 2011 im Internet ihre Sichtweise, wonach man unter Verzicht auf militärische Mittel versuche, auf demokratischem Wege eine politische Lösung herbeizuführen. So unterstützt sie das Konzept einer „Transnationalen Regierung" (Transnational Government of Tamil Eelam – TGTE). Dahinter steckte die Idee, in allen Staaten mit signifikanter tamilischer Diaspora Wahlen zu einem Parlament durchzuführen, aus dessen Mitte eine Regierung – das TGTE – mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze gebildet werden sollte. Dieses Konzept wurde nach Durchführung entsprechender Wahlen und Bildung der TGTE noch in 2010 umgesetzt. Das TGTE versteht sich als demokratisch legitimierte Vertretung aller Tamilen weltweit und verfolgt insbesondere das Ziel, im Wege gleichberechtigter Verhandlungen mit der Regierung in Sri Lanka gewaltfrei die Bildung eines unabhängigen „Tamil Eelam" zu erreichen. Diesem Ziel ist das TGTE bisher jedoch schon deshalb keinen bedeutenden Schritt näher gekommen, weil die sri-lankische Regierung das TGTE als schlichte Neuaufstellung der LTTE unter anderem Namen ansieht. 2011 kam es zudem zu Spaltungen innerhalb des TGTE.

Der vergleichsweise moderate Ansatz des „LTTE Headoffice" und der ihr nahe stehenden TGTE ist unter den hiesigen Tamilen heftig umstritten und wird von einem Hardliner-Flügel innerhalb der LTTE, der „LTTE International Organisation" (= LTTE Internationale Verbindungsstelle), vehement abgelehnt. Diese kann auf die gewachsenen internationalen Strukturen, die sogenannten 'Tamil Coordination Committees' (TCC) zurückgreifen und findet ihre Anhänger insbesondere unter den konservativen LTTE-Angehörigen und den altgedienten LTTE-Funktionsträgern, welche die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka befürworten und an der „althergebrachten" Machtstruktur und Vorgehensweise der LTTE – auch an ihren eigenen Posten – festhalten wollen.

Struktur in Deutschland

: Die LTTE tritt in Deutschland nicht unter ihrem Namen auf. Ihre Ziele und Interessen werden hier durch das 'Tamil Coordination Committee' (TCC) mit Sitz in Oberhausen vertreten.
: Der LTTE nahestehende Organisationen sind:
: 'Tamil Youth Organization*' (TYO), Sitz: Hamm;
: 'Tamil Rehabilitation Organization e. V.*' (TRO), Sitz: Wuppertal;
: 'Tamil Student Organization e.V.*' (TSV), Sitz: Neuss;
: 'Tamilische Bildungsvereinigung e.V.*', (TBV) Sitz: Stuttgart

Die LTTE-Sektion Deutschland wird durch konspirative Zellen gebildet, die sich nach außen völlig abschotten. Hieran hat sich auch nach der militärischen Niederlage in Sri Lanka nichts verändert. Insbesondere die Vertreter der 'LTTE International Organisation' können sich in der Bundesrepublik vielerorts auch weiterhin erfolgreich auf die von der LTTE in den letzten Jahrzehnten auf- und ausgebauten Strukturen stützen. Nach hiesiger Einschätzung dürfte die weit überwiegende Mehrheit aller in Deutschland lebenden Tamilen, die eine Nähe zur LTTE aufweisen, immer noch das TCC als den Meinungsführer innerhalb der LTTE ansehen, so dass die Hardliner hier eine deutlich größere Gefolgschaft aufweisen können, als die Vertreter des moderateren Flügels.

Finanzierung

Bis zu ihrer militärischen Niederlage 2009 bestand das Hauptziel der LTTE im Ausland und damit auch in Deutschland darin, Geld für den „Befreiungskampf" und die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat zu beschaffen. Gerade während des andauernden Guerillakrieges gegen die sri-lankische Regierung leisteten viele Auslands-Tamilen einen „Solidaritätsbeitrag" und spendeten regelmäßig für die LTTE. Inwieweit die Spenden freiwillig oder auch unter einem gewissen Druck geleistet wurden, ließ sich nur schwer einschätzen. Auch bezüglich der Höhe der auf diese Weise jährlich akquirierten Gelder konnten keine gesicherten Zahlen erhoben werden. Ohne die regelmäßige finanzielle Unterstützung aus dem Ausland wäre die LTTE jedenfalls nicht in der Lage gewesen, kontinuierlich für ihre Ziele einzutreten und über Jahrzehnte den paramilitärischen Apparat in Sri Lanka aufrecht zu erhalten. Infolge der wohl nahezu vollständigen Auflösung ihrer militärischen Strukturen in Sri Lanka wie auch angesichts des Richtungsstreits innerhalb der LTTE, der 2011 an Heftigkeit zugenommen hat, haben sich die Gewichte verschoben. Die Finanzierung des bewaffneten Kampfes ist naturgemäß hinter der Verwendung von Mitteln zur Wiedereingliederung der tamilischen Flüchtlinge im Norden und Osten der Insel und der Unterstützung der – 2011 teilweise noch immer internierten – ehemaligen LTTE-Kämpfer zurückgetreten. Im Übrigen hat es den Anschein, dass die LTTE 2011 mehr Energie in die interne Auseinandersetzung um ihre zukünftige politische Ausrichtung gesteckt hat, als in die Generierung neuer Finanzmittel für die Organisation.

Die Organisation finanziert sich weiterhin vorrangig durch Spendensammlungen. Die im Jahre 2009 deutlich zurück gegangene Spendenbereitschaft hat inzwischen wieder zugenommen, doch schon 2010 wurden kritische Fragen nach dem Verbleib der im Zeitpunkt des militärischen Zusammenbruchs noch vorhandenen LTTE-Gelder gestellt. So wurde nicht nur aus Kreisen, die dem moderaten LTTE-Flügel zuzurechnen sind, der Vorwurf erhoben, dass bei den Tamilen auf Sri Lanka nur noch in verschwindend geringem Maße Gelder ankämen und einige Funktionäre im Ausland womöglich Spenden für eigene Zwecke verwendet hätten. In Deutschland und anderen Ländern werden organisationsintern auch einzelne Personen namentlich genannt, die der Zweckentfremdung ihnen anvertrauter Finanzmittel oder der Unterschlagung bezichtigt werden.

Die der LTTE nahe stehenden Organisationen richteten auch 2011 – unter anderem in Nordrhein-Westfalen – zahlreiche Kultur-, Sport- und Gedenkveranstaltungen aus. Durch den Verkauf von Eintrittskarten, Büchern, DVDs und CDs, aber auch die Zahlung von Schulgeld an die TBV*, werden teilweise erhebliche Einnahmen erzielt. Da sich die Mehrzahl der örtlichen Ableger dieser Organisationen ideologisch nach wie vor an den Vorgaben des TCC orientiert und diesem bedingungslos zu folgen scheint, fließt folglich auch das Gros der hier erwirtschafteten Einnahmen dem TCC und damit im Ergebnis der Hardliner-Fraktion innerhalb der LTTE zu. Vor diesem Hintergrund besteht der Verdacht, dass diese vom TCC eingenommenen Gelder – den Zielen der Hardliner entsprechend – der Finanzierung einer kämpferischen Lösung zur Etablierung eines unabhängigen „Tamil Eelam" dienen.

Im November 2011 unternahmen Vertreter der moderaten Fraktion innerhalb der LTTE durch einen im Internet verbreiteten Aufruf den Vorstoß, sich eine neue Finanzierungsquelle zu eröffnen. Das „Verteidigungsministerium" des TGTE forderte auf seiner Webseite die in Deutschland lebenden Tamilen auf, ihm wöchentlich einen Euro zu zahlen. Mit den eingenommenen Geldern sollen, wie es zur Begründung heißt, „die Kosten der Arbeit des Verteidigungsministeriums" gedeckt werden. Es bleibt derzeit noch abzuwarten, wie es um die Zahlungsbereitschaft des Adressatenkreises bestellt ist. Die näheren Hintergründe dieser offen durchgeführten Geldbeschaffungsaktion sind nicht bekannt, doch sie korrespondiert mit weiteren Erkenntnissen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Hardliner der 'LTTE International Organisation" weltweit über den größten Teil des „LTTE-Vermögens" verfügen.

Verurteilung von Führungsfunktionären der LTTE/Aktivitäten in NRW

Bei bundesweit vollzogenen Exekutivmaßnahmen gegen die Führungsebene der LTTE in Deutschland waren im März 2010 mehrere LTTE-Funktionäre wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verhaftet, ihre Wohnungen bzw. Aufenthaltsorte in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens und die Räumlichkeiten des 'Tamil Coordination Comittee' (TCC) in Oberhausen durchsucht, sowie Bargeld und Beweismittel sichergestellt worden. Im Nach-

gang hierzu war am 3. November 2010 ein weiterer mit internationalem Haftbefehl gesuchter LTTE-Führungsfunktionär am Flughafen Düsseldorf verhaftet worden. Ihm und drei weiteren der seinerzeit verhafteten Führungsfunktionäre wurde vor dem OLG Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen LTTE und Verbrechen nach dem Außenwirtschaftsgesetz der Prozess gemacht. Am 12. Oktober 2011 verurteilte der sechste Strafsenat des OLG Düsseldorf die vier Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und neun Monaten und vier Jahren und neun Monaten.

Am 21. Mai 2011 fand in Düsseldorf eine vom Hardliner-Flügel der LTTE organisierte Veranstaltung zum Thema „Gedenken für die Opfer in Sri Lanka in den letzten Jahre" („War Crimes Day") statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Gedenken an die, bei den militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Guerillakräften der LTTE und der sri-lankischen Armee ums Leben gekommenen Tamilen, sowie die Menschenrechtssituation in Sri Lanka. Diese Veranstaltung wurde verbunden mit dem Ruf nach Freiheit für inhaftierte tamilische Volkszugehörige und so ein Bezug zu dem seinerzeit laufenden Strafprozess gegen die vier LTTE-Führungsfunktionäre vor dem OLG Düsseldorf hergestellt. Daneben wurde gefordert, dass die Kriegsverbrechen, die seitens der Tamilen der sri-lankischen Regierung vorgeworfenen werden, verfolgt werden müssen. An der friedlich und störungsfrei abgelaufenen Veranstaltung, die mit einer Abschlusskundgebung auf der Wiese vor dem Landtag endete, beteiligten sich zwischen 1.700 und 2.000 zumeist tamilisch-stämmige Personen – bei der am selben Ort durchgeführten Vorjahresveranstaltung waren etwa 1.400 Teilnehmer erschienen.

Jedes Jahr am 27. November gedenken die Anhänger der LTTE weltweit in Veranstaltungen zum „Heldengedenktag" der im Kampf für ein unabhängiges „Tamil Eelam" gefallenen Kämpfer der Organisation. Die in Deutschland bisher stets vom TCC organisierten und als Saalveranstaltungen durchgeführten Feierlichkeiten wurden in früheren Jahren von durchschnittlich 5.000 Teilnehmern besucht. An der 2010 zum wiederholten Mal in Dortmund veranstalteten Feier nahmen noch ca. 4000 Besucher teil. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Flügelkämpfe innerhalb der LTTE war 2011 die Besonderheit zu beobachten, dass die beiden Hauptströmungen im Richtungsstreit jeweils eine eigene Heldengedenktagfeier organisierten.

Die vom TCC am 27. November 2011 in Dortmund durchgeführte Gedenktagfeier der Hardliner-Fraktion verlief störungsfrei und wurde von rund 3.500 Tamilen besucht.

Sozusagen als Konkurrenzveranstaltung führte am selben Tage der hier bisher unbekannte 'Verband für Souveränität der Tamilen e.V.' in Mönchengladbach eine Feier zum „Nationalen Heldengedenktag" durch. Der Verband hat beim Amtsgericht Iserlohn seine Eintragung in das Vereinsregister beantragt und möchte künftig deutschlandweit die Interessen der vom TCC enttäuschten Tamilen vertreten. Inhaltlich wolle man auch weiterhin die bisherigen Ziele der Tamilen verfolgen, jedoch ausschließlich auf politischem und diplomatischem Wege. Auch wolle man in finanzieller Hinsicht transparenter agieren als das TCC. Während die Organisatoren bei der Anmeldung der Veranstaltung 1.500 Teilnehmer erwartet hatten, fanden sich am 27. November 2011 nur etwa 500 Besucher im Veranstaltungssaal ein. Nicht zuletzt aufgrund der deutlich sichtbaren Polizeipräsenz vor Ort ist die Feier störungsfrei verlaufen. Am frühen Morgen des Vortages war allerdings das Wohnhaus eines der Organisatoren der Mönchengladbacher Veranstaltung von noch unbekannten Tätern in Brand gesteckt und erheblich beschädigt worden. Der Geschädigte hatte zuvor im tamilisch sprachigen TV-Sender „Global Tamil Vision" offen für die Veranstaltung geworben und war daraufhin telefonisch bedroht und zur Absage der Gedenktagfeier in Mönchengladbach aufgefordert worden.

Einschätzung und Perspektive

Als Folge der Flügelbildung innerhalb der LTTE bemühen sich die Vertreter des „LTTE Headoffice" in Deutschland zunehmend, die Einflussbereiche der 'LTTE International Organisation' und des TCC zu beeinträchtigen. Den jährlich stattfindenden Heldengedenktag als die größte und in der Vergangenheit stets vom TCC als Zentralveranstaltung organisierte und durchgeführte LTTE-Veranstaltung durch die Gegenveranstaltung zu konterkarieren, stellt für den TCC und die 'LTTE International Organisation' einen enormen Affront dar und dürfte zumindest kurzfristig alle Vereinigungsbestrebungen innerhalb der LTTE-nahen Community unmöglich machen. Da es auch in Großbritannien und Frankreich Paral-

lelveranstaltungen zum Heldengedenktag gab, in deren Vorfeld es zu gewalttätigen Übergriffen und Bedrohungen gekommen ist, dürfte es sich um eine grundsätzliche Auseinandersetzung der international agierenden Flügel handeln. Aus der tamilischen Community in Nordrhein-Westfalen waren bis zu der Brandstiftung vom 26. November 2011 noch keine gewalttätigen Übergriffe zwischen Vertretern der beiden Flügel bekannt geworden, doch nach dieser Tat können auch hier über bloße Handgreiflichkeiten hinausgehende Übergriffe zwischen den beiden Flügeln nicht mehr ausgeschlossen werden.

Aktivitäten, wie die Veranstaltungen vom 21. Mai 2011 in Düsseldorf und vom 27. November 2011 in Dortmund belegen, dass die Vertreter des Hardliner-Flügels der LTTE in Deutschland und Nordrhein-Westfalen grundsätzlich auch weiterhin über funktionierende Strukturen und ein hohes Mobilisierungspotential verfügen. Mit Blick auf die – wenngleich auch nur sehr pauschal einschätzbare – Zahl der Anhänger, die sich den jeweiligen Fraktionen bzw. Flügeln der Organisation zuordnen lassen, ist festzustellen, dass zurzeit wohl die Hardliner im Umfeld der 'LTTE International Organisation' die Meinungsführerschaft und Vorherrschaft in der Organisation haben. Für die 'LTTE International Organisation' stellt auch das durch seine Spaltung zu Tage tretende Scheitern des TGTE einen großen Erfolg dar, da sie grundsätzlich gegen die Wahl dieses Gremiums war und aus ihrer Sicht der militärische Weg die einzige Möglichkeit zum Erreichen von „Tamil Eelam" war und ist. Jedoch bergen Auseinandersetzungen, wie sie jetzt anlässlich des Heldengedenktages erfolgten, das Potential für einen vollständigen Bruch zwischen den LTTE-Flügeln. In diesem Kontext zeigte sich 2011 in den tamilischen Medien eine aggressiver werdende Rhetorik mit Spaltungstendenzen. So wurden die Vertreter des jeweils anderen Flügels als Verräter an der tamilischen Sache und an der LTTE selbst dargestellt und dadurch dessen Legitimation zur Organisation der Feierlichkeiten bestritten.

Aus hiesiger Sicht ist derzeit nicht zu erkennen, dass die LTTE auf absehbare Zeit dazu in der Lage sein wird, den Konflikt um ihre künftige Ausrichtung zu lösen, um – unter zentraler Führung – ihre weltweite Gefolgschaft mit einer diese einigenden, realistischen Perspektive binden zu können

5 Islamismus

Der Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, der in Teilen der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland widerspricht. Im Gegensatz zum Islam ist der Islamismus eine politische Ideologie. Er leitet jedoch – anders als säkulare antidemokratische Ideologien wie Marxismus oder Nationalsozialismus – seine politischen Ordnungsvorstellungen aus der Religion ab. Dabei wird eine einseitige und meist rückwärtsgewandte Auslegung der islamischen Quellen vertreten. In vielen Fällen steht eine solche Auslegung dem Grundgesetz mit den dort verbürgten Rechten von Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde entgegen. Deshalb müssen Organisationen, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine islamistische Bestrebung erkennen lassen, vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Hierzu gehören nicht nur gewalttätige oder gewaltbereite islamistische Organisationen, sondern auch solche, die auf Gewalt verzichten und stattdessen auf legalem Wege die Verbreitung, Etablierung und letztendliche Durchsetzung ihrer extremistischen politischen Vorstellungen anstreben.

Die Mehrheit der hier lebenden Muslime praktiziert ihre Religion friedlich und innerhalb der geltenden Gesetze und Regeln. Lediglich ein sehr kleiner Teil von weniger als einem Prozent wird von den Verfassungsschutzbehörden dem islamistischen Spektrum zugeordnet.

Weitgehendes Einvernehmen besteht bei islamistischen Bestrebungen über den Gegner, der der Errichtung der „islamischen Ordnung" im Wege steht. Neben allem, was nicht als islamisch gilt, sind dies insbesondere: der „Westen" mit seinen wirtschaftlichen (Kapitalismus) und politischen (Demokratie) Merkmalen und der Zionismus. Die Feindschaft gegenüber dem Zionismus und Israel führt bei den Anhängern islamistischer Bestrebungen in der Regel zu einem heftigen Antisemitismus. Historische und aktuelle politische sowie militärische Konfrontationen zwischen christlich geprägtem Okzident bzw. humanistisch geprägtem Westen und islamisch geprägtem Orient sowie wirtschaftliche und politische Ungleichheiten in islamischen Ländern, die mit dem Westen kooperieren, dienen Islamisten zur Untermauerung ihres Feindbildes.

Bei der Aufklärung islamistischer Bestrebungen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen ist dem transnationalen islamistischen Terrorismus ein besonderer Stellenwert beizumessen. Doch auch die langfristige Wirkung gewaltfreier islamistischer Bestrebungen darf nicht unterschätzt werden.

5.1 Islamistisch motivierter transnationaler Terrorismus mit antiwestlicher Stoßrichtung

5.1.1 Jihadisten/al-Qaida und ihr Umfeld

Hintergrund

Die Bezeichnung „Jihadisten" (islamistische Terroristen, auch Mujahidin) ist ein Sammelbegriff, unter dem unterschiedlich strukturierte Gruppierungen zusammengefasst werden. Sie bilden organisierte, teilweise aber auch nur lose zusammenhängende Netzwerke von Personen mit ähnlichen Grundüberzeugungen, die sich durch ihre Gewaltorientierung auszeichnen. Sie betrachten sich als Kämpfer für den Islam. Ihr Name leitet sich von dem Begriff „Jihad" ab, den sie einseitig als Aufruf zum gewaltsamen Widerstand gegen alle „Feinde des Islam" auslegen.

Jihadisten verhalten sich höchst konspirativ. Sie sammeln sich um einzelne – zum Teil lokale – Führungspersönlichkeiten, die wiederum über vielfältige Kontakte zu anderen lokalen und internationalen Jihadisten verfügen. Dadurch entstehen Beziehungsgeflechte, die bei Bedarf aktiviert werden, etwa um logistische oder finanzielle Unterstützung zu leisten. Ideologischer Ausgangspunkt der meisten dieser Gruppierungen ist die von Usama bin Ladin gegründete Organisation 'al-Qaida' (Die Basis).

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Weil sie durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen weltweit agieren und insbesondere die USA und ihre Verbündeten mit Terror bedrohen, gefährden Mitglieder und Unterstützer der Jihadisten-Netzwerke die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW). Sie gefährden zudem die innere Sicherheit, da terroristische Aktionen gegen Ziele in Deutschland nicht ausgeschlossen sind, so dass sich die Beobachtung inländischer Aktivitäten auch auf § 3 Absatz 1 Nr.1 VSG NRW stützt.

Entwicklungsgeschichte

Die Entstehung des Mujahidin-Phänomens geht auf die sowjetische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 zurück. Der Widerstand gegen die Besatzung (1979 bis 1989) formierte sich unter religiösen Vorzeichen. In Trainingslagern wurden die Freiwilligen auf den Kampf gegen die sowjetische Armee vorbereitet. Dies legte die Basis für eine Terrorausbildung, die die Afghanistankämpfer später auch in ihren jeweiligen Heimatländern zum Einsatz brachten.

Die von Usama bin Ladin gegründete 'al-Qaida' trat in dieser Zeit erstmals in Erscheinung. Ihr Zweck war zunächst die logistische Unterstützung der afghanischen Kämpfer mit Geld, militärischer und religiöser Ausbildung sowie mit freiwilligen Kämpfern überwiegend arabischer Herkunft. Darüber hinaus nahm bin Ladin auch als Kommandeur an Kämpfen gegen die Sowjettruppen teil und wird deshalb von den Mujahidin als Führer und Symbolfigur für den „gerechten Kampf" der Muslime auch nach seinem Tod bis heute verehrt.

Die Jihadisten sind vom Hass auf Israel, die USA, ihre westlichen Verbündeten sowie die mit dem Westen kooperierenden Regierungen islamischer Staaten getrieben. Der „Westen" wird pauschal für Unterdrückung, Korruption, Unterentwicklung und den Niedergang „sittlicher (islamischer) Werte" verantwortlich gemacht. Im Februar 1998 bildete sich unter der Führung von 'al-Qaida' ein internationaler Zusammenschluss, die 'Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler', der Organisationen aus Ägypten, Pakistan, Bangladesh und inzwischen auch aus dem Irak, aus Algerien und Usbekistan angehören. Das Netzwerk von Usama bin Ladin umfasst damit nicht mehr nur arabischstämmige Kämpfer. Bin Ladin bezeichnete es als individuelle Pflicht eines jeden Muslim, Amerikaner und ihre Verbündeten – Zivilisten und Militärpersonal gleichermaßen – zu töten, wo immer sich die Möglichkeit dazu biete, bis die heiligen Stätten der Muslime von den „Ungläubigen" befreit seien. Nach diesem Aufruf sind zahlreiche Anschläge weltweit verübt worden. Zu den Anschlägen mit einer hohen Zahl von Opfern zählen unter anderem die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York/Washington, am 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London.

Struktur

Das transnationale terroristische Netzwerk 'al-Qaida' unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von anderen islamistischen terroristischen Gruppierungen: Es ist nicht auf ein Territorium begrenzt und hat keine festen Organisationsstrukturen. Usama bin Ladin selbst war in terroristischen Kreisen bis zu seinem Tod im Mai 2011 in erster Linie Symbolfigur und Vorbild. Vor allem bei Jugendlichen, die sich zur jihadistischen Ideologie hingezogen fühlen, wurde er wie ein Popstar verehrt. Dies wird sich auch nach seinem Tod nicht ändern.

Die Triebfeder der unzähligen Terrorzellen weltweit ist allerdings nur vordergründig die gleiche Ideologie. Betrachtet man die Konflikte, an denen sich islamistische Terroristen weltweit beteiligen, so fällt auf, dass vom Maghreb über den Nahen Osten und Tschetschenien bis nach Süd-Ost-Asien ganz unterschiedliche Motive den gewaltsamen Kampf bestimmen können. Regional definierte, machtpolitische und ethnische Interessen stehen deutlich im Vordergrund. Die führenden Köpfe der internationalen Terror-Szene versuchen jedoch unterschiedlichste Konflikte im Sinne ihrer Jihad-Ideologie zu deuten. Dabei sind sie in zweierlei Hinsicht erfolgreich: Sie münzen regionale ethnische und/oder soziale Konflikte in religiöse Konflikte um und stellen sie in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung

zwischen „Glauben" und „Unglauben". Dadurch radikalisieren sie die beteiligten Konfliktparteien in ihrem Sinne.

Die regionalen Entwicklungen im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühling" stellen die Jihadisten damit vor große Herausforderungen. Die Träger der revolutionären Bewegungen in Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern waren vorrangig Angehörige der gebildeteren städtischen Schichten, die für politische Partizipation und bessere Lebensbedingungen auf die Straße gegangen sind. Durch die Wahlen haben nun vor allem „gemäßigte" Islamisten, insbesondere die verschiedenen regionalen Ausformungen der 'Muslimbruderschaft', das politische Ruder übernommen. Die Jihadisten haben mit ihren Slogans damit derzeit keinen guten Stand mehr bei der von ihnen angestrebten „Befreiung" der Region von „unislamischer Herrschaft", versuchen die Ereignisse aber im Sinne ihrer ideologischen Sicht umzudeuten bzw. fordern in der Folge zur Errichtung einer islamischen Staatsordnung auf. Ob sich Krisenländer, wie der Jemen oder Syrien, aber auch Teile von Algerien, mittelfristig zu neuen Rückzugsgebieten von 'al-Qaida'-Terroristen entwickeln, bleibt abzuwarten.

Im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus ist bereits seit einigen Jahren zudem zu beobachten, dass ehedem festgefügte globale Netzwerkstrukturen, die einst in den Trainingslagern der 'al-Qaida' in Afghanistan entstanden waren, immer weiter schwinden. Stattdessen hat sich weltweit eine Vielzahl kleiner, lokaler und autonomer Terrorzellen gebildet. Sie haben die Ideologie 'al-Qaidas' verinnerlicht und agieren in ihrem Sinne. 'Al-Qaida' hat durch die „Dezentralisierung des Terrors" die Funktion als Koordinierungsstelle von Anschlägen eingebüßt. Das weltweite Terrornetzwerk musste sich auf die weitgehende Zerschlagung seiner früheren Führungs- und Kommunikationsstruktur, vor allem in den Hochburgen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, einstellen. Es bleibt aber in eingeschränktem Maße weiter handlungsfähig, da ideologische Leitlinien und Ziele immer noch durch Führungsfiguren wie Usama bin Ladin und seinen Stellvertreter und Nachfolger Aiman al-Zawahiri über das Internet medienwirksam bekannt gemacht werden können.

Finanzierung

Jihadisten- beziehungsweise Mujahidin-Netzwerke finanzieren sich aus unterschiedlichen Quellen. Spenden, Gewinne aus legalen Geschäften (zum Beispiel aus dem Pkw-Handel) sowie Profite aus illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Waffen-, Diamanten- und Drogenhandel, Handel mit gefälschten Pässen oder Kreditkartenbetrug haben große Bedeutung. Für finanzielle Transaktionen werden häufig Bankkonten in sogenannten „off-shore"-Ländern (ohne Bankenaufsicht) oder andere verdeckte Methoden des Geldtransfers genutzt.

Entwicklungen in Deutschland und „home-grown"-Netzwerke

Seit 2001 haben sich die Profile islamistischer Terroristen deutlich verändert. Längst stellen nicht mehr nur aus dem Ausland eingereiste Attentäter eine Bedrohung für die Sicherheit europäischer Staaten dar. Eine neue Herausforderung stellt vielmehr eine neue Generation islamistisch motivierter Attentäter dar, die sogenannten home-grown-Terroristen. Der Begriff bezeichnet Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation oder auch Konvertiten zum Islam, die in westlichen Gesellschaften aufgewachsen, mit dem westlichen Wertesystem vertraut sind und ohne direkte Weisung aus dem Ausland Terroranschläge durchführen können.

Die meist Jugendlichen und jungen Heranwachsenden führen bis zu einem bestimmten Punkt in ihrem Leben einen eher unauffälligen und „typisch deutschen" Lebensstil. Ohne einen zunächst von außen erkennbaren Grund verändern sie sich dann komplett und radikalisieren sich innerhalb kürzester Zeit. Da viele der jungen Leute in Deutschland geboren worden sind und die arabische Sprache gar nicht oder nur unzureichend beherrschen, wird bei ihnen gezielt für den Besuch von Sprachschulen im Ausland geworben. Für eine entsprechende Auslandsreise zum Sprach- und Koranstudium wird von nationalen und internationalen salafistischen Netzwerken Unterstützung bei den Formalitäten der Reise angeboten. Sportliche Betätigung – der Besuch von Fitnessstudios und das Erlernen von Kampfsportarten – wird als sehr wichtig angesehen.

Ein Interesse, sich dem gewaltsamen Jihad anzuschließen und eine entsprechende Ausbildung zu erhalten, war in der Vergangenheit in einigen Fällen nachweislich vorhanden. In diesen Kreisen besteht ein – zwar äußerst geringes, aber gefährliches – Personenpotenzial für jihadistische Propagandaaktivitäten oder sogar Vorbereitungshandlungen für Anschläge auch in Deutschland.

Jihadisten haben in Deutschland eine Infrastruktur aufgebaut, die unter anderem zur Versorgung mit gefälschten Papieren, zur Ausstattung mit Mobiltelefonen und zum Sammeln von Spenden genutzt wird. Daneben versuchen einige Jihadisten, junge Muslime für eine Kampfausbildung im Ausland zu motivieren. Sympathisanten und Unterstützer islamistischer Organisationen oder bestimmte Personengruppen, etwa Studenten, werden zum Teil gezielt angesprochen. Dies kann zum Beispiel im Bekannten- oder Freundeskreis geschehen. Auch politische oder religiöse Veranstaltungen bieten unter Umständen die Möglichkeit, Personen für die eigenen Ideen zu gewinnen. So kann etwa das Freitagsgebet in der Moschee zur Verbreitung islamistischer Propaganda missbraucht werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der Imam (Vorsteher) einer Moschee den Jihad als militanten Kampf gutheißt oder wenn entsprechende Überzeugungen in die Predigt auch nur latent einfließen. Bei anschließenden Diskussionen unter den Moscheebesuchern können sich im Laufe der Zeit Personenkreise herauskristallisieren, die von der Idee des militanten Jihad angetan sind und für Vorhaben von jihadistischen Rekruteuren und Vermittlern geeignet scheinen. Feststellbar ist allerdings, dass sich Imame in Deutschland nur in verhältnismäßig wenigen – als islamistisch einzuschätzenden – Moscheen entsprechend geäußert haben. Seit einiger Zeit sind auch dort die Prediger deutlich zurückhaltender und vermeiden eindeutig islamistische Parolen, teilweise distanzieren sie sich davon.

Wenn Jihadwillige sich eine Zeit lang als ausreichend fest im Glauben und entschlossen genug für militärische Handlungen gezeigt haben, versuchen einige von ihnen über Umwege in ein Trainingscamp zu gelangen, wo sie neben weiterer religiöser Unterweisung eine militärische Ausbildung erhalten können. Die von Deutschland aus operierenden Unterstützer der Terrornetzwerke sind häufig in Straftaten der allgemeinen oder organisierten Kriminalität verwickelt. Durch organisierte Schleusungen und Fälschungsdelikte werden terroristische Zwecke in bestimmten Zielländern unterstützt und lukrative Geschäfte gemacht. Dabei wird in der Regel äußerst professionell, arbeitsteilig und konspirativ vorgegangen. Wie zahlreiche Gerichtsverfahren in den vergangenen Jahren gezeigt haben, wird Deutschland – und damit auch Nordrhein-Westfalen – als Ruhe- und Rückzugsraum und zur logistischen Vorbereitung von Mitgliedern und Unterstützern der terroristischen Netzwerke genutzt. Spätestens die missglückten Anschläge auf zwei Regionalzüge am 31. Juli 2006 und die durch die Festnahmen der „Sauerlandattentäter" im September 2007 erfolgte rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung von Anschlägen zeigen aber auch, dass Anschlagsversuche selbst in Deutschland erfolgen können. Neben der abstrakt hohen Gefährdung für US-amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland muss heute auch von einer Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland ausgegangen werden. Seit Anfang 2009 und weiter bis 2011 gibt es eine Reihe von Hinweisen aus inländischem und ausländischem Informationsaufkommen zu geplanten terroristischen Anschlägen der 'al-Qaida' in Europa. Die Hinweise werden durch die Aussagen von Islamisten gestützt, die sich derzeit im Gewahrsam ausländischer Staaten befinden.

Das Engagement Deutschlands und der Ausbau der militärischen Verantwortung der Bundeswehr in Afghanistan werden dabei von 'al-Qaida' und anderen, dem globalen Jihad verpflichteten Gruppierungen und Organisationen als herausragendes Argument instrumentalisiert, um den Kampf gegen Deutschland zu rechtfertigen.

Aktuelle Entwicklungen

Terroristische Netzwerke verfügen nach wie vor über die Fähigkeit, Terrorakte mit hohen Opferzahlen zu planen und durchzuführen. Die Motivation hat sich durch die weiter andauernde Präsenz von ausländischen Soldaten – insbesondere in Afghanistan – nicht entscheidend abgeschwächt. Eine kaum einschätzbare Gefährdung – auch für Deutschland – geht weiterhin von operativ nicht angebundenen Zellen oder Einzelpersonen aus, die sich durch die Propaganda der Organisationen zu mehr oder weniger durchgeplanten Einzeltaten motivieren lassen.

Am 2. März 2011 verübte der 21-jährige Arid U. ein tödliches Attentat auf amerikanische Soldaten am Flughafen Frankfurt /Main, bei dem zwei Menschen getötet wurden. Nur die Ladehemmung der Tatwaffe verhinderte ein größeres Blutbad. Der Anschlag stellt den ersten vollendeten islamistisch-terroristischen Anschlag im Bundesgebiet dar und konkretisiert die von fanatisierten Einzeltätern ausgehende Bedrohung. Der Täter hatte sich offenbar durch ins Internet eingestellte islamistische Videos und Botschaften selbst emotionalisiert/radikalisiert. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verurteilte den Attentäter zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Die Anwälte haben Revision angekündigt.

Der sogenannte *home-grown*-Terrorismus spielt bei der für Deutschland bestehenden terroristischen Bedrohung neben mutmaßlichen Anschlagsplanungen im Ausland nach wie vor eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Über Sprachreisen in islamisch geprägte Länder und das Internet wird weiterhin vor allem bei jungen Menschen für den Jihadismus geworben.

Am 29. April 2011 wurden in Düsseldorf und Bochum drei Personen festgenommen. Die Angehörigen der so bezeichneten „Düsseldorfer Zelle" werden verdächtigt, im Auftrag von 'al-Qaida' terroristische Anschläge in Deutschland vorbereitet zu haben. In diesem Zusammenhang wurde am 8. Dezember 2011 in Bochum eine weitere Person festgenommen, der vorgeworfen wird, die Anschlagsplanungen der Zelle fortgeführt zu haben.

Am 2. Mai 2011 wurde in Abbottabad/Pakistan der 'al-Qaida'-Gründer Usama bin Ladin durch eine amerikanische Spezialeinheit getötet. Seine Tötung stellt den bislang bedeutendsten Schlag gegen die Organisation 'al-Qaida' und ihre Strukturen dar. In zahlreichen arabischsprachigen und deutschsprachigen jihadistischen Internetforen wurden Reaktionen zum Tod von Usama bin Ladin eingestellt, die von Zweifeln an seinem tatsächlichen Tod über Glückwünsche an bin Ladin zu seinem „Märtyrertod" bis hin zu Äußerungen, den Jihad fortzusetzen und der Androhung von Vergeltung reichten. Einige Nutzer veränderten offenbar aus Solidarität ihre „Avatar-Bilder" in sozialen Netzwerken und nutzen nun Bilder von bin Ladin. Zahlreiche Nutzer zeigten sich empört über eine angebliche gezielte Tötung bin Ladins. Noch mehr Empörung lösten die spontanen Freudenausbrüche in den USA aus.

Aufgrund des hohen Symbolwerts bin Ladins für den internationalen Jihadismus muss jederzeit weltweit – so auch in Deutschland – mit Vergeltungsaktionen von 'al-Qaida' und ihr ideologisch nahestehender Gruppierungen bzw. von fanatisierten Einzelpersonen gerechnet werden.

Im Juni wurde in arabischsprachigen Internetforen eine dreiseitige Erklärung veröffentlicht, in der bekannt gegeben wurde, dass Aiman al-Zawahiri die Nachfolge Usama bin Ladins bei der Führung der Organisation 'al-Qaida' angetreten habe.

Das Internet allgemein gewinnt für den Islamismus Jahr für Jahr weiter in großem Umfang an Bedeutung. Im Jahr 2011 sind wieder zahlreiche Droh- und Propagandavideos im Netz zugänglich gemacht worden. Immer mehr werden auch soziale Netzwerke und Videokanäle gezielt genutzt. Bis zu seinem Tod äußerte sich Usama bin Ladin im Jahr 2011 einmal in einer am 21. Januar 2011 veröffentlichten, kurzen Audioaufnahme. Er verknüpfte darin wie bei einer früheren Botschaft das Schicksal französischer Geiseln mit dem Rückzug französischer Truppen aus Afghanistan. Nach seinem Tod wurde am 19. Mai eine Audiobotschaft mit dem Titel „Das Wort des Märtyrers Sheik Usama bin Ladin an die islamische Umma" in verschiedenen arabischsprachigen jihadistischen Internetforen eingestellt. In seiner Botschaft wendete er sich an die islamische Gemeinschaft und beglückwünschte die Revolutionäre in Ägypten und Tunesien zu ihren siegreichen Aufständen. Er ermutigte sie dazu, an ihrer Initiative für Unabhängigkeit festzuhalten und keine Kompromisse einzugehen, bis die gewünschten Ziele erreicht seien.

Aiman al-Zawahiri wandte sich im Laufe des Jahres mit acht Botschaften insbesondere an seine Landsleute, die Ägypter. Unter dem Titel „Eine Botschaft der Hoffnung und Freude an unsere Leute in Ägypten" forderte er die Ägypter auf, sich nicht um die Früchte des Aufstandes bringen zu lassen, damit nicht ein korrupter Herrscher durch einen anderen ersetzt werde. In einer anderen Botschaft wurden die Demonstrationen in den verschiedenen Teilen der arabischen Welt thematisiert. Er führte aus, dass sowohl die Mujahidin als auch die Demonstranten die USA zum Feind hätten. Er versprach, dass die Mujahidin weiterhin den USA und ihren Verbündeten Schläge zufügen werden. Unter dem

Titel „Der Ruhm des Ostens ist als erstes in Damaskus zu finden" wendete sich al-Zawahiri an die Demonstranten in Syrien und ermutigte diese, die Proteste fortzusetzen.

Am 30. September 2011 wurde die Führungsfigur der 'al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH) Anwar al-Awlaki bei einem Dohnenangriff im Jemen getötet. Sein Tod wurde in einer Internetverlautbarung der AQAH offiziell bestätigt. Sein Tod schwächt nicht nur die AQAH, sondern das gesamte 'al-Qaida'-Netzwerk. Er galt in der islamistischen Szene als charismatische Persönlichkeit und wichtiger Propagandist. Die von ihm erstellten Artikel und Propagandavideos dürften auch weiterhin Verbreitung finden. Die AQAH wies in ihrer Verlautbarung zum Tode von al-Awlaki darauf hin, dass es bereits „Schüler" in der Organisation gebe, die willens und in der Lage seien, dessen Werk fortzusetzen.

5.1.2 Jihadismus im Internet

Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Kommunikationsmittel, mit dem der transnationale islamistische Terrorismus seine Vorstellungen und Ziele propagiert. Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus setzen das Internet aber auch zum Informationsaustausch und zur verdeckten Kommunikation ein. Insbesondere für terroristische Netzwerke, die häufig über Landesgrenzen hinweg unerkannt Kontakte halten und Informationen austauschen müssen, ist das Internet unentbehrlich geworden.

Das Internet ist nicht nur im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus von herausragender Bedeutung. Auch im gewaltlosen Islamismus finden Netzwerkbildung und Ideologietransfer im Netz statt. Das Internet ermöglicht eine schnelle, grenzüberschreitende und sichere Kommunikation und eröffnet damit fast unbegrenzte Nutzungsmöglichkeiten.

Viele islamistische Organisationen verfügen über eigene, teils mehrsprachige Homepages, auf denen sie ihre Ideologie verbreiten und Mitglieder werben. Der internen Kommunikation von Islamisten und Jihadisten dient zudem eine Vielzahl einschlägiger Internetforen und „Chatrooms". Von großer Bedeutung ist mittlerweile auch der Austausch über soziale Online-Netzwerke wie Facebook. Jihadistische Kreise nutzten 2011 auch intensiv Videoportale zum Austausch von Gewalt verherrlichendem Filmmaterial. Diese Portale bieten in der Regel zudem die Möglichkeit zum Meinungsaustausch und zur Bildung „virtueller Freundeskreise". Auf diese Weise sind im jihadistischen, wie auch im sonstigen islamistischen Bereich, Netzwerke entstanden, die aufgrund der Reichweite des Internets und des hohen Grads an Anonymisierbarkeit besonders personenstark sind.

Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten

Das Internet eignet sich wie kein anderes Medium zur Verbreitung von Propaganda und zum Ideologietransfer. Jihadisten kommunizieren im Internet verdeckt, betreiben Netzwerkbildung, sammeln Spenden oder rekrutieren Freiwillige für den Jihad. Auch die Vorbereitung auf Kampfeinsätze erfolgt vielfach mit Hilfe des Internets. Anleitungen zum konspirativen Verhalten, zum Bau von Waffen, zur Herstellung von Giften und Sprengsätzen – alle wesentlichen Informationen und Anleitungen zur Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen lassen sich online beziehen. Damit fungiert das Internet als eine Art „virtuelles Trainingslager". Jihadisten nutzen das Internet darüber hinaus zur Selbstinszenierung und zur psychologischen Kriegsführung. Sie verbreiten dort Bekennerschreiben und -videos ebenso wie Bilder und Videos von Bombenanschlägen, von Entführungs- und Hinrichtungsopfern. Solche Szenarien erregen weltweit Aufsehen und verbreiten Angst und Schrecken. Auch Internetbotschaften, in denen mit Anschlägen gedroht wird, sollen die Bevölkerung verunsichern. In Erinnerung ist der deutschen Öffentlichkeit das Video des deutschen 'al-Qaida'-Mitglieds Bekkay Harrach geblieben, das 2009 durch die Medien ging. Darin hatte der mittlerweile bei Kampfhandlungen in Afghanistan ums Leben gekommene junge Mann mit Anschlägen auf deutschem Boden im Falle eines fortgesetzten Afghanistan-Engagements Deutschlands gedroht. Auch 2010 und 2011 wurden immer wieder Internetbotschaften ausländischer Terrororganisationen mit vielfältigen Deutschlandbezügen bekannt.

Ideologietransfer

Akteure des internationalen Terrorismus nutzen das Internet exzessiv zur Verbreitung ihrer Jihad-Ideologie. Sie dient den weltweit zersplitterten, autonom agierenden Terrornetzwerken als gemeinsame Basis, als eine Art einigendes Band. Da eine zentrale Befehlsstruktur fehlt, ist die Inspiration und Motivation zur Durchführung immer neuer Anschläge für den Fortbestand des internationalen Terrorismus von existenzieller Bedeutung. Gleichzeitig gilt es, die weltweite Anhängerschaft ideologisch zu „justieren". Ein wesentliches Ziel der Internetpropaganda ist es, die Ideologie des gewaltsamen Jihad am Leben zu erhalten. Potenzielle Unterstützer des globalen Jihad müssen auf dem „richtigen" Kurs gehalten werden. Gleichzeitig versucht man, viele neue Sympathisanten hinzuzugewinnen. Vor allem Berichte von Gewalt an Muslimen in Krisenregionen, wie dem Irak und Afghanistan, sollen der Welt die systematische Unterdrückung und Geißelung der muslimischen „Umma" (der Glaubensgemeinschaft der Muslime) vor Augen führen. Emotionalisierende Fotos von verletzten oder getöteten Zivilisten, vor allem von Kindern, Frauen und alten Menschen, wecken beim Betrachter Betroffenheit und lassen bei empfänglichen Personenkreisen Terrorakte als eine gerechte und legitime Form des Widerstands gegen die „ungläubigen Aggressoren" erscheinen.

Propagandaktivitäten jihadistischer Führungspersonen

Dem Ideologie-Transfer dienen neben jihadistischer Literatur, Tonträgern und Videos vor allem Verlautbarungen von Führungsfiguren des internationalen Terrorismus. Eine Vielzahl solcher Bild-, Ton- und Textdokumente wurden auch 2011 wieder ins Netz gestellt. In der Regel wird darin in Anspielung auf erfolgte Terrorakte oder unter Androhung neuer Anschläge die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt. Im Jahr 2011 machte insbesondere Aiman al-Zawahiri, der bis zu Usama bin Ladins Tod als sein Stellvertreter fungierte, durch eine Vielzahl solcher Internetbotschaften von sich Reden. In diesen Videos nahm er zum Teil auch umfassend zu weltpolitischen Ereignissen, insbesondere der Umbuchsituation in arabischen Staaten, Stellung und deutete diese im Sinne der Ideologie des globalen kämpferischen Jihads. Nach dem Tod Usama bin Ladins fiel al-Zawahiri die Rolle zu, die propagandistische Lücke, die durch den Verlust der zentralen Führungsfigur des internationalen islamistischen Terrorismus zu entstehen drohte, zu füllen. Die zahlreichen Internetvideos von al-Zawahiri, die im zweiten Halbjahr 2011 im Internet kursierten, können auch als Versuch einer Kompensation gedeutet werden.

Neben dem Tod von Usama bin Ladin bedeutete auch die Tötung des hochrangigen Jihad-Ideologen Anwar al-Awlaki bei einem US-Angriff im September 2011 eine empfindliche Einbuße für den internationalen Jihadismus. Der jemenitische Prediger mit US-amerikanischer Staatsangehörigkeit galt als geistiges Oberhaupt von 'al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH), trat in seinen Internet-Botschaften jedoch nie als AQAH-Mitglied, sondern als unabhängiger islamischer Gelehrter auf. Bis zu seinem Tod meldete er sich regelmäßig in Videobotschaften und schriftlichen Verlautbarungen zu Wort und galt als einer der maßgeblichen Inspirateure des globalen Jihad. Aus der Feder al-Awlakis sind Predigten und religiöse Traktate bekannt, die in Einzelfällen nachweislich zur Radikalisierung von Einzelpersonen beigetragen haben.

Erwartungsgemäß wurde der Tod al-Awlakis seitens der AQAH propagandistisch genutzt. In den Wochen nach seinem Tod entstanden schriftliche Stellungnahmen und Videos, die den Getöteten als Märtyrer und Held der islamischen Umma glorifizierten und Rache forderten. In der offiziellen Erklärung der AQAH zum Tod al-Awlakis heißt es, dass das Blut des „Sheikhs" nicht umsonst geflossen sei; er habe Helden hinterlassen, die bald Vergeltung üben würden.

Reaktionen im Internet auf den Tod Usama bin Ladins

Kein weltpolitisches Ereignis hat die jihadistische Internetgemeinde 2011 so stark und nachhaltig beschäftigt wie der Tod des 'al-Qaida'-Chefs Usama bin Ladin. Nach Bekanntgabe seines Todes durch die USA am 2.5.2011 konnten zahlreiche Stellungnahmen und Kommentare von Internetnutzern in arabisch-, türkisch-, englisch- und deutschsprachigen Foren festgestellt werden. Insgesamt durchliefen die Internet-Reaktionen auf den Tod Usama bin Ladins mehrheitlich drei Phasen: zunächst reagierten die Nutzer mit Misstrauen und Zweifel am Wahrheitsgehalt der Nachricht. Für die Mehrheit von ihnen war es schlicht unvorstellbar, dass bin Ladin nach nunmehr zehnjähriger erfolgloser Suche gefunden worden sein sollte. Auf den Seiten Sozialer Netzwerke wie Facebook wurde der Tod bin La-

dins ebenfalls diskutiert. Auch dort schenkten viele Nutzer den Pressemeldungen keinen Glauben. Sie äußerten fast durchgängig den Verdacht, es handele sich um gezielte Medienmanipulationen. Immer wieder wurde betont, man wolle zunächst eine Bestätigung der Todesnachricht durch die Medienstellen der Mujahedin abwarten. Erst am 6.5.2011 konnte in mehreren arabischsprachigen jihadistischen Foren eine vierseitige schriftliche Erklärung von 'al-Qaida' zum Tod von bin Ladin festgestellt werden. 'Al-Qaida' bestätigte darin offiziell den Tod ihres Anführers. Erwartungsgemäß betonte die Organisation die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen die USA und ihre Verbündeten und drohte den USA damit, dass sich „ihre Freude bald in Tränen verwandeln" werde. In Reaktion auf die Bestätigung des Todes von Usama bin Ladin bekundeten zahlreiche jihadistische Gruppierungen und Medienstellen in schriftlichen Erklärungen ihr Beileid und gratulierten zum Märtyrertod. Usama bin Ladin wurde in den vielen Internetveröffentlichungen von Terrorgruppen und Einzelpersonen als Held der islamischen Gemeinschaft und Vorbild aller Muslime gepriesen. Die jihadistische Internetgemeinde war sich sehr schnell darüber einig, dass der Jihad trotz des Todes von bin Ladin bis zum endgültigen Sieg der Muslime über ihre Feinde fortgeführt werden müsse. Vielfach wurde im Internet auch Vergeltung für die Tötung Usama bin Ladins gefordert. Viele Internetbeiträge waren geprägt von Gedanken der Rache an den Verantwortlichen, insbesondere an den USA und der pakistanischen Regierung.

Deutschlandbezüge in der Jihad-Propaganda

Auch 2011 wies die jihadistische Internetpropaganda wieder vielfältige Deutschland-Bezüge auf. In den mehr als 20 Verlautbarungen jihadistischer Gruppierungen wurden zum Teil direkte oder indirekte Terrordrohungen gegen Deutschland beziehungsweise Deutsche im In- und Ausland ausgesprochen. Bei den berücksichtigten Veröffentlichungen handelte es sich um Audio- und Videobotschaften ausländischer terroristischer Gruppierungen aber auch um Verlautbarungen, die als Textdokumente ins Internet eingebracht worden waren.

Nachdem rund um die Bundestagswahl 2009 ein deutlicher Anstieg deutschsprachiger beziehungsweise deutschlandbezogener jihadistischer Internet-Propaganda stattgefunden hatte, waren auch 2010 wieder fortlaufend Internetverlautbarungen aus dem jihadistischen Spektrum festgestellt worden, die in deutscher Sprache verfasst waren oder Deutschland thematisierten. Dieser Trend hat sich 2011 fortgesetzt.

2011 stammte der Großteil der im Internet veröffentlichten deutschsprachigen bzw. deutschlandbezogenen Jihad-Propaganda von der 'Islamischen Bewegung Usbekistan' (IBU). Mehrfach traten darin die bereits aus Internetvideos der Vorjahre bekannten und zuvor in Nordrhein-Westfalen ansässigen jungen Männer als Sprecher und Akteure auf. Wie bei allen früheren Videoproduktionen der IBU priesen die deutschsprachigen Akteure in zahlreichen Internetveröffentlichungen den Jihad in den Kampfgebieten und forderten deutsche Muslime auf, sich ihnen anzuschließen, um vor Ort für den Islam zu kämpfen.

2011 sind im Bereich des deutschsprachigen jihadistischen Internets neue Webseiten hinzugekommen, die intensiv durch den Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsbehörden in den Blick genommen werden. Einige dieser Webseiten weisen eine starke Vernetzung untereinander auf. Die auf diesen Seiten eingestellten Textbeiträge und Videos sind zum Teil aggressiv und offen kämpferisch. In den Videos eines der maßgeblichen Akteure, die auch in Videobörsen wie Youtube verbreitet werden, werden Muslime zum „offensiven Jihad" aufgefordert. Eine neuere deutschsprachige Webseite wirbt für die Unterstützung von Strafgefangenen in Deutschland und im Ausland, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden.

Tötung von Deutschen nach dem „Pyramiden-System"

Die Forderung, im Jihad Deutsche zu töten, war in den Verlautbarungen der IBU stets auf den Einsatz in den Kampfgebieten „vor Ort" bezogen worden. Aus den hier bekanntgewordenen Verlautbarungen der Gruppierung aus dem Jahr 2011 ist indes ein Strategiewechsel abzulesen. Erstmals propagierte die IBU öffentlich, Angriffe gegen Deutsche in Deutschland zu begehen. So forderte ein deutschsprachiger Akteur der IBU in einer im April 2011 im Internet kursierenden Textbotschaft Muslime in Deutschland dazu auf, in Vorbereitung ihrer Ausreise in die Kampfgebiete „Beuteüberfälle" zu machen, Sachbeschädigungen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Schädigung Deutschlands zu begehen

und sogar Deutsche „nach dem Pyramidensystem" zu töten. Ins Visier sollten alle gesellschaftlichen Gruppen, vom Politiker über den Bundeswehrsoldaten bis hin zum Normalbürger genommen werden. Verschonen solle man nur diejenigen, die sich öffentlich von den sogenannten „Verbrechen der deutschen Regierung" distanzieren.

Fokussierung auf den „individuellen Jihad"

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dient neben der IBU auch anderen Terrorgruppen als Rechtfertigung dafür, ihre Anhänger via Internet fortwährend zu Anschlägen gegen Deutsche zu motivieren. So rief die 'al-Qaida' in ihrem „Jahresvideo" dazu auf, denjenigen Ländern offen den Krieg zu erklären, die sich an Aggressionen gegen Muslime beteiligen. Mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan war diese Drohung auch gegen Deutschland gerichtet. Gleichzeitig betonte die 'al-Qaida', dass es nicht zwingend notwendig sei, an Jihad-Schauplätze auszureisen. Vielmehr seien durch Einzeltäter begangene Attentate im Westen von großem Nutzen. Sowohl Soldaten als auch Zivilisten werden in dem Video als legitime Anschlagsziele bezeichnet. Außerdem wird dazu aufgerufen, einflussreiche Persönlichkeiten im Westen als Ziele auszuwählen. In ihrer Videobotschaft betonte 'al-Qaida' die Pflicht zum „individuellen Jihad", also zum kämpferischen Einsatz durch unabhängig vor Ort agierende Einzeltäter. Diese Facette des gewaltsamen Kampfes für den Islam scheint in der Jihad-Propaganda ausländischer wie inländischer Akteure immer mehr an Bedeutung zu gewinnen.

Deutschlandbezüge in jihadistischen Online-Magazinen

Im jihadistischen Bereich hat die Zahl verschiedensprachiger Online-Magazine in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Herausgabe eines urdusprachigen Online-Magazins im Jahr 2010 war ein Zeichen dafür, dass sich der internationale Jihadismus, nachdem er sich lange Zeit vor allem auf arabische Rezipienten konzentriert hatte, seinen Adressatenkreis bewusst zu erweitern versucht.

Das wohl prominenteste Magazin mit dem Namen 'Inspire' wird von der 'al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH) herausgegeben und ist in englischer Sprache verfasst. Dieses Magazin hat sich die „Verteidigung des Propheten Muhammad" zur Aufgabe gemacht und will – wie der Name sagt – Muslime zu Anschlägen gegen die Feinde des Islam „inspirieren". Es werden Themen rund um den kämpferischen Jihad behandelt. So finden sich in 'Inspire'-Magazinen regelmäßig Bombenbauanleitungen und Tipps für ausreisewillige Jihadisten.

Jihadistische Online-Magazine griffen auch 2011 wieder Themen mit Deutschlandbezug auf, dabei stets unter Hinweis auf das angeblich anti-islamische Wirken der deutschen Politik und die „unrechtmäßige" Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan. So erhoben die Taliban in mehreren Ausgaben ihres Online-Magazins 'Assomood' schwere Vorwürfe gegen die Bundeswehr in Afghanistan und bezichtigten sie der willkürlichen Tötung unschuldiger Zivilisten. In diesem Zusammenhang belegten die Taliban Deutschland erstmals mit Nazi-Attributen und sprachen davon, dass die mörderische Gewalt gegen Zivilisten die „wahre Natur" der deutschen Militärpräsenz offenbart habe. Durch die Veröffentlichung von Beiträgen wie diesen zielen die Taliban darauf ab, junge Muslime zu radikalisieren und sie für die Ziele der Taliban bzw. des globalen Jihads zu gewinnen.

Auch in den Beiträgen des von der AQAH herausgegebenen Online-Magazins 'Inspire' wurde vielfach Bezug auf die deutsche Präsenz in Afghanistan genommen. Dabei wurde Deutschland explizit in einer Auflistung von Apostaten-Regierungen genannt und implizit als legitimes Angriffsziel bezeichnet.

Selbstinszenierung und psychologische Kriegsführung

Terroristen nutzen das Internet auch, um in den eigenen Reihen und beim „Feind" den Eindruck weltweiter Handlungsfähigkeit und ungebrochener Schlagkraft zu erwecken. Fotos und Videos von Kampfhandlungen und Bombenanschlägen sollen die Anhängerschaft in der Überzeugung bestärken, als Teil einer siegreichen Gemeinschaft für eine edle Sache zu kämpfen. Eine Reihe von Medienproduktionsstellen, darunter die für 'al-Qaida' produzierende 'al-Sahab' sorgen dafür, dass jihadistische Propaganda in großem Stil und auf technisch hohem Niveau hergestellt bzw. aufbereitet wird. Immer mehr jihadistische Organisationen und Gruppierungen nennen bestimmte Medienproduktionseinheiten

ihr Eigen oder nehmen deren Dienste in Anspruch. Wiederum andere Medienstellen haben sich auf den Vertrieb jihadistischer Propaganda spezialisiert. Sie sorgen dafür, dass Videos, Audios und anderes Material auf einschlägigen Internetforen verbreitet werden. Die Reihe von Medieneinheiten mit überwiegend regionalen Bezügen, wie beispielsweise die für die IBU publizierende 'Jund Allah' oder die türkischsprachige 'Taifatul Mansura', wird seit 2010 durch weitere Medienstellen, darunter im türkischsprachigen Bereich die 'Cihad Medya-Informationsstelle', ergänzt. Diese hat sich die Unterstützung des „medialen Jihad" auf ihre Fahnen geschrieben. Vielfach kompensieren solche Medieneinheiten aber auch Imageverluste, die terroristische Gruppierungen in Kampfgebieten erleiden. Häufig sollen gesteigerte Aktivitäten im Netz über Popularitätseinbußen bei der Bevölkerung hinwegtäuschen.

Terroristen nutzen das Internet darüber hinaus als Instrument der psychologischen Kriegsführung. So führten Mitglieder unterschiedlicher jihadistischer Gruppierungen auch 2011 wieder Geiseln im Internet vor, um Forderungen an die Regierungen der jeweiligen Heimatländer zu stellen. Mit der Zurschaustellung von Gefangenen verfolgen jihadistische Gruppierungen mehrere Ziele. Zum einen soll der Handlungsdruck auf die Gegner erhöht werden. Dies gilt insbesondere für die Folterung und Tötung von Gefangenen und Entführungsopfern vor laufender Kamera und die anschließende Zurschaustellung im Netz. Durch die Betrachtung der Gewalthandlungen soll sich beim Gegenüber ein Gefühl der Bedrohung einstellen. Er soll sich schutzlos und unterlegen fühlen, Vertrauen in seine Umgebung verlieren und die Handlungsfähigkeit seiner Regierung in Zweifel ziehen. Anschlags- und Bekennervideos, Fotos von Verletzten und Getöteten, auf denen grausamste Details in Großaufnahme zu sehen waren, kursierten auch 2011 wieder massenhaft im Netz.

Ein Mittel, die Entschlusskraft von Selbstmordattentätern unter Beweis zu stellen und die Opfer solcher Anschläge zu verhöhnen, ist die Veröffentlichung sogenannter „Videotestamente" oder „Märtyrer"-Videos im Anschluss an einen Anschlag. Auch 2011 waren nach Selbstmordanschlägen insbesondere im afghanischen Krisengebiet wieder Videovermächtnisse der Täter im Internet veröffentlicht worden. Oft handelte es sich dabei um Zusammenschnitte verschiedener Komponenten: der Stellungnahme des künftigen „Märtyrers" zu seiner Tatmotivation, der Dokumentation der Anschlagsdurchführung sowie von Fotos oder Videos der Leiche des Selbstmordattentäters.

Zunehmende Professionalisierung

Die jihadistische Internetszene ist diffus, unübersichtlich und unkontrollierbar. Dies liegt vor allem daran, dass Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus regen Gebrauch von den technischen Möglichkeiten des Internets machen. Beim Ideologietransfer via Netz arbeiten Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus Hand in Hand. Terroristische Gruppen propagieren und rekrutieren entweder auf ihren eigenen Websites oder nutzen dazu fremde jihadistische Seiten. Dort stellen sie zum Beispiel Propagandamaterial von 'al-Qaida' ein oder richten Links zu deren Seiten ein. Der Informationsfluss wird aber zu einem erheblichen Teil von Internet-Nutzern in Gang gehalten, die selbst keiner bestimmten Gruppe angehören. Häufig verteilen sie Propaganda-Material gleichzeitig sowohl auf ihren eigenen Webseiten, als auch in Blogs und sozialen Online-Netzwerken und Videoportalen, auf denen sie nicht selten mehrere Profile bzw. Kanäle gleichzeitig betreiben. Das Internet dient diesen Nutzern als eine riesige Fundgrube an jihadistischen Textdokumenten, Audios und Videos. Insbesondere die Verlautbarungen charismatischer jihadistischer Führungspersonen werden von gleichgesinnten Nutzern bearbeitet. Sie schneiden Videos aus Versatzstücken zusammen, ergänzen sie mit teils selbst erstelltem Material und publizieren im Anschluss ein Produkt, das den Eindruck erweckt, es sei von jihadistischen „Größen" autorisiert worden. 2011 war auch eine rege Übersetzertätigkeit fremdsprachlichen Propagandamaterials ins Deutsche feststellbar. So wurden Videos und Audios entweder synchronisiert oder mit deutschen Untertiteln versehen. Auch die grafische Aufbereitung von Videomaterial hat vielfach ein hohes Maß an Professionalität erreicht.

Hohes Sicherheitsbewusstsein jihadistisch motivierter Internet-Nutzer

Ebenso machte sich bei den Sicherheitsvorkehrungen, die islamistische Extremisten im Internet treffen, eine zunehmende Professionalisierung bemerkbar. Im jihadistischen Bereich sind Internetseiten in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum unter ein und derselben Adresse abrufbar. Der häufige Wechsel von Website-Adressen dient vor allem dazu, Spuren im Netz zu verwischen. Bestimmte Webseiten sollen einem Kreis von Insidern vorbehalten bleiben. Solche versteckten Webseiten

(Blackboards) können nur durch Kenntnis des konkreten Namens, nicht aber von Suchmaschinen gefunden werden. Eine andere Möglichkeit ist es, den Zugriff auf bestimmte Seiten einzuschränken, beispielsweise durch Kennungen und Passwörter. Darüber hinaus werden alle Möglichkeiten der Verschlüsselung und Kryptografie angewendet, um einschlägige Inhalte unerkannt ins Internet zu stellen. Mittels spezieller Programme können Informationen zum Beispiel in Bild- und Musikdateien versteckt werden. Die entsprechende Software kann aus dem Internet heruntergeladen werden. Dass Jihadisten in diesem Bereich häufig einen großen Erfindungsreichtum zeigen und bemüht sind, ihr „Wissen" an Gleichgesinnte weiterzugeben, zeigt der Fall eines 19-jährigen Konvertiten aus Schleswig-Holstein. Gegen ihn hat die Bundesanwaltshaft Ende 2011 wegen Unterstützung zweier ausländischer Terrororganisationen Anklage erhoben. Der Beschuldigte soll auf seiner Internetseite „Islamic Hacker Union" Anleitungen zum Bombenbau sowie Terrorvideos verbreitet haben. Auf seiner Webseite beschäftigte er sich darüber hinaus mit Fragen der Verschlüsselung sowie anderen Themen rund um das klandestine Verhalten von Jihadisten im Internet.

Kommunikation in Internetforen und sozialen Netzwerken

Internetforen spielen als Medien für den weltweiten Jihad eine herausragende Rolle. Sie werden genutzt, um Propaganda zu verbreiten und verdeckt zu kommunizieren. Die teils passwortgeschützten mehrsprachigen jihadistischen Foren bieten nicht nur die Möglichkeit der Kommunikation in offenen oder geschlossenen Bereichen, sie versorgen ihre Nutzer auch mit aktuellen Informationen und Nachrichten aus der terroristischen Szene und stellen Video- und Audiomaterial zum Download bereit. Trotz wachsender Bedeutung sozialer Netzwerke haben jihadistische Internetforen als Kommunikationsplattformen bei jihadistischen Aktivisten einen hohen Stellenwert. Sie ermöglichen den Austausch mit Gleichgesinnten in einem relativ sicheren und nach außen abgeschirmten Umfeld. Die Zahl jihadistisch geprägter Internetforen geht in die Hunderte mit steigender Tendenz. Trotz der Vielzahl von Foren spielen innerhalb der gewaltbereiten Islamistenszene nur einige wenige Internetforen eine herausragende Rolle. Meist sind es solche, die auch von 'al-Qaida' und ihrer Medienstelle zur Verbreitung von Propaganda genutzt werden. Kennzeichnend für die meisten Foren ist, dass sie Schwankungen in der Akzeptanz ihrer Nutzer unterworfen sind. Ein Forum, das sich heute noch großer Beliebtheit erfreut, kann aufgrund bestimmter äußerer Rahmenbedingungen schon bald unbeliebt sein oder sogar vom Netz genommen werden. Umgekehrt können zunächst unbedeutende Foren rasch zu beliebten Treffpunkten der jihadistischen Internetgemeinde avancieren. So hat sich nach der Abschaltung des 'al-Qaida'-nahen „al-Faluja"-Forums im Jahr 2010 das Forum „Shumukh al-Islam" zum derzeit führenden jihadistischen Internetforum entwickelt. Die Medienstelle der 'al-Qaida', das „al-Fajr"-Medienzentrum, steuert seine Produktionen auf dieses Forum, wodurch es bei seinen jihadistischen Nutzern eine hohe Akzeptanz hat. Aufgrund des hohen Sicherheitsbewusstseins seiner Administratoren wechselte das „Shumukh-Forum" in der Vergangenheit mehrfach seinen Namen und war zeitweise auch inaktiv. Seit Mitte 2011 hat sich neben „Shumukh al-Islam" ein weiteres, von 'al-Qaida' „abgesegnetes" Internetforum in der jihadistischen Szene etabliert: das Forum „al-Fidaa". Es bleibt abzuwarten, ob es sich auf Dauer neben dem „Shumukh-Forum" halten kann oder ob es von diesem mit der Zeit sogar verdrängt werden wird.

Auch im deutschsprachigen Bereich findet der Kommunikationsaustausch jihadistisch gesinnter Einzelpersonen zum Teil in einschlägigen Internetforen statt. Die Zahl maßgeblicher deutschsprachiger Foren jihadistischer Ausrichtung ist jedoch vergleichsweise gering. Internetnutzer greifen gerne auf spezielle Chat-Programme zurück, die Kommunikation in geschützten Räumen bieten. Darüber hinaus hat die Kommunikation via Facebook und anderer sozialer Online-Netzwerke in jihadistischen Kreisen stark zugenommen. Auch Videobörsen wie YouTube mit ihren interaktiven Funktionen und Chat-Möglichkeiten sind für Jihadisten beliebte Kommunikationsplattformen.

Gefahr der Selbst-Radikalisierung – das Beispiel des Frankfurter Attentäters

Durch die Nutzung des Internets können sich Radikalisierungsprozesse beschleunigen und kaum vorhersehbar entwickeln. Eine besondere Gefahr der beschriebenen Propaganda-Aktivitäten ist, dass sie auch auf Einzelpersonen ohne jihadistische Anbindung fanatisierend wirken können. Die Bereitschaft, Anschläge durchzuführen, setzt nicht immer eine gezielte Rekrutierung voraus. Sie kann auch die Folge einer intensiven und einseitigen Beschäftigung mit radikal-islamistischer Propaganda sein, die allein das Internet massenhaft bietet. Die Zahl jihadistischer Propagandaseiten geht in die Tau-

sende und auch die Vernetzung der User von Internetforen und Videokanälen nimmt ständig zu. Gleichzeitig wächst die Gemeinde von Internetnutzern weltweit kontinuierlich, so dass sich künftig nicht nur die jihadistische Propaganda im Netz vervielfachen, sondern auch der Empfängerkreis wachsen wird. Die Verinnerlichung von Internet-Propaganda kann zu einer Selbst-Radikalisierung insbesondere junger Menschen führen.

Seit Jahren warnt der Verfassungsschutz vor dem Phänomen des „self-made-Terroristen", der sich durch die Beschäftigung mit Jihad-Propaganda selbst radikalisiert und schließlich selbstständig einen Anschlag plant und durchführt. 2011 ist dieses Szenario in Deutschland erstmals Wirklichkeit geworden. Am 2. März 2011 überfiel ein 22 Jahre alter Mann kosovo-albanischer Abstammung am Frankfurter Flughafen einen US-Militärbus und erschoss zwei Soldaten. Zwei weitere Soldaten verletzte er bei dem Angriff schwer. Der Täter hatte sich in den Wochen vor der Tat mit salafistischer und jihadistischer Internetpropaganda beschäftigt. Nach seinen eigenen Aussagen entschloss er sich nach dem Konsum eines Internetvideos, das Gewalt von US-Amerikanern an Muslimen zeigte, spontan zu der Tat. Er hatte den Film für eine Dokumentation gehalten. Später gab er „Hass auf Amerikaner" als Tatmotiv an.

Schon Jahre zuvor war die Selbst-Radikalisierung durch das Internet in Deutschland zu einer realen Bedrohung geworden. So sollen die beiden jungen Männer, die für die fehlgeschlagenen Kofferbomben-Attentate in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006 verantwortlich sind, gezielt Informationen zum kämpferischen Jihad im Netz gesucht und schließlich auch die Bomben nach einer Anleitung aus dem Internet zusammengebaut haben.

Eine solche Selbst-Radikalisierung vollzieht sich sicherlich nicht allein durch die Betrachtung jihadistischer Internet-Propaganda. Einige andere Einflussfaktoren, etwa soziologische wie Erziehung, Bildung oder Grad der Integration dürften eine wichtige Rolle spielen. Festzuhalten bleibt aber die enorme Sogwirkung jihadistischer Propaganda, die sich in jüngster Zeit ganz bewusst an ein jugendliches Publikum richtet. Akteure des internationalen Jihadismus arbeiten gezielt daran, junge Menschen für den kämpferischen Jihad zu gewinnen. In einer Reihe von Videobotschaften forderten sie auch 2011 wieder junge Muslime in unterschiedlichen Sprachen dazu auf, den gewaltsamen Jihad zu unterstützen. Dabei wurde zum Teil auch gezielt darauf hingewirkt, moralische Bedenken und Zweifel potenzieller Jihadisten zu zerstreuen. Ins Auge fielen auch im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Veröffentlichungen terroristischer Gruppierungen, die im Kampf gefallene „Märtyrer" zu Helden und Vorbildern der Jugend stilisierten. In einer Anfang 2011 verbreiteten deutschsprachigen Textbotschaft der IBU, die einen hohen Verbreitungsgrad im Internet erzielte, beschreibt der aus Deutschland stammende Verfasser seinen Weg von Bonn nach Afghanistan und legt jungen Muslimen nahe, es ihm gleich zu tun. In einer weiteren Veröffentlichung, die ebenfalls von der IBU stammt und im jihadistischen Internet verbreitet wurde, versucht der gleiche Autor gezielt die moralischen Bedenken Jugendlicher zu zerstreuen, die davor zurückschrecken, gegen den Willen ihrer Eltern am Jihad teilzunehmen. Die Empfehlung, die er jungen Menschen gibt, ist ein Plädoyer dafür, dem kämpferischen Jihad unbedingte Priorität einzuräumen:

> *„Der Islam ist die völlige Hingabe zu Allah. So mache das, was Allah will und nicht das, was deine Mutter will. So gehe dorthin wo Allah dich sehen will und nicht auf die Universität oder auf den Arbeitsplatz, wo deine Mutter dich gerne sehen will.* [...] *Keine Gehorsamkeit zu einer Schöpfung in der Ungehorsamkeit zum Schöpfer",* heißt es in der Textbotschaft.

Die Rolle von Frauen in der Jihad-Propaganda

Lange Zeit galt das jihadistische Internet als eine ausschließlich Männern vorbehaltene Szene. Der vor wenigen Jahren einsetzende Trend zu mehr weiblichem Engagement in der jihadistischen Internet-Szene hat sich fortgesetzt. Jihadistisch gesinnte Frauen sind heute in großer Zahl in einschlägigen Foren und Chats aktiv. Sie verbreiten Gewalt verherrlichendes Propagandamaterial, werben für das Übersiedeln in Kampfgebiete und rufen zum Jihad gegen „Ungläubige" auf. So tauchte im Oktober 2011 eine deutschsprachige Textbotschaft der IBU in einem jihadistischen Internetforum auf, die dem Anschein nach von der Ehefrau eines aus Deutschland stammenden IBU-Mitglieds stammt. Darin ermutigt die Verfasserin muslimische Frauen mit ihren Familien auszureisen, um ihre Männer in den Jihad-Gebieten aktiv und moralisch zu unterstützen. Sie versucht die Bedenken muslimischer Frauen

gegen eine Umsiedlung in die Kampfgebiete zu zerstreuen und appelliert inständig an das religiöse Gewissen ihrer „Schwestern".

Eine wichtige Rolle in der Jihad-Propaganda spielt darüber hinaus die mediale Vermarktung der Frauen oder Verwandten von Selbstmordattentätern, die sich in Internetveröffentlichungen zu Wort melden, um das Märtyrertum zu verherrlichen und den gewaltsamen Jihad als erstrebenswertes, gottgefälliges Werk zu verteidigen. Beispielhaft ist die Stellungnahme der Ehefrau des sogenannten „Attentäters von Khost". Diese hatte nach dem Attentat ihres Mannes auf einer US-amerikanischen Militärbasis in Khost/Afghanistan 2009 in einem Interview davon gesprochen, dass sie die Tat mit Stolz erfülle. Bereits 2009 hatte die Videobotschaft der deutschen Ehefrau eines in Afghanistan getöteten Jihadisten für Aufsehen gesorgt, die im Internet das „Märtyrertum" ihres Mannes gepriesen hatte.

Im Interesse einer vermeintlich islamischen Geschlechtertrennung auch im virtuellen Raum bieten einige jihadistische Internet-Foren sogenannte „Schwestern-Räume" an, in denen sich gleichgesinnte Frauen über den Jihad und andere Themen austauschen können. Der Trend zur Trennung von Männern und Frauen im islamistischen Internet zeigt sich auch in den sozialen Netzwerken. Immer mehr Frauen, sei es im salafistischen oder auch jihadistischen Bereich, schotten ihr Internet-Profil bzw. ihren Kanal vom anderen Geschlecht ab, meist mit dem Hinweis darauf, dass es „haram", also religiös verboten sei, andersgeschlechtliche Freundschaften einzugehen, und seien sie auch nur virtuell. Frauen werden in der Propaganda von Jihadisten auch bevorzugt als wehrlose Opfer der Erniedrigung durch die „Ungläubigen" dargestellt. Dieser Trend hat sich 2011 nochmals verfestigt. So veröffentlichte etwa die 'Globale Islamische Medienfront' (GIMF) zwei Erklärungen zu den Haftbedingungen einer deutschen Muslima, die 2010 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden war. In einer der Erklärungen mit dem Titel " Ein ehrliches Wort und eine vernichtende Botschaft – Das Leiden der standhaften Schwester Umm Saifullah Al-Ansaria durch die deutschen Kreuzzügler" wurde die Behauptung aufgestellt, die Gefangene werde in der Haft gedemütigt und gefoltert. Die Propaganda verfehlte ihre Wirkung nicht. Viele User der einschlägigen Internetforen, auf denen der Beitrag veröffentlicht worden war, schworen Rache an den Deutschen. In einem Fall forderte der Nutzer eines jihadistischen Forums andere User sogar auf, eine Liste mit Namen prominenter Persönlichkeiten in Deutschland zu erstellen, um diese zu „schlachten" – ein erschreckendes Beispiel für das Radikalisierungpotenzial islamistischer Propaganda im Internet.

Instrumentalisierung von Kindern

Wie im Vorjahr benutzten jihadistische Gruppierungen auch 2011 wieder Kinder für ihre Jihad-Propaganda. So sollten beispielsweise ins Internet gestellte Fotos von verwundeten oder getöteten Kindern die angeblichen Gräueltaten der „Ungläubigen" an den Muslimen dokumentieren. Zu diesem Zweck wurden grausame Fotos verletzter oder missgebildeter Kinder in großer Zahl in Umlauf gebracht. Von solchen Darstellungen versprechen sich Jihadisten eine stark emotionalisierende Wirkung. Einige Terrororganisationen warben für ihre Ziele mit Videos und Fotos von bewaffneten Kindern beim Kampftraining. Paradoxerweise versuchen sich jihadistische Gruppierungen in ihren Internet-Veröffentlichungen einen betont kinderfreundlichen Anstrich zu geben. So werden in Videos verschiedener Terrorgruppen immer wieder auch Kinder eingeblendet, die den Jihad preisen oder sich an Waffen probieren. 2010 richtete gar eine somalische Terrororganisation ein Kinderfestival für den Jihad-Nachwuchs aus, das im Internet dokumentiert wurde. Ein eindrucksvolles Beispiel für diese zynische Methode der Jihad-Werbung ist ein Video der usbekischen Terrororganisation IBU, das seit zwei Jahren im Netz kursiert. Darin wirbt ein von Kindern umringter Jihadist dafür, mit Frauen und Kindern zu ihm ins Kampfgebiet zu ziehen, da sein Aufenthaltsort sehr „familienfreundlich" sei. In einem anderen Propagandavideo wird der Aufenthalt im Kampfgebiet von einem deutschsprachigen Protagonisten der IBU gar als „Urlaub" bezeichnet. Dazu wird dieser in entspannter Stimmung lachend an einem Wasserfall gezeigt.

5.1.3 Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM)

Hintergrund

Vorläufer der 'al-Qaida im Islamischen Maghreb'[125] war die 'Groupe Salafist pour la Prédication et le Combat' (GSPC), die 1998 durch Hassan Hattab gegründet worden war. Sie ist bis heute die schlagkräftigste algerische Terrorgruppe und besteht aus zahlreichen Klein- und Kleinstgruppen. Sie lehnt eine Aussöhnung mit dem algerischen Regime strikt ab und hat sich im Jahre 2006 offiziell dem terroristischen Netzwerk um Usama bin Ladin angeschlossen. Seither nennt sie sich 'al-Qaida im Islamischen Maghreb' (AQM).

Situation in Nordrhein-Westfalen

Strukturen der AQM sind in Nordrhein-Westfalen nicht feststellbar. Hier lebende Einzelmitglieder der Vorgängerorganisation sind möglicherweise nach wie vor in europaweite Netzwerke zur finanziellen und logistischen Unterstützung der im Ausland, insbesondere in Algerien, operierenden Gesinnungsgenossen eingebunden.

5.1.4 Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)

Hintergrund

Im Jahr 1998 wurde die 'Islamische Bewegung Usbekistans' ('Islamic Movement of Uzbekistan') gegründet. Sie verfolgt das Ziel, in Usbekistan einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten und bekämpft auch mit terroristischen Mitteln das Regime des usbekischen Präsidenten Karimov. Seit einigen Jahren ist die IBU hauptsächlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aktiv und beteiligt sich dort am Kampf gegen die ISAF-Truppen und die Sicherheitskräfte der afghanischen Regierung. Dabei unterhält sie enge Kontakte zu 'al-Qaida' und den Taliban.

Situation in Deutschland

Etwa seit Beginn des Jahres 2009 bemüht sich die IBU verstärkt, Rekruten aus Deutschland zu werben, indem sie im Internet deutschsprachige Videos veröffentlicht. Als Sprecher treten darin regelmäßig die Brüder Yassin und Monir C. auf, die in Nordrhein-Westfalen geboren und aufgewachsen sind. Unter Hinweis auf eine vermeintlich bestehende religiöse Verpflichtung hierzu fordern die beiden Brüder deutschsprachige Muslime dazu auf, ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu reisen, um sich dort auf Seiten der IBU am Jihad in Afghanistan zu beteiligen. Zwar folgten diesem Aufruf auch einige Personen aus Deutschland, aber nicht allen gelang die Einreise ins Kampfgebiet. Mehrere wurden vorher durch pakistanische Sicherheitskräfte aufgegriffen und an der Fortsetzung ihrer Reise mit dem Ziel eines Anschlusses an die IBU gehindert.

Diejenigen, die ihr Ziel erreichen, nehmen aktiv an Kampfhandlungen teil und begeben sich damit in Lebensgefahr. Im Berichtszeitraum wurde etwa der damals 22-jährige Abdullah H. aus Essen bei Kampfhandlungen getötet. Andererseits werden die neuen Rekruten auch für gezielte Selbstmordanschläge eingesetzt, wie beispielsweise der seinerzeit 23-jährige Said B. aus Bochum.

5.1.5 Islamische Jihad Union (IJU)

Die 'Islamische Jihad Union' (IJU) spaltete sich 2002 von der IBU ab. Ihre Aktivitäten orientieren sich am international ausgerichteten, globalen Jihad im Sinne von 'al-Qaida', zu der sie ebenso enge Kon-

---

[125] *Als Maghreb werden die nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Algerien bezeichnet. Einige zählen auch Libyen und Mauretanien dazu.*

takte pflegt wie zu den afghanischen Taliban. Dennoch versteht sich die IJU als eine eigenständige Organisation, die Ausbildungs- und Trainingslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet Waziristan unterhält.

Situation in Deutschland

Ihre Mitglieder rekrutiert die IJU sowohl aus den zentralasiatischen Staaten und dem Kaukasus als auch aus der Türkei und Deutschland. Insbesondere in Deutschland lebende türkischstämmige Personen sowie deutsche Konvertiten gehören zur Zielgruppe der Organisation. Neue Mitglieder versucht die Organisation durch Text- und Videobotschaften im Internet anzuwerben, die teilweise in türkischer, aber auch in deutscher Sprache verfasst sind.

Am 4. März 2010 wurden die vier Mitglieder der sogenannten Sauerlandgruppe zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Im Auftrag der IJU, der sich drei der vier Verurteilten angeschlossen hatten, plante die Gruppe unter Verwendung selbst herzustellender Sprengmittel Anschläge gegen US-amerikanische Einrichtungen beziehungsweise gegen US-Bürger in Deutschland.

5.2 Islamistisch motivierter Terrorismus mit regionaler Ausrichtung

5.2.1 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)

Hintergrund

Die 'Ansar al-Islam' ('Unterstützer des Islam') ging 2001 aus der 'Jund al-Islam' ('Armee des Islam') hervor. 'Ansar al-Islam' ist eine ursprünglich nur im Nordosten des Irak aktive kurdisch-islamische Organisation, in der sich eine Reihe kurdischer Splittergruppen zusammen fand. Die Anhänger streben die Errichtung eines islam(ist)ischen Staates vorrangig im Nordirak an und kämpften zunächst gegen die dortigen, sehr viel einflussreicheren säkularen, also nicht religiös ausgerichteten Parteien. Im Dezember 2001 übernahm der im norwegischen Exil lebende Mullah Krekar die Führung der Gruppierung. Mittlerweile ist Krekar in seiner Führungsposition von Abdullah al-Shafi abgelöst worden. Die 'Ansar al-Islam' zeichnet sich im Irak für eine Vielzahl schwerster Terrorakte und Selbstmordanschläge verantwortlich.

Ideologie

'Ansar al-Islam' zielt darauf ab, ein islamistisches Kurdistan zu schaffen, das auf einem radikalen Islam nach dem Vorbild der Taliban in Afghanistan beruht. Die Gruppierung versucht, den in ihrem Machtbereich lebenden Menschen den Kontakt zu säkularen Parteien zu verbieten und verleiht ihren Forderungen mit brutalen Gewaltaktionen gegen Andersdenkende Nachdruck.

Seit längerer Zeit sieht sich die 'Ansar al-Islam' als Teil des sunnitisch-terroristischen Widerstandes im Irak. Ihr ursprüngliches Ziel, die Errichtung eines eigenen kurdisch-islami(sti)schen Staates im Nordirak, geriet vorerst in den Hintergrund. Stattdessen passte sie sich weitgehend den Zielsetzungen des übrigen Widerstandes an, dessen terroristische Bestrebungen sich primär auf die gewaltsame Vertreibung der Koalitionstruppen aus dem Irak sowie die gewaltsame Beseitigung des irakischen Staates und seiner neugeschaffenen Institutionen erstreckten. Es gibt konkrete Hinweise darauf, dass 'Ansar al-Islam' über Verbindungen zum Terrornetzwerk 'al-Qaida' verfügt. Auch bei der 'Ansar al-Islam' ist eine verstärkte Kommunikation im Internet festzustellen.

Situation in Deutschland

In Deutschland sollen sich etwa 130 Aktivisten überwiegend in Süddeutschland aufhalten. Allerdings konnten vermehrt Umzüge in andere Bundesländer, auch nach Nordrhein-Westfalen, festgestellt wer-

den. Obwohl die Anhänger in Deutschland weitgehend als logistische Unterstützer für die Kerngruppe im Irak fungieren, ist hinsichtlich einer potenziellen Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands durch sie keine Entwarnung zu geben.

5.2.2 Nordkaukasische Separatisten-Bewegung – NKSB (vormals: Tschetschenische Republik Ichkeriya /Tschetschenische Separatistenbewegung)

Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand auch im nördlichen Kaukasus, vor allem in Tschetschenien, eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland – die 'Tschetschenische Republik Ichkeriya' (CRI)/'Tschetschenische Separatistenbewegung' (TSB). Durch den ersten Tschetschenien-Krieg (1994 bis1996) radikalisierten sich die islamistischen Tendenzen innerhalb dieser Bewegung. Insbesondere seit dem zweiten Tschetschenien-Krieg (ab 1999) werden Gewaltaktionen auch außerhalb des Kaukasus verübt. Nordkaukasische Separatisten sind für zahlreiche Gewaltaktionen gegen militärische und zivile Einrichtungen in Russland verantwortlich. Dazu gehören unter anderem die Geiselnahmen 2002 im Musicaltheater in Moskau mit über 130 Toten und 2004 in einer Schule in Beslan mit über 330 Toten.

Ziel dieser militärisch strukturierten Separatistenbewegung ist es, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und im nördlichen Kaukasus einen islamischen Staat zu errichten.

Aktivitäten der NKSB in der Bundesrepublik Deutschland

Die Unterstützungsbewegung im Bundesgebiet setzt sich vorwiegend aus Tschetschenen und Türken tschetschenischer Abstammung zusammen. Die Unterstützung besteht vorrangig in Propaganda für die Bewegung, Spendensammlung und sonstiger logistischer Hilfe.

5.2.3 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung)

Mitglieder	Bund	NRW
2011	300	70
2010	300	70
Internet	Englischsprachige Homepage	

Hintergrund und Ziele

Die sunnitische HAMAS ('Bewegung des islamischen Widerstandes') ist unter den islamistischen Organisationen in Deutschland von zentraler Bedeutung. Sie hat sich aus dem palästinensischen Teil der 'Muslimbruderschaft' entwickelt und wurde erstmals öffentlich mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Ihr Ziel ist der kompromisslose Kampf gegen Israel zur „Befreiung" des gesamten historischen Palästina und die Einrichtung eines islamistischen Staates auf dem Gebiet Palästinas.

Die HAMAS ist eine der stärksten und einflussreichsten Organisationen unter den sunnitischen Palästinensern. Hinzu treten säkulare palästinensische Gruppierungen unter dem Dach der 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) wie die 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) und die 'Demokratische Front für die Befreiung Palästinas' (DFLP).

Die HAMAS ist eine terroristische Organisation und verfügt über einen paramilitärischen Unterbau. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Ein Friedensschluss mit Israel ist für die streng ideologisch ausgerichteten Hardliner innerhalb der HAMAS bis heute undenkbar.

Die HAMAS lehnt den Alleinvertretungsanspruch der PLO für die Palästinenser ab und boykottierte zunächst alle zwischen Israel und der PLO geschlossenen Verträge.

Sie ist Teil eines weltweiten Netzwerkes von Organisationen, die die 'Muslimbruderschaft' repräsentieren oder ihr nahe stehen. Die HAMAS verfügt über zahlreiche Unterorganisationen, die propagandistische oder logistische Aufgaben erfüllen. Hierzu zählen insbesondere auch Spendensammlungen oder Finanztransaktionen.

Der Konflikt zwischen der – der PLO zugehörigen – 'Fatah'-Partei und der HAMAS, der Ende 2006 zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen geführt hatte, mündete in eine politische und territoriale Spaltung der Palästinenser in das von der 'Fatah' regierte Westjordanland und den durch die HAMAS kontrollierten Gazastreifen. Diese Entwicklung gefährdet auch zukünftig die internationalen Bemühungen um eine Entspannung des seit Jahrzehnten bestehenden Nahost-Konfliktes.

Seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2007 etablierte die HAMAS im Gazastreifen zielgerichtet ein von einer islamistischen Auslegung geprägtes Rechtssystem. Die extremistische ideologische Ausrichtung der HAMAS bestimmt dort inzwischen alle Bereiche des öffentlichen Lebens.

Im Mai 2010 stoppten Einheiten der israelischen Streitkräfte in internationalen Gewässern einen Schiffskonvoi pro-palästinensischer Aktivisten, die nach eigenem Bekunden trotz der israelischen Seeblockade den von der HAMAS kontrollierten Gazastreifen mit Hilfsgütern versorgen wollten. Die israelische Militäraktion mit mehreren Toten und Verletzten löste weltweit Protestveranstaltungen aus. Ein im Juni 2011 geplanter zweiter Schiffkonvoi wurde von den Organisatoren abgebrochen, da einige der hierfür eingeplanten Schiffe aus technischen oder rechtlichen Gründen ihre im Mittelmeerraum gelegenen Häfen nicht verlassen konnten.

Am 18. Oktober 2011 kam es nach Vermittlung durch Ägypten unter vorheriger Beteiligung Deutschlands zu einem Gefangenenaustausch zwischen Israel und der HAMAS. Im Gegenzug zur Freilassung eines von der HAMAS seit mehr als fünf Jahren im Gaza-Streifen festgehaltenen israelischen Soldaten erklärte sich Israel bereit, mehr als 1.000 inhaftierte Palästinenser – unter ihnen auch Terroristen – auf freien Fuß zu setzen. Die HAMAS nutzte die Aktion intensiv für propagandistische Zwecke.

Situation in Deutschland

Maßgebliche HAMAS-Führer haben sich in der Vergangenheit mehrfach gegen Gewaltaktionen außerhalb Israels sowie der besetzten palästinensischen Gebiete ausgesprochen. Von daher ist die Gefahr, dass die HAMAS derartige Aktionen in Deutschland durchführen könnte, als eher gering anzusehen.

Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass es hier – etwa im Zusammenhang mit möglichen israelischen Militäraktionen – zu spontanen Gewaltaktionen gegen israelische, jüdische oder amerikanische Einrichtungen durch stark emotionalisierte jugendliche Palästinenser kommen kann.

Obwohl die von der HAMAS zum Zweck der Spendenakquise gegründeten Vereine 'al-Aqsa e.V.' in Aachen und 'Yatim Kinderhilfe e.V.' in Essen in den Jahren 2002 bzw. 2005 verboten worden waren, betreibt die HAMAS in Deutschland weiterhin neben gezielter Mitgliederwerbung aktiv Spendensammlungen.

„9. Konferenz der Palästinenser in Europa" am 7. Mai 2011 in Wuppertal

Am 7. Mai 2011 fand in Wuppertal unter dem Motto „Die Generation der Rückkehrer kennt ihren Weg" die „9. Konferenz der Palästinenser in Europa" statt. Die Konferenz ist Teil einer Veranstaltungsserie, die seit 2003 in Europa durch das in London ansässige 'Palestinian Return Center' (PRC) als „Rückkehrrechts-Konferenz" organisiert wird. Neben dem PRC, das sich als das Sprachrohr der HAMAS in

Europa darstellt, gehörte 2011 zu den Veranstaltern auch die der HAMAS zuzurechnende 'Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V.*' (PGD).

An der Veranstaltung, die in Teilen den Charakter eines palästinensischen Volksfests hatte und auch für Spendensammlungen genutzt wurde, nahmen rund 2.500, ganz überwiegend dem palästinensischen Spektrum zuzurechnende Besucher aus dem Bundesgebiet und dem angrenzenden europäischen Ausland teil.

5.2.4 Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	Bund	NRW
2011	950	350
2010	900	350
Internet	Mehrsprachige Homepage	

Hintergrund

Die paramilitärische 'Hizb Allah' formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen. Organisatorisch knüpft sie unmittelbar an die iranische Intervention während des libanesischen Bürgerkriegs an. Auf Grund der umfangreichen finanziellen und logistischen Unterstützung durch den Iran entwickelte sich die 'Hizb Allah' schnell zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Bis heute verfügt sie über ein umfangreiches Waffenarsenal, das auch schweres Kriegsgerät beinhaltet. Regionale Schwerpunkte finden sich traditionell im Bekaa-Tal, im gesamten südlichen Libanon mit lokalen Alleinherrschaftsstrukturen sowie in den Vororten von Beirut.

Ideologie

Bedingt durch den iranischen Einfluss strebte die 'Hizb Allah' in den ersten Jahren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster auf libanesischem Boden an. Hiervon hat sich die Organisation später zugunsten einer pragmatischen, auf die Festigung ihres Einflusses bedachten Ausrichtung gelöst. Diesem Ziel ist die 'Hizb Allah' durch ihre mittlerweile gesamtgesellschaftliche und politische Verankerung als Widerstandsbewegung im Libanon deutlich näher gekommen. Im Gegenzug musste sie jedoch Teile ihres extremistischen Forderungskataloges aufgeben. Zuletzt nahm sie erfolgreich an der libanesischen Parlamentswahl teil. Ihre Maximen einer Vernichtung des Staates Israel sowie die Errichtung einer „islamischen Herrschaft" über Jerusalem sind allerdings bis heute unverändert. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die 'Hizb Allah' auch der Mittel des Terrors. Seit Jahren ist sie für Anschläge im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar. Bei der 'Hizb Allah' handelt es sich um eine international gut vernetzte terroristische Organisation.

Situation in Deutschland

Deutschland wird in der strategischen Ausrichtung der 'Hizb Allah' als Rückzugs- und Ruheraum begriffen. Auf gewaltsame Aktionen wird in Deutschland und Nordrhein-Westfalen daher bislang verzichtet. Die Organisation selbst vermeidet seit den Ereignissen des 11. September 2001 öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.

Funktionäre und schiitische Geistliche rufen ihre Anhänger konsequent zur Befolgung der in Deutschland geltenden Gesetze und Regeln auf. Man möchte denjenigen keine Angriffsfläche bieten, die im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Unterstützung und Finanzierung terroristischer Aktivitäten ein Verbot von der 'Hizb Allah' zuzurechnenden Vereinen und Einrichtungen befürworten.

Abseits dieser offiziellen Haltung vermag die 'Hizb Allah' jedoch auch das grundsätzlich ihren Anliegen nahestehende Personenspektrum nicht in vollem Umfang anzusprechen. Obwohl die 'Hizb Allah' seit

mehr als 20 Jahren um die Schaffung einer effizienten Organisationsstruktur unter ihren Anhängern in Deutschland bemüht ist, scheiterten auch im Jahr 2010 feststellbare Ansätze erneut an internen Streitigkeiten und persönlichen Rivalitäten.

Etwa 600 'Hizb-Allah'-Anhänger und regimetreue Iraner aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen am 27. August 2011 in Berlin an der dort seit 1996 alljährlich stattfindenden Demonstration zum sogenannten Jerusalem-Tag (Al-Quds-Tag) teil. Der Al-Quds-Tag war 1979 von Ayatollah Khomeini als Gedenktag zur Erinnerung an die „Besetzung" Jerusalems durch Israel ausgerufen worden.

Situation in Nordrhein-Westfalen

Seit über 20 Jahren ist das 'Islamische Zentrum*' ('Imam-Mahdi-Zentrum') in Münster eine Plattform und Begegnungsstätte für 'Hizb Allah'-Anhänger in Nordrhein-Westfalen und dem Westen Deutschlands. Das 'Islamische Zentrum*' steht in enger Verbindung zu dem iranisch gesteuerten 'Islamischen Zentrum Hamburg*' (IZH), verliert jedoch seit geraumer Zeit auf Grund rückläufiger Akzeptanz an zentraler Bedeutung. Zu beobachten ist indes eine weitere Regionalisierung mit Gründung eigener Moscheevereine.

Verbotener Sender 'al-Manar'

Als wichtige Informationsquelle unter den in Deutschland lebenden 'Hizb Allah'-Anhängern fungiert weiterhin der über Satellit zu empfangende Fernsehsender 'al-Manar'. Bereits am 11. November 2008 hatte das Bundesministerium des Innern für das Bundesgebiet ein Betätigungsverbot gegen den Sender erlassen, das auf die Ausstrahlung vom Ausland jedoch keine Auswirkung haben konnte.

Zu den Kernaussagen im Programm und auf der entsprechenden Internet-Homepage des Senders gehören antiisraelische und antijüdische Hetzpropaganda, insbesondere Aufrufe zur Vernichtung des Staates Israel. Terroranschläge werden als „islamischer Widerstand", dabei ums Leben gekommene Attentäter als „Märtyrer" glorifiziert.

5.3 Gewalt befürwortende, aber nicht anwendende islamistische Organisationen

5.3.1 Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)

Mitglieder	Bund	NRW
2011	300	70
2010	300	70

Hintergrund

Die 'Hizb ut-Tahrir' (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen 'Muslimbruderschaft' gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangiges Ziel der Organisation ist die Wiedereinführung des Kalifats in einem islamischen Staat (Kalifat bezeichnet die Stellvertretung des Propheten Muhammad, bei der ein Kalif an dessen Stelle die Gemeinschaft der Muslime leitet). Die HuT kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden gelten – wie Christen – als Ungläubige, deren Lebensform abzulehnen ist und mit denen möglichst kein Kontakt gehalten werden sollte, da sie ein Bündnis eingegangen seien, um den Islam zu zerstören.

Struktur

Die Partei, die einen streng hierarchischen Aufbau hat, ist heute weltweit aktiv und international vernetzt. Ihre Anhängerschaft verhält sich streng konspirativ abseits der öffentlichen Wahrnehmung.

Neue Mitglieder werden bevorzugt innerhalb der gesellschaftlichen Elite geworben, was sich aus der Kaderstruktur herleitet sowie der Auffassung, dass die Partei eine Vorreiterrolle für den Aufbau des islamischen Staates spielt. Von den Mitgliedern wird strikter Gehorsam erwartet. Positionen und Meinungen, die von der Parteiführung vertreten werden, sind für alle Mitglieder verbindlich. In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.

Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Am 15. Januar 2003 hat das Bundesinnenministerium ein Betätigungsverbot gegenüber der Organisation erlassen, das letztinstanzlich am 25. Januar 2006 durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bestätigt wurde. Trotz des Verbotes ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in bekannt konspirativer Weise fortsetzen wird. Nach wie vor hat der vermutliche Europaverantwortliche der Organisation seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, was darauf schließen lässt, dass der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Organisation strategische Bedeutung zukommt.

Öffentlich wahrzunehmen ist die Organisation durch Verbreitung von Propaganda im Internet. Hierzu bedient man sich in erster Linie im europäischen Ausland befindlicher Server. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionären sind hingegen nicht mehr festzustellen. Dies dürfte vor dem Hintergrund des Betätigungsverbotes mit der Furcht vor möglichen staatlichen Sanktionen in Zusammenhang stehen.

Seit Anfang 2010 hat das internationale HuT-Medienbüro die bisher nur in englischer, türkischer und arabischer Sprache angebotene Website „Hizb ut-Tahrir Media Office" auch in deutscher Sprache online zur Verfügung gestellt. Dies unterstreicht die Bedeutung des deutschsprachigen Raumes (Deutschland, Schweiz, Österreich) für die Organisation. Mediensprecher für den genannten Bereich ist ein in Österreich ansässiger Führungsfunktionär der HuT. Die Website informiert die interessierten Nutzer über die Organisation im Allgemeinen und über deren Aktivitäten.

5.3.2 Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Sitz	Köln	
Verbandsführer	Metin Kaplan (am 12. Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben)	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	800	350
2010	800	350
Publikationen	'Ümmet-i Muhammed' ('Die Stimme Muhammeds'), 'Beklenen Asr-i Saadet' ('Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit'), 'Der Islam als Alternative' (D.I.A), 'Barika-i Hakikat' ('Das Aufleuchten der Wahrheit')	
Fernsehprogramm	HAKK-TV	

Hintergrund

Im Jahre 1984 gründete Cemaleddin Kaplan nach der Loslösung von der Millî-Görüş-Bewegung den 'Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.' (ICCB) in Köln. Im April 1992 rief er den 'Föderativen Islamischen Staat Anatolien' aus, der im März 1994 in den 'Kalifatsstaat' ('Hilafet Devleti') umgewandelt wurde und zu dessen Kalif sich Kaplan selbst ernannte. Nach dem Tode von Cemaleddin Kaplan im Mai 1995 folgte ihm sein Sohn Metin Kaplan als Kalif nach. Diese Nachfolge war jedoch nicht unumstritten. Der Nachfolgestreit endete mit der Ermordung des „Gegenkalifen" in Berlin im Mai 1997, zu der Metin Kaplan angestiftet hatte. Wegen Anstiftung zum Mord wurde Metin Kaplan im November 2000 zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Nach seiner Entlassung wurde er im Oktober 2004 in die Türkei, die seit längerem seine Auslieferung verlangte, abgeschoben. Nach seiner Abschiebung wurde er in der Türkei wegen Hochverrats zunächst zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Im Zuge mehrerer Berufungs- und Revisionsverfahren wurde die lebenslange Haftstrafe

wieder aufgehoben. Am 3. Juli 2010 verurteilte der Oberste Gerichtshof in Istanbul Metin Kaplan schließlich zu 17 Jahren und 6 Monaten Haft.

Verbot des 'Kalifatsstaates'

Der 'Kalifatsstaat' propagiert den gewaltsamen Umsturz in der Türkei, um einen „islamischen Staat" mit dem Koran als Verfassung und der Scharia als geltendem Recht zu errichten. Am 12. Dezember 2001 wurde der sogenannte 'Kalifatsstaat' deshalb durch das Bundesministerium des Innern verboten. Er galt in Deutschland bis dahin als die verbal radikalste unter den islamistischen Organisationen. Im November 2002 wurde das Verbot des 'Kalifatsstaat' sowie 17 weiterer Ortsvereine, vier davon in Nordrhein-Westfalen, endgültig bestätigt.

Infolge der Abschiebung Metin Kaplans in die Türkei und seiner dortigen Verurteilung kam es zu Richtungs- und Nachfolgestreitigkeiten innerhalb der Gruppierung. Diese Auseinandersetzungen mündeten schließlich in eine Spaltung der Anhängerschaft in zwei konkurrierende Fraktionen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten kam es bisher aus keiner der Fraktionen zu öffentlichkeitswirksamen Reaktionen auf die Verurteilung von Metin Kaplan im Hochverratsprozess in der Türkei.

Die Anhängerschaft des ehemaligen 'Kalifatsstaats' hängt dem ideologischen Gedankengut des 'Kalifatsstaat'-Gründers Cemaleddin Kaplan nach wie vor an. In Jahreskalendern oder Broschüren, die innerhalb der Anhängerschaft kursieren, wird immer wieder auf die Lehren Kaplans Bezug genommen und die Errichtung eines „islamischen Staates" propagiert, ohne allerdings die Symbolik der verbotenen Organisation zu verwenden. Im Internet werden von Anhänger verschiedene Seiten betrieben, auf denen die Ideologie ebenfalls verbreitet wird.

5.3.3 Türkische Hizbullah

Mitglieder	Bund	NRW
Leitung	Führungsgruppe	
2011	300	60
Publikationen	'Yeni Müjde' ('Neue Frohe Botschaft'), 'Inzar' ('Warnung'), 'Doğru Haber' ('Richtige Nachricht'), 'Kelhaamet' ('Prächtiges Diyarbakır')	
Internet	Mehrere Homepages	

Hintergrund

Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten „islamischen Herrschaft" eintraten und sich gegen den säkularen türkischen Staat wandten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die 'Hizbullah' ('Partei Gottes')[126], die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele gegen interne Abweichler, gegen die marxistische kurdische Separatistenorganisation PKK ('Arbeiterpartei Kurdistans'), gegen liberale Journalisten und gegen Vertreter des türkischen Staates Gewalt anwendete. Im Januar 2000 wurde der Anführer der sogenannten 'Türkischen Hizbullah', Hüseyin Velioğlu, in Istanbul bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Diese und weitere Exekutivmaßnahmen der türkischen Polizei, bei denen mehrere Funktionäre der Organisation und zahlreiche Mitglieder festgenommen und inhaftiert wurden, führten zu einer empfindlichen Schwächung der 'Hizbullah'. Zugleich wurde aus Papieren und Videoaufzeichnungen, die in ihren Archiven gefunden wurden, deutlich, in welch großem Ausmaß die Organisation Entführungen, Morde und andere Gewalttaten verübt hatte.

[126] *Die sogenannte 'Türkische Hizbullah' weist keine personellen oder organisatorischen Verbindungen zur libanesischen 'Hizb Allah' auf.*

Ideologie

In der 2004[127] erschienenen Schrift „Kendi dilinden Hizbullah" („Die Hizbullah in eigener Sprache/aus eigenem Munde") stellt ihr Verfasser, ein 'Hizbullah'-Funktionär, die Verbrechen der Organisation quasi als Akte der Selbstverteidigung hin. Der Autor führt ferner aus, dass auf eine erste Phase, die von 1979 bis 1991 dauerte, und in der die Propagandatätigkeit, Anhängergewinnung, Strukturierung und Schulung im Vordergrund stand, eine zweite Phase folgte, die von 1991 bis 2000 andauerte und durch den bewaffneten Kampf gegen die PKK, interne Abweichler und den türkischen Staat geprägt war.

In ihrer Zielsetzung verbindet die 'Hizbullah' eine islamistische mit einer kurdisch-nationalen Agenda. So heißt es in „Kendi dilinden Hizbullah": *„Alle Probleme dieses* [des kurdischen] *Volkes können nur mit dem Islam gelöst werden"* (Seite 65). Andererseits sieht die 'Hizbullah' als Ursache aller Probleme die Uneinigkeit der islamischen Welt und die Herrschaft nicht-islamischer Regime an. Dies zu ändern und den Islam zur Herrschaft zu bringen, ist ihr erklärtes Ziel. Zu den Feindbildern der 'Hizbullah', die für die Unterdrückung der Muslime verantwortlich gemacht werden, gehören neben den internen Abweichlern, der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) und der Republik Türkei auch die „imperialistischen" und „zionistischen Mächte", also die westliche Staatengemeinschaft und Israel.

Die 'Hizbullah' sieht sich als Verteidigerin der Opfer imperialistischer und unislamischer Mächte, die die Kurden und die Muslime in vielerlei Hinsicht unterdrücken würden. Dementsprechend verbreitet sie durch Publikationen und Websites ihre Ideologie, führt – häufig religiöse – Veranstaltungen durch und sammelt Spenden. In diesem Zusammenhang wird ihr auch ein im September 2004 in der Türkei gegründeter karitativer Verein zugerechnet.

Aktuelle Entwicklung

Nach der einstweiligen Zerschlagung der Führungsstrukturen der 'Hizbullah' durch die türkischen Behörden Anfang 2000 wichen einige Anhänger nach Europa aus, um dem Verfolgungsdruck in der Türkei zu entgehen. Die 'Türkische Hizbullah' hat in den folgenden Jahren auch in Deutschland Strukturen aufgebaut und nutzt diese zur weiteren Konsolidierung ihrer Organisation. Ihr derzeitiges Vorgehen entspricht der ersten Phase des in „Kendi dilinden Hizbullah" beschriebenen Modells. Ein Übergang in die zweite Phase des bewaffneten Kampfes ist bisher nicht zu erkennen.

5.4 Salafistische Bestrebungen*

Hintergrund

Der Salafismus ist seiner Konzeption nach eine religiös-fundamentalistische Strömung des Islam. Die grundlegenden Quellen des Islam – der Koran und die Überlieferungen des Propheten Muhammad (die Sunna) – sind seine unveränderbaren Grundfesten. Anpassungen der Islamauslegung an veränderte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten werden durch Salafisten als „unislamische Neuerungen" (arab. bid'a) kategorisch abgelehnt und führen – so die Vorstellung – zwangsläufig zum „Unglauben".

Situation in Deutschland

Der Salafismus, den wir heute in Deutschland vorfinden, ist eine islamistische Ideologie, die sich an dem Vorbild der muslimischen „Gründerväter" orientiert und eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft erschaffen will. Das Spektrum wird hierbei zweigeteilt. So gibt es einerseits die sogenannten „politischen Salafisten", die die Mehrheit der Aktivisten stellen und ihre Ziele mit weitgehend friedlichen Mitteln verfolgen. Andererseits gibt es auch die „jihadistischen Salafisten", denen nur ein äußerst

[127] *Das Vorwort ist auf März 2004 datiert (Seite 15).*

kleiner Teil der Szene angehört, und die offen in Deutschland für Gewaltanwendung gegen Ungläubige werben bzw. in konkrete Vorbereitungshandlungen involviert sind.

Soweit die fundamentalistische Islamauslegung des Salafismus nur als religiöse Praxis ohne politische und gesellschaftliche Konsequenzen verstanden wird, gehört das Phänomen nicht in das Beobachtungsspektrum des Verfassungsschutzes. Wenn salafistische Prediger und ihre Netzwerke jedoch die Ausdehnung des von ihnen propagierten Gesellschafts- und Staatsmodells auf alle Staaten anstreben, geraten sie zwangsläufig in einen Gegensatz zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Hierin liegt die Beobachtungswürdigkeit dieses Phänomenbereichs für den Verfassungsschutz begründet.

Ideologische Merkmale

Die Grundpfeiler der salafistischen Ideologie sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.

- Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie, Ordnungs- und Herrschaftssystem und als unvereinbar mit der im Grundgesetz festgelegten parlamentarischen Demokratie. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott (göttliche Souveränität), nicht vom Volke gemacht werden. Daraus folgt die absolute Unvereinbarkeit von Salafismus und dem Demokratiemodell westlicher Prägung.

- Salafisten behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von sowie der strikten Ausrichtung des Lebens nach Koran und Sunna gelöst werden können. Dazu zählt die uneingeschränkte Anwendung der „Scharia" (islamischen Gesetzgebung, Anm. der Redaktion).

- Sie betonen die rigide Trennung von Mann und Frau – nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Auch die gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt.

- Sie grenzen die Frau zudem auf den heimischen Bereich ein; die Berufstätigkeit der Frau wird abgelehnt. Sie soll sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren.

- Die salafistische Ideologie widerspricht in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie. Sie führt zur Bildung von Parallelgesellschaften und erschwert so die Integration. Schließlich kann sich aus dieser extrem vereinfachenden Ideologie eine weitere Radikalisierung entwickeln, die in Terrorismus münden kann. Denn letztlich rechtfertigt der Salafismus Gewalt gegen „Ungläubige" und auch gegen nicht-salafistische Muslime.

- „Jihad" (auch im Sinne der Ausübung von Gewalt) und „Märtyrertum" werden nicht grundsätzlich abgelehnt, spielen bei den „politischen Salafisten" aber vor allem als „Selbstverteidigung der Muslime" eine Rolle.

Formen salafistischer Propaganda

Salafistische Netzwerke zeichnen sich – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – durch rege Werbungsaktivitäten aus. Beispiele hierfür sind Vortragsveranstaltungen in Moscheeräumen oder öffentliche Kundgebungen in Innenstädten. Aus Sicht der Salafisten handelt es sich bei dieser Form der Verbreitung von salafistischer Propaganda um „da'wa-Arbeit". Rein formell betrachtet meint der arabische Begriff „da'wa" den „Aufruf, Gott zu folgen". In einem islamischen Kontext ist also „Missionierungsarbeit" gemeint. Diese bewegt sich im Rahmen der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit. Wie viele andere islamische Begriffe jedoch auch, wird „da'wa" von Salafisten in ihrem Sinne umgedeutet und missbraucht. Insofern ist der Begriff „da'wa" in einem salafistischen Kontext als „Propaganda" zu übersetzen.

Zu den vielschichtigen Aspekten der „da'wa-Arbeit" gehört es, neue Anhänger zu gewinnen und Personen, die bereits in der salafistischen Szene Fuß gefasst haben, noch intensiver mit der Ideologie vertraut zu machen. Personen, die bereits in der Szene verwurzelt sind, werden durch Propaganda-Aktivitäten noch fester eingebunden. Ein Ausstieg ist ab einem bestimmten Zeitpunkt nur schwer zu bewerkstelligen.

Mittlerweile finden fast täglich deutschlandweit Veranstaltungen mit salafistischen Inhalten statt. Gerade der Besuch von nicht-öffentlichen Vorträgen und Seminaren trägt bei dem angesprochenen jugendlichen Personenkreis in vielen Fällen dazu bei, weiter in ein salafistisches Milieu abzugleiten. Vordergründig geht es dabei „nur" um die Vermittlung religiöser Inhalte. Tatsächlich findet jedoch Netzwerkbildung und Indoktrinierung der Teilnehmer mit Elementen salafistischer Ideologie statt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen rein religiösen Elementen einerseits und gesellschaftlichen und politischen Komponenten andererseits – also den extremistischen Inhalten.

Bei der Verbreitung salafistischer Propaganda spielt das Internet wegen der Möglichkeiten der Interaktion in Internetforen, Videobörsen und sozialen Netzwerken bereits seit einigen Jahren eine zentrale Rolle.

Aktuelle Entwicklungen

Salafistische Bestrebungen haben bei der Beobachtung der Aktivitäten von Islamisten in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2011 eine herausragende Rolle gespielt.

Nach den noch am 14. Dezember 2010 erfolgten bundesweiten Durchsuchungen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen den Verein 'Einladung zum Paradies' (EZP) mit Sitz in Mönchengladbach hat der Verein am 31. Juli 2011 die Selbstauflösung beschlossen. Als Gründe hierfür sind der öffentliche Druck und die unklaren Aussichten für den Verein in seinen bis dahin bestehenden Räumlichkeiten zu nennen. Ein möglicher Nachfolger-Verein ist nicht bekannt geworden. Die Hauptakteure aus dem Verein und deren Umfeld sind jedoch nach wie vor aktiv. Auch sind Propagandatätigkeiten über diverse Internetkanäle nicht abgerissen.

Weiterhin aktiv ist auch das Personen-Netzwerk rund um einen salafistischen Prediger mit Schwerpunkt im Raum Köln, das unter dem Namen „Die wahre Religion" firmiert und eine eigene Internetseite betreibt. Dort und auf regelmäßig stattfindenden (eintägigen) Islamvorträgen sowie (mehrtägigen) Islamseminaren wird durch Personen aus diesem Netzwerk, die als „Prediger" auftreten, die ganze Bandbreite salafistischer Ideologie vermittelt. Gerade dieses Netzwerk hat in den letzten Monaten des Jahres 2011 verstärkte Aktivitäten an den Tag gelegt. Insbesondere die Verbreitung von – oberflächlich betrachtet – „harmlosem" Propaganda-Material und kostenlosen Koranexemplaren an sogenannten „Info-Tischen" ist eine beliebte Strategie, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Bedeutung der salafistischen Ideologie und ihrer in Einzelfällen radikalisierenden Wirkung gerade auf Jugendliche ist inzwischen ein Thema mit hoher Medienwirksamkeit, so dass die Erweiterung salafistischer Zentren auf politischen wie zivilgesellschaftlichen Widerstand stößt. Daneben ist auch ein zunehmendes Problembewusstsein in muslimischen Gemeinden feststellbar: Einige Moscheevereine, die in der Vergangenheit salafistischen Predigern ein Forum geboten haben, lassen mittlerweile solche Personen ausdrücklich nicht mehr bei sich auftreten.

Besorgniserregend sind Anzeichen für eine weitere Radikalisierung innerhalb der Szene. So scheint der vorläufige Wegfall von 'Einladung zum Paradies' zu einer Umorientierung einiger Personen aus der Szene hin zu Propagandisten zu führen, die sich eher am „jihadistischen Salafismus" orientieren und sehr offen und unmissverständlich Gewalt im Namen des Islam gutheißen.

Eine Beobachtung und Aufklärung gerade dieses Spektrums des Salafismus ist eine vordringliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sowie der Sicherheitsbehörden generell.

Das Bundesinnenministerium hat am 14. Juni 2012 ein bundesweites Verbot der salafistischen Vereinigung 'Millatu Ibrahim' ausgesprochen. Der Verein 'Millatu Ibrahim' hat Muslime in ganz Deutschland

zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufgerufen. Unter dem Deckmantel einer vermeintlich missionarischen Ausrichtung und der Betreuung von Strafgefangenen bot der Verein der salafistisch-islamistischen Szene einen Anlaufpunkt, um diese zu stärken und zu radikalisieren. Neben seiner massiven Missionsarbeit via Internet war 'Millatu Ibrahim' vor allem in der gleichnamigen Moschee in Solingen aktiv. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 1. und 5. Mai in Solingen und Bonn hatten führende Mitglieder des Vereins als Wortführer agiert und die dort verübten Gewalttaten als Teil eines religiös motivierten Kampfes glorifiziert.[128]

Personenpotenzial in Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen geht davon, dass es im Jahre 2011 etwa 500 salafistische Aktivisten gegeben hat. Ein Großteil davon ist dem ideologischen Spektrum des „politischen Salafismus" zuzuordnen, das keine direkten Bezüge zum Terrorismus aufweist. Etwa 5% dieser 500 Salafisten sind im Bereich des „jihadistischen Salafismus" zu verorten, das zumindest verbal die Umsetzung des „Jihad"-Gedankens in Form von Anschlägen verbal gutheißt und unterstützt. Organisiert ist die Szene in ca. 30 Vereinen und teilweise überregionalen Netzwerken, die in ganz Nordrhein-Westfalen tätig sind, insbesondere über Internetseiten und soziale Netzwerke.

5.5 Legalistische, nicht gewaltorientierte islamistische Organisationen

5.5.1 Tablighi Jama'at* (Gemeinschaft zur Verkündigung – TJ)

Mitglieder	Bund	NRW
2011	700	150
2010	700	150

Hintergrund

Die 'Tablighi Jama'at*' (auch 'Jama'at-i Tabligh'; 'Gemeinschaft zur Verkündigung' – TJ*) wurde 1927 durch den Religionsgelehrten Maulawi Muhammad Ilyas in Indien gegründet. Seit den 1960er Jahren ist sie auch in Deutschland aktiv. Sie ist eine dem Salafismus nahestehende Bewegung, deren Mitglieder großen Wert auf die wortgetreue Ausübung islamischer Vorschriften und die strikte Befolgung islamischer Riten legen. Die Missionierungsarbeit der TJ* richtet sich vor allem an „verirrte Muslime", die nach Meinung der TJ* vom „rechten Weg" abgekommen seien. Eine gezielte Bekehrung Andersgläubiger ist nicht das Ziel ihrer Missionierungsarbeit.

Ideologie und Ziele

Islamistische Standpunkte werden von der TJ* explizit vertreten und der Interpretationsspielraum bis zu jihadistischen Vorstellungen ist groß. Vor diesem Hintergrund ist die TJ* als extremistische Bewegung einzuordnen. Die Ideologie richtet sich gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Auch wenn sich die Bewegung als friedfertig und unpolitisch darstellt, steht sie aufgrund verschiedener Beispielsfälle im Verdacht, durch ihre weltweiten netzwerkartigen Strukturen den internationalen Terrorismus mittelbar zu fördern und durch die strengreligiöse Anleitung ihrer Mitglieder den geistigen Nährboden für die Entwicklung von islamistisch-militantem Gedankengut zu bereiten.

---

[128] *Siehe hierzu die Pressemitteilung des MIK NRW vom 14.06.2012 unter: www.mik.nrw.de/presse-mediathek/aktuelle-meldungen/aktuelles-im-detail/news/harter-schlag-trifft-salafisten-in-nrw-nrw-innenminister-jaeger-verbot-ist-beleg-fuer-entschlos.html*

Situation in Deutschland

In letzter Zeit wurde verstärkt beobachtet, dass die TJ* – abweichend von ihrer Hauptzielsetzung der „Reislamisierung" von Muslimen – in Deutschland ein großes Interesse an Islam-Konvertiten entwickelt hat. Die Missionierungsbemühungen sind in diesem Bereich derzeit besonders intensiv. Auch die weitere Förderung der Konvertiten durch Teilnahme an Missionsreisen in eines der Gründerzentren in Pakistan, Indien oder Bangladesch unterstützt die TJ* aktiv.

5.5.2 Muslimbruderschaft (MB)

Mitglieder	Bund	NRW
2011	1.300	320
2010	1.300	320

Hintergrund

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete 'Muslimbruderschaft' (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Nach ihrer Ideologie sind die meisten Regime in der muslimischen Welt unislamisch. Ziel der MB ist deren Umgestaltung in Staaten islamistischer Prägung auf der Grundlage der Scharia, der islamischen Rechts- und Lebensordnung – notfalls unter Anwendung von Gewalt.

Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland

Die bedeutendste, der 'Muslimbruderschaft' zuzurechnende Organisation in der Bundesrepublik Deutschland ist die 'Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.' (IGD), die aus der 1960 in München von dem ägyptischen Muslimbruder Dr. Said Ramadan gegründeten 'Moscheebau-Kommission e.V.' hervorgegangen ist. Das ursprüngliche Vereinsziel, die Einrichtung einer Moschee wurde mit dem Bau des 'Islamischen Zentrum München' (IZM) 1973 realisiert.

Die IGD gehört zu den Gründungsmitgliedern der 'Föderation islamischer Organisationen in Europa' (FIOE), die als Sammelbecken für Organisationen der 'Muslimbruderschaft' in Europa gilt. Seit Ende 2010 hat die IGD ihren Sitz in Köln.

Situation in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen sind neben der vorgenannten IGD in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, die eine Nähe zur Ideologie der 'Muslimbruderschaft' aufweisen. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen. Die Spendenbereitschaft der Anhänger ist nach wie vor eher gering, so dass anlässlich von Veranstaltungen ständig zu höherer Spendenbereitschaft aufgerufen wird. Öffentliche Aktivitäten dieser Einrichtungen sind allerdings nur gelegentlich bei größeren Veranstaltungen feststellbar. Dort sind die Verlautbarungen gemäßigt, Vertreter der Organisationen weisen immer wieder darauf hin, dass hier lebende Muslime sich vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze des Gastlandes zu beachten haben.

Aktivitäten der MB in der Bunderepublik Deutschland

Die IGD veranstaltete am 2. April in Köln bzw. am 3. April 2011 in Stuttgart ihre 31. Jahreskonferenz. Die unter dem Motto „Verbindung schaffen – Ausgrenzung stoppen" stehende Veranstaltung wurde an beiden Tagen von rund 1.000 Teilnehmern besucht. Nachdem die 31. Jahreskonferenz – die letzte IGD-Jahreskonferenz fand im Oktober 2008 in Leverkusen und Berlin statt – immer wieder verscho-

ben wurde, zeugen ihre jetzige Durchführung und die hohe Teilnehmerzahl für eine wiedererstarkte Aktionsfähigkeit der Organisation.

Anlässlich der Konferenz wurden insbesondere die Veränderungen in der islamischen Welt, die seit Januar 2011 unter der Bezeichnung „arabischer Frühling" von den Medien begleitet werden, erörtert. Vertreter der Organisation betonten die Offenheit der Muslime für die Mehrheitsgesellschaft und forderten ein Ende der Ausgrenzung und Islamfeindlichkeit. In diesem Zusammenhang wurden auch die Äußerungen des Bundesinnenministers zur Frage der Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland diskutiert. An dessen Adresse wurde die Forderung formuliert, alle Bürger zu schützen und keine Klientelpolitik auf dem Rücken der Muslime zu machen.

Zu den eingeladenen Rednern gehörte auch der in der arabischen Welt populäre Ägypter Dr. Ragheb el-Hanafy Ragheb el-Sergany, der über zivilhistorische Beiträge der Muslime für die Gesellschaft referierte. Dessen islamistische Grundeinstellung ist durch seinen Internetaufruf zur Unterstützung des gewaltsamen Jihads in den palästinensischen Gebieten und seine Verherrlichung der HAMAS belegt.

Auch die 31. Jahreskonferenz zeigt, dass die IGD weiterhin bemüht ist, sich in der Öffentlichkeit als gemäßigte islamische Organisation darzustellen.

Vom 16.-18. September fand in Bad Orb „Das Treffen der Muslime in Deutschland" statt. Die IGD gehörte zum Kreis der Veranstalter des Treffens, das unter dem Motto „Zurück zu den Wurzeln" stand. Die Veranstaltung, die die frühere Tradition der Treffen beleben sollte, wurde von bis zu 500 Personen besucht und bot zahlreiche Beiträge zum Thema „Islamleben in Deutschland". Die Tatsache, dass auf der Veranstaltung keine islamistischen Äußerungen zu verzeichnen waren, bestätigt einmal mehr das Bemühen der IGD, öffentlich moderat zu erscheinen.

5.5.3 Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)

Sitz	Kerpen	
Generalvorsitzender	Yavuz Çelik Karahan (Osman Döring) bis 14. Mai 2011 Kemal Ergün (seit 14. Mai 2011)	
Mitglieder	Bund	NRW
2011	31.000	8.000
2010	30.000	7.200
Publikationen	'IGMG Perspektif', ehemals 'IGMG Perspektive' (IGMG), 'Milli Gazete' (Deutschlandausgabe IGMG-nah); Fernsehsender 'TV 5' ('Saadet Partisi'-nahestehend)	

Hintergrund

Mit bundesweit schätzungsweise 30.800 aktiven Mitgliedern ist die 'Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.' (IGMG) die bei weitem größte der als islamistisch eingestuften Organisationen in Deutschland. Sie ging aus der von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründeten islamistischen 'Millî Görüş'-Bewegung hervor, zu der auch heute noch personelle Verbindungen bestehen. Von Teilen der IGMG-Mitglieder wird die Verbundenheit mit Necmettin Erbakan und seiner Ideologie auch weiterhin zum Ausdruck gebracht. Andere Teile der IGMG zeigen eine solche Verbundenheit nicht eindeutig, sondern wenden sich der deutschen Gesellschaft zu. In der Gesamtschau ist die IGMG jedoch als Teil der 'Millî Görüş'-Bewegung zu bewerten.

Entwicklung 'Millî Görüş'-Bewegung in der Türkei

Von 1970 an war Erbakan Führer einer islamistischen politischen Partei in der Türkei, die sich nach Parteiverboten immer wieder unter neuen Namen konstituierte. Neben der Partei wurden im Laufe der Zeit weitere Einrichtungen, wie eine parteinahe Zeitung, eine Jugendorganisation, ein Fernsehsender, ein Institut und sonstige Hilfsorganisationen geschaffen, die der Ideologie und den politischen Zielen Necmettin Erbakans verpflichtet sind. Sie alle zusammen bilden die 'Millî Görüş'-Bewegung. Als un-

umstrittener Führer der Bewegung galt bis zu seinem Tod ihr Gründer Necmettin Erbakan. Außerhalb der Türkei gilt die IGMG als Unterstützerin und Anlaufstelle für die Bewegung.

In den frühen 1990er Jahren auf kommunaler Ebene, dann bei den Parlamentswahlen 1995, erzielte die von Erbakan geführte 'Refah Partei' ('Wohlfahrtspartei' – RP) erhebliche Erfolge. 1995 wurde sie – damals von der 'Millî Görüş' in Deutschland massiv unterstützt – stärkste Partei und Erbakan von 1996 bis Mitte 1997 Ministerpräsident in einer Koalitionsregierung. Der zunehmende Druck des türkischen Militärs zwang ihn zum Rücktritt. 1998 wurde die RP verboten; 2000 richtete sich ein Verbot gegen ihre Nachfolgepartei, die 'Fazilet Partisi' ('Tugendpartei' – FP). Danach kam es zu einer Spaltung der 'Millî Görüş'-Bewegung. Die Erbakan und seiner Ideologie treu gebliebenen Anhänger fanden sich in der neu gegründeten 'Saadet Partisi' ('Glückseligkeitspartei' – SP) zusammen. Die SP ist mit Stimmenanteilen von rund ein bis drei Prozent in der türkischen Politik nahezu bedeutungslos geworden. Ihr bisheriger Vorsitzender, Numan Kurtulmuş, hat 2010 nach einer Auseinandersetzung mit Erbakan die SP verlassen und eine eigene Partei, 'Halkın Sesi Partisi' ('Partei der Stimme des Volkes' – HSP) gegründet. Necmettin Erbakan, dessen Verbot zur politischen Betätigung bereits im April 2009 erloschen war, wurde daraufhin im Oktober 2010 zum Vorsitzenden der SP gewählt, welches er bis zu seinem Tode innehatte.

Bereits im August 2001 gründete der „Millî Görüş-Dissident" Tayyip Erdoğan die 'Adalet ve Kalkınma Partisi' ('Gerechtigkeits- und Aufschwung-Partei' – AKP), die 2002, 2007 wie auch am 12. Juni 2011 die Parlamentswahlen gewann und allein die Regierung stellen konnte.

Diese Abspaltungen von der Millî Görüş in der Türkei blieben nicht ohne Wirkung auf die Anhängerschaft der IGMG in Europa. Es gab und gibt innerhalb der IGMG durchaus Sympathien für die genannten Dissidenten. Zu einer Spaltung der europäischen bzw. deutschen IGMG haben die Entwicklungen in der Türkei jedoch nicht geführt.

Ideologie und Ziele von 'Millî Görüş'

Erbakan beschrieb in einem 1990/91 unter dem Titel „Adil Düzen" („Gerechte Ordnung") veröffentlichten Buch die grundlegenden Ziele der 'Millî Görüş'-Bewegung.

Zentrales Element ist die These Erbakans, dass sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder von Menschen geschaffene Ordnungen einerseits und göttlich offenbarte Ordnungen andererseits gegenüber gestanden hätten. Menschliche Gesellschaftsmodelle, die er als „nichtige Ordnung" („Batıl Düzen") bezeichnet, sieht Erbakan durch Unrecht und Ausbeutung gekennzeichnet. In Gott gegebenen Ordnungen herrsche dagegen die Wahrheit und das sich daraus ergebende Recht (Hak). Auf diese Weise überführt er das aus dem Koran entlehnte Gegensatzpaar „Hak" (für Gott/Wahrheit/Recht) und „Batıl" (für Aberglaube/nichtig) auf die politische Ebene und deutet religiöse Begriffe in politische um. Dieser Gegensatz – die gute göttliche Ordnung gegen die schlechte, fehlerbehaftete menschliche Ordnung – durchzieht die Argumentation von 'Millî Görüş' bis heute. Ziel der Bewegung ist es, das demokratische System, das als „westliche bzw. bürokratische Ordnung" bezeichnet wird, zu überwinden und durch die „gerechte Ordnung des Friedens und der Verständigung" zu ersetzen, die auf dem Islam basieren soll. Dieses Ziel wird in Etappen angestrebt: Schaffung einer lebenswerten Türkei durch Einführung der gerechten, also islamischen Ordnung, dann die Errichtung einer Groß-Türkei, und schließlich die Etablierung der gerechten Ordnung für die ganze Welt bzw. die gesamte Menschheit.

Zur Ideologie gehört auch ein Feindbild, das zunächst durch den Begriff „Batıl" beschreiben wird. „Batıl", der Aberglaube bzw. „nichtige Ordnung", wird gleichgesetzt mit Imperialismus, der von den westlichen Staaten ausgehe, allen voran den USA. Letztendlich werde dieser aber vom Zionismus gesteuert. Der stellvertretende Generalsekretär der SP bezeichnete die Wahlen in der Türkei sowohl für das Land als auch für die Menschheit als historisch bedeutsam. Er sagte, *„die Menschheit, die für das Glück einiger Weniger ausgebeutet wird, braucht Millî Görüş heute mehr als je zuvor. Anstelle der Ausbeutung solle die „Gerechte Ordnung" (Adil Düzen) treten*" (Milli Gazete vom 7. Februar 2011, Seite 1/10). Dieses Feindbild mündet in antisemitischen Verschwörungstheorien und Haltungen, die bei Erbakan stets sehr deutlich hervortraten und von vielen seiner Anhänger anscheinend geteilt werden.

'Millî Görüş' in Deutschland

Die Ablehnung der „westlichen Demokratie" und damit auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die 'Millî Görüş'-Ideologie wie auch eine antisemitische Grundeinstellung ist durch Aussagen des Führers der 'Millî Görüş' und seine programmatischen Schriften klar belegt. Die IGMG bietet hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte, sie Necmettin Erbakan und der 'Millî Görüş' zuzuordnen und damit auch deren Ideologie und antisemitischen Einstellungen. Dies begründet die Beobachtung der IGMG durch den Verfassungsschutz gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 und 4 VSG NRW.

Die organisatorischen Wurzeln der 'Millî Görüş' in Deutschland reichen bis in die Mitte der 1970er Jahre zurück. Anfang der 1980er kam es zu einer Krise, als ein erheblicher Teil der damaligen 'Millî Görüş'-Anhänger sich Cemaleddin Kaplan, dem späteren „Kalifen von Köln" und Gründer des 'Kalifatsstaats' zuwandte. Der Streit zwischen Erbakan und Kaplan entzündete sich an der Frage, ob man auf politische Beteiligung innerhalb der herrschenden Ordnung setzen solle, so Erbakans Strategie, oder auf eine revolutionäre Umgestaltung der Türkei hinwirken solle, wie Kaplan es nach dem Vorbild der iranischen Revolution vorschwebte.

Danach begann eine Neustrukturierung der 'Millî Görüş' in Deutschland durch Angehörige der 1983 in der Türkei gegründeten 'Refah Partisi', die hierfür von Necmettin Erbakan nach Deutschland entsandt worden waren. Die Verbindung zwischen der Bewegung in der Türkei und der 1985 gegründeten 'Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.' ('Avrupa Millî Görüş Teşkilatları' – AMGT) war dementsprechend eng.

Im Zuge einer organisatorischen Neuordnung 1995/96 entstand aus der AMGT die heute bekannte Struktur der 'Millî Görüş' in Europa mit der 'Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft' (EMUG) und der 'Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş' (IGMG). Diese Neuorganisation spiegelt vor allem eine Aufgabentrennung wider: die EMUG verwaltet die Immobilien, die IGMG übernimmt Aufgaben im religiösen, kulturellen und sozialen Bereich.

Die IGMG selbst stellt die Neuorganisation als entscheidenden Einschnitt dar. Eine neue Generation von Führungskräften sei aufgerückt und 'Millî Görüş' in Deutschland deshalb nicht mehr islamistisch. Richtig daran ist, dass nach 1995 teilweise ein Generationswechsel auch auf der Führungsebene stattgefunden hat. Dennoch waren in den Vorständen von EMUG und IGMG dieselben Personen vertreten, die zuvor den Vorstand der AMGT gebildet hatten. Mittlerweile – so kann man mit guten Gründen annehmen – sind sowohl in den Vorständen wie auch unter den übrigen Mitgliedern der IGMG etliche, die die ideologischen Vorgaben von Necmettin Erbakan – zumindest nicht mehr in Gänze – teilen. Doch auch die islamistisch ausgerichteten Erbakan-Anhänger sind nach wie vor auf allen Ebenen zahlreich in der Organisation vertreten und bemühen sich, ihre ideologischen Ziele in und mit Hilfe der Organisation zu verwirklichen.

Struktur

In Deutschland ist die IGMG organisatorisch in 15 Regionalverbände untergliedert. Die Regionalverbände sind Zusammenschlüsse der Ortsvereine. In Nordrhein-Westfalen gibt es mit Nord-Ruhr, Ruhr A, Düsseldorf und Köln vier Regionalverbände. Weitere 19 Regionalverbände bestehen in zehn anderen westeuropäischen Staaten, sowie in Australien und Kanada. Die Zentrale der IGMG befindet sich in Kerpen. Neben dem Generalsekretariat sind die Tätigkeitsbereiche Organisation, Jugend, Frauen, Bildung, Soziale Dienstleistung und religiöse Weisung eigene Abteilungen.

Insgesamt gehören der IGMG nach eigenen Angaben 514 Gemeinden in Europa an, davon 323 in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 110 Ortsvereine der IGMG. Die IGMG gibt die Zahl ihrer Mitglieder mit 87.000 und die Größe der „Freitagsgemeinde" (Besucher der Freitagsgebete in den Moscheen) mit 300.000 an.

Aktivitäten

Abgesehen von der religiösen Betreuung in den Moscheen, zu den islamischen Festen und Feiern, der Pilgerfahrt oder der Bestattung, bietet die IGMG auch ein breitgefächertes Angebot auf kulturel-

lem, sozialem und pädagogischem Gebiet an. So werden Vortragsveranstaltungen, Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Koranlesewettbewerbe und geschlechtergetrennte Ferienlager für Kinder oder Computerkurse angeboten. Auch Sportvereine und Studentenvereinigungen gehören zur IGMG. Sie unterhält darüber hinaus eine Rechtsabteilung, die die Mitglieder in juristischen Fragen, wie der Abmeldung von Mädchen vom Schwimmunterricht in der Schule oder in Einbürgerungsverfahren unterstützt.

Publikationen und Medien

Die IGMG gibt eine eigene Monatszeitschrift heraus, die 'IGMG Perspektif', die in türkischer Sprache erscheint. Einige Artikel werden aber immer auch in deutscher Übersetzung abgedruckt. Darüber hinaus werden weitere regionale oder für bestimmte Zielgruppen, etwa Kinder, gedachte Publikationen herausgegeben. Auch Materialien und Bücher für einen islamischen Religionsunterricht oder allgemein zum Islam gibt es von der IGMG.

Der Internetauftritt der IGMG auf ihrer Homepage ist vielseitig und anspruchsvoll. Hier wird über Aktivitäten des Vereins bis hin zur Ortsvereinsebene berichtet. Sie bietet Presseerklärungen der Organisation und die Möglichkeit, Publikationen der IGMG herunter zu laden. Ferner kann hier das Internetradio der IGMG empfangen werden.

Aktuelle Entwicklung von IGMG und 'Millî Görüş' in Europa

Die ideologische Propaganda der IGMG hat sich inzwischen zu einem erheblichen Teil von der 'Millî Görüş' in Europa abgekoppelt. In den 1980er und 90er Jahren machte die IGMG aus der engen Verbundenheit mit dem Führer der 'Millî Görüş', Necmettin Erbakan, keinen Hehl und unterstützte seine Partei und die Bewegung in der Türkei ideell und finanziell recht offen. Dementsprechend wurde auch Erbakans ideologische Weltsicht klar erkennbar vertreten. Heute wird diese Ideologie nicht mehr offen in den Publikationen, Predigten oder auf den Veranstaltungen der IGMG verbreitet.

Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass die Verbreitung der 'Millî Görüş'-Ideologie – insbesondere unter der Jugend – über 'Millî Görüş'-Internetforen und Webseiten stattfindet. Diese sind rechtlich kein Teil der IGMG, dennoch lassen sie eine große Nähe zur Organisation erkennen. Die enthaltenen extremistischen Inhalte sind auf der offiziellen Homepage der IGMG dagegen nicht zu finden. Dies lässt vermuten, dass die IGMG-Zentrale bemüht ist, Erbakans islamistische Ideologie nicht erkennbar zu verbreiten, sich aber Teile der Anhängerschaft andere Wege suchen, um ihre Sichtweise zu propagieren.

Am 27. Februar 2011 verstarb der Führer der 'Millî Görüş'-Bewegung und Vorsitzende der türkischen 'Saadet Partisi' (SP) Prof. Dr. Necmettin Erbakan in der Türkei. In der Folge wurden in allen Moscheen der IGMG in Europa Gebete für Erbakan gesprochen.[129] Ebenso sind in der 'Milli Gazete' zahlreiche Beileidsanzeigen von Funktionären und Moscheegemeinden der IGMG sowie von Journalisten der Gazete erschienen. Am 28. Februar 2011 wurde in der 'Milli Gazete' eine Traueranzeige des IGMG-Dachverbandes, vertreten durch den Generalvorsitzenden, und eine weitere Traueranzeige im Namen der IGMG-Regionalvorsitzenden, der IGMG-Jugend-, Frauen- und Frauenjugendorganisation veröffentlicht. Yavuz Çelik Karahan reiste in die Türkei zu einem Kondolenzbesuch in der SP-Generalzentrale. Die IGMG teilte den Tod Erbakans auf ihrer Homepage sofort mit.

In Duisburg fand am 14. Mai 2011 in der Mercatorhalle eine Delegiertenversammlung der IGMG statt. An der Versammlung nahmen mehrere Hundert Funktionäre der IGMG aus ganz Europa teil. Im Rahmen dieser Versammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Dieser besteht nunmehr aus dem Generalvorsitzenden Kemal Ergün sowie Oğuz Üçüncü und Hakkı Çiftçi als weiteren Vorstandsmitgliedern. Kemal Ergün war zuvor langjähriger Vorsitzender des Regionalverbandes Köln. Der ehemalige Generalvorsitzende Yavuz Çelik Karahan ist nunmehr Ehrenvorsitzender der IGMG. In dieser Funktion nahm er an Veranstaltungen auf Regional- und Ortsvereinsebene teil. Eine eindeutige Abkehr von Erbakan und seiner Ideologie ist bisher von der neugewählten IGMG-Führung nicht erklärt worden. In jüngster Zeit ist ein personeller Umbau innerhalb der IGMG-Struktur feststellbar. So wurde

[129] *Milli Gazete, 5. März 2011, Seite 1.*

unter anderem der Vorsitzende des Regionalverbandes Württemberg durch den bisherigen Vorsitzenden der Bildungsabteilung und stellvertretenden Vorsitzenden der Jugendabteilung der Generalzentrale abgelöst. Ebenso hat der bisherige Vorsitzende des Regionalverbandes Nord-Ruhr nunmehr die Funktion des Vorsitzenden für Gemeindeentwicklung innerhalb der Generalzentrale inne. Inwieweit eine personelle Umstrukturierung innerhalb der IGMG Auswirkungen auf die ideologische Richtung der IGMG hat, muss abgewartet werden.

Am 12. Juli 2010 wurde mit Verfügung des Bundesministers des Innern der in Frankfurt/Main ansässige Verein 'Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.' (IHH) wegen Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG verboten. Die IHH soll Spendengelder für die Finanzierung von sogenannten Sozialvereinen, die der HAMAS nahe stehen, missbräuchlich verwendetet haben. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat das Vereinsverbot vorläufig außer Kraft gesetzt und die mündliche Verhandlung wiedereröffnet. Mit einem endgültigen Urteil des BVerwG wird in 2012 gerechnet.

Die Nähe der IGMG zur politischen Bewegung 'Millî Görüş' drückt sich auch in ihren Anzeigen in der 'Milli Gazete' aus. Dort sind regelmäßig Kondolenzanzeigen, Genesungs- oder Glückwünsche und ähnliche Annoncen sowie Ankündigungen und Verlaufsberichte von regionalen und überregionalen Veranstaltungen der IGMG zu lesen. Auch trat im Jahr 2011 die 'Milli Gazete' als Sponsor verschiedener Veranstaltungen der IGMG auf. Dies deutet darauf hin, dass es sich hierbei um das Publikationsorgan handelt, mit dessen Hilfe die IGMG ihre Anhänger am besten zu erreichen glaubt. Daraus wiederum kann geschlossen werden, dass die Leserschaft der 'Milli Gazete' mit der Anhängerschaft der IGMG zumindest in weiten Teilen deckungsgleich ist. Da die 'Milli Gazete' aber entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie von Necmettin Erbakan und der 'Saadet Partisi' eintritt, muss man davon ausgehen, dass diese Inhalte von wesentlichen Teilen der IGMG mitgetragen werden.

IGMG-Funktionäre und -Anhänger bereisen immer wieder in der Türkei jene Stationen, die zum Netzwerk von 'Millî Görüş' gehören. In der 'Milli Gazete' wurde unter anderem darüber berichtet, dass im Mai 2011 Funktionäre der IGMG-Generalzentrale sowie der Regionalverbandsebene an einer Veranstaltung des 'Anatolischen Jugendvereins' (AGD) teilnahmen. Ebenso hielt sich ein führender SP-Funktionär in Deutschland auf und hielt auf einer IGMG-Veranstaltung eine Rede.

Ausblick

Seit geraumer Zeit sind Teile der IGMG bemüht, die politische Agenda in den Hintergrund treten zu lassen und die Organisation mehr auf die religiösen Belange zu konzentrieren. Eine grundsätzliche Klärung der Haltung der IGMG zu Erbakans politischer „Mission“ und seinen ordnungspolitischen Zielen sowie seinen Feindbildern hat bisher nicht stattgefunden. Deshalb muss die IGMG nach wie vor als Teil der von Erbakan gegründeten und inspirierten politischen Bewegung 'Millî Görüş' angesehen werden. Ob und wann es im Zuge der weiteren Entwicklung der Organisation zu einer transparent geführten internen Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Erbakanschen Ideologie kommen wird, ist abzuwarten.

6 Extremismus in Zahlen

6.1 Bericht des Landeskriminalamtes

6.1.1 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

Im Jahr 2011 zeigten die Erkenntnisse aus dem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (GBA) um die sogenannte Gruppierung 'Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU), dass es bereits seit längerer Zeit auch im rechtsextremistischen Spektrum Radikalisierungsverläufe gibt, die in schwerste Straftaten und terroristische Anschläge münden können.

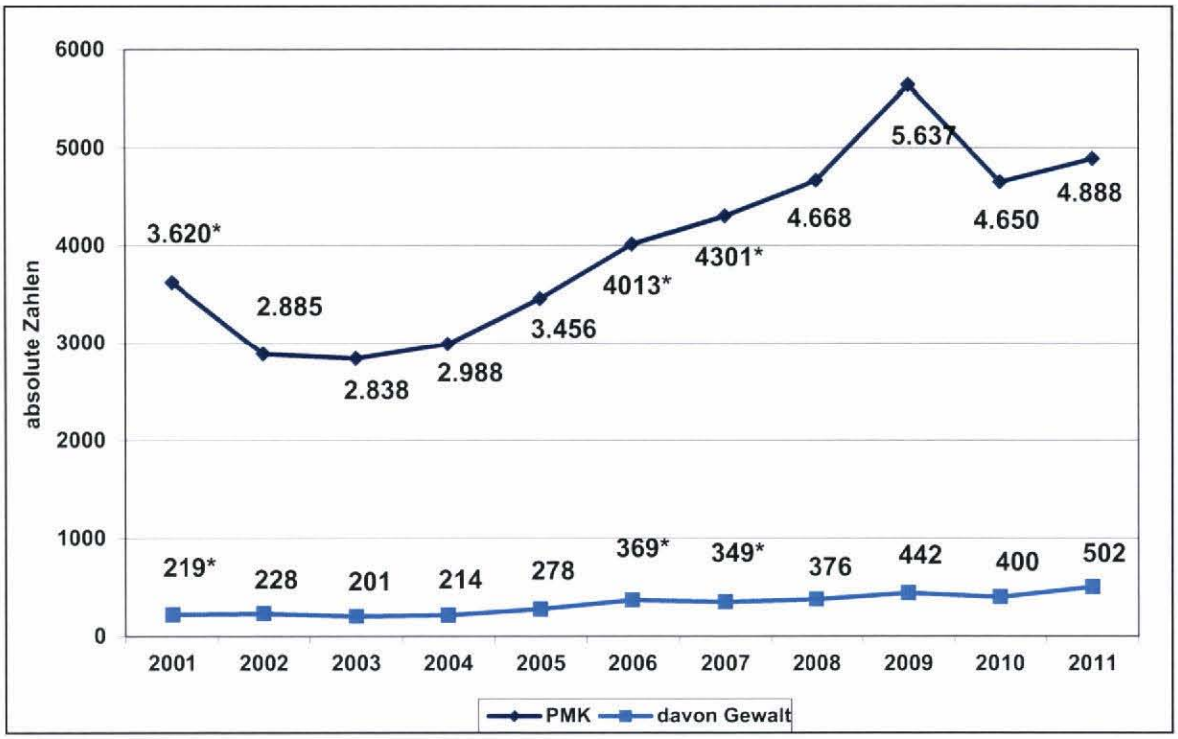
Den Mitgliedern des NSU werden bislang Morde an acht türkischen/türkisch-stämmigen und an einem griechischen Kleingewerbetreibenden in Nürnberg, München, Hamburg, Rostock, Dortmund und Kassel (Zeitraum von September 2000 bis April 2006), der Mord an einer Polizistin in Heilbronn/Baden-Württemberg (25. April 2007), ein Sprengstoffanschlag auf ein iranisches Lebensmittelgeschäft in Köln (19. Januar 2001) und ein Anschlag mit einer Nagelbombe in Köln (09. Juni 2004) zugerechnet.

Daneben hält die hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus unvermindert an. Der erste im Bundesgebiet vollendete islamistisch-terroristische Anschlag am 2. März 2011 in Frankfurt am Main/Hessen gegen US-Militärangehörige konkretisiert die beschriebene Gefahr. Weitere bekannt gewordene, jedoch nicht über das Versuchsstadium hinausgegangene Taten, auch mit Handlungsfeldern in Nordrhein-Westfalen, bestätigen diese Einschätzung. So wurden im April drei mutmaßliche Al-Qaida Mitglieder in Düsseldorf und Bochum festgenommen. Die Beschuldigten waren dringend verdächtig, einen Terroranschlag in Deutschland geplant zu haben. Am 8. Dezember 2011 wurde in Bochum ein weiterer Beschuldigter in diesem Zusammenhang festgenommen.

Mehr Straftaten als im Jahr 2010

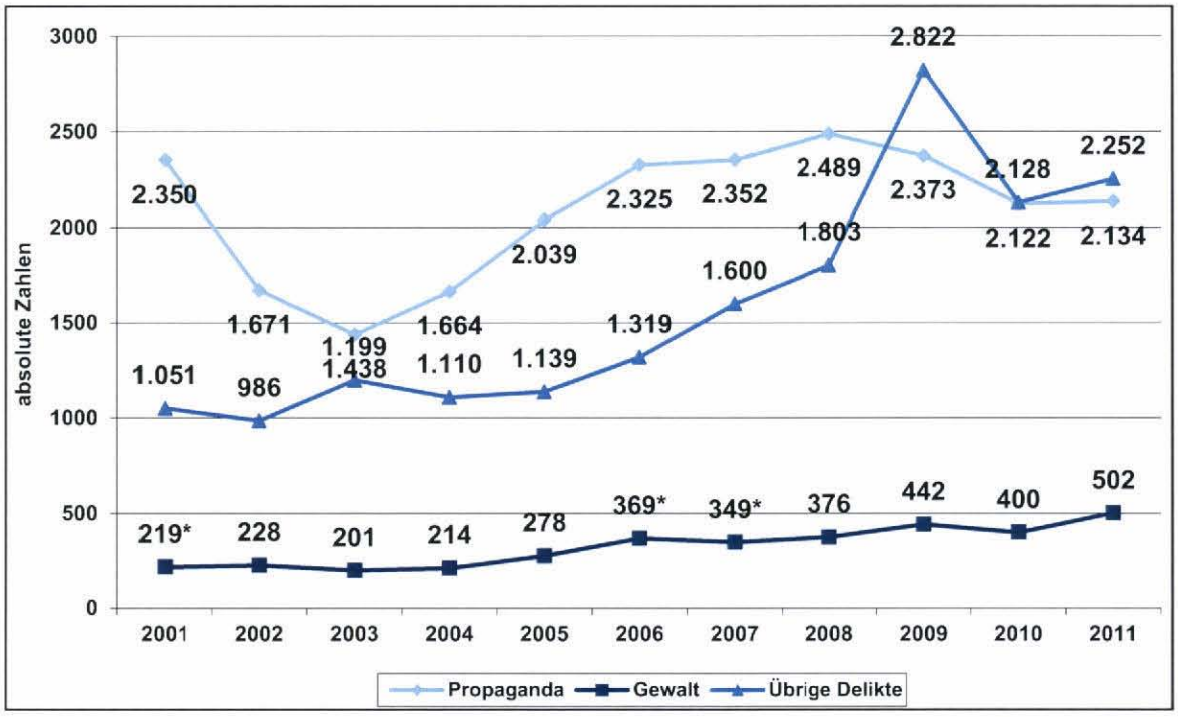
In Nordrhein-Westfalen wurden für das Jahr 2011 insgesamt 4.888 (2010: 4.650) politisch motivierte Straftaten bekannt. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,1% (238 Straftaten).

Insgesamt bleiben die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) jedoch weiterhin unter dem bisherigen Höchststand von 2009.



Grafik 1: PMK im Jahresvergleich von 2001 bis 2011 (nachträgliche Erfassung der Straftaten der Gruppierung NSU)*

Propagandadelikte machen mit 2.134 Fällen (2010: 2.122) 43,7% der PMK aus. Die Steigerung der Fallzahlen der übrigen Delikte (ohne Gewaltdelikte) von 2.128 auf 2.252 Straftaten ist auf die Entwicklung bei den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 362 auf 574 Straftaten) und Beleidigungen (Anstieg von 199 auf 268 Straftaten) zurückzuführen.



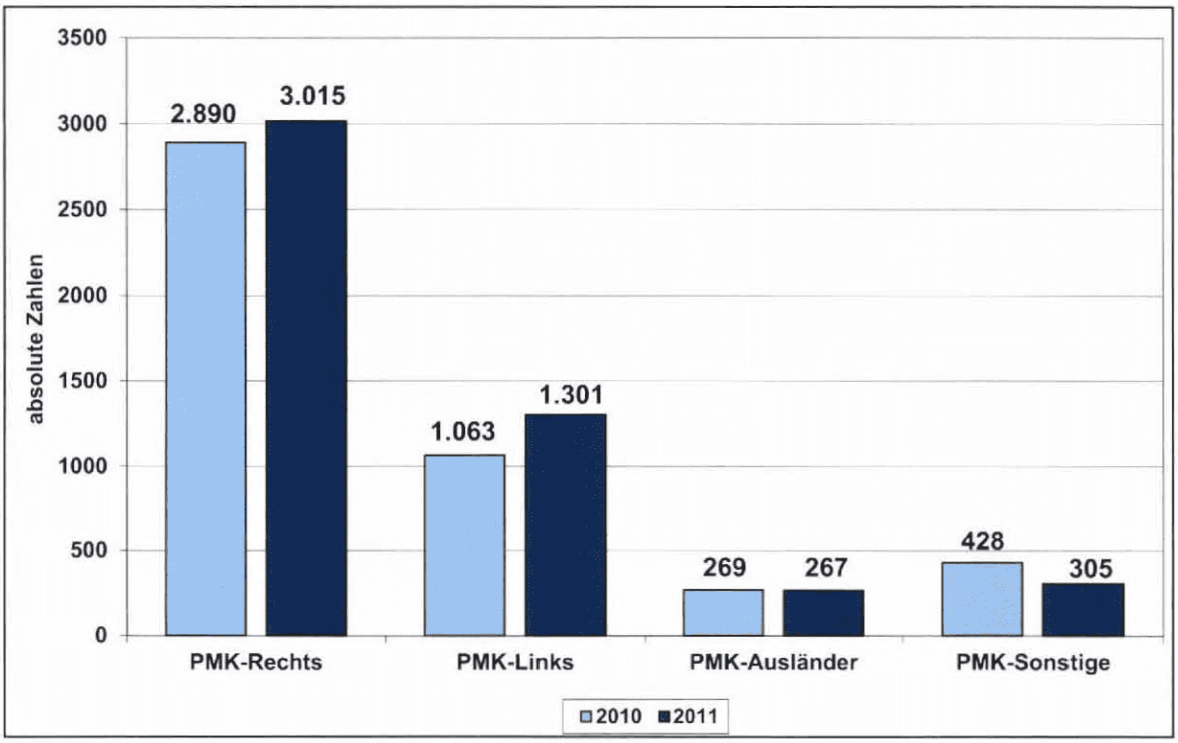
Grafik 2: PMK im Jahresvergleich von 2001 bis 2011 nach Deliktsbereichen (nachträgliche Erfassung der Straftaten der Gruppierung NSU)*

Insgesamt wurden 2.838 (2010: 2.361) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 2.394 (2010: 2.068) männlich und 444 (2010: 293) weiblich.

Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

- 3.015 (2010: 2.890) Straftaten der PMK-Rechts,
- 1.301 (2010: 1.063) Straftaten der PMK-Links und
- 267 (2010: 269) Straftaten der PMK-Ausländer

zuzurechnen. 305 (2010: 428) Straftaten konnten keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden. Sie wurden als Politisch motivierte Kriminalität-Sonstige/Nicht zuzuordnen (PMK-Sonstige) erfasst.



Grafik 3: PMK im Jahresvergleich 2010 und 2011 nach Phänomenbereichen

Die Betrachtung der PMK nach Phänomenbereichen zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum unterschiedliche Entwicklungen: einerseits Anstieg der PMK-Rechts um 125 Straftaten und der PMK-Links um 238 Straftaten; andererseits Rückgang der PMK-Ausländer um 2 Straftaten und der PMK-Sonstige um 123 Straftaten.

Von den 4.888 Delikten sind 4.255 (87,1%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten.

Unterschieden Phänomenbereichen nach entfallen von den extremistischen Straftaten

- 2.934 (2010: 2.836) auf die PMK-Rechts,
- 1.015 (2010: 792) auf die PMK-Links,
- 244 (2010: 261) auf die PMK-Ausländer und
- 62 (2010: 226) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4% (140 Delikte) angestiegen.

Anstieg der Politisch motivierten Gewaltdelikte

In Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 502 (2010: 400) Politisch motivierte Gewaltdelikte (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Anstieg um 25,5% (102 Straftaten), der sich insbesondere durch einen Zuwachs bei den Widerstandshandlungen (von 38 auf 54), Landfriedensbrüchen (von 22 auf 71 Straftaten) und Körperverletzungen (von 300 auf 338 Straftaten) begründet.

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen (vgl. Tabelle) zeigt folgende Entwicklungen:

- Anstieg der Gewaltdelikte PMK-Rechts auf 190 Straftaten (2010: 155),
- Anstieg der Gewaltdelikte PMK-Links auf 219 Straftaten (2010: 197),
- Anstieg der Gewaltdelikte PMK-Ausländer auf 75 Straftaten (2010: 25) und
- Rückgang der Gewaltdelikte PMK-Sonstige auf 18 Straftaten (2010: 23).

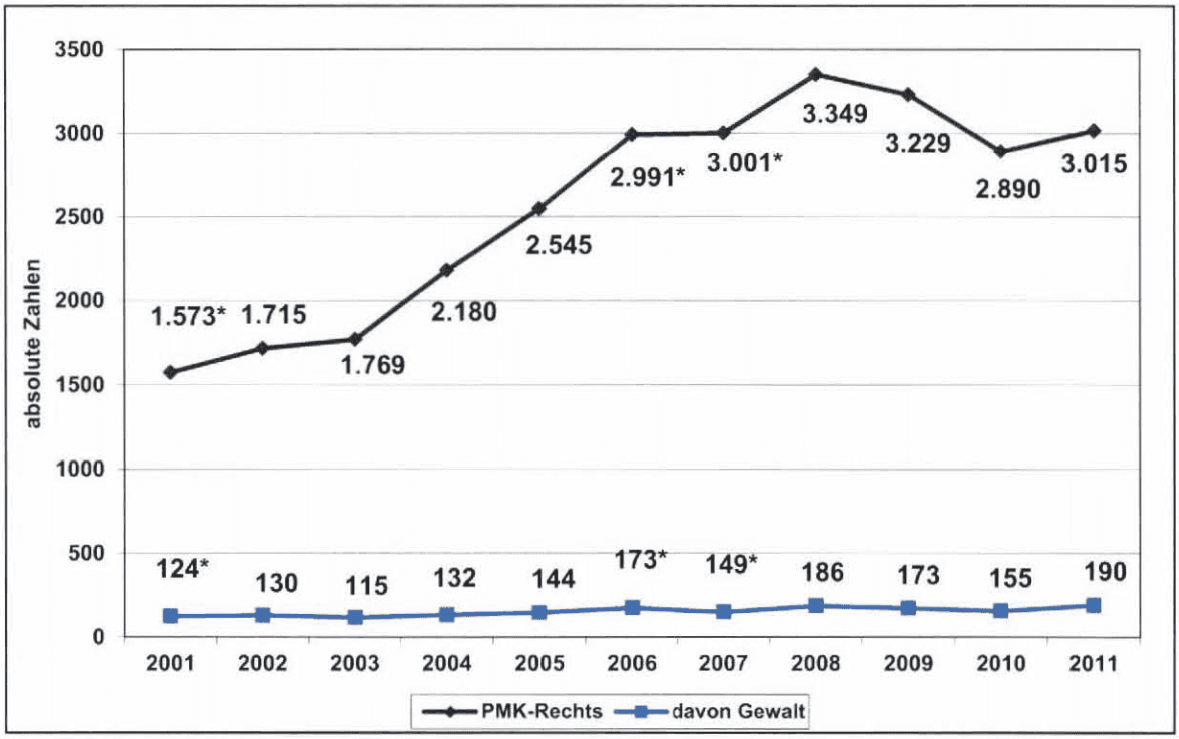
	PMK-Rechts	PMK-Links	PMK-Ausländer	PMK-Sonstige
Tötungsdelikte	0 (0)	1[130] (0)	0 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	3 (6)	13 (8)	2 (5)	3 (4)
Landfriedensbruchdelikte	5 (3)	44 (17)	21 (2)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	0 (0)	8 (5)	0 (1)	1 (1)
Körperverletzungsdelikte	169 (132)	116 (137)	42 (14)	11 (17)
Widerstandshandlungen	10 (10)	34 (27)	9 (0)	1 (1)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	3 (4)	3 (3)	1 (3)	1 (0)
Zwischensumme	**190 (155)**	**219 (197)**	**75 (25)**	**18 (23)**
Bedrohungen, Nötigungen	31 (23)	14 (16)	13 (11)	8 (8)
Sachbeschädigungen	293 (256)	393 (389)	33 (23)	57 (161)
Propagandadelikte	1.974 (1.955)	12 (21)	5 (4)	143 (142)
Volksverhetzungen	318 (316)	2 (3)	4 (14)	9 (9)
Störungen des öffentlichen Friedens	5 (5)	3 (2)	4 (3)	5 (7)
Beleidigungen	134 (99)	84 (66)	10 (8)	40 (26)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0 (1)	0 (0)	83 (141)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	38 (45)	515 (293)	16 (9)	5 (15)
Sonstige Straftaten	32 (35)	59 (76)	24 (31)	20 (37)
Gesamt	**3.015 (2.890)**	**1.301 (1.063)**	**267 (269)**	**305 (428)**

Tabelle: PMK nach Deliktsgruppen und Phänomenbereichen im Jahresvergleich 2011 und (2010)

[130] *Am 3. September 2011 fand in Dortmund anlässlich des sogenannten Antikriegstages eine Großkundgebung der rechten Szene statt (siehe 3.2, Seite 83). Insgesamt wurden im Zusammenhang mit dieser und den Gegenveranstaltungen 186 Straftaten (davon 29 Gewaltdelikte) verübt. In einem Fall bewarfen gewalttätige Gegendemonstranten durch eine geöffnete Schiebetür zielgerichtet in einem Fahrzeug befindliche Polizeibeamte mit Steinen. Die Staatsanwaltschaft Dortmund bewertete die Tat aufgrund der Begehungsweise als versuchtes Tötungsdelikt. Das Verfahren ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.*

6.1.2 Politisch motivierte Kriminalität-Rechts

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts ist mit 3.015 Straftaten (2010: 2.890) im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% angestiegen.



Grafik 4: PMK-Rechts im Jahresvergleich von 2001 bis 2011 (nachträgliche Erfassung der Straftaten der Gruppierung NSU)*

Insgesamt wurden 1.363 (2010: 1.128) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 1.232 (2010: 1.042) männlich und 131 (2010: 86) weiblich. 744 (2010: 656) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 872 (2010: 729) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Vorherrschende Themenfelder[131] der PMK-Rechts waren „Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Rückgang von 334 auf 316 Straftaten), „Hasskriminalität" (Anstieg von 670 auf 743 Straftaten) und „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus" (Anstieg von 2.247 auf 2.290 Straftaten).

Propagandadelikte und Volksverhetzungen machten mit 76,0% (2.292 von 3.015 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus. Die Anzahl der Propagandadelikte ist (von 1.955 auf 1.974 Straftaten) angestiegen.

Die Anzahl der Sachbeschädigungen durch „Rechte" ist (von 256 auf 293 Straftaten) angestiegen. Somit setzte sich die in den Vorjahren beobachtete Entwicklung fort, dass in der „rechten" Szene zunehmend Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien mit allgemeinen, nicht als Propagandadelikte strafbaren „rechten" Parolen und Symbolen (beispielsweise „frei, sozial und national" oder „AN") oder in Form von Vandalismus begangen werden. Die Sachbeschädigungen richteten sich unter anderem gegen Parteibüros und Parteieinrichtungen (35 von 293 Straftaten).

[131] *Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität" sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.*

Dem Unterthema „Autonomer Nationalismus" wurden im Vergleich zum Vorjahr weniger Straftaten zugeordnet (Rückgang von 177 auf 146 Straftaten). Bei den Deliktsgruppen machten Sachbeschädigungen und Propagandadelikte mehr als zwei Drittel (113 von 146 Straftaten) der Fallzahlen aus.

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Rechte" ist angestiegen (Anstieg von 155 auf 190 Straftaten), bei denen es sich schwerpunktmäßig um Körperverletzungen handelte (Anstieg von 132 auf 169 Straftaten). Überwiegend waren die Gewaltdelikte den Themenfeldern „Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Rückgang von 66 auf 64 Straftaten) und „Hasskriminalität" (Anstieg von 63 auf 94 Straftaten) zuzurechnen.

Gewaltdelikte durch „Rechte" wurden mehrheitlich (168 von 190 Straftaten) unabhängig von Bezugsereignissen und im öffentlichen Raum verübt. 22 Gewaltdelikte wurden im Begründungszusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen.

Hasskriminalität durch „Rechte"

Die „Hasskriminalität"[132] im Phänomenbereich PMK-Rechts ist um 10,9% (von 670 auf 743 Straftaten) angestiegen. 84,3% der Delikte im Themenfeld „Hasskriminalität" (626 von 743 Straftaten) waren Sachbeschädigungen (67 Straftaten), Beleidigungen (103 Straftaten), Propagandadelikte (153 Straftaten) und Volksverhetzungen (303 Straftaten).

Dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit" wurden mehr Delikte als im Vorjahreszeitraum zugeordnet (Anstieg von 473 auf 549 Delikte). Die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte ist deutlich (von 57 auf 87 Straftaten) angestiegen.

Antisemitische Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist von 240 auf 242 fast gleich geblieben. Bei den Deliktgruppen machten, wie in den Vorjahren, Sachbeschädigungen (35 Straftaten), Propagandadelikte (52 Straftaten) und Volksverhetzungen (122 Straftaten) mit 86,4% (209 von 242 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist von vier auf zehn Straftaten angestiegen. Es handelte sich dabei um neun Körperverletzungen und eine Widerstandshandlung.

Von den 242 antisemitischen Straftaten entfallen

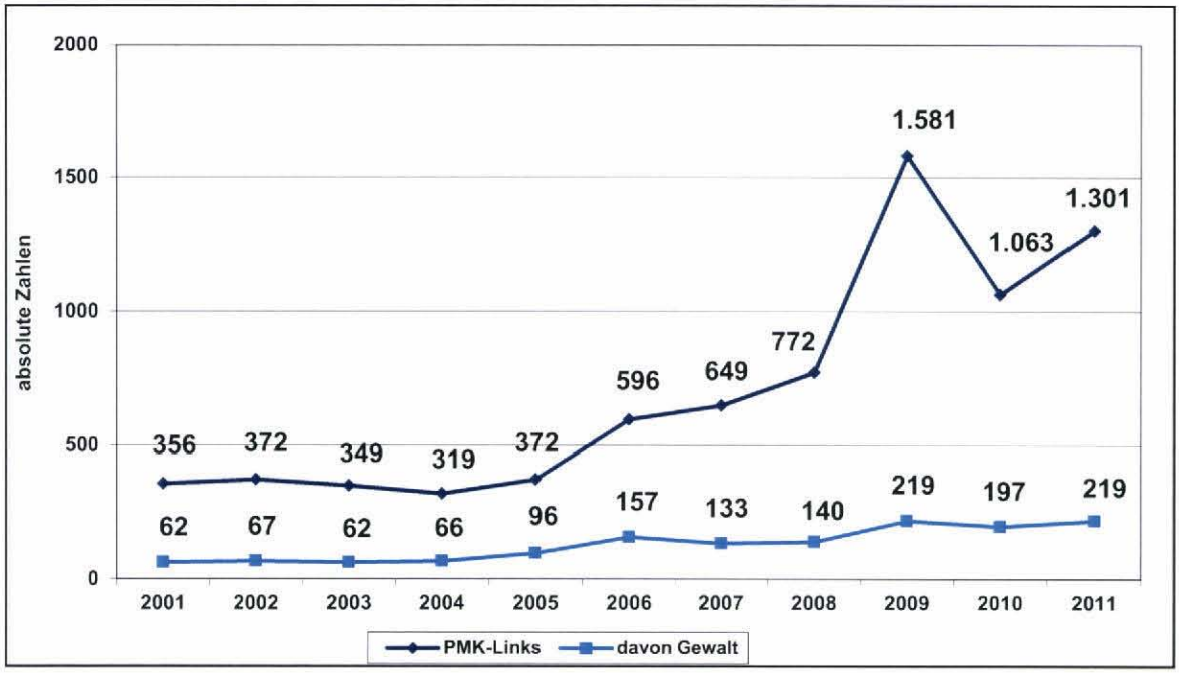
- 229 Delikte auf die PMK-Rechts (2010: 216),
- 2 Delikte auf die PMK-Links (2010: 1),
- 3 Delikte auf die PMK-Ausländer (2010: 19) und
- 8 Delikte auf die PMK-Sonstige (2010: 4).

---

[132] *Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind.*

6.1.3 Politisch motivierte Kriminalität-Links

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Links ist mit 1.301 Straftaten (2010: 1.063) im Vergleich zum Vorjahr um 22,4% angestiegen.



Grafik 5: PMK-Links im Jahresvergleich von 2001 bis 2011

Insgesamt wurden 1.046 (2010: 737) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 825 (2010: 611) männlich und 221 (2010: 126) weiblich. 755 (2010: 521) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 483 (2010: 355) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Hauptsächliche Themenfelder der PMK-Links waren im Jahr 2011 „Innen- und Sicherheitspolitik" (Anstieg von 315 auf 374 Straftaten), „Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Anstieg von 699 auf 787 Straftaten) und „Antifaschismus" (Anstieg von 811 auf 978 Straftaten).

Mehr als die Hälfte der Straftaten der PMK-Links (908 von 1.301 Straftaten) waren Sachbeschädigungen (393 Delikte) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (515 Delikte).

Die Anzahl der Sachbeschädigungen ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (von 389 auf 393 Straftaten). Der in den Vorjahren beobachtete Trend, dass in der „linken" Szene vermehrt Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien mit antifaschistischen Parolen, wie beispielsweise „Nazis raus" und Parolen gegen die Polizei begangen werden, setzte sich fort.

Die Auseinandersetzung mit den „Rechten" bildete den Schwerpunkt innerhalb der PMK-Links. Dabei agierte die „linke" Szene bei ihren Aktionen „gegen Rechts" überwiegend anlassabhängig.

Angehörige der „linken" Szene verübten mehr als die Hälfte ihrer Straftaten bei demonstrativen Ereignissen (Anstieg von 502 auf 766 Straftaten). Die Anzahl der Straftaten, die nicht bei Demonstrationen und Veranstaltungen verübt wurden, ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen (von 561 auf 535 Straftaten).

Der Anstieg der Fallzahlen bei den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (von 293 auf 515 Straftaten) ist auf die Straftaten bei Gegendemonstrationen zu angemeldeten demonstrativen Ereignissen der „rechten" Szene zurückzuführen. Insgesamt 301 Verstöße gegen das Versammlungsgesetz wurden am 29. Januar 2011 in Wuppertal (73 Straftaten), am 9. April 2011 in Stolberg (95 Straftaten) und am 3. September 2011 in Dortmund (133 Straftaten) verübt.

Der Anteil der Straftaten bei demonstrativen Ereignissen am Gesamtstraftatenaufkommen der PMK-Links lag im Jahr 2011 mit 58,9% (766 von 1.301 Delikten) über dem Niveau des Vorjahres (2010: 47,2%).

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Links

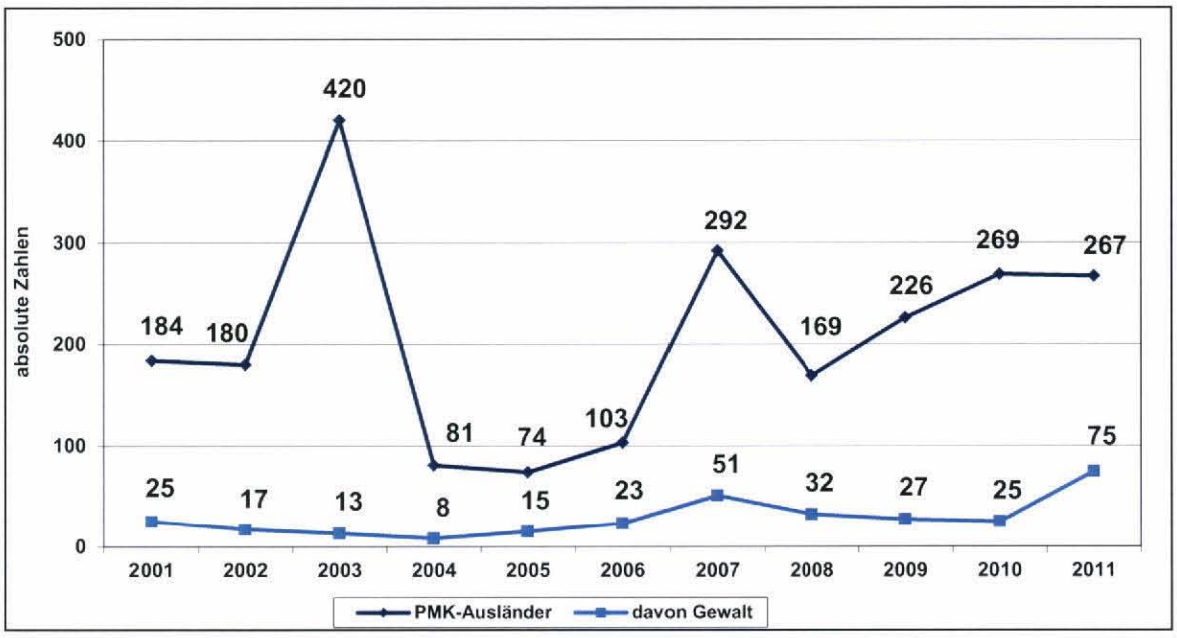
Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke" ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen (von 197 auf 219 Straftaten). 69,4% der Gewaltdelikte (152 von 219 Straftaten) wurden bei demonstrativen Ereignissen verübt.

Die Zahl der Körperverletzungen ist zurückgegangen (Rückgang von 137 auf 116 Straftaten). Demgegenüber hat sich die Zahl der Landfriedensbrüche mehr als verdoppelt (von 17 auf 44 Straftaten). Der Anstieg ist auf Straftaten anlässlich von Gegendemonstrationen zu angemeldeten demonstrativen Ereignissen der „rechten" Szene zurückzuführen. Insgesamt 31 Landfriedensbrüche wurden im Begründungszusammenhang mit den demonstrativen Ereignissen am 29. Januar 2011 in Wuppertal (9 Delikte), am 9. April 2011 in Stolberg (11 Delikte) und am 3. September 2011 in Dortmund (11 Delikte) begangen.

Der bereits in den Vorjahren beobachtete Trend, dass Polizeibeamte zunehmend Opfer von gewalttätigen „Linken" werden, hält unvermindert an (Anstieg von 76 auf 120 Straftaten). Die Gewaltdelikte werden überwiegend beim Versuch verübt, die Polizeiabsperrungen gewaltsam zu überwinden. Der Auftrag der Polizei, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und die Durchführung der Versammlung zu gewährleisten, wird bewusst ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten" interpretiert. Die Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte wird so als legitimes Mittel im „Kampf gegen Rechts" gerechtfertigt.

6.1.4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,7% zurückgegangen (von 269 auf 267 Straftaten).



Grafik 6: PMK-Ausländer im Jahresvergleich von 2001 bis 2011

Insgesamt wurden 246 (2010: 233) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 175 (2010: 180) männlich und 71 (2010: 53) weiblich. 133 (2010: 133) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 119 (2010: 77) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Hauptsächliche Themenfelder waren „Innen- und Sicherheitspolitik" (Rückgang von 190 auf 161 Straftaten) und „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität" (unverändert 193 Straftaten).

Phänomenologisch handelte es sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Sachbeschädigungen (33 Straftaten), Körperverletzungen (42 Straftaten) und Verstöße gegen das Vereinsgesetz[133] (83 Straftaten).

Die Anzahl der Straftaten im Begründungszusammenhang mit der in Deutschland verbotenen 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK, jetzt KONGRA-GEL) ist von 182 auf 178 Delikte zurückgegangen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 83,7% der Delikte (149 von 178 Straftaten) anlässlich von demonstrativen Ereignissen verübt wurden.

Die Haftsituation und der Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan sowie die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK in der Türkei waren wiederholt Anlass für die Begehung von Straftaten.

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer hat sich von 25 auf 75 Straftaten verdreifacht. 77,3% der Gewaltdelikte, also 58 der 75 Straftaten, wurden im Begründungszusammenhang mit der in Deutschland verbotenen PKK begangen, ein Anstieg von 15 auf 58 Straftaten. Dabei handelte es sich um eine Erpressung, neun Widerstandshandlungen, 19 Landfriedensbrüche und 28 Körperverletzungen.

6.1.5 Hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Der hohe Grad der Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus hält unverändert an. Die Gefährdung lässt sich nicht allein an den 20 (2010: 13) bekannt gewordenen Straftaten messen, die dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus" zugeordnet wurden, sondern muss auch an dem möglichen Schadenspotential bislang bekannt gewordener Tatplanungen und Delikte festgemacht werden.

Bei den Straftaten handelte es sich um eine Beleidigung, eine Körperverletzung, eine Störung des öffentlichen Friedens, zwei Sachbeschädigungen, zwei Volksverhetzungen, fünf Bedrohungen, sechs Mal die Bildung terroristischer Vereinigungen/krimineller und terroristischer Vereinigungen im Ausland und zwei sonstige Straftaten.

Im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin radikalisierte Personen, darunter auch deutsche Konvertiten, mit angestrebten, vermuteten oder tatsächlichen Auslandsaufenthalten in Trainingslagern terroristischer Gruppierungen. Dort erwerben sie Kenntnisse im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, so dass von ihnen nach ihrer Rückkehr ein erhöhtes Sicherheitsrisiko ausgeht.

Darüber hinaus stellen die Sicherheitsbehörden seit geraumer Zeit ernstzunehmende Gefahren durch radikalisierte Einzeltäter und Kleinstgruppen fest, die einen terroristischen Tatentschluss ohne formale oder kommunikative Anbindung an bekannte islamistisch-terroristische Vereinigungen kurzfristig oder gar spontan fassen und umsetzen. Die Täter handeln dabei in Übereinstimmung mit den jihadistischen Zielen ihrer Leitfiguren, deren Ideologie sie meist über das Internet konsumiert und verinnerlicht haben.

Diese Propagandaaktivitäten im Internet hielten auch im Jahr 2011 an. Zentrale Themen waren die Tötung Usama bin Ladins im Mai 2011, die Führungsnachfolge bei al-Qaida und der Tod von Anwar Al-Awlaki im September. Daneben wurden weiterhin deutschsprachige Verlautbarungen festgestellt, in

---

[133] *Bei Straftaten gemäß § 20 Abs. 1 VereinsG (Zeigen von Kennzeichen verbotener Vereine oder Parteien) ist nach den „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität" für jeden Tatverdächtigen ein Fall zu erfassen.*

denen zielgerichtet in Deutschland lebende Muslime angesprochen und zur Teilnahme am globalen Jihad aufgerufen werden. Als Legitimation, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung von Anschlägen gegen deutsche Einrichtungen und Interessen, wird der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan angeführt.

Die thematisch breit aufgestellten und grafisch ansprechend präsentierten Inhalte reichen von feuilleton-ähnlichen Kommentaren zu politischen und gesellschaftlichen Vorgängen in der arabischen Welt, über Rechtfertigungen für Anschläge gegen westliche Interessen, bis zu konkreten Anleitungen zur Herstellung von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen. Dem Internet kommt damit als Propaganda-, Rekrutierungs- und Meinungsbildungsforum eine weiter steigende Bedeutung zu.

Die seit Herbst 2010 konstatierte intensivierte Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus in Deutschland – und somit auch in Nordrhein-Westfalen – hält an. Sie kann sich jederzeit in Form von Anschlägen beziehungsweise Anschlagsversuchen gegen Ziele sowohl mit geringem als auch mit hohem Symbolwert realisieren. Dabei ist neben allen bislang bekannt gewordenen Tatmodalitäten auch mit abgewandelten oder gänzlich neuartigen Modi Operandi zu rechnen. Neben der Gefahr durch bestehende Gruppierungen und Strukturen sowie der Entstehung neuer, teilweise völlig autonom agierender Gruppen, stellen fanatisierte Einzeltäter weiterhin die größte Bedrohung dar.

6.2 Mitgliederpotenzial

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Damit ist nicht verbunden, dass jedes Mitglied als extremistisch eingeschätzt wird. Die Angaben zum Mitgliederpotenzial sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung[134]	2011	2010
NPD (einschl. JN)	750	800
pro Köln e.V./pro NRW	1.000	350
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen**	640	610
Militante Rechtsextremisten einschl. Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	455
abzüglich Doppelmitgliedschaften	180	180
Summe	**4.070**	**3.745**

Tabelle: Mitgliederpotenzial extremistischer Organisationen

*** In der Gesamtzahl sind die sogenannten Autonomen Nationalisten enthalten.*

Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung	2011	2010
Militante Linksextremisten einschl. Autonome	780	640
DKP	1.200	1.500
MLPD	650	650
Summe	**2.630**	**2.790**

Tabelle: Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen

---

[134] *Wegen der formalen Auflösung der 'Deutschen Volksunion' (DVU) im Jahre 2010 wird diese zahlenmäßig nicht mehr erfasst.*

Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen von Ausländern

Organisation/Gruppierung	2011	2010
ADÜTDF*	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.000
LTTE	300	300
Summe	**4.700**	**4.500**

Tabelle: Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen

Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

Organisation/Gruppierung	2011	2010
HAMAS	70	70
Hizb Allah	350	350
Tablighi Jama'at*	150	150
Hizb ut-Tahrir	70	70
MB/IGD/IZA	320	320
IGMG	8.000	7.200
Kaplan-Verband	350	350
Summe	**9.310**	**8.510**

Tabelle: Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

7 Scientology Organisation

Sitz	Bund	NRW
	München: ('Scientology Kirche Deutschland e.V.'[1])	Düsseldorf: (Scientology Kirche[1] und Celebrity Center[1])
Mitglieder	4.000 bis 5.000	ca. 600
Publikationen:	'Kompetenz' (Verbreitung in Nordrhein-Westfalen), 'Freiheit' (bundesweite Verbreitung), 'Impact', 'Scientology News', 'Source', 'Celebrity', 'Freewinds', 'OT Universe', 'The Auditor', 'Advance' (internationale Verbreitung)	
Internet	breites mehrsprachiges Angebot	

[1] Es handelt sich jeweils um rechtlich selbständige, in eine internationale Struktur eingebundene Organisationen, die über das kontinentale Verbindungsbüro in Kopenhagen bzw. vom Managementzentrum in Los Angeles gesteuert werden.

Die 'Scientology Organisation' steht seit 1997 im Blickfeld des Verfassungsschutzes

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Februar 2008 die Beobachtung der 'Scientology Kirche Deutschland e.V.' (SKD) und der 'Scientology Kirche Berlin e.V.' (SKB) durch den Verfassungsschutz für rechtmäßig erachtet. Es hat die Bewertung der Verfassungsschutzbehörden bestätigt, dass die Lehre von 'Scientology' die Einschränkung wesentlicher Grund- und Menschenrechte beinhaltet. Dies betrifft nicht nur die Individualgrundrechte der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der Gleichbehandlung. Scientology strebt darüber hinaus eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an.

Ziele der Scientology-Organisation

Die Scientology Organisation verfügt über Strukturen mit totalitärem Anspruch und menschenverachtenden Tendenzen. Dieses erkennt man insbesondere daran, dass

- 'Scientology' die Führung der Gesellschaft anstrebt
- 'Scientology' die Infiltration von Staat und Wirtschaft verfolgt
- 'Scientology' über ganze Staaten und letztendlich über den ganzen Planeten die Regierungsgewalt ausüben möchte.

Daher sind die Hauptangriffsziele der 'Scientology Organisation' Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Organisationsstruktur

Die 'Scientology Organisation' ist streng hierarchisch aufgebaut und wird weltweit aus den USA gesteuert. Alle Entscheidungen, Programme und Inhalte werden dort verbindlich für alle Scientologen weltweit festgelegt. Der Sitz des Managements befindet sich in Los Angeles, Leiter ist David Miscavige. Aus organisatorischen Gründen verfügt die 'Scientology Organisation' über diverse „kontinentale Verbindungsbüros", die die Arbeit in den einzelnen Ländern kontrollieren.

Neben- und Tarnorganisationen

'Scientology' begegnet den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf ebenso wie in anderen Landeshauptstädten offen mit den Niederlassungen als „Org" (Abkürzung von Organisation) oder als „Celebrity Center". Daneben agiert die Organisation in Neben- und Tarnorganisationen, wie den Bewegungen 'Jugend für Menschenrechte' und 'Sag nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben'.

Besonders gefährlich ist die Umwerbung Jugendlicher. Dies geschieht unter dem Deckmantel moralisch und rechtsstaatlich hochwertiger Ziele. 'Jugend für Menschenrechte' reklamiert für sich, „die Ju-

gend auf der ganzen Welt über Menschenrechte aufzuklären und ihnen dadurch zu helfen, wertvolle Verfechter bei der Förderung von Toleranz und Frieden zu werden." 'Sag nein zu Drogen – sag Ja zum Leben' will Jugendliche für den aktiven Kampf gegen Drogen begeistern. Tatsächlich sollen Jugendliche über beide Organisationen an 'Scientology' gebunden werden.

Zur Verbreitung ihrer Kampagnen bedient sich die Organisation moderner, zielgruppenorientierter und zeitgerechter Kommunikationsmethoden. Über soziale Netzwerke wie Facebook oder Channels auf YouTube oder Twitter gelangt 'Scientology' unmittelbar ins heimische Kinderzimmer, um Jugendliche dort anzusprechen, wo sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringen: Vor dem heimischen PC.

Des Weiteren bemüht sich 'Scientology' im gesellschaftlichen Bereich mit den unter dem Dachverband ABLE ('Association for better living and education') zusammengefassten Einrichtungen und Tarnorganisationen um eine positive Selbstdarstellung als humanitäre, karitative und sozial verantwortliche Organisation, beispielsweise mit den Vereinen 'Narconon' (Drogenarbeit) und 'Criminon' (Kriminalitätsbekämpfung).

Auch hier werden Kinder und Jugendliche massiv beeinflusst, und zwar über die Organisationen 'Applied Scholastics' (Nachhilfe) und ZIEL ('Zentrum für individuelles und effektives Lernen'). Dort sind Kinder und Jugendliche ohne eine entsprechende Aufklärung der Erziehungsberechtigten oder sonstiger Stellen 'Scientology' hilflos ausgeliefert. Dabei ist weniger die Anwendung der Lerninhalte die eigentliche Gefahr, sondern vielmehr der auf Abhängigkeit ausgerichtete Kontakt mit 'Scientology'.

Eine weitere unter ABLE angesiedelte Tarnorganisation ist die 'Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte' (KVPM). Diese propagiert offiziell, Missstände in der Psychiatrie aufdecken zu wollen. Festzustellen ist aber, dass die Organisation mittels aufrührerischen Kampagnen Teile der scientologischen Ideologie in der Gesellschaft platzieren will.

Der Umgang mit Gegnern und Kritikern

Kritiker oder Gegner der 'Scientology Organisation' werden als „unterdrückerische" oder „aberrierte" Persönlichkeiten (das heißt solche, die keine Scientologen sind) bezeichnet. 'Scientology' fordert zu einem harten und unnachgiebigen Umgang mit ihnen auf. Eine gängige Methode ist, Kritiker und Gegner zu diffamieren, herabzusetzen oder sich verächtlich über sie zu äußern. Dabei werden Kritiker mit Vokabeln wie „kriminell, krank oder pervers" tituliert. Eine sachliche Auseinandersetzung mit der Kritik findet nicht statt.

Prävention ist der beste Schutz gegen die 'Scientology Organisation'

Vor diesem Hintergrund betreibt der Verfassungsschutz intensive Präventionsarbeit. Unter anderem basierend auf einem Landtagsbeschluss aus dem Jahre 2008 erfolgen jährlich diverse Vorträge und Sensibilisierungsgespräche bei Wirtschaftsverbänden und in Unternehmen, um Firmen und Betriebe vor einer Unterwanderung durch 'Scientology' zu schützen. Ebenso nutzen dieses Präventionsangebot verschiedene Institutionen, die an einer Aufklärung über die Aktivitäten der 'Scientology Organisation' interessiert sind. Der Verfassungsschutz zeigt bei diesen Sensibilisierungen nicht nur typische Merkmale auf, anhand derer 'Scientology' erkannt werden kann, sondern auch effektive Methoden um sich wirksam zu schützen.

8 Spionageabwehr

8.1 Überblick

Auch im Jahr 2011 hat sich gezeigt, dass Spionage ein hochaktuelles Thema ist. Das bezieht sich zum einen auf die klassische Spionage, bei der ein Nachrichtendienst eines fremden Staates versucht, Geheimnisse aus den Bereichen Politik, Militär, Wissenschaft, Forschung und Technik sowie der Wirtschaft auszuspähen. Wie aktuell diese Form der Spionage ist, belegt die Festnahme eines mutmaßlich russischen Agentenehepaares im Oktober 2011. Das Paar steht im Verdacht, über 20 Jahre lang als getarnte Spione Russlands in Deutschland operiert zu haben. Dies ist typisch für sogenannte „Illegale", das heißt Nachrichtendienstoffiziere, die ausgestattet mit einer Falschidentität, langfristige Spionageaufträge in Zielländern wahrnehmen. Die Ermittlungen dauern noch an.

Neben diesen traditionellen Spionagemethoden nutzen Nachrichtendienste nach wie vor das Internet, um Informationen abzuschöpfen, aber auch, um zu manipulieren und zu sabotieren. Der Verfassungsschutz hat dieses Thema in den vergangenen Jahren ausführlich aufgegriffen und fortgeschrieben, um über die hiervon ausgehenden aktuellen Gefahren zu warnen und zu sensibilisieren. Auch in diesem Jahr zeigt sich, dass die Professionalität der Angriffe zunimmt und diese immer schwerer für die Angegriffenen zu erkennen sind. Die Angreifer tarnen ihre Übergriffe auf fremdes Know-how mittlerweile so geschickt, dass die Angegriffenen dies noch nicht einmal bemerken. Während vor Jahren E-Mails noch mühsam mit falschen Absenderdaten versehen wurden, werden heute echte E-Mails abgefangen und mit Schadsoftware versehen. Internetseiten werden so geschickt manipuliert, dass die Angegriffenen gar nicht bemerken, dass sich im Hintergrund eine Schadsoftware befindet, die ihre Daten auslesen kann. Das Thema ist und bleibt hochaktuell.

Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Innovationskraft und ihrer Spitzentechnologie ein lohnendes Ziel für Angreifer. Durch die Spionage sparen Angreifer Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionskosten und erzielen auf diese Weise illegale Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt gegenüber Konkurrenzunternehmen. Die Schäden für das ausgespähte Unternehmen können existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist die Vermarktung eines neu entwickelten Produkts, in das viel Entwicklungszeit und hohe Entwicklungskosten investiert wurden, oft existenziell. Gelingt den Angreifern ein Nachbau vor einer Vermarktung und wird das Plagiat zu einem niedrigeren Verkaufspreis angeboten, geraten gerade kleinere Unternehmen leicht an ihre wirtschaftliche Belastbarkeit.

Die Spionageabwehr begegnet diesem komplexen Angriffsszenario, indem sie nordrhein-westfälische Unternehmen intensiv sensibilisiert und zwar idealerweise bevor ein Schaden eintritt. Im Rahmen der Präventionsarbeit wurden auch in diesem Jahr über 8.000 Teilnehmer in fast 250 Veranstaltungen und Sensibilisierungsgesprächen auf die aktuellen Gefahren sowie wirksame Bekämpfungsstrategien hingewiesen. Im Jahr 2011 hat die Spionageabwehr ihr Sensibilisierungsprogramm auf nordrhein-westfälische Behörden ausgeweitet. Diese verfügen ebenso wie Unternehmen über sensible Daten, die im Fokus fremder Nachrichtendienste stehen. In zahlreichen Vorträgen hat die Spionageabwehr den Behörden vielfältige Methoden für einen effektiven Know-how-Schutz nahegebracht.

Angriffe über das Internet durch hochqualifizierte Schadsoftware haben auch in diesem Jahr nicht an Brisanz verloren. Der Computerwurm Stuxnet, mit dem im letzten Jahr das iranische Atomwaffenprogramm sabotiert wurde, ist weiterentwickelt worden. Unter dem Namen Duqu ist Ende 2011 eine Schadsoftware bekannt geworden, die frappierende Ähnlichkeit mit dem hochentwickelten Stuxnet aufweist. Duqu hat allerdings eine andere Zielsetzung. Bei Duqu handelt es sich um einen hochspezialisierten Trojaner, der nicht unmittelbar zu Sabotagezwecken eingesetzt wird, sondern Überwachungsdaten und andere Informationen aus Organisationen abziehen kann. Es ist anzunehmen, dass Duqu Informationen sammelt, um künftige großangelegte Attacken einfacher durchführen zu können.

8.1.1 Spionageaktivitäten des Iran

In der Islamischen Republik Iran sind Militär und Nachrichtendienste ein wichtiges Instrument, um die Position der Machthaber zu sichern. Die Iranischen Revolutionsgarden (auch als „Sepah Pasdaran" bezeichnet) bauen ihren Einfluss seit der Wahl Ahmadinedschads zum Präsidenten im August 2005 in nahezu allen Bereichen systematisch aus. Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft werden durch Angehörige der Revolutionsgarden besetzt[135].

Die Beobachtung und Abwehr nachrichtendienstlicher Aktivitäten des Iran ist ein Schwerpunkt der nordrein-westfälischen Spionageabwehr. Das Aufklärungsinteresse der iranischen Nachrichtendienste an allen Belangen der Bundesrepublik Deutschland ist ungebrochen hoch. In der Islamischen Republik ist in erster Linie das „Ministry of Information and Security" (MOIS/VEVAK) unter Minister Heydar Moslehi für die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung zuständig. Daneben existieren das „Revolutionary Guards Intelligence Department" (RGID, Nachrichtendienst der Revolutionsgarden) und die „Security and Intelligence Organization of the Army" (militärischer Nachrichtendienst).

Ein besonderes Aufklärungsziel des iranischen „Ministry of Information and Security" (MOIS) ist neben der Gewinnung politischer und militärischer Informationen die Ausspähung der in Deutschland lebenden Exiliraner und deren Organisationen. Zu diesen zählen vorrangig die 'Volksmodjahedin' (MEK), ihr politischer Arm der 'Nationale Widerstandsrat Iran' (NWRI) und seit der Präsidentschaftswahl 2009 die sogenannte „Grüne Bewegung". Die öffentlichen Aktivitäten der „Grünen Bewegung" waren im Jahr 2011 rückläufig. Dies ist sicherlich eine Folge der massiven Unterdrückung der Opposition im Heimatland, die systematisch fortgeführt wurde und wird.

Ein deutliches Signal für die Abschottung oppositioneller Bestrebungen von elektronischer Kommunikation ist die geplante Einrichtung eines nationalen Internet. Ziel dieses „Halal Internet" ist vorgeblich „eine Säuberung von gefährlichen Elementen" im Netz zur Bewahrung der islamischen Moral und deren Sitten. Es soll parallel zum normalen Internet eingeführt werden und dieses schließlich ersetzen. Auf das globale Internet sollen dann nur staatliche Behörden, Banken und große Unternehmen Zugriff haben[136]. Privatpersonen und somit auch oppositionelle Kräfte würden so vom Zugang zum Internet abgeschnitten. Eine „Organisation für Information und Technologie", die der paramilitärischen Miliz „Basidsch" untersteht, soll gemeinsam mit dem staatlichen Telekommunikationsministerium allein 8.000 Ingenieure für die Errichtung des „Halal-Internet" einsetzen.[137]

Im Jahr 2011 war die innenpolitische Atmosphäre im Iran stark geprägt von Machtkämpfen zwischen dem geistlichen Führer Ajatollah Chamenei und der Regierung von Präsident Ahmadinedschad. Dies zeigte sich sehr deutlich in der Auseinandersetzung um das Amt des MOIS-Ministers Moslehi, der auf Anordnung des geistlichen Führers wieder eingesetzt werden musste, nachdem er zunächst vom Präsidenten entlassen worden war.

Wichtigstes Thema im Bereich der Außenpolitik ist und bleibt das iranische Atomprogramm. Der Ende 2011 vorgelegte Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien lässt erhebliche Zweifel an der von der iranischen Regierung behaupteten zivilen Nutzung der Atomenergie aufkommen[138]. Basierend auf diesem Bericht droht dem Iran eine weitere Verschärfung der internationalen Sanktionen.

8.1.2 Proliferation

Der Rat der EU-Außenminister hat sich vor dem Hintergrund des Berichts der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom 8. November 2011 grundsätzlich darauf verständigt, die bereits bestehenden Sanktionen gegen den Iran qualitativ zu verschärfen. Konkret genannt werden Beschränkungen im Finanz-, Transport- und Energiesektor. Die Ausdehnung auf weitere Sektoren wird nicht aus-

---

135 *Siehe auch: "Revolutionsgarden-General soll Ölminister werden", Spiegel-online vom 27.07.2011.*

136 *Vergleiche auch Rötzer in: "Iran baut nationales "Halal Internet" auf.", www.heise.de vom 28.05.2011.*

137 *Siehe auch Croitoru: "Das saubere Internet", www.faz.net vom 23.06.2011.*

138 *Siehe auch: "Atomenergie: Iran arbeitete laut IAEA an Atomwaffen", www.zeit.de vom 08.11.2011.*

geschlossen. Vor diesem Hintergrund werden sich die Beschaffungsbemühungen des Iran in Bezug auf proliferationsrelevante Güter weiter verstärken. Als Proliferation wird die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen (zum Beispiel Raketen und Drohnen), einschließlich des dafür erforderlichen Know-how verstanden. Die Informationsgewinnung über iranische Beschaffungsversuche in diesem Bereich ist ein weiterer Aufklärungsschwerpunkt der Spionageabwehr, die über ihre eigenen Erkenntnisse hinaus auch Hinweise aus dem intensiven Informationsaustausch zwischen den zuständigen nationalen und internationalen Behörden bezieht. Nicht selten bilden die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden die Grundlage für weiterführende Ermittlungen der Exekutivbehörden.

Vorrangiges Ziel ist es jedoch, bereits im Vorfeld zu verhindern, dass ein möglicher Schaden für nordrhein-westfälische Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen durch proliferationsrelevante Beschaffungsbemühungen entsteht. Der Verfassungsschutz hat seine erfolgreiche Sensibilisierungstätigkeit auch 2011 fortgesetzt und ausgebaut. Dabei tritt der Verfassungsschutz nicht als Exportkontrollbehörde auf, sondern klärt in seiner Funktion als „Frühwarnsystem" im Vorfeld über Beschaffungsbemühungen und -methoden der teilweise nachrichtendienstlich arbeitenden iranischen Einkäufer auf, ohne dass diese unter Generalverdacht gestellt werden. Dadurch haben Firmen bei Geschäftsanbahnungen etwaige Proliferationsbezüge häufig frühzeitig erkannt und auf einen Vertragsabschluss verzichtet.

8.2 Ferner Osten

8.2.1 Volksrepublik China

Die Folgen der Weltfinanzkrise wirken sich auch auf China aus. Bedingt durch die europäische Schuldenkrise führt sie zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage europäischer Staaten nach Waren aus China und damit zu einer Verlangsamung des chinesischen Wirtschaftswachstums von 10,4% im Vorjahr auf 9,2% in 2011. Auf lange Sicht gesehen, ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung auch auf das ehrgeizige Ziel Chinas, bereits 2020 nicht mehr von ausländischer Technologie abhängig zu sein, negativ auswirken wird.

Zu den wirtschaftlichen Folgen treten geopolitische Auswirkungen auf die politische Lage im Land. So führt die Inflation in China dazu, dass die Kaufkraft der Bevölkerung empfindlich geschwächt wird. Dies führt verstärkt zu sozialen Unruhen. Aus diesem Grund fürchtet die chinesische Regierung ein Übergreifen des sogenannten arabischen Frühlings auf das eigene Land. Als arabischer Frühling wird die Demokratisierungsbewegung bezeichnet, die im Jahr 2011 zu massiven Unruhen und politischen Veränderungen in verschiedenen arabischen Staaten geführt hat. Auslöser hierfür waren unter anderem steigende Ausgaben für Nahrung und Energie, also eine ähnliche Situation, der sich die chinesische Regierung als Folge der Inflation gegenübersieht. Um diese Entwicklung zu vermeiden, werden Ausschreitungen und Massenproteste von der chinesischen Regierung unmittelbar bekämpft. Ebenso wird ein wichtiges Kommunikationsmittel zur Vorbereitung und Verbreitung der Proteste massiv von der chinesischen Regierung blockiert: die Microblogging-Webseite Weibo. Einschlägige Meldungen werden zum Beispiel wegen „wichtiger rechtlicher Anordnungen" von den Behörden zensiert.

Diese Entwicklung dürfte auch Auswirkungen auf die nachrichtendienstliche Ausspähung der Oppositionellenszene nicht nur in China haben. Neben den Beschaffungsbemühungen der chinesischen Nachrichtendienste mit den Angriffszielen Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft stellt die weltweite Bekämpfung der von der 'Kommunistischen Partei China's (KPCh) als „Fünf Gifte" bezeichneten Bestrebungen und Vereinigungen einen weiteren Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Tätigkeit in China dar. Bei den „Fünf Giften" handelt es sich um Gruppen, die von der chinesischen Regierung als staatsfeindlich diffamiert werden. Zu ihnen zählen

- die Demokratiebewegung,
- die Anhänger eines unabhängigen Taiwan,
- die Anhänger eines unabhängigen Tibet,

- die Falun Gong-Praktizierenden und
- die turkstämmigen (muslimischen) Uiguren.

Sie gefährden nach Ansicht der kommunistischen Führung Chinas die Einheit des chinesischen Staates und werden daher systematisch verfolgt. Vor dem Hintergrund der Demokratisierungsbewegungen in den arabischen Staaten dürfte die chinesische Regierung die Oppositionellenbewegung verstärkt ausforschen, um einen Kontroll- und Machtverlust wie in den arabischen Staaten zu vermeiden.

Das repressive Vorgehen gegen die als „Fünf Gifte" diffamierten Gruppen ist weiter aktuell. Zwar hat sich der chinesische Staatspräsident Hu Jintao auf einer Rede zum 100. Jahrestag der chinesischen Revolution im Oktober 2011 für die Wiedervereinigung mit Taiwan und die Unterstützung eines Friedensabkommens ausgesprochen, gleichzeitig stellte er aber auch klar, dass die Unabhängigkeit Taiwans letztlich nicht akzeptabel sei. Im gleichen Monat verstärkte die chinesische Staatsführung ihre Truppen in der von (muslimischen) Uiguren bewohnten nordwestchinesischen Unruheprovinz Xinjiang, wo es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen die Regierung in Peking gekommen war. Auch in Tibet, wo es zuvor ebenfalls gegen die Regierung gerichtete Proteste gab, wurden die zur Niederschlagung der Proteste eingesetzten Truppen verstärkt. Gleichzeitig erklärte die Führung in Peking, dass sie durch eine Kontrolle der sozialen Netzwerke und der Abstimmung der Inhalte mit dem Gedankengut der Kommunistischen Partei verstärkt gegen die Verbreitung schädlicher Informationen im Internet vorgehen wird.

Bei der Bekämpfung der „Fünf Gifte" bedient sich die Regierung ihrer Nachrichtendienste, durch die die Anhänger dieser Gruppen ausgeforscht und zum Teil auch erheblich unter Druck gesetzt werden. Mit dem Instrument der Internetkontrolle werden die Kommunikations- und Informationsstränge dieser Gruppierungen empfindlich gestört.

Die chinesischen Nachrichtendienste werden aber nicht nur im chinesischen Inland tätig. Auch die im Ausland lebenden Angehörigen und Sympathisanten der einzelnen Elemente der „Fünf Gifte" unterliegen den Ausforschungsbemühungen der chinesischen Nachrichtendienste. Durch Infiltration oder Quellenführung und -abschöpfung gelingt es den Nachrichtendiensten, Einblick in die Strukturen, Mitgliederlisten, Versammlungsinhalte und Aktivitäten dieser chinesischen Vereinigungen zu erhalten. Die so gewonnenen Erkenntnisse nutzen die Sicherheitsbehörden in China, um gegen die oppositionellen Bestrebungen vorzugehen. Die Aufklärung der Oppositionellenausspähung ist daher auch eine wesentliche Aufgabe der nordrhein-westfälischen Spionageabwehr.

Mit welcher Intensität chinesische Nachrichtendienste in der Bundesrepublik aktiv sind, zeigen die aktuellen Verurteilungen von mehreren chinesischen Spionen, die im Auftrag der chinesischen Staatssicherheit hier lebende Oppositionelle ausgeforscht hatten. In Bayern wurden von dem Oberlandesgericht München drei Beschuldigte zu unterschiedlich langen Freiheitsstrafen auf Bewährung sowie in einem Fall zusätzlich zu 1.000 € Geldstrafe verurteilt. Sie hatten die uigurische Gemeinschaft in München ausgespäht und Informationen an einen Führungsoffizier weitergegeben. In Niedersachsen wurde ein Beschuldigter vom Oberlandesgericht Celle wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit verwarnt. Die Verurteilung zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu je 150 € wurde vorbehalten. Er hatte Informationen über eine deutsche Gruppe von Falun Gong-Anhängern und deren Aktivitäten an einen hohen Beamten des Geheimdienstbüros 610 weitergegeben.

Die Nachrichtendienste der VR China im Einzelnen

Um ihre Ziele durch klassische Spionage in den Bereichen Politik, Militär, Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Oppositionellenausspähung erfolgreich zu verfolgen, verfügt die chinesische Regierung über Nachrichtendienste, deren Einfluss in verschiedenste politische und gesellschaftliche Bereiche reicht. Die nachrichtendienstlichen Aufgaben werden im Wesentlichen von drei Ministerien und einer Regierungsorganisation mit sich zum Teil überschneidenden Zuständigkeiten wahrgenommen. Die bisherigen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass alleine für den Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) ca. 800.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind.

Ministry of State Security (MSS)

Das 1993 entstandene Ministerium ist ein ziviler Nachrichtendienst mit sowohl In- als auch Auslandszuständigkeit. Es untersteht dem vom Ministerpräsidenten geführten Staatsrat. In China übernimmt das MSS die Aufgaben der Spionageabwehr. Dazu beobachtet es nicht nur die im Land lebenden offiziellen Vertreter fremder Nationen, sondern generell die Bürger fremder Staaten. Weitere Kernaufgabe ist die Bekämpfung möglicher Gefährder der territorialen Einheit oder inneren Ordnung, vor allem der „Fünf Gifte".

Ministry of Public Security (MPS)

Die auch als „Ministerium für öffentliche Sicherheit" (MöS) bezeichnete Behörde, ist für die Gewährleistung der inneren Sicherheit zuständig. Dazu gehören Aufgaben wie die Überwachung des Straßenverkehrs oder die allgemeine Verbrechensbekämpfung. Darüber hinaus überwacht das MPS das öffentliche Leben, um möglichen Gefahren für das Machtmonopol der KPCh entgegenzutreten. Dies geschieht durch die Kontrolle des Internet, der klassischen Medien sowie der sich in China aufhaltenden Ausländer. Das MPS operiert nicht nur auf eigenem Hoheitsgebiet, sondern sammelt auch im Ausland Informationen über Personen und Organisationen, die regierungskritische Aktivitäten mit Auswirkungen auf die chinesische Gesellschaft entfalten. Da das Ministerium bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben außerhalb der polizeilichen Zuständigkeit nachrichtendienstliche Mittel einsetzt, zählt es zu den chinesischen Nachrichtendiensten.

Military Intelligent Department (MID)

Die militärische Auslandsaufklärung liegt in der Zuständigkeit der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Das MID ist sowohl in China als auch im Ausland aktiv. Ihm obliegt der Schutz der eigenen Streitkräfte vor gegnerischen Ausspähversuchen. Im Ausland beschafft der Dienst militärisch bedeutsame Informationen, zum Beispiel über die Fähigkeiten und die Bewaffnung fremder Streitkräfte oder solche mit Relevanz für deren Verteidigungs- und Bündnispolitik.

Büro 610

Vor dem Hintergrund der wachsenden Meditationsbewegung Falun Gong wurde 1999 das unmittelbar an das Zentralkomitee der KPCh angebundene Büro 610 geschaffen. Dieser Organisation obliegt die Aufklärung und Bekämpfung von Falun Gong. Außerhalb der Ministeriumsstruktur operiert das Büro 610 auch im Ausland mit nachrichtendienstlichen Mitteln und ist daher als weitere nachrichtendienstliche Organisation anzusehen. Der Name entspringt dem chinesischen Verhältnis zur Zahlensymbolik, das Büro wurde am 10. Juni 1999 gegründet.

Arbeitsweise der Nachrichtendienste

Die klassische Arbeitsweise des chinesischen Nachrichtendienstes wurde ausführlich im letzten Verfassungsschutzbericht dargestellt. Hierzu gehört die Informationsbeschaffung über Mitarbeiter, die getarnt in diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland (sogenannten Legalresidenturen) eingesetzt werden und über Mitarbeiter, die legendiert als Journalisten oder in Delegationen auftreten. Chinesische oder chinesisch-stämmige Gastwissenschaftler, Studenten und Praktikanten werden ebenfalls als Informationsquellen eingesetzt. Neben diesen klassischen Methoden stellt die Informationsbeschaffung durch Angriffe mittels Schadsoftware über das Internet weiterhin einen wesentlichen Schwerpunkt in der illegalen Know-how-Beschaffung dar. Die verstärkte Nutzung dieser Angriffsmethode ist letztlich darauf zurückzuführen, dass sie problemlos aus großer räumlicher Distanz möglich und ihre Rückverfolgung nicht zuletzt wegen der Nutzung zahlreicher ausländischer Server schwierig ist. Die hohe Professionalität und der erhebliche Entwicklungsaufwand, mit der diese zahlreichen Attacken durchgeführt werden, sprechen für einen nachrichtendienstlichen Hintergrund. Neben den klassischen Spionagemethoden stellen diese Angriffe einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes dar.

8.2.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Erwartungsgemäß ist nach dem Tod des bisherigen Machthabers Kim Jong Il dessen Sohn Kim Jong Un zum Nachfolger ernannt worden. Ob sich damit gleichzeitig auch ein Wechsel in der aggressiven Politik in der Region und gegenüber den Verbündeten der Anrainerstaaten verbindet, lässt sich noch nicht erkennen, darf aber angezweifelt werden. Chinas mäßigender Einfluss scheint keine dauerhafte Wirkung zu zeigen. Zwar hat Nordkorea angekündigt, sich wieder an den seit 2009 ausgesetzten 6-Parteien-Gesprächen beteiligen. Ob es dazu kommt, bleibt jedoch abzuwarten. Ebenso dürfte Nordkoreas Erklärung, die umstrittene Anreicherung von waffenfähigem Uran einstellen zu wollen, nicht der tatsächlichen Intention der Machthaber entsprechen. Die derzeitige Entwicklung des Landes lässt vermuten, dass die bisherige Politik weitergeführt wird.

Zur Finanzierung des bankrotten Landes und seiner ehrgeizigen Rüstungsvorhaben steht dem Regime nur der Verkauf von Rüstungsgütern zur Verfügung. Davon machen die Machthaber durch Lieferungen in sensitive Länder reichlich Gebrauch. Auch vor dem Verkauf von Atomtechnologie wird nicht zurückgeschreckt. So trafen sich Anfang September 2011 hochrangige Vertreter des Iran mit nordkoreanischen Regierungsmitgliedern in Pjöngjang und vereinbarten die Vertiefung der bisherigen Kooperation. Es ist davon auszugehen, dass Nordkorea dem Iran wichtiges und spezialisiertes Material für dessen Atomwaffenprogramm liefern wird.

Der bereits 2009 vom Europäischen Rat im Zuge der UN Resolution 1874 beschlossene „Gemeinsame Standpunkt über restriktive Maßnahmen gegen die DVRK" ist weiterhin in Kraft. Unter anderem erhielten damit nordkoreanische Wissenschaftler deshalb im Jahr 2011 kein Einreisevisum, so dass auch an den nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen kein Gaststudium möglich wurde. Damit bleibt das Regime weiterhin von dem für sein Atomwaffenprogramm dringend benötigten wissenschaftlichen Know-how des Westens abgeschnitten. Möglicherweise ist dies einer der Gründe, warum Nordkorea seine misslungenen Atomwaffentests aus dem Jahr 2009 nicht in der gewünschten Form fortsetzen kann.

Da das Regime das notwendige Know-how jedoch dringend benötigt, muss davon ausgegangen werden, dass nordkoreanische Wissenschaftler nunmehr auf andere Art und Weise versuchen werden, die notwendigen Informationen zu erhalten. Hierfür kann beispielsweise ein zunächst recht simpel erscheinender Weg genutzt werden. Bestehende Kontakte zu westlichen Wissenschaftlern und Unternehmen werden aufrechterhalten, auf der Basis früherer Beziehungen reaktiviert oder neu aufgebaut. Bereits im vergangenen Jahr hat der Verfassungsschutz über seine Erkenntnisse berichtet, dass nordkoreanische Gastwissenschaftler während ihrer Aufenthalte gezielt Dossiers angelegt haben, zum Teil mit Hinweisen zum Privatleben ihrer betreuenden Wissenschaftler. Größte Wachsamkeit ist daher bei Kontakten nach oder aus Nordkorea geboten. Vermeintlich harmlose Kontaktaufnahmen können sehr schnell in eine Ausforschung münden, an deren Ende die strafbare Unterstützung durch die Weitergabe von wissenschaftlichem Know-how oder sonstigem Wissen liegt.

Diese Wachsamkeit gilt aber auch weiterhin bei der Bestellung und Lieferung ausfuhrbehinderter Waren (www.bafa.de). Gerade westliche Technik und Know-how sind unabdingbar für den Rüstungsfortschritt. Da das Regime jedoch auf legalem Weg keine auch im Weitesten Sinne rüstungsrelevanten Produkte erhält, ist es auch hier gezwungen, auf anderen Wegen, über zum Beispiel verschleierte Endabnehmer oder Drittlandlieferungen, an die benötigte Technik zu kommen. Schon Zweifel an der Endverwendung, umständliche, unlogische Lieferwege oder unübliche Bezahlvorgänge über Drittstaaten müssen Anlass für konkrete Nachfragen sein.

8.3 Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

8.3.1 Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Trotz der seit Jahren positiven politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation hält die russische Regierung daran fest, aktive Spionage in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

Ihr Interessensschwerpunkt liegt in der Politik. Themen aus dem Bereich der Wirtschaft gewinnen aber an Bedeutung, zumal es oftmals Überschneidungen mit der politischen Aufklärung gibt. 2011 wurden in Deutschland unter anderem die Finanzmarkt- und Eurokrise sowie deren Stabilisierungsmaßnahmen genau beobachtet. Die deutsche Haltung zu den politischen Veränderungen in Nordafrika gehörte ebenso zu den Aufklärungszielen wie die Energiepolitik und -technik sowie die Luft- und Raumfahrt.

In Nordrhein-Westfalen wurden im Berichtsjahr wieder zahlreiche Kontaktversuche russischer Nachrichtendienstoffiziere zu interessanten Gesprächspartnern unter anderem aus den Bereichen Wirtschaft/Finanzwirtschaft, Politik/Europapolitik und Technik bekannt. Mit den betroffenen Personen führte der Verfassungsschutz Sensibilisierungsgespräche.

> *„Moskau lässt kräftig spionieren"* (Südwest Presse – swp.de vom 24. 10. 2011)
>
> *„Deutschland im Fokus der russischen Spionage"* (T-Online – nachrichten.t-online.de vom 25. Oktober 2011)
>
> *„Deutsche Ermittler verhaften mutmaßliche russische Spione"* (SZ – sueddeutsche.de vom 22. Oktober 2011)
>
> *„Deutscher Diplomat tappt in russische Liebesfalle"* (Welt – welt.de vom 6. 11. 2011)

Nicht nur diese Schlagzeilen machen deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Lage, ihrer Stellung in der EU und NATO sowie als Standort vieler Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Spitzentechnologie von großer Attraktivität für die russischen Nachrichtendienste ist. Unter anderem findet dies auch in der – im europäischen Vergleich – seit Jahren starken Präsenz von nachrichtendienstlichem Personal an den Legalresidenturen der Russischen Föderation in Deutschland eine Bestätigung. Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste, insbesondere in den offiziellen Vertretungen ihrer Länder im Gastland.

Die Verurteilung eines österreichischen Berufssoldaten in Deutschland wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit im März 2011 ist ein weiterer Hinweis auf die Arbeit der russischen Nachrichtendienste in unserem Land. Und nicht zuletzt die in der Presse spektakulär aufgegriffene Festnahme eines mutmaßlichen Agentenehepaars im Oktober 2011 in Deutschland bestätigt das hohe Interesse Russlands. Das Paar lebte seit über 20 Jahren in Deutschland. Es soll sich um sogenannte „Illegale" handeln. Die weiteren Ermittlungsergebnisse bleiben abzuwarten. Das „Illegalenprogramm" ist eine klassische zentral gesteuerte Methode des SWR, des russischen Zivilen Auslandsnachrichtendienstes, bei der mit einer Falschidentität ausgestattete Nachrichtendienstoffiziere mit langfristigen Spionageaufträgen in die Zielländer entsandt werden.

Die russischen Nachrichtendienste haben eine bedeutende Funktion in der Sicherheitsstruktur ihres Landes. Durch ihre umfassende und verlässliche Informationsbeschaffung im In- und Ausland unterstützen sie die Regierung bei der Vorbereitung und Realisierung politischer Vorhaben. Auch beteiligen sie sich durch ihre Erkenntnisse an der Förderung der wirtschaftlichen Interessen Russlands. Ihr Ansehen in der Bevölkerung ist hoch und der Rückhalt der politischen Führung ist ihnen gewiss. So wurde unter anderem ein im Jahr 2010 in den USA enttarnter russischer Agent nach seiner Rückkehr im staatlichen Ölkonzern Rosneft als Berater eingestellt.

Die Dienste sind mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet, die immer wieder ergänzt werden. Zurzeit steht die Ausweitung der Internetkontrolle auf die sogenannte Internet-Telefonie zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit in der russischen Politik zur Diskussion. Zahlreiche russische Vorschriften ermöglichen und erleichtern den Nachrichtendiensten die Erfüllung ihrer Aufgaben. Davon können auch Bürger unseres Landes betroffen sein, zum Beispiel durch die intensive Telefon- und Internetüberwachung.

Die folgenden Dienste, deren Aufgaben und Organisationsstrukturen 2011 weitestgehend unverändert blieben, sind nach wie vor in Deutschland aktiv:

FSB – Federalnaja Slushba Besopasnosti – (Föderaler Sicherheitsdienst – Inlandsnachrichtendienst)

Die vielfältigen Aufgaben des FSB ergeben sich aus dem Gesetz über die Organe des Föderalen Sicherheitsdienstes. Danach ist der FSB unter anderem für die zivile und militärische Spionageabwehr zuständig. Seine Aufgaben zur Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität ermöglichen ihm zudem auch Einsätze im Ausland. Seine Grenzschutzaufgabe befähigt ihn zur Kontrolle aller ein- und ausreisenden Personen. Im Rahmen seiner Abwehrfunktion hat er zum Beispiel zum Schutz der russischen Industrie und zur Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen einen ständigen Zugriff auf den Daten- und sonstigen Kommunikationsverkehr. Dem FSB werden ca. 350.000 Mitarbeiter zugeordnet. Leiter des Dienstes ist Alexander Bortnikow.

SWR – Slushba Wneschnej Raswedkij – (Ziviler Auslandsnachrichtendienst)

Die Kompetenzen des SWR sind im Gesetz der russischen Föderation über die Auslandsaufklärung geregelt. Danach ist der Dienst vorrangig für die Aufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technologie zuständig. Auch führt er elektronische Fernmeldeaufklärung durch. Darüber hinaus wirkt er bei der Bekämpfung der Proliferation und des Terrorismus mit. Ein weiteres Ziel ist die Ausforschung der Arbeitsmethoden und Aktivitäten fremder Nachrichtendienste. Operationen des Dienstes werden zentral von Moskau oder aber aus den jeweiligen Legalresidenturen im Ausland geführt. Dem SWR werden mehr als 13.000 Mitarbeiter zugeordnet. Leiter des Dienstes ist Michail Fradkow.

GRU – Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenije – (Militärischer Auslandsnachrichtendienst)

Die GRU ist direkt dem Verteidigungsminister unterstellt. Die Aufgaben dieses Dienstes umfassen die Aufklärung des gesamten militärischen Bereichs. Dazu gehört neben der NATO zum Beispiel auch die deutsche Bundeswehr. Von besonderem Interesse sind für die GRU die Rüstungsindustrie sowie die sonstige militärisch nutzbare Technologie. Der Dienst verfügt über ca. 12.000 Mitarbeiter. Leiter des Dienstes ist seit Ende des Jahres 2011 Igor Sergun. Zurzeit ist eine Reformierung der GRU in der Diskussion.

8.3.2 Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS

Die übrigen Mitglieder der GUS errichteten nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion eigene Nachrichten- und Sicherheitsdienste, die im Verlauf der letzten Jahre mehr oder weniger umstrukturiert wurden. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Spionageabwehr und der inneren Sicherheit. Nur wenige Mitglieder der GUS sind auch mit nachrichtendienstlichem Personal in der Bundesrepublik Deutschland vertreten.

Die Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten verfügen über gegenseitige Abkommen und Kontakte, insbesondere zur Russischen Föderation. Sie reichen vom Informationsaustausch bis zur konkreten Zusammenarbeit. Im Rahmen dieser Kooperationen kann davon ausgegangen werden, dass auch Informationen über Ein- und Ausreisen ausländischer Staatsangehöriger ausgetauscht werden. Deshalb besteht für Personen, die für die russischen Nachrichtendienste von Interesse sind, auch bei

Reisen in die anderen Republiken der GUS die Gefahr, in das Blickfeld der dortigen Nachrichtendienste zu gelangen.

Die politische Zuwendung der Ukraine zur Russischen Föderation nach der Wahl des Präsidenten Janukowitsch lässt wieder eine engere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste vermuten. Die Nachrichtendienste von Belarus (Weißrussland) sollen 2011 mit weiteren Sonderrechten ausgestattet worden sein. Die Mitgliederzahlen und umfangreichen Aufgaben der Nachrichtendienste zeigen, dass dieser Bereich einen bedeutenden Platz einnimmt.

8.4 Abwehr von Wirtschaftsspionage

Unternehmen in Nordrhein-Westfalen stehen nach wie vor wegen ihres Know-hows und ihrer Spitzentechnologie im Fokus fremder Nachrichtendienste. Der Trend, dass Angriffe auf wertvolles Unternehmens-Know-how nicht nur mit traditionellen Methoden der Informationsgewinnung durchgeführt werden, sondern in größerem Maße durch Angriffe über die moderne Informationstechnologie erfolgen, hat sich weiterhin verstärkt.

Dennoch sollten Unternehmen keinesfalls die Gefahr von klassischen Angriffen außer Acht lassen. Die Wissensabschöpfung durch Personen beispielsweise auf Messen, Kongressen und bei Geschäftsreisen spielt nach wie vor eine zentrale Rolle. Dabei werden Mitarbeiter gezielt zunächst unter Legende von fremden Diensten angesprochen, um sie zur Informationsabgabe zu bewegen. Oder es werden zu diesem Zweck Agenten in das Unternehmen eingeschleust.

Noch wichtiger ist es aber für Unternehmen, einen zuverlässigen Schutz vor Angriffen auf ihr Know-how über die moderne Informationstechnologie aufzubauen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Allein in Nordrhein-Westfalen sind rund 761.000 kleine und mittelständische Unternehmen ansässig.

Aus der aktuellen „Studie zur IT-Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen" des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geht hervor, dass sich die Verantwortlichen kleiner und mittelständischer Unternehmen über die Relevanz und Notwendigkeit von IT-Sicherheit bewusst sind und ihre Unternehmen gegen entsprechende Angriffe gerüstet haben. Gleichzeitig belegt diese Studie aber auch einen deutlichen Nachholbedarf bei der Umsetzung wirksamer IT-Sicherheitsprozesse sowie präventiver IT-Sicherheitsmaßnahmen. So setzen zwar rund zwei Drittel der Unternehmen die im IT-Grundschutz empfohlenen IT-Sicherheitsmaßnahmen ein und verfügen an verantwortlicher Stelle über ein hohes Bewusstsein für die Bedeutung der IT-Sicherheit. Jedoch sind die dazu notwenigen Prozesse eines IT-Sicherheitsmanagements weder durchgehend vorhanden noch standardisiert. So hat nur jedes zweite Unternehmen einen IT-Sicherheitsverantwortlichen benannt. Dies führt im Ernstfall dazu, dass zum Beispiel mangels Festlegung von Ansprechpartnern für die Beschäftigten wertvolle Zeit für Analyse und Bekämpfung der Angriffe ungenutzt verstreicht.

Neben der Optimierung des IT-Sicherheitsmanagements ist es unerlässlich, die Beschäftigten im Umgang mit Technik zu sensibilisieren, um Unternehmen wirksam vor Angriffen zu schützen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) macht deutlich, dass allein technische Vorkehrungen nicht ausreichen um die IT sicherer zu gestalten: „Klassische Schutzmaßnahmen wie Virenschutzprogramme und Firewalls sind nicht mehr ausreichend, um einen wirksamen Schutz gegen die aggressiven Methoden der Wirtschaftsspionage zu erreichen." Das heißt, dass die individuelle Verantwortung der unmittelbaren Anwender dieser Technik gestärkt und letztlich auch in einem Sicherheitskonzept berücksichtigt werden muss. Nur wenn die unmittelbaren Anwender aktuelle Angriffswege kennen, wenn sie wissen woran sie diese Angriffswege erkennen und wer ihnen im Unternehmen im Fall der Fälle als Ansprechpartner zu Verfügung steht, ist ein effektiver Schutz gewährleistet. Die Technik bietet die Möglichkeit, Tore zu verschließen, über die sensibles Know-how abgeschöpft werden kann. Die Nutzer dieser Technik können diese Tore durch gezielte Manipulationen der Angreifer wieder öffnen, oft ohne dies zu wissen. Manipulierte E-Mails, getarnt als solche, die Beschäftigte in einem Unternehmen regelmäßig von vertrauenswürdigen Absendern erhalten, sind nur ein Beispiel hierfür. Nicht geschulte IT-Anwender – und letztlich alle Beschäftigten eines Unternehmens – stellen

so ein effektives Zugangstor für Angreifer dar, um an wertvolles Unternehmens-Know-how zu gelangen. Dies gilt es wirksam zu verhindern.

Die Sicherheit der IT kann in Zukunft nur gewährleitstet werden, wenn alle Nutzer der IT – also alle Beschäftigten eines Unternehmens – immer wieder auf aktuelle Angriffsszenarien und schadensverhindernde und -vermindernde Handlungsalternativen hingewiesen werden. Hinzukommen muss eine klare Regelung der Zuständigkeiten, wer bei Verdacht auf einen Angriff im Unternehmen anzusprechen ist und wer welche Aufgabe übernimmt, um diese Angriffe wirksam abzuwehren. Schließlich muss ein Prozess entstehen, in dem Sicherheit als fortlaufender, gesamtunternehmerischer Ansatz verstanden und umgesetzt wird. Die Spionageabwehr informiert die nordrhein-westfälischen Unternehmen umfassend zu diesen Themen in Vorträgen und Sensibilisierungsgesprächen.

Eine aktuelle Angriffssystematik wird unter dem Schlagwort „drive by download" beobachtet. Hierunter ist laut BSI das „automatische Herunterladen und Ausführen eines Schadprogramms beim Besuch einer Webseite" zu verstehen. Der Schadcode wird dabei auf den Rechner geladen, ohne dass der Anwender dazu eine Aktion – wie das Anklicken eines Links oder einer Datei – ausführen muss. Das bloße Ansehen einer Webseite reicht somit aus, um den Rechner zu infizieren.

Die Größenordnung dieser Angriffe ist überproportional hoch: In einem dreimonatigen Zeitraum wurden durchschnittlich 15.000 infizierte Webseiten pro Tag entdeckt. Diese gehörten zu 79 Prozent „harmlosen" Internetangeboten – also seriösen Seiten.

Diese Angriffe sind deshalb so erfolgreich, weil sie von den Opfern nicht bemerkt werden. IT-Nutzer rufen arglos eine infizierte Seite auf, um geschäftliche Kontakte wahrzunehmen oder sich zu informieren. Hinter der für den Nutzer völlig unauffälligen Seite ist eine Software installiert, die das verwendete Betriebssystem sowie den Browser erkennt und überprüft, ob ein Schutz beispielsweise in Form einer Firewall vorhanden ist. Wenn das der Fall ist, wird automatisch nach Programmen mit Lücken gesucht. Als vorgebliche Updates werden dann die Schadprogramme (Trojaner) aufgespielt. Das perfide dieser Methode: Die User erhalten nicht einmal mehr eine E-Mail oder Ähnliches, mittels derer sie die Manipulation erkennen könnten. Ist der Trojaner erst einmal auf dem Rechner installiert, können alle Daten ausgespäht werden.

Auch die herkömmlichen Angriffe auf das Unternehmens-Know-how werden immer professioneller. E-Mails, in deren Anlagen sich Trojaner befinden, sind nicht mehr wie noch vor Jahren als gefälschte E-Mail erkennbar. Meist sind sie als echte E-Mail getarnt und die Absenderangaben sind professionell gefälscht. Da häufig Absenderdaten benutzt werden, die dem Empfänger bekannt sind, fällt die Manipulation gar nicht auf.

Ist die Schadsoftware in das Unternehmensnetzwerk gelangt, sind die Möglichkeiten, wie die Schadsoftware Unternehmensdaten ausspioniert, schier unbegrenzt. Sie richten sich nach der individuellen Programmierung des Schadprogramms. Um das unbemerkte Abfließen der Daten über einen möglichst langen Zeitraum sicherzustellen, werden Trojaner zum Beispiel so programmiert, dass sie die Datenmenge, die sie selbst weiterleiten, automatisch an den Datenverkehr des Unternehmens anpassen. So fällt der Datenabfluss nur durch Zufall auf. Doch eignen sich Trojaner nicht nur zur Datenausspähung. Sie werden auch zu Sabotagezwecken bzw. deren Vorbereitung genutzt. Dies hat die Schadsoftware „Stuxnet" eindrucksvoll demonstriert. Hierbei handelt es sich um einen Computerwurm, der Steuerungssysteme von Industrieanlagen sabotiert. Aufgrund der technischen Eigenschaften und der Komplexität von „Stuxnet" ist von einem außerordentlich hohen Entwicklungsaufwand auszugehen. Der Nachfolger „Duqu" besitzt ähnliche Eigenschaften wie „Stuxnet" und wurde entweder von denselben Autoren entwickelt oder die Autoren hatten Zugriff auf den Quellcode von „Stuxnet". „Duqu" hat allerdings eine andere Zielsetzung. Bei „Duqu" handelt es sich um einen hochspezialisierten Trojaner, der Überwachungsdaten und andere Informationen aus Organisationen abziehen kann und nicht wie „Stuxnet" unmittelbar zu Sabotagezwecken eingesetzt wird. Es ist anzunehmen, dass „Duqu" Informationen sammelt, um künftige großangelegte Attacken einfacher durchführen zu können.

10-jähriges Bestehen der Sicherheitspartnerschaft

Die Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität Nordrhein-Westfalen feierte am 26. Oktober 2011 ihr 10-jähriges Bestehen. Die Partner dieser Public-Private-Partnership

- das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Abteilung für Verfassungsschutz und Polizeiabteilung)
- das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
- der Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalen e.V. und
- die IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.

haben das Jubiläum nicht nur zum Anlass genommen, in einem Festakt die bisherige und zukünftige Ausrichtung der Sicherheitspartnerschaft aufzuzeigen. Gleichzeitig haben sie das Jubiläum genutzt, um in zwei Veranstaltungen bei den Industrie- und Handelskammern in Köln und Dortmund ein Thema aufzugreifen, das für Unternehmen nach wie vor von großer Relevanz ist: Sicherheit auf Geschäftsreisen. In beiden Veranstaltungen, die sehr gute Resonanz bei den Unternehmen fanden, informierten die Spionageabwehr und das Landeskriminalamt über die aktuelle Bedrohungslage. In einer Live-Demonstration wurde anschaulich aufgezeigt, wie leicht mobile Kommunikationsträger auf Geschäftsreisen angegriffen werden können. Zudem informierte das Bundeskriminalamt über typische Gefahren durch Entführungen im Ausland und wies auf wirksame Abwehrstrategien hin. Durch authentische Erfahrungsberichte von Unternehmern über das alltägliche Angriffsszenario auf ihr Know-how im Ausland erhielten die Teilnehmer wertvolle praktische Tipps, wie sie Gefahren erkennen und sich effektiv schützen können. Die positive Resonanz machte deutlich, dass die Veranstaltungen das Informationsbedürfnis der Unternehmen nachhaltig erfüllt haben.

Unter dem Motto „Sensibilisieren, Erkennen und Abwehren" hat die nordrhein-westfälische Spionageabwehr darüber hinaus im Jahr 2011 zahlreiche Vortragsveranstaltungen bei Wirtschaftsunternehmen, Industrie- und Handelskammern, Verbänden und Sicherheitsbehörden durchgeführt. Mehr als 8.000 Teilnehmer wurden durch fast 250 Veranstaltungen und Sensibilisierungsgesprächen in den Unternehmen auf diesem Wege erreicht und für die Gefahren durch Wirtschaftsspionage sensibilisiert. Als Multiplikatoren geben sie ihr Wissen in ihre Arbeitsbereiche weiter und tragen auf diese Weise wirksam zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage bei. Durch die Veranstaltungen wurden erneut zahlreiche Erstkontakte zu Unternehmen hergestellt. Der Informationsbedarf der Unternehmen über mögliche Risiken der Wirtschaftsspionage durch fremde Nachrichtendienste ist nach wie vor ungebrochen. Von der Möglichkeit einer kostenfreien Beratung durch den Verfassungsschutz haben Unternehmen in der Folge auch im letzten Jahr intensiv Gebrauch gemacht.

„Daten deutscher Behörden im Visier fremder Nachrichtendienste"

Unter dem Motto „Daten deutscher Behörden im Visier fremder Nachrichtendienste" hat die Spionageabwehr ihr Sensibilisierungsprogramm auf nordrhein-westfälische Behörden ausgeweitet. Nicht nur Unternehmensdaten stellen ein lohnendes Angriffsziel für fremde Nachrichtendienste dar. Auch Behörden verfügen über sensible Daten, die Begehrlichkeiten bei den Angreifern wecken. Als Beispiel seien hier nur Daten von Meldebehörden, Datenbanken bei Polizeibehörden oder sensible Informationen aus Genehmigungsverfahren genannt. Da der technische Schutz in den Behörden auf dem neuesten Stand ist, steht der Umgang der Mitarbeiter mit diesen Daten im Mittelpunkt der Sensibilisierungen. Das Angebot richtet sich an alle Ressorts sowie die nachgeordneten Behörden des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen einschließlich der Kreispolizeibehörden sowie der kommunalen Spitzenverbände. Diese haben hiervon bislang regen Gebrauch gemacht. Ihre positive Resonanz zeigt, dass dieses Thema auch im behördlichen Bereich von großer Relevanz ist. Angriffen von außen kann nur dann wirksam begegnet werden, wenn die Beschäftigten aktuelle Angriffswege kennen, wissen woran sie Auffälligkeiten erkennen und wer ihnen in der Behörde im Fall der Fälle als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Kontakt zur Spionageabwehr

Als Ansprechpartner für den Verdacht auf Spionageaktivitäten ist der Verfassungsschutz ist per E-Mail unter der Adresse kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de und telefonisch unter der Rufnummer 0211/871-2821 erreichbar. Alle Hinweise werden vertraulich behandelt.

9 Über den Verfassungsschutz

9.1 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland eine Verfassungsschutzbehörde. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln nimmt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene wahr. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind gesetzlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium für Inneres und Kommunales (§ 2 Abs. 1 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NRW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung 6 zuständig. Im Jahr 2011 standen für ihre Aufgaben 334 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 4,3 Millionen Euro zur Verfügung.

Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten unter anderem in Dateien verarbeiten. Dies erfolgt vor allem mit Hilfe zweier Instrumente: Der „Personen-Informations-Datei" der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen zur eigenen Aufgabenerfüllung und dem „Nachrichtendienstlichen Informationssystem" (NADIS) der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde übermittelt dem Bundesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise den anderen Landesverfassungsschutzbehörden die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten. Zum Zwecke der gegenseitigen Unterrichtung haben die Verfassungsschutzbehörden nach § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) eine gemeinsame beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführte Datenbank, das sogenannte „Nachrichtendienstliche Informationssystem" errichtet. Alle Verfassungsschutzbehörden dürfen Daten in das NADIS einstellen und von dort abrufen. Eingestellt werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen und zu Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung tätig sind. Diese Sicherheitsüberprüfungen machen gut 90% aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Aus Datenschutzgründen kann aus dem NADIS jedoch nur erkannt werden, ob über eine Person Erkenntnisse vorliegen, nicht aber, was bekannt ist. Insofern ist NADIS eine geeignete Datenbank, die den Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden unterstützt. Das NADIS enthält lediglich personenbezogene Grunddaten wie Name, Vorname, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift, außerdem einen Hinweis auf die Behörde, die den Datensatz in die Datenbank eingestellt hat. Texte oder Kürzel, die etwas über die Erkenntnisse der für die Einstellung verantwortlichen Verfassungsschutzbehörde aussagen, gehören nicht dazu. Hat eine andere Verfassungsschutzbehörde ein Interesse an den Sachinformationen, so muss sie im Einzelfall bei der Behörde nachfragen, die den Datensatz eingestellt hat. Das NADIS ist also eine Hinweisdatei, aus der lediglich zu entnehmen ist, ob – und gegebenenfalls wo – über eine bestimmte Person Akten, also Aufzeichnungen über Sachverhalte, vorliegen. Das NADIS ist aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den „gläsernen Menschen" zu schaffen.

9.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

Informierte, aufgeklärte und demokratische Bürgerinnen und Bürger treten für die Demokratie und gegen ihre Gegner ein und tragen so dazu bei, unsere Demokratie und ihre Grundwerte zu schützen und zu stärken. Die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren und aufzuklären, gehört schon seit Jahren zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes. „Verfassungsschutz durch Aufklärung" ist nicht nur ein Arbeitsauftrag, sondern ein besonderes Anliegen.

Damit die Öffentlichkeit Anzeichen für Extremismus erkennen kann, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmaterialien an. Dazu gehören Vorträge an Schulen, Tagungen, Broschüren und ein ständig erweitertes Informationsangebot im Internet.

Jahresbericht

Einen wichtigen, alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfassenden Aufklärungsbeitrag liefert der seit 1978 regelmäßig erscheinende Jahresbericht. Die Jahresberichte dienen inzwischen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus. Sie werden aber auch von der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Online-Handbuch des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz nutzt seit Jahren die Möglichkeiten des Internets, um der drastischen Zunahme extremistischer Angebote ein qualifiziertes Gegengewicht entgegenzustellen. Die Homepage unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz informiert über den Verfassungsschutz und seine Aufgaben. Die Seiten informieren nicht nur über die Grundlagen des Verfassungsschutzes und zeigen, welche Kontrollmechanismen es gibt, sondern beinhalten auch Detailinformationen über die Gefahren des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, informieren über Islamismus, Spionageabwehr und Geheimschutz. Insgesamt werden gut 200 Stichworte zum gesamten politischen Extremismus und zur Spionageabwehr erläutert. Die Ideologieelemente, die die einzelnen Extremismusbereiche kennzeichnen, werden ebenso dargestellt wie historische Entwicklungen. Falls es darum geht, was „national befreite Zonen" sind oder was hinter 'al-Qaida' steckt, steht die Antwort bei uns im Internet.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist auch per E-Mail erreichbar (kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de). Auf diesem schnellen Weg können nicht nur Publikationen bestellt, sondern auch Fragen gestellt, Kritik geübt und Anregungen geben werden.

Publikationen

Wer Informationen zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Verfassungsschutzes sucht, findet Berichte und Broschüren über den islamischen Extremismus und ein breites Angebot zur Aufklärung über den Rechtsextremismus, darunter die Broschüre „Musik, Mode, Markenzeichen", die sich etwa mit Outfits und Codes rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher beschäftigt. Sie zeigt, anhand welcher Symbole, Musik oder Kleidungsstücke eine rechtsextremistische Orientierung erkannt werden kann und geht der Frage nach, was strafbar ist und welche Bands rassistische Propaganda verbreiten. Diese und andere Dokumente sind – jeweils in ihrer aktuellen Fassung – auch in der Publikationssammlung im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz abgelegt.

Aufklärung mit einem Comic – „Andi" ist ein voller Erfolg

Im September 2005 schlug der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen mit dem Bildungscomic „Andi 1 – Tage wie dieser" einen neuartigen Weg ein, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gerade unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

Der Andi-Comic zeigt, was Grundrechte, Rechtsstaat, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Schulalltag konkret bedeuten. Durch die Konfrontation mit Widersprüchen zeigen die Helden des Comics, dass hinter rechtsextremistischen Parolen oft die historische Verklärung von Verbrechen, gefährliche Selbstdarsteller und Geschäftemacher stecken. Der Anhang zum Comic erklärt rechtsextremistische Zeichen und Symbole.

Im Oktober 2007 wurde mit dem Band „Andi 2 – Andis Freund Murat hat Stress" der zweite Teil der Reihe „Comic für Demokratie, gegen Extremismus" veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht diesmal Murat, der Basketballkumpel von Andi und Bruder von Ayshe. Murat gerät – auch aus Wut über die vielen

Absagen bei seinen Bemühungen um eine Ausbildungsstelle – an einen extremistischen Prediger. Dieser schafft es, Murat von seinen alten Freunden zu entfremden und ihn von islamistischen Hassparolen zu überzeugen. Erst das beherzte Eingreifen von Ayshe bringt ihn wieder zur Vernunft.

Im November 2009 schließlich kam mit dem Band „Andi 3 – Voll die Randale" das dritte Heft der Reihe in das Angebot. Ben trifft alte Freunde, die in der linksautonomen Szene aktiv sind und schließt sich ihnen an. Als er aber mit ansehen muss, wie deren Protest gegen eine Neonazi-Demo in Gewalttätigkeit umschlägt, von der zudem unbeteiligte Dritte betroffen sind, wendet er sich demokratischen Protestformen zu.

Die Rückmeldungen auf alle drei „Andi"-Hefte sind bis heute weit überwiegend sehr positiv. Dies wird einerseits deutlich in der ungebrochen hohen Nachfrage nach den Comics, andererseits in zahlreichen Rückmeldungen von Jugendlichen und Lehrkräften sowohl schriftlich als auch vor Ort in Veranstaltungen. Hier wird hervorgehoben, dass „Andi" die komplexen Themen Extremismus und Demokratie jugendgerecht aufbereitet und dies mit hoher inhaltlicher Qualität verbindet.

Logischer Schritt – „Andi" als App

Die Zielgruppe der „Andi"-Comics sind Jugendliche und Schüler zwischen 14 und 18 Jahren. In dieser Altersgruppe bleiben Textwüsten oft wirkungslos. In Zeiten, wo fast jeder Jugendliche und Schüler ein Handy besitzt, war es ein logischer Schritt eine kostenlose mobile Version anzubieten, um die möglicherweise im Unterricht thematisierten Andi-Comics auch in der Freizeit länger präsent zu halten. Die Apps stehen für iPhone, Windows Phone und Android Betriebssystem zur Verfügung.

Aussteigerprogramm

Die Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene werden nochmals intensiviert. Dazu wird das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ausgeweitet und die Zahl der Aussteigerbetreuer verstärkt. Die Anzahl der bisher im Aussteigerprogramm betreuten Personen soll durch aktive Ansprachen nochmals erhöht werden. Mussten sich bisher Ausstiegswillige selber an die Hotline des Landes Nordrhein-Westfalen oder aber an die Polizeidienststellen wenden, so sollen Rechtsextremisten zukünftig aktiv durch Aussteigerbetreuer angesprochen werden. Darüber hinaus wird sich das Aussteigerprogramm zukünftig auch "Szenefrauen" und Frauen von Ausstiegswilligen widmen. Der Verfassungsschutz NRW hat außerdem im Internet eine Informationsseite unter www.aussteiger.nrw.de eingerichtet. Nach wie vor können sich Ausstiegswillige bei der HelpLine "Aktiv gegen Rechts" 0180-3100100 melden.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen gehört auch die Teilnahme an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für Multiplikatoren, Bildungseinrichtungen verschiedener Art und in Schulen sowie bei Verbänden und Stiftungen. Im Vordergrund stehen nach wie vor Vorträge zum Rechtsextremismus und zum Rechtsextremismus im Internet.

Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf mehreren Ebenen und damit gesamtgesellschaftlich erfolgt. Daher muss das Wissen des Verfassungsschutzes insbesondere für die Meinungsbildung bei den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund wurde der Verfassungsschutz durch wissenschaftliche Mitarbeiter verstärkt. Das Wissen des Verfassungsschutzes ist in den vorgestellten Aufklärungsmaterialien für die Öffentlichkeit aufbereitet worden. Informierte und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger können sich wirksamer für unsere Demokratie engagieren beziehungsweise extremistischen Bestrebungen entgegentreten und so dazu beitragen, dass ein gesamtgesellschaftliches Klima entsteht, das von Toleranz und Zivilcourage geprägt ist. Dies ist der beste Verfassungsschutz.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

